

***Roma Studies – Cigány Tanulmányok – Roma
Studien***

46.

Janka Vogel & Cătălin Buzoianu (Hrsg.)

***SOZIALE ARBEIT MIT
MIGRANTISCHEN ROM*NJA***

***Praktische und theoretische
Perspektiven aus Europa***



UNIVERSITÄT PÉCS, PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT, INSTITUT FÜR
ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT, LEHRSTUHL FÜR ROMOLOGIE UND
BILDUNGSZOLOGIE – PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE FREIBURG

INSTITUT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

PÉCS, 2022.

***Roma Studies – Cigány Tanulmányok – Roma
Studien***

46.

Janka Vogel & Cătălin Buzoianu (Hrsg.)

**SOZIALE ARBEIT MIT
MIGRANTISCHEN ROM*NJA**

***Praktische und theoretische
Perspektiven aus Europa***



Universität Pécs, Philosophische Fakultät, Institut für
Erziehungswissenschaft, Lehrstuhl für Romologie und
Bildungssoziologie - Pädagogische Hochschule Freiburg
Institut für Erziehungswissenschaft

PÉCS, 2022.



With the support of the
Erasmus+ Programme
of the European Union

Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die Erstellung dieser Veröffentlichung stellt keine Billigung des Inhalts dar, welcher nur die Ansichten der Verfasser wiedergibt, und die Kommission kann nicht für eine etwaige Verwendung der darin enthaltenen Informationen haftbar gemacht werden.

Universität Pécs, Philosophische Fakultät, Institut für Erziehungswissenschaft, Lehrstuhl für Romologie und Bildungssoziologie - Pädagogische Hochschule Freiburg, Institut für Erziehungswissenschaft • 7624 Pécs, Ifjúság útja 6. - 79117 Freiburg, Kunzenweg 21. • Verantwortliche Herausgeber: Tibor Cserti Csapó Lehrstuhlleiter • Reihenherausgeber: Tibor Cserti Csapó • Herausgeberinnen der deutschsprachigen Veröffentlichungen: Andrea Óhidy und Romina Meinig • Buchherausgeber*innen: Janka Vogel & Cătălin Buzoianu • Technische Bearbeitung: Tibor Cserti Csapó • Grafik, Streichung: • Umschlaggestaltung: Bolkoprint Kft • Druck: Bolkoprint Kft., 7623 Pécs, Fűzes dűlű 23. • Leiter der Druckerei: Dávid Siklósi • ISBN 978-963-626-024-8 • ISSN 1586-6262 • Auflage: 100 Exemplare •

Inhaltsverzeichnis - Contents

Vorwort	9
Preface	14

Einleitung	18
<i>Janka Vogel und Cătălin Buzoianu</i>	

1. Rumänien: Kontinuitäten der Marginalisierung 39

Zwischen „Früher war alles besser“ und „Es war ein fürstliches Gefängnis“. Perspektiven rumänischer Rom*nja auf ihr Leben im Kommunismus	41
<i>Pauline Constantin-Hunstig</i>	

Des Hasses bittere Früchte. Eine Untersuchung antiziganistischer Gewaltvorfälle im Rumänien der 1990er Jahre	62
<i>Johannes Nüßer</i>	

„Wie viele wollt ihr denn noch abfüttern?“ Ein Bericht aus der Sozialen Arbeit mit Rom*nja-Familien in Siebenbürgen	88
<i>Jenny Rasche und Susanne Blank</i>	

Die Krise selbst überwinden. Politischer Aktivismus von Rom*nja in Rumänien	116
<i>Marian Daragiu und Janka Vogel</i>	

Against the System of Opression and Racism. Feminist Community Work with Romanian Romnja	121
<i>Anca Georgiana Nica und Cătălin Buzoianu</i>	

2. Deutschland: Antiziganismus im Kontext von Migration

Beratungsstellen als „Brücke“ zur Integration? Die Grenzen der Sozialberatung von Neuzugewanderten in Berlin155
Cătălin Buzoianu

Von rechtlichen Ausschlüssen und reproduzierter Marginalisierung. Rom*nja in Berlin 192
Magda Hirschberger

Illegalisierte Europäer*innen227
Janka Vogel

Rom*nja aus der Republik Moldau als Asylsuchende in Deutschland 232
Kristina Holzapfel

3. Berlin: Perspektiven aus der Sozialen Arbeit

Das ohnmächtige Haus in der ohnmächtigen Stadt. Ein Bericht aus der Corona-Zeit 255
Eva Ruth Wemme

Sozialpädagogische Familienhilfe mit Familien aus der Minderheit der rumänischen Rom*nja in Berlin. Eine Perspektive aus der Praxis 273
Mona Vintilă

A View from the Other Side. Roma Male Sex Work in Berlin 296
Florin Căpîlnean

Zwischen Migrationsberatung, Armutsprävention und Wohnungslosenhilfe. Über den Aufbau der *Mobilen Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen und Rom*nja* in Berlin 314
Annette Schymalla

4. Europa: Komplexe (sozial-)politische Herausforderungen

Migration jenseits der Systeme: Eine Annäherung an die Soziale Frage im heutigen Europa 343
Janka Vogel

Under the Pressure of the Family. A Case Study on Transnational Exploitation of Roma Minors in Francev..... 366
Olivier Peyroux

Antigypsyism and Policymaking in Europe. A Vicious Circle with no End in Sight 395
Iulius Rostas

Vorwort

Die Rom*nja-Minderheit bildet die größte Minorität in Europa. Trotzdem herrscht ein großer Mangel an Information über sie, nicht nur im öffentlichen Bewusstsein, sondern auch in der wissenschaftlichen Forschung. Um dies zu ändern, wurde 2000 die zweisprachige Buchreihe „Gypsy Studies – Cigány Tanulmányok“ (seit 2020 „Roma Studies – Cigány tanulmányok – Roma Studien“) am Lehrstuhl für Romologie und Bildungssoziologie der ungarischen Universität Pécs ins Leben gerufen. 2019 wurde die Buchreihe durch eine dritte Sprache ergänzt: Neben englisch- und ungarischsprachigen gibt es inzwischen auch deutschsprachige Veröffentlichungen.

Das vorliegende Buch ist der vierte Band in der deutschsprachigen Ergänzung der Buchreihe. Die Idee zu diesem Band entstand anlässlich einer Konferenz, die unter dem Titel „Gut gemeint – gut gemacht? Roma aus Südosteuropa und Ungarn: Ihre Erfahrungen mit ‚Hilfen zur Selbsthilfe‘“ 2020 in Berlin stattgefunden hat.¹ Janka Vogel und Cătălin Buzoianu versammeln hier Beiträge über Theorie und Praxis transnationaler Sozialarbeit mit migrantischen Rom*nja aus Rumänien aus rumänischer, deutscher und europäischer Perspektive. Die Autor*innen sind Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern, Rom*nja und Gadsche (Nicht-Rom*nja), studierte Sozialarbeiter*innen und Quereinsteiger*innen, Menschen mit und ohne eigene Migrationserfahrung, erfahrene Forscher*innen und leidenschaftliche Aktivist*innen. Das Ergebnis ist eine Vielfalt an Ansätzen und Einsichten aus der Arbeit mit Rom*nja, sei es im sozialen Bereich, sei es in der politischen Mobilisierung, die im Band an allen Ecken und Enden hervortritt. Das Buch richtet sich an Sozialarbeiter*innen, an Politiker*innen, Fachleute aus Verwaltung und Politik, an Student*innen, Sozialwissenschaftler*innen,

¹ Idee und Konzept der Veranstaltung stammen von Dr. Ursula Rütten; durchgeführt wurde die Tagung von der Südosteuropagesellschaft e. V.

Journalist*innen und natürlich an eine interessierte Öffentlichkeit. Die Beiträge geben die persönliche Auffassung der Autor*innen wieder und können weder den Institutionen zugerechnet werden, bei denen sie angestellt sind, noch als Meinung der Herausgeber*innen aufgefasst werden.

Die Herausgeber*innen der deutschsprachigen Buchreihe hoffen, die internationale Zusammenarbeit in Bezug auf die Forschung über Roma intensivieren und damit zu einer allgemeinen Verbesserung ihrer Bildungssituation beitragen zu können. Die deutschsprachigen Veröffentlichungen der Buchreihe „Roma Studies – Cigány tanulmányok – Roma Studien“ können kostenlos gelesen und heruntergeladen werden unter:

<http://nevtud.btk.pte.hu/content/gypsy-studies#overlay-context=node>
sowie unter www.ph-freiburg.de/roma-studien.

Aufbau des Bandes

Der vorliegende Band ist in vier Kapitel aufgeteilt. Im ersten Teil wird zunächst ein Blick nach Rumänien geworfen und anhand von Beiträgen zur Vergangenheit und Gegenwart der dortigen Rom*nja-Bevölkerung dargestellt, inwiefern sich ihre Marginalisierung weiter fortsetzt, gleichzeitig aber auch die Selbstermächtigung und der Kampf gegen Ausgrenzung durch Vertreter*innen der Rom*nja selbst an Bedeutung gewinnen. Sodann wird im zweiten Kapitel ein Blick nach Deutschland geworfen, was im Kontext der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 zu einem wichtigen Zielland rumänischer Migrant*innen wurde, und gezeigt, inwiefern es in den Bereichen des Aufenthalts- und Asylrechts, aber vor allem im Bereich des Sozialrechts, der Wohnungssuche und der Arbeitssuche massive Benachteiligungen von Rom*nja gibt. Im dritten Abschnitt werden Beiträge von Praktiker*innen der Sozialen Arbeit versammelt,

anhand derer ein gezielter Blick auf einzelne Fragestellungen in Bezug auf die Soziale Arbeit mit migrantischen Rom*nja gerichtet wird. Im abschließenden Kapitel werden Betrachtungen und Untersuchungen versammelt, die sich der transnationalen und oftmals gesamteuropäischen Dimension der Migration und ihren sozialen, politischen und kriminologischen Implikationen nähern.

Die Beiträge im Einzelnen

Im ersten Teil werden verschiedene Aspekte des Lebens der Rom*nja in Rumänien dargestellt. Pauline CONSTANTIN-HUNSTIG hat in Rumänien Interviews mit Rom*nja über ihr Leben im Kommunismus geführt und zeigt auf, wie vielfältig die Erfahrungen der Menschen und die Auswirkungen auf ihr heutiges Leben sind. Johannes NÜßER wendet sich in seinem Beitrag der Nachwendezeit in Rumänien zu und beleuchtet dabei die zahlreichen antiziganistischen Gewalttaten näher, die Rom*nja aus ganz Rumänien mitunter zur Flucht in die Bundesrepublik trieben. Jenny RASCHE und Susanne BLANK liefern einen aktuellen Erfahrungsbericht aus Rumänien, wo der Verein *Kinderhilfe für Siebenbürgen e.V.* ganzheitliche Community-Arbeit mit Rom*nja in und aus Slums betreibt. Marian DARAGIU berichtet im Interview mit Janka VOGEL davon, wie er mit einem Verein die politische Emanzipation der rumänischen Rom*nja voranbringen will. Anca Georgiana NICA berichtet im Interview mit Cătălin BUZOIANU davon, wie der rumänische Verein *E-Romnja* arbeitet und woran Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die Rom*nja-Minderheiten in der Praxis häufig scheitern.

Der zweite Teil des Bandes geht vor dem Hintergrund von Migration der Frage nach verschiedenen Formen des Antiziganismus in Deutschland nach. Cătălin BUZOIANU setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit der Frage auseinander, ob und wie Beratungsstellen – v.a. auch mit Förderung durch den Europäischen Fonds für die am

stärksten benachteiligten Personen (EHAP) – als „Brücken zur Integration“ fungieren können. Eine rechtlich-theoretische Herleitung der Exklusions- und Marginalisierungstendenzen liefert Magda HIRSCHBERGER in ihrem Beitrag, der auf ihren Erfahrungen als Sozialarbeiterin beruht. Janka VOGEL zeigt anhand eines Beispiels aus Hamburg, wie obdachlose EU-Bürger*innen illegalisiert werden und welche Folgen das hat. Kristina HOLZAPFEL befasst sich mit der ebenfalls illegalisierten Gruppe der moldauischen Rom*nja, die als Asylsuchende nach Deutschland kommen und deren Abschiebung die Autorin als antiziganistisch motiviert einstuft.

Praktiker*innen der Sozialen Arbeit werfen im dritten Teil verschiedene Fragen der Integration und Inklusion rumänischer Rom*nja in Berlin auf. Eva Ruth WEMME steuert einen Bericht aus der Corona-Zeit 2020 bei, der zeigt, welche komplexe Gemengelage auf Kiezebene die Frage nach Teilhabe rumänischer Rom*nja hochkompliziert – oder doch ganz einfach? - macht. Mit ihrem Erfahrungsbericht aus der Familienhilfe stellt Mona VINTILĂ vier Fallbeispiele rumänischer Rom*nja-Familien aus Berlin vor, die deutlich machen, wo Herausforderungen sein und wie Lösungen gesucht und gefunden werden können. Der Sozialarbeiter Florin CĂPÎLNEAN beschreibt aus seiner Praxis die Lebenswirklichkeit junger rumänischer Rom*nja, die in Berlin der Sexarbeit nachgehen und zeigt auf, woran der Weg in alternative Beschäftigungsformen bisher scheitert. Den Aufbau einer professionellen Beratungsarbeit für die Zielgruppe rumänischer Rom*nja beschreibt sodann Annette SCHYMALLA am Beispiel der *Mobilen Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen und Rom*nja* aus Berlin.

Im abschließenden Teil werden mit einem gesamteuropäischen Blick bisher wenig beleuchtete Phänomene im Zusammenhang mit der Migration rumänischer Rom*nja zur Sprache gebracht. Janka VOGEL nähert sich dem Phänomen der rumänischen Migration anhand einer Betrachtung einiger bisher kaum untersuchter Phänomene wie der

Obdachlosigkeit oder dem Betteln und skizziert in ihrem Beitrag eine neue Soziale Frage Europas. Hintergründe, Formen und Auswirkungen des Menschenhandels zur Ausbeutung der Betteltätigkeit oder des Diebstahls untersucht Olivier PEYROUX in seiner soziologischen Studie zur Gruppe der rumänischen „Pletoși“. Iulius ROSTAS hat sich in seiner Forschung intensiv mit der Frage beschäftigt, warum Rom*nja-Politiken in Europa scheitern und zeigt in seinem Beitrag auf, wie Antiziganismus hier wirkliche Fortschritte bisher verhindert (hat).

Die Herausgeber*innen

2022

Preface

The Roma minority is the largest minority in Europe. However, there is a great lack of information about Roma not only in the public consciousness but also in scientific research. In order to change this, the bilingual book series "Gypsy Studies - Cigány Tanulmányok" (since 2020 "Roma Studies - Cigány tanulmányok - Roma Studien") was launched in 2000 at the Department of Romology and Sociology of Education at the Hungarian University of Pécs. In 2019, the book series was published in a third language: in addition to English and Hungarian, there are now also German publications.

This volume is the fourth book in the German book series. The idea for this book came from a conference entitled "Well meant – well done? Roma from Southeast Europe and Hungary: Their experiences with helping people to help themselves" 2020 in Berlin. Janka Vogel and Cătălin Buzoianu bring together contributions on the theory and practice of transnational social work with migrant Roma from Romania from a Romanian, German and European perspective. The authors are from different European countries, Roma and Gadsche (non-Roma), social workers and lateral entrants, people with and without migration experience, proficient researchers and passionate activists. The result is a variety of approaches and insights from working with Roma, from the social perspective or from the perspective of political mobilization, which is discussed on nearly every page of the book.

The book is addressed to social workers, politicians, experts from administration and politics, students, social scientists, journalists and an interested public. The contributions reflect the personal views of the authors and can neither be attributed to the institutions where they are employed nor be seen as the opinion of the editors.

The Structure of the Book

This book is divided into four chapters. The first part looks at Romania and, based on contributions about the past and present of the Roma population there, shows how their marginalization continues. At the same time, the self-empowerment and the fight against exclusion by representatives of the Roma has gained more and more importance.

The second chapter focuses on Germany, which became an important destination country for Romanian migrants in the context of the financial and economic crisis of 2008/09 and shows the disadvantages of Roma in residence and asylum law, and especially in the area of social law, on the housing and the labor market.

The third section consists of contributions from social work practitioners, which consider individual issues relating to social work with migrant Roma. The final chapter contains contributions about the transnational and often pan-European dimension of migration and its social, political, and criminological implications.

The contributions

In the first part, different aspects of the life of the Roma in Romania are presented. Pauline CONSTANTIN-HUNSTIG conducted interviews with Roma in Romania about their life during communism and shows how diverse people's experiences and the impact on their lives today can be. Johannes NÜßER turns to the post-communist period in Romania. He sheds more light on the numerous antigypsyist acts of violence that sometimes drove Roma from all over Romania to flee to the Federal Republic of Germany. Jenny RASCHE and Susanne BLANK present a current field report from Romania, where the association *Kinderhilfe für Siebenbürgen e.V.* does holistic community work with Roma in and from slums. In an interview with Janka VOGEL, Marian DARAGIU reports on his work promoting the political emancipation of the Romanian Roma. In an interview with Cătălin BUZOIANU, Anca Georgiana NICA describes the work of the

Romanian association *E-Romnja* and discusses why determination and participation by the Roma minorities often fail in practice.

Against the background of migration, the second part of the book examines various forms of antigypsyism in Germany. Cătălin BUZOIANU critically examines the question whether and how counseling centers can act as “bridges of integration” – especially with funding from the Fund for European Aid for the Most Deprived (FEAD). Magda HIRSCHBERGER provides a legal-theoretical analysis of the exclusion and marginalization tendencies towards Roma, based on her experiences as a social worker. Using an example from Hamburg, Janka VOGEL shows how homeless EU citizens – many of them Roma - become illegalized. Kristina HOLZAPFEL deals with the illegalized group of Moldovan Roma, who come to Germany as asylum seekers and whose expulsion can also be classified as antigypsyism-motivated.

In the third part, social work practitioners raise various questions regarding the integration and inclusion of Romanian Roma in Berlin. Eva Ruth WEMME contributes a report from the Covid-19 pandemic period in 2020 that illustrates the complex situation in the neighborhood that makes the question of the participation of Romanian Roma highly complicated - or is it quite simple? With her report on her work as a family supporter (social worker), Mona VINTILĂ depicts four case studies of Romanian Roma families living in Berlin, making it clear where the challenges lie and how solutions can be sought and found. The social worker Florin CĂPÎLNEAN describes the reality of the life of young Romanian Roma sex workers in Berlin from his work practice and shows why the path to alternative forms of employment has usually failed. Annette SCHYMALLA illustrates the development of professional counseling work for Romanian Roma using the example of the project *Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen und Rom*nja* (Mobile Contact Point for European Migrant Workers and Roma) from Berlin.

The last part of the book outlines aspects of the migration of Romanian Roma, which have received little attention, discussing them from the European perspective. Janka VOGEL approaches the phenomenon of Romanian migration by considering some phenomena that have hardly been researched, such as homelessness or begging. In her contribution, she outlines a new social issue question in Europe. In his sociological study on the group of Romanian 'Pletoși', Olivier PEYROUX examines the background, forms, and effects of human trafficking for the exploitation of begging or theft. In his research, Iulius ROSTAS has dealt intensively with the question of why Roma policies in Europe are failing and shows how antigypsyism has prevented real progress until today.

The editors

2022

Einleitung

Janka Vogel & Cătălin Buzoianu

Bürger*innen oder „Barbaren“? Rom*nja im Kontext der EU-Binnenmobilität

„[...] Sie kommen her, weshalb kommen sie? Um so viel Geld wie möglich zu machen und es aus dem Land zu schicken. Sie interessieren sich für nichts. Nur für Geld. Es ist immer die gleiche Geschichte. Sie nehmen uns unser Geld weg, sie nehmen uns unsere Arbeitsplätze weg, sie nehmen uns unsere Häuser weg – wenn sie könnten, wenn wir sie ließen, würden sie alles an sich reißen. Wissen Sie schon, dass sie alle aus der gleichen Schüssel fressen? Sie sind Barbaren² [...]“ (Berger und Mohr [1975] 2016: 122).

² Im ursprünglichen Kontext verwenden John Berger und Jean Mohr das Wort „Barbaren“ in ihrem Buch „Der Siebte Mensch. Eine Geschichte über Migration und Arbeit in Europa“ als Stilmittel für die stigmatisierende und ausbeuterische Behandlung von Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei (und dem südlichen Teil Europas) als wegwerfbare Arbeitskräfte durch Industrieländer wie Deutschland, Frankreich und Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg. Kulturelle und legalistische Zuschreibungen auf der Achse „zivilisiert/barbarisch“ und „legal/illegal“ sind zugleich Bestandteil und Konsequenz der Machtungleichheit zwischen Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft und wirtschaftlich notwendigen Arbeiter*innen aus dem (außereuropäischen) Ausland. Sie legitimieren unmenschliche Wohn- und Arbeitsbedingungen für die Neankömmlinge und gleichzeitig verschleiern sie die wirtschaftliche Grundlage des Wohlstands in den sogenannten entwickelten Ländern.

Das ursprünglich 1975 erschiene Buch von John Berger und Jean Mohr übt umfangreich und unerbittlich Kritik an der Einwanderungspolitik und gesellschaftlicher Behandlung von Migrant*innen seitens der westeuropäischen Staaten. Auf der Suche nach Arbeitskräften auf Abruf für die unerwünschten, schmutzigsten und zum Teil gefährlichsten Tätigkeiten neigen nationale Regierungen dazu, die Interessen der kapitalistischen Wirtschaftsakteur*innen über die Arbeits- und Menschenrechte der Arbeitsmigrant*innen zu stellen. Das wirtschaftliche Gebot des stetig steigenden Wachstums - so eine der Thesen von Berger und Mohr - setze sich in den politischen Debatten über Beweggründe, Pläne, Schicksale und Hoffnungen der einzelnen Arbeitsmigrant*innen hinweg. Im Hinblick auf die potentielle Wirtschaftsleistung erscheinen der Mehrheitsgesellschaft Migrant*innen als homogene und letztendlich unbekannte Gruppe. Die Einheimischen wissen nur, dass die Zugezogenen „fremd“ oder „anders“ sind und - wie jedes Unbekannte - potenziell bedrohlich. Sie werden oft als „Barbaren“ angesehen.

Solange die Arbeitsleistungen ohne Wenn und Aber erbracht, die gleichen Rechte nicht eingefordert und die eigenen Bedürfnisse nicht laut vertreten werden, bleiben Arbeitsmigrant*innen in Medien und Öffentlichkeit großteils unsichtbar. Vor allem die Ausnahmen zu dieser Situation bekommen mediale Aufmerksamkeit: die ausgebeuteten rumänischen Bauarbeiter der *Mall of Berlin*, denen ihre hart erarbeiteten Löhne durch die Arbeitgeber*innen geraubt wurden (vgl. dazu auch Lackus und Schell 2020 oder Ghamsharick et al. 2017), oder die Menschen aus Rumänien und Bulgarien, denen bei Anträgen auf Sozialleistungen seitens der Jobcenter „bandenmäßiger Leistungsmissbrauch“ unterstellt wird (vgl. Alboga und Angeloudis 2021). Zugleich können Arbeitsmigrant*innen im Alltag durch andere Sprache, andere Verhaltensformen und sogar andere Kleidung auffallen. Es scheint, dass es neben dem Bild des „Opfers“ und dem des „Fremden“ kaum andere einprägsame Bilder über Arbeitsmigrant*innen gibt, die in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet sind.

Diese kurze Situationsbeschreibung trifft in besonderem Maße auf rumänische Rom*nja in vielen deutschen Städten zu - eine Menschengruppe, die über mehrere Jahrhunderte und in mehreren Ländern einen unterlegenen, von Rassismus und Verfolgung geprägten Platz in der Gesellschaft zugewiesen bekam. Dabei wird die jetzige Situation von Rom*nja von gegenläufigen Dynamiken auf europäischer Ebene geprägt.

Während der Schutz von Minderheiten als eines der Kernelemente europäischer Politik propagiert wird, wirken die einzelnen Mitgliedsstaaten eher darauf hin, dass vulnerable Unionsbürger*innen gegenüber ihren (wohlfahrtsstaatlichen) Institutionen möglichst wenige (soziale) Rechte und Rechtsansprüche haben und einfordern können. Rechte haben und Rechte bekommen – diese Grundelemente des Rechtsstaates klaffen wohl bei kaum einem Themenfeld so weit auseinander wie bei Fragen von Migration, (sozialer) Mobilität und Integration. Der vorliegende Band versucht, die Widersprüche, Herausforderungen und Erfahrungen, die aus dem Zusammenspiel dieser drei Phänomene entstehen, anhand von Beiträgen aus der Praxis der Sozialarbeit, aus der sozialwissenschaftlichen Forschung und aus dem politischen Aktivismus in Bezug auf rumänische Rom*nja sichtbar zu machen.

Die EU-Mitgliedsstaaten bekennen sich stetig zum Schutz der Rechte der europäischen Rom*nja-Minderheiten.³ Die Belange von Rom*nja sind heute von der politischen Agenda nicht mehr weg zu denken, auch wenn das geschärfte Bewusstsein dafür in den europäischen und EU-Institutionen noch relativ jung ist – etwa genauso jung wie die Mitgliedschaft der ost- und südosteuropäischen Staaten in der EU.⁴ Absichtserklärungen, Aufrufe und Vereinbarungen etwa soll(t)en auf

³ In Anlehnung an Sebaux (2019), die das in Bezug auf die deutsche(n) Minderheit(en) in Rumänien tut, sollte angesichts ihrer Vielfalt und Heterogenität eher von Roma-Minderheiten gesprochen werden.

⁴ Damit sind all jene Staaten gemeint, die ab 2004 der EU beigetreten sind.

eine Verbesserung der Lage der Rom*nja-Minderheiten in Europa hinwirken.

So wurde im Zeitraum 2005 bis 2015 in der EU die „Dekade zur Integration der Roma“ ausgerufen, die vor allem einen bildungspolitischen Impetus hatte. 2008 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung zu einer „europäischen Strategie für die Roma“, die im Wesentlichen auf der Erkenntnis beruhte, dass Rom*nja als große europäische Bevölkerungsgruppe in den meisten Lebensbereichen von Teilhabe ausgeschlossen sind. Dabei wies die EU darauf hin, „[...] dass die Schlüsselkompetenzen für Maßnahmen zum Schutz, zur Förderung und zur Selbstbestimmung der Rom*nja, zur Umsetzung politischer Maßnahmen sowie für den entschiedenen Einsatz von politischem Willen, Zeit und Ressourcen bei den Mitgliedstaaten liegen [...]“ (Europäisches Parlament 2008).

Im Oktober 2020 wurde der neue Zehnjahresplan zur Unterstützung der Rom*nja in der EU unter dem Titel „EU Roma Strategic Framework for Equality, Inclusion and Participation for 2020 – 2030“ von der Europäischen Kommission (2020) veröffentlicht. Dadurch wurde den Mitgliedsstaaten erneut ein unverbindlicher Rahmen zur „Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma“ gesetzt. Was dabei besonders auffällt: die wirtschaftlichen Flauten, die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes, die lähmende Bürokratie, die sich ausbreitende Verarmung (Stichworte „In-Work-Poverty“ (Möhle 2020: 151), „working homeless“), die zunehmende Radikalisierung rechter, chauvinistischer Strömungen, die zunehmende Privatisierung und Einführung von Marktprinzipien im Sozialwesen und die aktuelle Legitimationskrise der Demokratie(n) in Europa werden dabei nicht thematisiert. Stattdessen führt die Europäische Kommission mehr Indikatoren, mehr Zielvorgaben, mehr Klarheit in den Maßnahmen, mehr Monitoring ein - allesamt Instrumente, die im vergangenen

Jahrzehnt kaum Verbesserungen im Leben von Rom*nja hervorbringen konnten.⁵

Europäische Rom*nja in Deutschland: zwischen Minderheiten- und Integrationspolitik

Mit Auslaufen des 2011 verabschiedeten „EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ (Europäische Kommission 2011) kam auch in Deutschland eine verstärkte Debatte über Teilhabechancen von Rom*nja auf. Eine nationale Strategie zur Integration/Inklusion/Einbeziehung von Rom*nja (und Sinti*zze) gibt es jedoch in Deutschland – anders als von der EU gefordert – bis heute nicht.

Das zuständige Bundesinnenministerium begründet dies damit, dass Angehörige der deutschen Minderheit der Sinti*zze und Rom*nja gleiche Teilhabechancen wie alle deutschen Staatsangehörigen haben und ausländischen Rom*nja alle Integrationsangebote offen stünden, die auch allen anderen ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland zur Verfügung stünden (vgl. Matter 2015: 203-206). An den seit 2011 etwa jährlich an die EU gesendeten Berichten des BMI „über den Fortschritt bei der Umsetzung des Berichts ‚EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland“ wird außerdem deutlich, welch großes Gewicht die Bundesregierung hier den Bundesländern bei der Entwicklung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen beimisst.

Der letzte – und auf den ersten Blick umfangreichste – Bericht des BMI betrifft den Zeitraum 2018 bis 2019 und wurde Mitte 2021 veröffentlicht (vgl. BMI 2021). Der Bericht listet für die Themenbereiche Bildung (28-115), Beschäftigung (116-152),

⁵ So konnte mit der letzten Rahmenstrategie der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht verbessert werden; der Anteil von Roma-Jugendlichen ohne Arbeit, Ausbildung und Schulabschluss hat sogar zugenommen (vgl. Europäische Kommission 2020: 2).

Gesundheit (153-168), Wohnraum (169-192), Antidiskriminierung (193-289), Armutsbekämpfung [...] (290-305), Empowerment (306-341), Transnationale Zusammenarbeit (358f) und Kultur (361-369) jeweils Dutzende Maßnahmen auf. Manche davon werden mehreren Themengebieten zugeordnet, so dass der Eindruck einer großen Zahl von Strukturen und Projekten entsteht.⁶

Das Engagement Deutschlands für die gesellschaftliche Integration von Rom*nja erscheint im Bericht auch dadurch recht umfangreich, dass zahlreiche Maßnahmen als minderheitenbezogen ausgegeben werden, die es in Wirklichkeit gar nicht sind, wie beispielsweise die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verantworteten Integrationskurse und Migrationsberatungsangebote.⁷

Schließlich lässt der Bericht auch in Bezug auf die Orte, wo welche Maßnahmen (wie) umgesetzt werden, eine Systematisierung vermissen. Bundes- und Landesmaßnahmen werden der Reihe nach aufgezählt, was eher den Anschein von Zufälligkeit als von Steuerung hat. Denn: Gäbe es hier eine Systematik, würde schnell klar, wie ungleich und unterschiedlich sich die Bundesländer mit entsprechenden Maßnahmen engagieren (können).

Etwa zeitgleich mit Erscheinen des o.g. Berichts legte die auf Antrag fast aller Parteien des Deutschen Bundestages (vgl. Deutscher Bundestag 2019a und Deutscher Bundestag 2019b)⁸ eingerichtete

⁶ Ein Beispiel: Die Berliner Maßnahme „Wohnwagenstellplatz für beruflich reisende deutsche Sinti und Roma Dreilinden“ wird den Themenfeldern Bildung (84f), Empowerment (339) und Kultur (368) zugeordnet.

⁷ Ein Beispiel: Nur rund ein Drittel der 45 Maßnahmen im Bereich „Bildung“ sind im engeren Sinne Maßnahmen mit Bezug zu den Rom*nja-Minderheiten.

⁸ Der Antrag der Oppositionsparteien FDP, Linke und Grüne unterschied sich lediglich in einem Punkt vom Antrag der Regierung (SPD, CDU/CSU); er enthielt die finale Forderung „[...] Der Deutsche Bundestag verpflichtet sich, jede Form des Hasses gegen Sinti und Roma und dem Antiziganismus schon

Unabhängige Kommission Antiziganismus⁹ (2021) ihren Bericht „Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation“ vor. Dass eine derartige Kommission einzurichten sei, war schon im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbart worden (vgl. o.A. 2018: 120), dem wiederum entsprechende Anträge und Appelle aus Politik und Rom*nja-und-Sinti*zze-Zivilgesellschaft vorausgegangen waren (vgl. UKA 2021: 16). Wie der Bericht selbst, so zeigt auch dieser langwierige Prozess: die Entwicklung eines allgemeinen Problembewusstseins in der deutschen Gesellschaft in puncto Antiziganismus steht noch ganz am Anfang.¹⁰

Der 502-seitige nun vorgelegte Bericht des Expertengremiums ist Ergebnis von rund zwei Jahren Arbeit. Neben einer umfassenden Darstellung der Geschichte des Antiziganismus in der Bundesrepublik und seiner Erscheinungsformen in der Alltags- und Behördenkultur, in Politik, Medien, Wissenschaft, Justiz oder etwa Sozialer Arbeit geben die elf Autor*innen umfassende Handlungsempfehlungen. Die zentralen Forderungen sind:

- Berufung einer/s Beauftragten gegen Antiziganismus und Einsetzung eines unabhängigen Beratungskreises
- Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission
- Umfassende Anerkennung des nationalsozialistischen Genozids an Sinti*zze und Rom*nja
- Kommission zur Aufarbeitung des an Sinti*zze und Rom*nja begangenen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland

im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen“ (Deutscher Bundestag 2019b).

⁹ Im Folgenden abgekürzt mit „UKA“.

¹⁰ So konstatiert beispielsweise auch Anja Reuss (2015): „[...] Antiziganismus als rassistisches Phänomen wird bis heute fast überhaupt nicht als gesellschaftliches Problem wahrgenommen [...]“ (10).

- Anerkennung von geflüchteten Rom*nja als besonders schutzwürdiger Gruppe
- Umsetzung und Verstetigung von Partizipationsstrukturen (vgl. UKA 2021: 13-15).

Der Bericht befasst sich dabei sowohl mit der autochthonen Minderheit deutscher Sinti*zze und Rom*nja als auch mit der allochthonen Minderheit zugewanderter Rom*nja aus Ost- und Südosteuropa. Die beiden – wiederum sehr heterogenen – Teilgruppen der europäischen Rom*nja-Minderheit eint die Erfahrung von sozialer Ausgrenzung, deren wesentliche Ursache das „strukturell in der europäischen Moderne angelegte[...] vielschichtige [und dauerhafte] Phänomen“ (UKA 2021: 10) des Antiziganismus ist.

Die Zuwanderung von Rom*nja aus Rumänien (und Bulgarien) habe – so der Befund der Expert*innen – zur Aktualisierung antiziganistischer Haltungen in Gesellschaft, Politik und Verwaltung geführt (vgl. u.a. UKA 2021: 334). Basierend auf einer Auftragsstudie wird dargestellt, inwiefern kommunalpolitische Praktiken mit der Zielgruppe neuzugewanderter rumänischer (und bulgarischer) Unionsbürger*innen auf zwei wesentlichen antiziganistischen Narrativen – dem Gefahren-Narrativ und dem Hilfe-Narrativ - fußen (vgl. UKA 2021: 219). In Anlehnung an Max Matter (2015) wird ein „paradoxes Integrationsmodell“ der Kommunen konstatiert, was nicht zuletzt den Handlungsrahmen heutiger Sozialer Arbeit mit der Zielgruppe migrantischer Rom*nja aus Rumänien darstellt: „[...] Während von 2007 bis 2011 eine ausschließlich auf Abwehr und Vertreibung ausgerichtete Politik dominierte, setzte sich danach die Erkenntnis durch, dass eine dauerhafte Vertreibung aussichtslos sei und deshalb integrative Handlungskonzepte entwickelt werden müssten, die aber zugleich restriktiv genug sein sollten, um keine Anreize für weiteren Zuzug zu schaffen [...]“ (UKA 2021: 219f).

Transnationale Sozialarbeit im europäischen Kontext

Die EU-Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit, die ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungen in den unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten sowie die Austeritätspolitik in mehreren Ländern nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 haben im letzten Jahrzehnt zur zunehmenden Vernetzung Europas durch Migrationsbewegungen von Ost nach West sowie von Süd nach Nord beigetragen (vgl. Thränhardt 2015).

Viel Aufmerksamkeit in der sozialwissenschaftlichen Forschung sowie in den kommunalpolitischen Debatten über die Folgen dieser Entwicklung haben vor allem prekarierte Arbeitsmigrant*innen aus Rumänien und Bulgarien, insbesondere Rom*nja aus diesen Ländern, bekommen (vgl. u.a. Matter 2015, Le Gall 2016, Cudak 2017, Richter 2017 und Riedner 2018). Neben Publikationen gab es im zurückliegenden Jahrzehnt auch zahlreiche Konferenzen in ganz Deutschland, anlässlich derer kommunalpolitische Lösungsansätze für die als problematisch gezeichneten Begleiterscheinungen der Zuwanderung aus Rumänien (und Bulgarien) debattiert wurden.

Anfang 2014 fand in Bad Kissingen die Tagung „Einblicke in Vergangenheit und Gegenwart der Roma im östlichen Europa und als Armutszuwanderer in Westeuropa“ statt (gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung). Fast zeitgleich wurde in Mülheim an der Ruhr die Tagung „Neuzuwanderung aus Südosteuropa“ veranstaltet. Ebenfalls in 2014 wurde in Berlin zur Konferenz „Rumänische Roma in Berlin: Immer Fremde oder bald Berliner? Zur Praxis der Integration von Europas größter ethnischer Minderheit“ geladen. 2015 kamen in Berlin beim Fachtag „Neuzuwanderung aus Südosteuropa – Praxismodelle aus deutschen Städten“ Akteur*innen aus Kommunen, Sozialer Arbeit und der Rom*nja-Zivilgesellschaft zusammen. Für 2020 war in Loccum die Tagung „Zuwanderung aus Südosteuropa – Chancen und Herausforderungen für die Kommunen“ angesetzt worden (wegen der Corona-Pandemie auf 2021 verschoben und online durchgeführt). In

Tutzing trafen sich 2021 Akteur*innen aus Verwaltung, Sozialer Arbeit und Wissenschaft bei der Tagung „Soziale Ungleichheit als Migrationsfaktor – Binneneuropäische Wanderung und ihre Auswirkungen“.

So entstand auch die Idee zu diesem Band anlässlich einer Konferenz, die unter dem Titel „Gut gemeint – gut gemacht? Roma aus Südosteuropa und Ungarn: Ihre Erfahrungen mit ‚Hilfen zur Selbsthilfe‘ 2020 in Berlin stattgefunden hat.¹¹ Dabei hatte sich gezeigt: Zwischen der stark marginalisierten Lage der Rom*nja in vielen europäischen Ländern und dem Faktor Migration besteht ein Zusammenhang: „[...] Migration [...] - [ob] als Transmigration, Remigration, Immigration – entwurzelt [...] Sie verstärkt sowohl die soziale Ausgrenzung der Roma als auch die Ressentiments in der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft [...]“ (Vogel 2020: 140).

Der Sozialarbeit aus Sicht ihres berufsethischen Anspruchs als „Menschenrechtsprofession“ (Staub-Bernasconi 2000: 626) kommt eine besondere Rolle in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe von prekarierten Menschen mit Migrationserfahrung zu. Dies ist eines der Kernelemente des vorliegenden Bandes. Sozialarbeiter*innen beraten zu sozialen und aufenthaltsrechtlichen Fragen, sie sind als Familienhelfer*innen im Einsatz, sie sind tätig im Justizvollzug, sie arbeiten in Gesundheitsämtern, Kliniken, Schuldnerberatungsstellen, als Kinderschutzfachkräfte, Vormünder und rechtliche Betreuer*innen, in Schulen und Freizeiteinrichtungen. Sozialarbeiter*innen sind diejenigen, bei denen die „Fälle“ landen, wo gesellschaftliche Teilhabe nicht ohne die Überwindung oder Beseitigung größerer Hindernisse funktioniert. Migration stellt – zumal für vulnerable Personen¹² - ein hohes Risiko der sozialen

¹¹ Vgl. dazu auch Vogel (2020).

¹² Vulnerable Personen oder Gruppen werden im vorliegenden Band je nach beruflichem und/oder wissenschaftlichem Hintergrund der jeweiligen Autor*innen unterschiedlich bezeichnet: „Betroffene“, „Leistungsempfänger*innen“, „Klient*innen“, „Hilfebedürftige“,

Exklusion im Ankunftsland dar. Dieses Risiko wird durch eine Gesetzgebung und Verwaltungspraxis verstärkt, die auf die Abwehr von Migration zielt.¹³

„Kund*innen“ usw. Dabei können diese Begriffe den berufsethischen Anforderungen der Sozialarbeit im Sinne einer gleichberechtigten Beziehung und gegenseitigen Anerkennung zwischen Sozialarbeiter*in und vulnerabler Person nur mangelhaft entsprechen (vgl. dazu Knieschweski 2005: 539f). Im Kern des sozialarbeiterischen Einsatzes liegt eine potenzielle Machtungleichheit zwischen der hilfeleistenden Sozialarbeiter*in und der hilfebedürftigen Person; darunter drohen die Selbsthilfemöglichkeiten der hilfebedürftigen Person sowie der freiwillige Charakter der angebotenen Hilfe aus dem Fokus zu geraten. Dazu kommen noch allgemeine Verwirtschaftlichungsprozesse im Sozialbereich (vgl. der Beitrag von Buzoianu in diesem Band), wodurch Leistungen der Sozialarbeit allmählich als marktformige Dienstleistungen aufgestellt werden, darunter auch die Einführung der Kategorie "Klient*in" in die alltägliche Praxis. Diese Begriffsentwicklung ist keinesfalls unumstritten und muss kritisch betrachtet werden.

¹³ Vgl. UKA 2021: 2019f.

Beispielhaft sei hier die Meldegesetzgebung in Deutschland genannt. So sieht das Gesetz keine Möglichkeit der Anmeldung/Erstregistrierung nach Einreise vor, die es Zuwandernden ermöglichen würde, sofort mit Steuer-ID und Sozialversicherungsnummer eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen. Vielmehr gilt die Meldepflicht nur für Personen, die über eigenen, mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen. Gerade dieser Tatbestand wird - aufgrund des erschwerten Zugangs zum Wohnungsmarkt - meist erst nach vielen Monaten oder Jahren erfüllt. Dieser Umstand treibt viele Zuwandernde in die Hände dubioser Geschäftemacher*innen, die einwohneramtliche Anmeldungen verkaufen oder vermieten, was zahlreiche negative Folgen für diejenigen mit sich bringt, die sich auf diese Weise den Nachweis eines vermeintlich offiziellen Wohnsitzes beschaffen. Hier scheint sich eine mittelfristige Lösung des Problems durch die Einführung einer europaweit gültigen Personenkennziffer (ID) abzuzeichnen, von der der Pressesprecher und stellv. Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, Renke Deckarm, 2021 im Rahmen einer Tagung in Tutzing berichtete.

In Bezug auf zuwandernde Rom*nja kann eine intersektionale Perspektive die zahlreichen Diskriminierungsmerkmale und negativen Diskurse aufzeigen (vgl. Europäische Kommission 2020: 2; UKA 2021: 36f). In der medialen Berichterstattung über diese Gruppe werden die grenzübergreifende Mobilität von Rom*nja und ihre Tätigkeit als Saisonarbeiter*innen häufig mit einem vermeintlich kulturbedingten Nomadismus abwertend in Verbindung gebracht obwohl dieser Mobilität im Falle anderer Gruppen (Stichwort „digital nomads“) durchaus ein positiver Wert beigemessen wird. Es wird zudem viel von „Armutsmigration“ und vom „bandenmäßigen Leistungsmissbrauch“ in der Öffentlichkeit über Menschen aus Rumänien und Bulgarien - wenn diese nicht unmittelbar als Rom*nja „identifiziert“ werden - diskutiert,¹⁴ was eine Diskriminierung nach sozialer bzw. ethnischer Herkunft darstellen kann.

In den deutschsprachigen Medien pauschal als „Osteuropäer*innen“ bezeichnet zu werden, ruft Bilder über die vermeintliche Rückständigkeit und stalinistischen, bzw. kommunistischen Erfahrungen der Personen hervor. Aus Rumänien zu kommen, ruft nicht nur allgemeine Balkan-Klischees¹⁵ (Faulheit, Lebenslust, Musikalität, Völlerei, Alkoholismus, Aberglaube) hervor, sondern bringt auch spezifische, negative Rumänien-Bilder mit sich wie z.B. Grausamkeit (Dracula), Korruption, Diktatur (Ceaușescu), Diebstahl, Betrug oder Armut. Bei all dem auch noch Rom oder Romni zu sein – oder dafür gehalten zu werden – kann spezifische antiziganistische Stereotype und Verhaltensweisen befördern.¹⁶ Neben diesen Formen der mehr oder weniger spezifischen rassistischen Diskriminierung machen Romnja als Frauen wiederum auch Erfahrungen mit

¹⁴ Vgl. dazu auch die Beiträge von Hirschberger und Buzoianu in diesem Band.

¹⁵ Vgl. dazu u.a. Todorova (2006).

¹⁶ „[...] Die Bandbreite der praktischen Auswirkungen von Antiziganismus reicht von Stigmatisierung, Marginalisierung, Herabwürdigung, Ausgrenzung, Hassrede, Diskriminierung bis hin zu physischer Gewalt und Verfolgung [...]“ (Gress 2021: 45).

geschlechterbezogener Diskriminierung, die sich auf ihre ohnehin meist schwächere sozioökonomische Lage abermals prekarisierend auswirken kann.¹⁷

An dieser Stelle lohnt es sich, die historischen Bedingungen des Lebens von Rom*nja in Rumänien kurz aufzugreifen. Die Anwesenheit von Rom*nja auf dem Gebiet des heutigen Rumänien wurde zum ersten Mal im Jahre 1385 verzeichnet (Achim 2004: 10). Danach folgten fünfhundert Jahre Versklavung, Verfolgung und Gewalt. Im Rahmen der Modernisierungsprozesse der rumänischen Fürstentümer Mitte des 19. Jahrhunderts durch die politischen Eliten erfolgte letztendlich die gesetzliche Befreiung der Rom*nja. Die Geschichte der Sklaverei von Rom*nja ist allerdings bis heute wenig bekannt bzw. das Objekt intensiver Verharmlosung seitens der rumänischen Mehrheitsgesellschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung der Sklaverei und der historischen Verfolgung von Rom*nja hat noch nicht stattgefunden (vgl. u.a. Furtună 2019; Matache und Bhabha 2021: 268). Strukturelle Diskriminierung, räumliche Segregation und Gewalttaten gegen Rom*nja (vgl. Nicolae Vladu und Kleinschmidt 2013: 204f) tragen zusätzlich dazu bei, dass sich viele Mitglieder dieser Gruppe aus Angst gar nicht als Rom*nja identifizieren. So unterscheidet sich die offizielle Statistik, die laut letztem Zensus 2011¹⁸ 621.600 Rom*nja, bzw. 3,3% der Gesamtbevölkerung verzeichnet (Institutul Național de Statistică 2011: 5), von den Schätzungen des Europarats und der Europäischen

¹⁷ Zur spezifischen Situation von Romnja vgl. u.a. die anthropologische Darstellung von Hasdeu 2020.

Zur besonderen Benachteiligung von Romnja vgl. u.a. die vergleichende Studie von FRA 2019.

Zur Emanzipation und Selbstorganisation von Romnja (und Sintize) vgl. u.a. Killguss und Quicker (2013) und den Beitrag von Buzoianu und Nica in diesem Band.

¹⁸ Bei Redaktionsschluss des vorliegenden Bandes waren die statistischen Ergebnisse des rumänischen Bevölkerungszensus 2021 noch nicht veröffentlicht.

Kommission, die die Rom*nja-Bevölkerung Rumäniens auf 1,85 Millionen Personen oder 8,32% der Bevölkerung beziffern.¹⁹ Fest steht jedenfalls, dass es sich bei der heterogenen Rom*nja-Bevölkerung in Rumänien um die größte in Europa handelt.²⁰

Sozialarbeiter*innen, die in den verschiedensten Kontexten mit zuwandernden rumänischen Rom*nja arbeiten, benötigen also ein umfangreiches Handwerkszeug, um die an sie gestellten Aufgaben erfolgreich bewältigen zu können. Sie müssen sich im Aufenthalts- und EU-Freizügigkeitsgesetz auskennen, sie sollten Mechanismen der Prekarisierung erkennen können, mit grundsätzlich komplexen und meist transnationalen Fallkonstellationen arbeiten können, sie sollten Strategien zum Umgang mit institutionellem Antiziganismus parat haben, die Zugewanderten weder bevormunden noch sich von ihnen unter Druck setzen lassen. Sozialarbeiter*innen brauchen eine entsprechende Haltung, sie brauchen Mut, um gegen feindliche Haltungen und Strukturen anzugehen, sie brauchen Informationen und Fachwissen, sie brauchen Raum, Zeit und Ausstattung, um ihren Job machen zu können. Und schließlich ermöglichen erst Kenntnisse der Herkunfts- oder – noch besser – der Muttersprache der zuwandernden Rom*nja den Aufbau von Vertrauen, die Befähigung zum Kämpfen und den Schubs, der gern „Empowerment“ genannt wird.²¹

¹⁹ Vgl. dazu die Webseite der Europäischen Kommission zur Integration von Roma in Rumänien unter https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/roma-eu/roma-inclusion-eu-country/roma-inclusion-romania_en [Letzter Zugriff am 15.01.2022].

²⁰ Vgl. dazu den Artikel von Reuters unter <https://www.reuters.com/article/us-friction-easteuropa-roma-facts-idUSTRE57C04G20090813> [Letzter Zugriff am 15.01.2022].

²¹ Die Empfehlung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus zur „[...] Einrichtung von Zugängen zum Studium der Sozialen Arbeit für Sinti_ze und Rom_nja ohne formale Hochschulzugangsberechtigung [...]“ (2021: 247) könnte bei Umsetzung in die Praxis endlich dazu führen, dass mehr Rom*nja überhaupt den Beruf des Sozialarbeiters ergreifen, was nachhaltige positive

All diese Faktoren erfordern ein Umdenken in der sozialarbeiterischen Praxis, deren theoretische Grundlagen in den letzten Jahren mit dem Ansatz der „transnationalen Sozialarbeit“ (vgl. Poledna und Grosu 2017 oder Gehne und Kurtenbach 2018) verbreitert wurden. Dadurch wird gewöhnlich versucht, der Komplexität der Migrationserfahrungen von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt nicht ausschließlich in einem einzigen Land haben, sowie ihren besonderen Bedarfen und Ressourcen im Zuge ihrer transnationalen Migration Rechnung zu tragen.

Der vorliegende Band versucht diese Wirklichkeit zu berücksichtigen und versammelt Beiträge von Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern, Rom*nja und Gadsche, von studierten Sozialarbeiter*innen und Quereinsteiger*innen, von Menschen mit und ohne eigene Migrationserfahrung, von erfahrenen Forscher*innen und leidenschaftlichen Aktivist*innen. Das Ergebnis ist eine Vielfalt an Ansätzen und Einsichten aus der Arbeit mit Rom*nja, sei es im sozialen Bereich, sei es in der politischen Mobilisierung, die im Band an „allen Ecken und Enden“ hervortritt. Der Band richtet sich an Sozialarbeiter*innen, an Politiker*innen, Fachleute aus Verwaltung und Politik, an Sozialwissenschaftler*innen, Journalist*innen und natürlich an eine interessierte Öffentlichkeit.

Letzt- oder allgemeingültige Antworten kann es beim von uns beleuchteten Thema nicht geben. Eher geht es darum, zwischen der Frage „Wie sind die Rom*nja?“ und der Antwort „An allem ist der Antiziganismus²² schuld“ einen Mittelweg zu finden. Für die Soziale

Veränderungen in der Sozialen Arbeit mit der Zielgruppe der Rom*nja erwarten ließe.

²² „Antiziganismus“ ist ein Begriff, der verwendet wird, um die spezifischen Strukturen der Benachteiligung, Verfolgung, Stereotypisierung und allgemeinen Diskriminierung von Rom*nja zu thematisieren. Weil er die abwertende Fremdbezeichnung „Zigeuner“ beinhaltet, ist der Begriff „Antiziganismus“ ambivalent und wird in Fachkreisen kontrovers diskutiert. Im vorliegenden Band wird dieser Begriff – auch in Ermangelung gangbarer Alternativen - verwendet, um die besonders tief verwurzelten

Arbeit bringt weder der eine noch der andere Ansatz einen entscheidenden Erkenntnisgewinn, geschweige denn Lösungswege für die Praxis. Vielmehr muss es darum gehen, angesichts des alltäglichen Antiziganismus danach zu fragen, welche Verhaltensweisen, Lebenseinstellungen, Erwartungen und moralischen Vorstellungen rumänische Rom*nja haben und wie im sozialarbeiterischen Setting eine erfolgreiche Zusammenarbeit gestaltet werden kann.

Quellen und Literatur

Achim, Viorel. 2004. *The Roma in Romanian History*. Budapest: Central European University Press.

Alboga, Ismahan, und Efthymis Angeloudis. 2021. „Diskriminieren die Jobcenter EU-Ausländer?“ www.rbb24.de. 11. März 2021. <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2021/03/diskriminierung-arbeitsagentur-eu-buerger-leistungsmissbrauch.html>.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Informationen von Deutschland über den Fortschritt bei der Umsetzung des Berichts „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland“ – 2018-2019. Online verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichung/en/themen/heimat-integration/minderheiten/umsetzung-2018-2019-strategie-integration-roma.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 09.10.2021.

Diskriminierungsstrukturen und ethnischen Stereotypisierungen von Rom*nja in diversen gesellschaftlichen und historischen Kontexten durch die Mehrheitsgesellschaften der europäischen Länder zu bezeichnen.

Berger, John, und Jean Mohr. [1975] 2016. *Der siebte Mensch: Eine Geschichte über Migration und Arbeit in Europa*. Übersetzt von Thomas Lindquist. 1. edition. Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.

Cudak, Karin (2017): *Bildung für Newcomer. Wie Schule und Quartier mit Einwanderung aus Südosteuropa umgehen*. Wiesbaden: Springer VS (Interkulturelle Studien).

Deutscher Bundestag (2019a): Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD. Antiziganismus bekämpfen (19/8546).

Deutscher Bundestag (2019b): Antrag der Fraktionen FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Antiziganismus bekämpfen (19/8562).

Europäische Kommission (2020): *EU Roma strategic framework for equality, inclusion and participation for 2020 - 2030*. Brussels. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/eu_roma_strategic_framework_for_equality_inclusion_and_participation_for_2020_-_2030_0.pdf, zuletzt geprüft am 09.10.2021.

Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020*. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0173:FIN:DE:PDF>, zuletzt geprüft am 23.03.2018.

Europäisches Parlament (31.01.2008): *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 31. Januar 2008 zu einer europäischen Strategie für die Roma*. Online verfügbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0035&language=DE>, zuletzt geprüft am 22.03.2018.

Fings, Karola: *Völkermord, Holocaust, Porajmos, Samudaripen*. Hg. v. RomArchive. Online verfügbar unter <https://www.romarchive.eu/de/voices-of-the-victims/genocide-holocaust-porajmos-samudaripen/>, zuletzt geprüft am 31.05.2021.

FRA - European Union Agency for Fundamental Rights (2019): Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Roma women in nine EU Member States. Luxembourg. Online verfügbar unter https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2019-eu-minorities-survey-roma-women_en.pdf, zuletzt geprüft am 02.11.2021.

Furtună, Adrian-Nicolae. 2019. „O ISTORIE A RUȘINII. Discurs ideologizant între „robia țiganilor în Moldova și Țara Românească” și SCLAVIA ROMILOR ÎN SPAȚIUL ROMÂNESC“. In *Problema românească: O analiză a rasismului românesc*, herausgegeben von Oana Dorobanțu und Carmen Gheorghe, 24–36. Bukarest: Hecate.

Gehne, David H., und Sebastian Kurtenbach. 2018. „Transnationale Soziale Arbeit vor Ort“. In *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, herausgegeben von Frank Gesemann und Roland Roth, 293–311. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13409-9_12.

Ghamsharick, Emal, Leila Saadna, und Nadiye Ünsal. 2017. „Mall of Shame – Pay Your Workers!“ *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 3 (1). www.movements-journal.org.

Gress, Daniela (2021): Antiziganismus: Ansätze zur Erforschung von Vorurteilen, Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti*ze und Rom*nja in Deutschland. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 61 (4), S. 43–58.

Hasdeu, Iulia (2020): Körper und Kleidung der Romnja in Rumänien. Eine anthropologische Perspektive. In: Vintilă Mihăilescu, Petre Matei und Larisa Schippel (Hg.): *Roma – Der Diskurswandel*. 1. Auflage (Blickpunkt Rumänien), S. 73–89.

Hengsbach, Friedhelm (2015): Die soziale Dimension der Europäischen Verträge - ein nicht eingelöstes Mandat. In: Ellen Bareis und Thomas Wagner (Hg.): *Politik mit der Armut. Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtsproduktion "von unten"*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 53–73.

Institutul Național de Statistică a României. 2011. „Rezultate definitive ale Recensământului Populației și al Locuințelor – 2011 (caracteristici

demografice ale populației)“. București: Institutul Național de Statistică a României.

Killguss, Hans-Peter; Quicker, Esther (2013): Roma-Frauen in Bewegung. Ein Interview mit den Aktivistinnen von Romane Romnja. In: Hans-Peter Killguss und Esther Quicker (Hg.): Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte. Köln: NS-Dokumentationszentrum (Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, 7), S. 202–211.

Knieschewski, Elmar. 2005. „Klient“. In *Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*, herausgegeben von Dieter Kreft und Ingrid Mielenz, 5., vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, 539–40. Weinheim und München: Juventa Verlag.

Lackus, Hendrik; Schell, Olga (Hg.) (2020): Mall of shame. Kampf um Würde und Lohn. Berlin: Die Buchmacherei.

Matache, Margareta; Bhabha, Jacqueline (2021): The Roma Case for Reparations. In: Jacqueline Bhabha, Margareta Matache und Caroline Elkins (Hg.): Time for Reparations. A Global Perspective. Pennsylvania: University of Pennsylvania Press (Pennsylvania Studies in Human Rights), S. 253–271.

Matter, Max. 2015. *Nirgendwo erwünscht: zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten*. Reihe Rat für Migration. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.

Mihăilescu, Vintilă (2020): Warum wir die [,]Zigeuner[“] hassen. Essay über Verdammung, Manele und Manelismus. In: Vintilă Mihăilescu, Petre Matei und Larisa Schippel (Hg.): Roma – Der Diskurswandel. 1. Auflage (Blickpunkt Rumänien), S. 180–213.

Möhle, Marion (2020): Europäische Sozialpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Nicolae Vladu, Anda, und Malte Kleinschmidt. 2013. „Von Zigeunern und Vampiren. >>Der Zigeuner<< als das Andere des rumänischen Selbst“. In *Antiziganistische Zustände: zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments*, herausgegeben von Markus End, Kathrin Herold, und Yvonne Robel, 2. Aufl. Münster: Unrast.

Poledna, Sorina und Grosu, Doinița (2017): Social Work with Migrants. Diakonie Hamburg's Counseling Center for Eastern European Persons. In: *Revista de Asistență Socială* (2). Online verfügbar unter http://www.swreview.ro/index.pl/social_work_with_migrants_diakonie_hamburgs_counseling_center_for_eastern_european_persons, zuletzt geprüft am 07.11.2021.

Reuss, Anja (2015): Kontinuitäten der Stigmatisierung. Sinti und Roma in der deutschen Nachkriegszeit. Berlin: Metropol Verlag.

Richter, Eva-Maria. 2017. *Osteuropäische „Armutzuwanderung“ in München: Eine ethnografische Grenzregimeanalyse*. Herbert Utz Verlag.

Riedner, Lisa. 2018. *Arbeit! wohnen! urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration: eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus*. Münster: Edition Assemblage.

Sandner Le Gall, Verena. 2016. „Die Problematisierung transnationaler Migration innerhalb der EU: Aushandlungen um Zugehörigkeiten südosteuropäischer Roma“. In *Translokalität und lokale Raumproduktionen in transnationaler Perspektive*, herausgegeben von Alexander Tölle und Rainer Wehrhahn, 30:79–95. Thematicon. Berlin: Logos Verlag Berlin GmbH.

Sebaux, Gwénola (2019): (Spät-)Aussiedler aus Rumänien. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/izpb/298587/spaet-aussiedler-aus-rumaenien>, zuletzt geprüft am 27.09.2021.

Staub-Bernasconi, Lucia. 2000. „Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession“. In *Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit*, herausgegeben von Franz Stimmer, Hilde van den Boogaart, und Günter Rosenhagen, 4., völlig überarbeitete u. erw. Aufl, 626–32. München: Oldenbourg.

Thränhardt, Dieter. 2015. „Die Re-Europäisierung der Einwanderung“. *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, Nr. 2. <http://www.diezeitschrift.de/22015/migration-03.pdf>.

Todorova, Marija Nikolaeva (2006): Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil. Darmstadt: Wiss. Buchges.

Unabhängige Kommission Antiziganismus (2021): Perspektivwechsel - Nachholende Gerechtigkeit - Partizipation. Bericht. Drucksache 19/30310. Hg. v. Deutscher Bundestag. Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Vogel, Janka (2020): Gut gemeint - gut gemacht? Roma aus Südosteuropa und Ungarn: Ihre Erfahrungen mit „Hilfen zur Selbsthilfe“. In: *Südosteuropa Mitteilungen* (01-02), S. 131–141.

Vogel, Janka (2020): Roma-Politik – Bekämpfung von Diskriminierung und sozioökonomischer Ausgrenzung nach 2020. Rückmeldung. AZ F508517. Europäische Kommission. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12191-Roma-Politik-Bekämpfung-von-Diskriminierung-und-sozioökonomischer-Ausgrenzung-nach-2020/F508517_de, zuletzt geprüft am 08.11.2021.

o.A. (07.02.2028): Ein neuer Aufbruch für Europa - Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin, 07.02.20218.

Teil I

Rumänien: Kontinuitäten der Marginalisierung

Part I

Romania: Continuities of Marginalization

Zwischen „Früher war alles besser“ und „Es war ein fürstliches Gefängnis“ - Zeitzeugengespräche mit rumänischen Rom*nja über ihr Leben im Kommunismus

Pauline Constantin-Hunstig

Einleitung

Durch ihre große Vielfalt an Ereignissen und Interpretationen bietet die Geschichte jeder und jedem von uns die Möglichkeit, nicht nur die eigene Gegenwart zu gestalten, sondern auch die eigene Identität als Gruppe oder als Individuum zu entwickeln und, idealerweise, auch über sie zu reflektieren. Nicht zuletzt kann ein Blick in die Vergangenheit auch Perspektiven für die Zukunft aufzeigen. In diesem Sinne soll dieser Beitrag einen Blick in die kommunistische Vergangenheit Rumäniens ermöglichen - eine Vergangenheit, in der die Rom*nja keine anerkannte Minderheit waren - um die Situation dieser Bevölkerungsgruppe nach dem Jahr 1989 besser zu verstehen.

„Rom*nja“ – dieser Begriff muss hinsichtlich des Facettenreichtums der dieser Gruppe angehörenden Personen als unzulänglich bezeichnet werden. Zu unterschiedlich sind die unter Rom*nja verbreiteten Sprachen, Religionszugehörigkeiten, Lebensentwürfe und sogar die Selbstbezeichnungen. Im Bewusstsein der begrifflichen Unzulänglichkeit wird im folgenden Beitrag und auch in den vorgestellten Forschungen trotzdem diese allgemeine Gruppenbezeichnung verwendet. Zum Einen, weil die Gruppe der Rom*nja seitens der Mehrheitsbevölkerung als eine eigenständige ethnische Einheit angesehen wird, ein Umstand, der sich weiter auf

die historischen und politischen Prozesse ausgewirkt hat. Zum Anderen, um gerade durch die unternommene Forschung zu zeigen, dass die Menschen, die als „Rom*nja“ bezeichnet werden, zwar einer ethnischen Gruppe angehören mögen, diese Gruppe jedoch sehr heterogen ist und deshalb auch stets differenziert betrachtet werden muss.

Nach dem Sturz des faschistischen Diktators Ion Antonescu am 23. August 1944 war Rumänien von 1944 bis 1989 ein totalitärer kommunistischer Staat, an dessen Spitze die rumänische kommunistische Partei²³ stand. Ab 1965 wurde diese von Nicolae Ceaușescu geführt, der sich als Parteivorsitzender und Präsident der „Sozialistischen Republik Rumänien“²⁴ dem Einfluss der Sowjetunion emanzipierte und den rumänischen Nationalkommunismus etablierte (Tismăneanu et al. 2007: 126). Dieser Sonderweg der kommunistischen Führung hatte zur Folge, dass neben dem sozialistischen Idealbild auch die nationale rumänische Identität gestärkt wurde. Gleichzeitig bedeutete dies eine Abgrenzung von den nationalen Minderheiten. Insbesondere Rom*nja waren davon betroffen: sie wurden als nationale Minderheit nicht mehr anerkannt. Bereits 1949 benennt die kommunistische Partei in einem Bericht die Rom*nja als ein „soziales Problem“ (Tismăneanu et al. 2007: S. 391).

Die Quellenlage zur Geschichte der Rom*nja im rumänischen Kommunismus gestaltet sich schwierig. Der Historiker Viorel Achim, der ein Standardwerk zur Geschichte der Rom*nja in Rumänien herausgebracht hat, stellt fest, dass keine genauen Studien zur Lage der Rom*nja im Kommunismus vorliegen (Achim 1998: 155). Auf die gleiche Feststellung kommt auch der Abschlussbericht der *Analyse der kommunistischen Diktatur in Rumänien* (Tismăneanu et al. 2007), in dem ansonsten der Situation der nationalen Minderheiten ein gesamtes Kapitel gewidmet wird. Nach detaillierten Ausführungen

²³ Rum.: Partidul Socialist Român (PCR).

²⁴ Vorher von 1944 bis 1965 „Volksrepublik Rumänien“.

bezüglich der Entwicklung und der Geschichte der ungarischen, deutschen und jüdischen Bevölkerung während der Zeit des Kommunismus endet das Kapitel mit einem vergleichsweise kurzen Abschnitt über die Rom*nja. Zu diesem Thema wird direkt im ersten Satz erwähnt, dass es sich aus verschiedenen Gründen als schwierig herausstellt, die Folgen und den Einfluss des kommunistischen Regimes auf die Bevölkerung der Rom*nja auszuwerten (Tismăneanu et al. 2001: 390).

Einen Zugang zur Situation der Rom*nja in Rumänien bis zum Ende der Ceaușescu-Diktatur im Dezember 1989 und dem Systemwechsel zu einer demokratischen Republik können jedoch Gespräche mit Zeitzeugen ermöglichen. Einerseits sind bei einer schwierigen Quellenlage diese Gespräche meist die letzte Möglichkeit, Erkenntnisse zu einer bestimmten Fragestellung zu gewinnen. Andererseits bergen Zeitzeugengespräche als historische Quellen stets viele Risiken. Somit ist es wichtig, sich gleichzeitig damit auseinanderzusetzen, wie eine Person oder eine Gemeinschaft sich erinnert und wie das Gedächtnis - sowohl das kollektive als auch das individuelle - beeinflusst wird.

Die vorgestellte Forschungsarbeit erfolgte auf Grundlage lebensgeschichtlicher Interviews mit Rom*nja und soll zur Darstellung des facettenreichen Bildes der Rom*nja während des rumänischen Kommunismus beitragen. In diesem Text werden Schlaglichter auf zwei Lebensgeschichten geworfen: die eines Ehepaares, wohnhaft in der Industriestadt Ploiești, und die eines Mannes, wohnhaft in Siebenbürgen. Die Auswahl darüber, welche Aspekte der kommunistischen Vergangenheit Rumäniens in Rahmen des Gespräches thematisiert werden, treffen die Interviewten durch ihre Aussagen selbst. Denn das Format des lebensgeschichtlichen Interviews folgt keinem Fragenkatalog, sondern gibt vielmehr Impulsfragen, anhand derer der Gesprächspartner oder die Gesprächspartnerin ihre Erfahrungen schildert.

Dieser Beitrag sowie das Dissertationsprojekt, auf dem er aufbaut, setzen sich mit der Fragestellung auseinander, wie Angehörige der Rom*nja-Minderheit die Zeit des rumänischen Kommunismus erinnern, obwohl sie in dieser Zeit als Minderheit offiziell nicht anerkannt wurden. Dabei wird angenommen, dass die Umsetzung einer angemessenen Minderheitenpolitik in der Gegenwart eine Auseinandersetzung mit denjenigen Herausforderungen voraussetzt, die in der Vergangenheit für die Rom*nja galten. Historische Untersuchungen dieser Art können in einem ersten Schritt gegenwärtige Herausforderungen wie beispielsweise Chancenungleichheit in der Bildung, Defizite in der beruflichen Qualifizierung, oder generell Diskriminierung im gesellschaftlichen Bereich aufzeigen. Daraus lassen sich wiederum politische Handlungsmöglichkeiten ableiten.

Kern der Forschung sind lebensgeschichtliche Interviews, die sowohl von der Autorin selbst als auch vom Institut für Oral History der Babeş-Bolyai Universität in Cluj-Napoca geführt und archiviert wurden. Die Interviews fungieren als Quellen, die im Rahmen der Dissertation einer geschichtswissenschaftlichen Interpretation und historischer Kontextualisierung unterzogen werden. Dabei liegt die Fragestellung zugrunde, wie Rom*nja als Angehörige einer im Kommunismus nicht anerkannten ethnischen Minderheit diese für sie dennoch prägende Zeit erinnern und in welchem Zusammenhang und Verhältnis diese Erinnerungen mit dem allgemeinen historischen Kontext stehen.

„Wissen Sie, früher war es besser...“ – das Ehepaar G. aus Mimi berichtet

„Früher war es besser“ – eine Aussage, mit der vermutlich seitdem der Mensch sich mit Vergangenen auseinandersetzt, die Vergangenheit idealisiert und der Blick auf das Erlebte verklärt werden. Diese Sichtweise führt oft zu einem Generationenkonflikt und kann als Beweis dafür dienen, dass diejenige Person, die diese Sichtweise vertritt, negativ gegenüber Neuerungen eingestellt ist und Modernisierung eher ablehnt. Was passiert jedoch, wenn diese Aussage nicht nur auf einem unspezifischen Gefühl beruht, sondern auch an bestimmten historischen Elementen festgemacht wird?

Die Publizistin und Literaturwissenschaftlerin an der Universität Bukarest Ioana Pârvulescu stellt im Vorwort zu dem von ihr veröffentlichten Erinnerungsband „Și eu am trăit în comunism“²⁵ klar, dass diejenigen, die in ihrem Leben in Freiheit nicht ihre Ziele erreicht haben, zu der Aussage kommen, dass es früher besser war. Diese Personengruppe vertrete laut Pârvulescu den Standpunkt, dass das Leben in „unserem alltäglichen Gefängnis“ (Pârvulescu 2015: 8) zu bevorzugen sei. Hier werden die deutlich negative Bewertung der gesamten kommunistischen Zeit durch die Herausgeberin, sowie ihre Kritik an denjenigen, die dieser Zeit noch etwas Gutes abgewinnen können, deutlich. Die Kritik geht sogar so weit, dass diese Personengruppe als in der Freiheit lebende gescheiterte Existenzen klassifiziert wird. Mit Freiheit wird von der Autorin die postkommunistische Zeit nach 1989 bezeichnet. Auch im Abschlussbericht der *Kommission zur Untersuchung der kommunistischen Diktatur in Rumänien* wird in der Einleitung der Kommunismus als geschlossenes, repressives und erniedrigendes Universum beschrieben (vgl. Tismăneanu et al. 2001: 25).

²⁵ Dt.: „Auch ich habe im Kommunismus gelebt“ (Übersetzung durch die Autorin).

Umso verwunderlicher erscheint es doch, dass das Ehepaar Ion und Liliana G. in dem lebensgeschichtlichen Interview nicht müde wird, zu wiederholen, dass es früher viel besser war. In diesem Spannungsfeld zwischen allgemeinem Diskurs der Aufarbeitung des Kommunismus und der individuellen Sichtweise von Angehörigen der Rom*nja-Minderheit, in diesem Falle der Familie G., steht die folgende Auswertung eines Auszugs aus dem lebensgeschichtlichen Interview.

Das Gespräch mit Herrn und Frau G. fand im Oktober 2017 statt. Der Kontakt zu dieser Familie wurde über die Nichtregierungsorganisation²⁶ *Concordia* hergestellt, die in Bukarest und Ploiești in der Kinder- und Jugendhilfe aktiv ist und für die Kinder des strukturschwachen Viertels Mimi in Ploiești ein After-School-Programm anbietet (vgl. *Concordia* 2021a und b).

Das interviewte Ehepaar bewertet seine persönliche Vergangenheit im rumänischen Kommunismus als insgesamt positiv. Auffällig ist hier die Diskrepanz zwischen ihren stark eingeschränkten Freiheitsrechten und ihrer persönlichen Zufriedenheit. Einerseits herrschte für sie eine abendliche Ausgangssperre, in deren Rahmen sie regelmäßig kontrolliert wurden – laut Frau G. auch bei einem medizinischen Notfall. Andererseits stellen sie beide klar, dass es ihnen während dieser Zeit besser ging. In ihren Aussagen lassen sich zwei Gründe dafür erkennen: die finanzielle Sicherheit durch die Festanstellung des Ehemanns in einer Fabrik und die strengeren moralischen Regeln, die in der Gesellschaft verankert waren. In einem von ihnen aufgeführten Vergleich, wie sich junge Frauen in der Gegenwart kleiden und der Mode im Kommunismus, sehen die beiden einen klaren Sittenverfall. In diesem Zusammenhang steht laut ihnen auch eine erhöhte Kriminalität in der heutigen Zeit. Eine Erklärung bietet für sie die zu große gesellschaftliche und politische Freiheit, die seit 1989 herrsche. Dem Ehepaar G. zufolge sollte die Freiheit eingeschränkt werden, um die moralischen Standards sichern zu können.

²⁶Im Folgenden abgekürzt mit NGO, Anm. d. Hg..

Auffallend ist in den Aussagen, dass das Ehepaar die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform nicht positiv bewertet, sondern anhand der Beobachtung zu großer Freiheitsrechte eine Gefahr aus moralischer Sicht, aber auch im Alltag beobachtet. Insgesamt stellt das Ehepaar G. einen gesamtgesellschaftlichen Werteverfall durch den Wegfall der strengen Kontrolle der Bevölkerung fest. Inwiefern jedoch die von ihnen beschriebenen Ausweiskontrollen und Ausgangssperren aus der Vergangenheit mit der gelockerten Art und Weise der Bekleidung in der Gegenwart stehen, bleibt offen. Sicherlich ist diese Aussage im größeren gesamtgesellschaftlichen Kontext zu betrachten, zu dem auch die Liberalisierung der Mode durch die Emanzipation der Frau und das Aufbrechen der Geschlechterrollen gehören kann.

Ein weiteres Phänomen, das im Gespräch mit dem Ehepaar G. vorkommt, ist das Ausblenden der negativen Seiten des Alltags im Kommunismus zugunsten der Aufzählung seiner Vorteile. In ihren Untersuchungen zur rumänischen Familie im Kommunismus spricht die Historikerin Luminița Dumănescu exakt dieses Phänomen an und erläutert es als Folge neuerer historischer Entwicklungen. So stellt sie die weit verbreitete Aussage „früher war es besser“ insbesondere im Zusammenhang mit den sozio-ökonomischen Einbußen infolge der wirtschaftlichen Krisen der 2000er und 2010er Jahre. Aus dieser Perspektive betrachtet, würde die Aussage als gegenwartskritische Erinnerung dafür gelten, dass es einmal einen gesicherten Arbeitsplatz gab, das Gehalt regelmäßig gezahlt wurde, die Wohnverhältnisse gesichert waren, man mit dem gezahlten Urlaubsgeld innerhalb der Landesgrenzen verreisen konnte und man eine gewisse Sicherheit für die Zukunft hatte (vgl. Dumănescu 2012: 185). Diese Einschätzung lässt sich auf die Sichtweise des Ehepaars G. übertragen: obwohl sie aus heutiger Perspektive erhebliche Einschränkungen erfahren mussten, bewerten sie ihr Leben im Kommunismus als positiv.

Während des rumänischen Kommunismus wurden Rom*nja nicht als ethnische Minderheit anerkannt und es wurde somit keine offizielle Minderheitenpolitik betrieben. Außerdem war zu beobachten, dass

sich weniger Menschen zu ihrer ethnischen Zugehörigkeit bekannten (vgl. Mihok 1990: 186). Diese Tatsache zeigt sich auch in den Beschreibungen des Ehepaars G. Laut Frau G. habe man damals nicht „Țiganca“²⁷ zu ihr sagen dürfen und sie fühlte sich insgesamt respektierter.

Die scheinbare Abwesenheit von Diskriminierung als Beweis für deren Überwindung oder zumindest als Indiz für einen Wandel der rumänischen Gesellschaft in Richtung zunehmender ethnischer Homogenität während des Kommunismus einzuordnen, wäre ein Trugschluss. Die fehlende Nationalitäten- und Minderheitenpolitik der kommunistischen Führung geht vielmehr auf politisch-ideologische Gründe zurück. Am 7. Mai 1966 erklärte Ceaușescu, Rumänien sei kein „Vielvölkerstaat“ mehr, weil das „multilateral entwickelte sozialistische Rumänien in Wirklichkeit einen einheitlichen Nationalstaat darstelle“ (Mihok 1990: 114). Aus dem Wortlaut wird deutlich, dass im kommunistischen System Rumäniens kein Raum für Minderheitenpolitik war.

Brigitte Mihok erklärt zudem in ihrem Band zur Ethnostratifikation im Sozialismus, dass durch die restriktiven Herrschaftsverhältnisse lediglich die Artikulationsmöglichkeit und die ethnische Mobilisierung unterbunden wurden. Dies habe den Effekt, dass ethnische Konflikte von der Oberfläche verbannt wurden. Eine solche Unterdrückung führe laut Mihok eher zu einer Verschärfung der Konflikte (vgl. Mihok 1990: 224). Diese von Mihok vorhergesehene Verschärfung lässt sich auf der Mikroebene auch in den Erinnerungen des Ehepaars G. wiederfinden. Fühlten sie sich im kommunistischen Rumänien mehr respektiert, erleben sie im heutigen Rumänien nun Ausgrenzung und sozialen Abstieg.

²⁷ Bei diesem umstrittenen Begriff handelt es sich um eine Selbstbezeichnung der Interviewten in der konkreten Gesprächssituation. Er wird hier als Feldbegriff verstanden und hier und im Folgenden stets in Anführungszeichen gesetzt.

„... und nun beginnt die Qual, bis dahin war es, sagen wir, ein fürstliches Gefängnis“ – Erlebnisse von B.Q. in Târgu Mureș²⁸

Gegenstand dieses Abschnitts ist ein lebensgeschichtliches Interview mit einem Mann – im Folgenden mit B.Q. abgekürzt – aus Transsilvanien, der sich selbst zur Gruppe der Gabori zugehörig fühlt. Gabori verstehen sich als eigene Gruppe innerhalb der Rom*nja. Eine erste schriftliche Erwähnung finden sie im rumänischsprachigen Raum bereits im 17. Jahrhundert (vgl. Sala 2007: 18). In seiner Feldstudie merkt der Soziologe Martin Olivera an, dass sich diese Personengruppe bewusst auf eigene Art und Weise in der Öffentlichkeit präsentiert, damit sie gesehen wird (vgl. Olivera 2012: 19).²⁹ Durch ihre auffälligen Trachten möchten die Gabori sich von Anderen absetzen, wollen sichtbar sein und bleiben. Dennoch bezeichnet Olivera sie als „Personen, die [in Rumänien, P. C.-H.] leben, sich als ähnlich ansehen und ihre Ähnlichkeit durch das Ethnonym ‚Gabori‘ ausdrücken“ (Olivera 2012: 21).³⁰

Im Folgenden wird ein Ausschnitt aus einem Interview untersucht, welches im Jahr 2015 im Rahmen eines Oral-History-Projektes der Babeş-Bolyai-Universität geführt wurde. Ein roter Faden, der sich durch die Lebensgeschichte des Interviewten zieht, ist seine Religiosität. So bewertet er die Missionierung durch die Freikirche als Schlüsselerlebnis für seinen weiteren Lebensverlauf, aber auch als einen wichtigen Teil in seinem Selbstverständnis als „Țigan“³¹. Denn vor dem Eintritt in die Freikirche fühlte sich der Interviewte in erster Linie als „Sünder“, der seinen Angaben nach von Gott „vergessen“ (Olariu 2016: 36) worden war. Nachdem ihm durch die Missionierung

²⁸Dt.: Neumarkt, ung.: Máros Vásárhély.

²⁹ Vgl. zu den Gabori auch: Olivera 2020.

³⁰ Original in französischer Sprache: „[...] Il va ainsi être question ici [...] de personnes vivant dans ce pays, se reconnaissant comme semblables et exprimant généralement cette similitude ou, si l’on préfère, cette identité, par l’usage de l’ethnonyme «Gabori»[...]“ (Olivera 2012: 21).

³¹Dt.: „Zigeuner“.

jedoch vermittelt wurde, dass Gott auch die „Țigani“ liebe, wuchs sein Selbstwertgefühl. Durch die mangelhafte Schulbildung wurde die Lektüre der Bibel in der Freikirche gleichzeitig auch ein Alphabetisierungskurs für den Interviewten.

Der für ihn in seinem Leben zentral gewordene Glaube helfe ihm auch, rückblickend seine Erlebnisse während seiner Inhaftierung zu verarbeiten. Nach seinen Angaben wurden er und sein Vater zusammen mit anderen Rom**nja* während eines Marktbesuchs von der Miliz³² verhaftet. Um diese Verhaftung nachträglich zu legitimieren, wurden sie dazu verpflichtet, ein Dokument zu unterschreiben, in dem sie sich des „parasitären Lebens“ (Olariu 2016: 40) schuldig bekannten. Die Papiere, die der Interviewte bei sich trug, um zu beweisen, dass er seinen Lebensunterhalt selbst verdient und einer regulären Arbeit nachgeht, wurden vor seinen Augen zerrissen. Zu der Gerichtsverhandlung, bei der auch die Familien der Inhaftierten anwesend waren, wurden sie in Handschellen vorgeführt. Während der Verhandlung konnte der Staatsanwalt gegenüber dem Gericht noch die Dauer der Haft verkürzen; jedoch wurden B.Q. sowie die anderen auf dem Markt festgenommenen Personen zu 160 Tagen Haft verurteilt.

Während der Haft wurde B.Q. zur Zwangsarbeit eingeteilt (vgl. Olariu 2016: 44). Diese Aktivität scheint ihm persönlich jedoch eher eine gelegene Abwechslung gewesen zu sein als eine Art und Weise der Ausbeutung seiner Arbeitskraft. Für ihn war die Arbeit auf dem Feld, wo er nach eigenen Angaben mit 113 anderen Häftlingen Erntearbeit erledigte, „kein Problem“ und besser als „im Gefängnis herumzusitzen“ (vgl. ebda.). Während der Verrichtung dieser harten physischen Arbeit war jedoch die Versorgung der Häftlinge nicht gewährleistet. So berichtet B.Q. zwar davon, dass Wasser für die Inhaftierten zur Verfügung stand, es jedoch von dem Wärter, der die Männer beaufsichtigte in die pralle Sonne gestellt wurde, sodass es

³² Die Miliz (rum.: *miliția*) war die Polizei im kommunistischen Rumänien.

sich erhitzte und damit für die Zwangsarbeiter nicht trinkbar war. Dieses Vorenthalten von lebenswichtigen Grundlagen wie Trinkwasser kann als eine Art von Folter eingestuft werden.

„Und nun fängt die Qual an, bis dahin war es, sagen wir, ein fürstliches Gefängnis“³³ (ebda.: 45). Mit diesen Worten leitet der Interviewte die Erzählung seiner traumatischen Erlebnisse während der Haft ein. Er gibt an, praktizierender Adventist zu sein. In dieser christlichen Konfession ist der Samstag, der Sabbat, der heilige Tag in der Woche, an dem die Gläubigen nicht arbeiten dürfen. Die Kirche der Adventisten des siebten Tages war eine von vier neoprotestantischen Kirchen, die in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg als Glaubensgemeinschaft zugelassen wurden. Diese wurden jedoch vom kommunistischen Regime streng überwacht und die Angehörigen dieser Kirchen wurden durch ihren fehlenden Konformismus mit der kommunistischen Führung öffentlich verleumdet (vgl. Tismăneanu et al. 2007: 285). Trotz ihrer relativ geringen Anzahl waren die Angehörigen der neoprotestantischen Glaubensgemeinschaften die am meisten verfolgten Christen während der Herrschaft Ceaușescus (ebda.).

Nachdem der Interviewte sich zusammen mit seinem Vater am Sabbat verweigerte, der in Haft angeordneten Arbeit nachzugehen, wurden sie geschlagen und in einen Kerker zur Isolationshaft gebracht. Um diese traumatisierenden Erlebnisse zu verarbeiten zu können, bezieht sich der Interviewte auf seinen Glauben, der ihm Halt geboten habe. Es hilft ihm außerdem sich zu vergegenwärtigen, er habe „für Jesus“ gelitten. Diese tief religiöse Einstellung kann sicherlich als Bewältigungsstrategie angesehen werden, denn auch als die Gefängnisaufseher*innen mitteilten, in der Isolationshaft werde nur alle zwei Tage Essen verteilt - wer nicht arbeite, bekäme auch kein

³³Și acum începe calvarul, că până acum a fost o pușcărie [...] (Übersetzung durch die Autorin).

Essen - ³⁴ antwortet der Interviewte nach eigenen Angaben: „Ja, mein Herr, so ist es“ (Olariu 2016: 55). Anhand dieser Reaktion kann festgestellt werden, wie wichtig für den Interviewten sein Glaube und seine Religionsausübung waren (und sind).

Die Freilassung aus dieser für den Interviewten schwer nachvollziehbaren Haft kam genauso überraschend wie die Verhaftung - während der durch die Beharrung auf ihre religiösen Praktiken veranlassten Isolationshaft. Eines Morgens kam der diensthabende Offizier und ordnete die Freilassung des Interviewten an. Mit der Aushändigung der Entlassungspapiere wurde jedoch angedroht, dass sie wieder inhaftiert würden, sollten sie über die Vorkommnisse mit jemandem sprechen. Für die während der Haftzeit verrichtete Zwangsarbeit erhielten sie pro Person 25 Lei³⁵ (vgl. Olariu 2016: 55).

Ein sowohl für seinen Vater als auch für den Interviewten selbst einschneidend negatives Erlebnis war die gezwungene Rasur ihres Haars und insbesondere ihres Schnauzbartes. Der Interviewte gehört der Gruppe der Gabori an, für die der Schnauzbart als identitätsstiftend gilt. Auch Olivera erwähnt in seinen Feldstudien den Schnurrbart der Männer als ein Erkennungsmerkmal der Gabori. In diesem Zusammenhang konstatiert er, dass diese Merkmale zum Zeitpunkt seiner Studien in den 2000er Jahren als Bestätigung der Zugehörigkeit zur Gruppe der Gabori galten. Wie vorhin erwähnt haben die Gabori sich im Gegensatz zu anderen Rom*nja-Gemeinschaften bewusst dazu entschieden, die Zugehörigkeit zu ihrer Community so offensichtlich zu zeigen (Olivera 2012: 154). Der Vater des Interviewten fühlte sich äußerlich sogar so stigmatisiert, dass er bis zum Nachwachsen seines Bartes sich weigerte, in die Öffentlichkeit und sogar zum Gottesdienst zu gehen. Im Gespräch wird mehrfach

³⁴ Auch dies hat seinen Ursprung im christlichen Glauben, vgl. 2 Thessalonicher 3,10.

³⁵ Zum Vergleich: Ein Brot kostete zu dieser Zeit etwa 4 Lei; das Durchschnittsgehalt zu jener Zeit lag bei etwa 3.000 Lei (vgl. Ionașcu 2017).

wiederholt, wie sehr die Männer sich durch diese Rasur verspottet fühlten.

Im Abschluss an den Bericht seiner Inhaftierung wird nochmals unterstrichen, wie unterdrückend die kommunistische Diktatur für ihn war. Auch nach seiner Entlassung musste er noch rund sechs Tage, in der Kooperative, in der er auch Zwangsarbeit geleistet hatte, arbeiten. Hauptgrund dafür war, dass er und sein Vater in dem Zustand, in dem sie sich befanden, sich durch ihre Hämatome nicht trauten, in die Stadt zu gehen (vgl. Olariu 2016: 56). Währenddessen sei er Zeuge geworden, wie auch Jugendliche gefoltert und in Lieferwagen abtransportiert worden seien.

Im Abschlussbericht der Untersuchungskommission zum rumänischen Kommunismus wird das Gefängnis im kommunistischen Rumänien als der Ort, an dem die Auslöschung, Umerziehung, Folterung, Überwachung und die physische und psychische Zerstörung all jener, die sich widersetzen, die sich hätten widersetzen können oder derer, die von der kommunistischen Führung eingeführte neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung nicht akzeptieren konnten, stattfanden (Tismăneanu et al. 2007: 564).³⁶ Diese Beurteilung der Institution Gefängnis im Abschlussbericht legt die Willkür bei Inhaftierungen im kommunistischen Rumänien offen.

In dieser neuen Ordnung hatten die traditionellen Gewerbe, denen Angehörige der Rom*nja und auch der Gabori nachgingen, keinen Platz. Obwohl B.Q. eine Bescheinigung seines Arbeitgebers³⁷ bei sich führte, wurde er von der Miliz abgeführt. Dies kann ein Hinweis darauf sein, wie sehr die Miliz auch von Vorurteilen gegenüber Rom*nja-Gruppen geprägt war, von denen sie automatisch keine Erwerbstätigkeit im sozialistischen Sinne erwartete. Den Betroffenen

³⁶ Vgl. dazu auch Foucault 2008.

³⁷ B.Q. war bei der *Uniunea Județeană a Cooperativelor Meșteșugărești (UJCOM)*, dt.: *Bezirkskooperative für Handwerksberufe*) angestellt.

hat dieser Fehlschluss einen Aufenthalt unter schwersten Bedingungen im Gefängnis eingebracht.

Aus dieser traumatisierenden Erfahrung der Inhaftierung ohne für ihn nachvollziehbaren Grund rührt auch die von ihm ausgedrückte Freude über das Ende des Kommunismus, welches er als Befreiung bezeichnet. In der Übergangszeit nach dem Kommunismus wurde der Interviewte als Vertreter seines Dorfes bei der Polizei eingesetzt. Obwohl er zunächst betont, dass Gabori und Rom*nja sich grundsätzlich nicht an politischen Prozessen beteiligen, gibt er seinen Standpunkt nach 1989 wieder: „Wir gehören zur rumänischen Familie, egal ob wir Roma, Magyaren oder Rumänen sind“ (Olariu 2016: 57).

Von seinem heutigen Standpunkt aus wurde er in erster Linie in Haft genommen, damit die Miliz unbezahlte Arbeiter zur Verfügung hatte; er vergleicht sich direkt mit einem Sklaven. Inwiefern er sich auf die Geschichte der Rom*nja in den Donaufürstentümern Walachei und Moldau bezieht, ist nicht klar. Seit dem Mittelalter und ihrer Ankunft in den rumänischen Gebieten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren Rom*nja in diesen Gebieten Sklav*innen (vgl. Achim 1998: 31).

In den Schilderungen wird klar, dass der Interviewte bereits Anfang der 1990er Jahre begonnen hat, offen über die Verbrechen, die während des Kommunismus an den Rom*nja bzw. Gabori begangen wurden, zu sprechen. Trotzdem lehnt er eine politische Betätigung im postkommunistischen Rumänien ab, da sich für ihn das Engagement in der Politik und ein Leben als religiöser Mensch gegenseitig ausschließen. In diesem Zusammenhang erwähnt er auch die Gründung der *Partidul Romilor*³⁸. Hier wird deutlich, dass die Revolution 1989 und die damit einhergehenden Veränderungen bezüglich der politischen Partizipation der Rom*nja in Rumänien auch für den Interviewten ganz konkret werden.

³⁸ Dt.: *Partei der Roma* (Übersetzung durch die Autorin).

Abschließend zu diesem Rückblick auf seine Haft- und Zwangsarbeitserfahrung im Kommunismus gibt der Interviewte an, dass - obwohl man jetzt in Freiheit lebe - es nicht einfacher sei. Die Hauptschwierigkeit aktuell sei, dass es keine Arbeit gebe. Hier lässt sich klar eine Parallele zu dem Gespräch mit dem Ehepaar G. aus Ploiești herstellen. Obwohl die Menschen während der Zeit des rumänischen Kommunismus in ihren Grundrechten erheblich eingeschränkt waren, wird diese Epoche nicht grundsätzlich verurteilt. Der Grund dafür lässt sich sowohl bei diesem Vertreter der Gabori in Transsilvanien als auch bei den Bewohnern des Viertels Mimiú in der individuellen wirtschaftlichen Situation finden.

Die gegenwärtig zu beobachtende Emigration der jungen Menschen stellt B.Q. in Zusammenhang mit der schwierigen Situation auf dem rumänischen Arbeitsmarkt. Für diese bliebe nach der Schule bzw. nach der universitären Ausbildung fast nur die Möglichkeit, im Ausland arbeiten zu gehen. In der Zeit als Ceaușescu an der Macht war habe es dieses beschriebene Problem der Erwerbslosigkeit nicht gegeben. Spannend ist hier die klare Aussage: „Gäbe es Freiheit und wäre es keine Diktatur, wäre dieses System nicht schlecht [gewesen, P. C-H.]“ (Olariu 2016: 58). Dies zeigt, dass er trotz seiner traumatischen Erlebnisse das kommunistische System in Rumänien nicht per se negativ beurteilt, sondern bis in die Gegenwart durchaus auch positiv bewertet.

Insgesamt betrachtet muss an dieser Stelle festgestellt werden, dass im kommunistischen System Rumäniens das Reisen und die Migration stark eingeschränkt bzw. sogar verboten waren. Außerdem gab es im Zusammenhang mit dem sozialistischen Ideal eines Arbeiterstaates das Ziel der Vollbeschäftigung beziehungsweise der Beschäftigung im sozialistischen Sinne. Die traditionellen Tätigkeiten wie saisonale Gewerbe und seminomadische, bzw. transhumante Lebensweisen einiger Rom*nja-Gruppen in Rumänien gehörten explizit nicht dazu.

„Dacă n-ai carte, n-ai parte“ (Olariu 2016: 66) – sinngemäß: „Ohne Bildung keine Teilhabe“. Mit dieser Aussage beschreibt B.Q. das Problem der Angehörigen der Gabori seiner Generation. Er sieht den Nichtbesuch der Schule für ihn - aber auch für seine ganze Gemeinschaft - als Kapitalfehler an. Er kritisiert auch die Tatsache, dass trotz seiner Ratschläge weder seine Kinder noch seine Enkel mit großen Ambitionen die Schule besuchen und nicht regelmäßig lernen. Als ein Resultat der fehlenden Bildung sieht er die geringe Teilhabe der Gabori an der Politik an. Um diesen Nachteil zu relativieren, erwähnt er jedoch, dass es in Rumänien ohnehin wenig ehrliche und gute Politiker*innen gebe und die Mehrheit in Korruption verwickelt sei: „Würde wirklich Recht gesprochen, müsste das gesamte Land ins Gefängnis“ (Olariu 2016: 44).

Anhand dieser Aussage lässt sich die These aufstellen, dass durch die Erlebnisse der unrechtmäßigen Verurteilung und Inhaftierung das Rechtsverständnis von B.Q. langfristig verändert wurde. Bis heute weiß der ehemalige Inhaftierte nicht, warum genau er während seines Aufenthalts auf dem Markt von Târgu Mureș verhaftet wurde. Im Zusammenhang mit der aktuellen Situation in Rumänien erwähnt er nochmals, dass er trotz seiner Arbeiterlaubnis verhaftet wurde. Daraus zieht er die allgemeine Schlussfolgerung, dass jeder, der für schuldig befunden werden soll, auch für schuldig befunden wird - ob man wolle oder nicht. Die Gefahr eines solchen Unrechts sieht er in der aktuellen Lage sogar noch mehr als im Kommunismus und benutzt dafür ein anschauliches Bild: „Wir haben das Joch aus Holz mit dem Joch aus Eisen ausgetauscht [...] Der Kommunismus war wie ein Joch aus Holz und das aus Eisen ist gefährlicher“ (Olariu 2016: 61)³⁹. In

³⁹ Die Metapher des hölzernen und eisernen Jochs ist biblischen Ursprungs. Vgl. Jeremia 28,13: „Geh hin und sage Hananja: So spricht der HERR: Du hast das hölzerne Joch zerbrochen, aber du hast nun ein eisernes Joch an seine Stelle gesetzt“ (Luther). In rumänischen Freikirchen wird die rumänische Übersetzung des Alten Testaments von 1924 durch Dumitru Cornilescu benutzt: „Du-te și spune lui Hanania: Așa vorbește Domnul: Ai sfârșit un jug de lemn, dar cu aceasta ai făcut în locul lui un jug de fier“ (Cornilescu).

diesem Zusammenhang nennt er die NATO sowie die EU, die nun auch Einfluss auf die rumänische Politik ausüben.

Ein weiterer Aspekt, welcher im Interview angesprochen wird, ist das Zugehörigkeitsgefühl. Der Interviewte bezeichnet sich selbst als Angehörigen der Gabori, nutzt aber im Lauf des Gesprächs sowohl die Bezeichnungen „Țigan“ als auch „Rom“. Ein Problem bezüglich der Identität der Gabori sei außerdem, dass sie ihre Geschichte nicht kennen.

Gleichzeitig ist eine sehr stark ausgeprägte Identifikation mit seinem Heimatland Rumänien zu erkennen. Die westeuropäischen Länder nennt er „diese kapitalistischen Länder“ und betont, dass sich deswegen so viele Rom*nja in Rumänien befänden, weil es „uns hier gefällt, ich liebe mein Land“ (Olariu 2016: 63). Signifikant ist die Bezeichnung „kapitalistisch“ für die anderen europäischen Länder. Hier wird die Unzufriedenheit des Interviewten mit dem gegenwärtigen System erkennbar. Es kann als ein Hinweis angesehen werden, wie sehr das kommunistische Rumänien noch Teil seiner Identität ist.

Im weiteren Verlauf gibt B.Q. noch detailreiche Einblicke in weitere Bereiche der Gabori-Community wie beispielsweise die Konversion

Der Wortlaut der rumänischen Übersetzung des Alten Testaments, die in der (mehrheitlich) Rumänisch-Orthodoxen Kirche Anwendung findet, unterscheidet sich interessanterweise von den ersten beiden Übersetzungen dadurch, dass Gott selbst die Bestrafung übernimmt und das hölzerne Joch mit einem eisernen ersetzt, statt Hananja: „Mergi și spune lui Anania: Așa zice Domnul: Tu ai sfărâmat un jug de lemn și voi face în locul lui altui de fier (Rumänisch-Orthodoxe Bibel). Diese Interpretation der fremden Herrschaft als einer besonders harten Gottesstrafe hat im rumänischsprachigen Raum eine lange Tradition. So wurde z.B. der Regime-Wechsel in Transsilvanien von Osmanischer zu Habsburgischer Herrschaft beschrieben und danach wurde es ein historiographisches Klischee (vgl. Stefanescu 2010: 30).

vieler Gabori zum Adventismus oder Geschlechterrollen innerhalb der Gemeinschaft. Leider konnte im Rahmen dieses Beitrages auf diese Punkte kein Schwerpunkt gelegt werden.⁴⁰

Fazit

Trotz traumatischer Erlebnisse werden die Erfahrungen im Kommunismus von allen Interviewpartner*innen nicht als durchweg negativ dargestellt. Der interviewte Angehörige der Gabori wurde grundlos verhaftet, gefoltert und in der Zwangsarbeit eingesetzt. Trotzdem verurteilt er das vergangene System nicht, sondern kritisiert eher die aktuelle Situation in Rumänien, in der die Politik von Korruption geprägt sei. Das Ehepaar in Mimi war in seinen Freiheitsrechten grundlegend eingeschränkt. Trotzdem bewertet es das Leben im kommunistischen System als positiv, sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus sozialer und moralischer Perspektive.

Dieser Beitrag sowie die ihm zu Grunde liegende Forschungsarbeit hat zum Ziel, die schwierige Quellenlage zur Geschichte der Rom*nja im kommunistischen Rumänien dahingehend zu erweitern, dass die Untersuchungen der lebensgeschichtlichen Interviews neue Perspektiven für die Analyse der gegenwärtigen Bezugnahme der Rom*nja auf den Kommunismus eröffnen. Die wahrscheinlich größte Herausforderung ist die Heterogenität dieser Gruppe.

Zum Abschluss sei hier die Arbeit Roger Brubakers erwähnt, der sich in seinem Band „Ethnizität ohne Gruppen“ gegen den von ihm so bezeichneten „Gruppismus“ wendet. Hiermit beschreibt er die Tendenz, Gruppen als Grundkonstituenten des gesellschaftlichen Lebens, als Hauptprotagonisten sozialer Konflikte und als

⁴⁰ Als Ausblick sei ein Hinweis auf die Arbeit des Institutes für Oral History der Babeş-Bolyai-Universität Cluj gegeben, die in ihrem Projekt *The Untold Story – An Oral History of the Roma People in Romania* zahlreiche Interviews mit Rom*nja in Rumänien geführt haben.

fundamentale Einheiten der Gesellschaftsanalyse zu betrachten und die Tendenz, Gruppen als nach innen homogene und nach außen abgegrenzten, einheitlich agierende kollektive Akteuren mit gemeinsamen Zielen zu betrachten (vgl. Brubaker 2007: 17).

Daraus lässt sich eine grundlegend andere Herangehensweise an die Analyse und Beurteilung der Situation der Rom*nja im Kommunismus und generell an die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rom*nja-Minderheit ableiten. So könne es sich als produktiver erweisen, wenn man das Augenmerk weg vom Aspekt der ethnischen Gruppe hin zu beispielsweise praktischen Kategorien, situiertes Handeln, kulturelle Idiome, kognitive Schemata, Commonsense-Wissen, organisatorische Routinen und Ressourcen, diskursive Deutungsmuster, institutionalisierte Formen, politische Projekte, zufällige Ereignisse und ein variables Zusammengehörigkeitsgefühl richten würde. Es könne sich herausstellen, dass Ethnizität einfach eine bequeme – aber in gewisser Hinsicht irreführende – Rubrik ist, unter der Phänomene zusammengefasst werden, die einerseits höchst ungleichartig sind und andererseits sehr viel mit Phänomenen gemeinsam haben, die man gewöhnlich nicht unter der Rubrik der Ethnizität subsumieren würde (vgl. Brubaker 2007: 45).

Mit diesem Gedankenanstoß, die Kategorie der Ethnizität zu hinterfragen und differenziert zu betrachten, soll der Einblick in die Erinnerungen von Rom*nja im rumänischen Kommunismus abschließen. Er versteht sich als Mosaikstein im Bild eines komplexen und sich einem steten Wandel unterziehenden Teils der rumänischen und europäischen Bevölkerung, seien sie nun Romnja oder Europäer*innen genannt.

Quellen- & Literaturverzeichnis

Achim, Viorel: Țigani în istoria României. Bukarest 1998.

Brubaker, Rogers: Ethnizität ohne Gruppen. Hamburg 2007.

Concordia - proiecte sociale (Hg.) (2021a): Centrele de servicii sociale. Online verfügbar unter <http://www.concordia.org.ro/proiecte/proiecte-prahova/centre-de-servicii-sociale>, zuletzt geprüft am 10.05.2021.

Concordia - proiecte sociale (2021b): Freizeitaktivitäten für Kinder. Online verfügbar unter <https://www.concordia-sozialprojekte.de/de/familienzentrierte-beratung-und-betreuung/betreuung-und-freizeitaktivitaeten-fuer-kinder>, zuletzt geprüft am 10.05.2021.

Dumănescu, Luminița: Familia românească în comunism. Cluj-Napoca 2012.

Foucault, Michel (2008): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 9. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch, 2271).

Institut für Oral History Babeș-Bolyai-Universität: <https://www.istoriaorala.ro/> (letzter Zugriff 7.3.2021)

Ionașcu, Daniel (2017): Cum erau prețurile în comunism față de cele de acum. Cât costau mâncarea, țiğările și carburanții Citește întreaga știre: ANALIZĂ / Cum erau prețurile în comunism față de cele de acum. Cât costau mâncarea, țiğările și carburanții. ANALIZĂ. In: *Libertatea*, 16.10.2017. Online verfügbar unter <https://www.libertatea.ro/stiri/comparatie-cum-erau-preturile-comunism-fata-de-cele-de-acum-cat-costau-mancarea-tigarile-si-carburantii-2000971>, zuletzt geprüft am 08.11.2021.

Mihok, Brigitte: Ethnostratifikation im Sozialismus, aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien. Frankfurt am Main 1990.

Olariu, Călin (Hg.): Povestea mea – povestea noastră. Gaborii din județul Mureș. Cluj-Napoca 2016.

Olivera, Martin: La tradition de l'intégration. Une ethnologie des Roms Gabori dans les années 2000. Paris 2012.

Olivera, Martin (2020): Die Roma als "ethnische Minderheit"? Eine rumänische Frage. In: Vintilă Mihăilescu, Petre Matei und Larisa Schippel (Hg.): Roma – Der Diskurswandel. 1. Auflage (Blickpunkt Rumänien), S. 56–72.

Pârvulescu, Ioana (Hg.): Și eu am trăit în comunism. Bukarest 2015.

Sala, Gabriel: Neamul țiganilor gabori. Cluj-Napoca 2007.

Ștefănescu, Barbu, 2010, „Historical Reality and Historiographic Clichés: the “Austrian Iron Yoke” versus the “Turkish Wooden Yoke” [Originaltitel: „Realitate istorică și clișee istoriografice: „jugul de fier austriac” *versus* „jugul de lemn turcesc”] in Șipoș, Sorin; Brie, Mircea; Horga, Ioan; Șarov, Igor; Gumenâi, Ion (Hrsg.) 2010, „Imperial Politics in the East and West of the Romanian Space”, MPRA Paper No. 44110, University of Oradea und State University of Moldova: Oradea und Chișinău. Verfügbar in Rumänisch mit englischsprachigen Zusammenfassungen der Buchkapitel unter: https://mpra.ub.uni-muenchen.de/44110/1/MPRA_paper_44110.pdf.

Tismăneanu, Vladimir; Dobrinu, Dorin; Vasile, Cristian: Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România: Raport final. Bukarest 2007.

Des Hasses bittere Früchte. Eine Untersuchung antiziganistischer Gewaltvorfälle im Rumänien der 1990er Jahre

Johannes Nüßer

Einleitung

„Alle hassen die Zigeuner“, titelte der Spiegel (1990) in seiner Ausgabe über die zunehmenden Asylgesuche von Angehörigen der Rom*nja-Minderheit mit hauptsächlich rumänischer Staatsangehörigkeit und die starke Ablehnung, die ihnen in Deutschland entgegenschlug. Im Laufe des Jahrzehntes gewann dieses Thema zunächst weiter an Bedeutung, da Menschen aus Rumänien zwischen 1990 und 1998 die zweitgrößte Gruppe der Asylsuchenden in Deutschland bildeten (vgl. Herbert 2001: 288), neben Geflüchteten aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien. Darunter waren viele Angehörige der Rom*nja-Minderheit (vgl. Bade & Oltmer 2005), deren Anspruch auf Asyl in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eher kritisch bewertet wurde.⁴¹

Symptomatisch für diese kritische Haltung waren Einschätzungen, dass Rom*nja⁴² in Rumänien nicht verfolgt würden und somit kein

⁴¹ Siehe dazu auch den Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, in welchem die Anerkennung von geflüchteten Roma als besonders schutzwürdiger Gruppe eine der zentralen Forderungen darstellt. Demnach haben antiziganistisch geprägte Debatten und Praktiken in der Asylpolitik des wiedervereinigten Deutschland zu einer erheblichen Benachteiligung von Rom*nja geführt (vgl. UKA 2021: 14).

⁴² Im ganzen Beitrag wird von „Rom*nja“ gesprochen. Dabei muss natürlich berücksichtigt werden, dass es sich auch bei Angehörigen der Rom*nja-Minderheit nicht um eine homogene Gruppe handelt. „Vielmehr

Bleiberecht in Deutschland hätten (vgl. Gabanyi 2001: 36, Gessenharter 1994: 175). Dass die Legitimität von Asylgründen grundsätzlich hinterfragt wurde, entsprach durchaus dem rauen Ton der damaligen politischen Debatten um die Reform des Asylgesetzes, in denen auflagenstarke Zeitungen die These von betrügerischen Asylsuchenden, die nur auf großzügige deutsche Sozialleistungen aus waren, weit verbreiteten (vgl. Herbert 2003: 299). Aus heutiger Sicht betrachtet, nahm diese These die Unterstellungen des Missbrauchs von Sozialleistungen durch Menschen aus Rumänien vorweg, die nach dem EU-Beitritt Rumäniens in der Politik Gehör fanden (FAZ.net: 2014).

Die Gründe für Migration sind grundsätzlich sehr vielschichtig; meist „sind wirtschaftliche, soziale, politische, religiöse und persönliche Motive in unterschiedlichen Konstellationen mit je verschiedenem Gewicht eng miteinander verflochten“ (Oltmer 2017: 22). Deswegen stellt sich die Frage nach der spezifischen Ausgangslage der Rom*nja in Rumänien Anfang der 1990er Jahre und ihrem Einfluss auf die individuellen Entscheidungen, in Deutschland Asyl zu suchen.

Der erste Teil dieses Beitrages wird sich daher mit der Asylsuche rumänischer Rom*nja befassen. Dafür werden die Haltungen der rumänischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber Angehörigen der Rom*nja-Minderheit vom Realsozialismus bis in die 1990er Jahren untersucht. In den nächsten Teilen werden die sozioökonomische Situation, der Diskurs und schließlich die Gewalt gegenüber Angehörigen der Rom*nja-Minderheit in den frühen 1990er Jahren in Rumänien dargestellt.⁴³ Dabei wird untersucht, welcher der oben

unterscheiden sie sich nach regionalen, sprachlichen, kulturellen und sozialen Kriterien und zwischen den einzelnen Gruppen existieren zum Teil erhebliche Differenzen“ (Mihok 1996: S. 9).

⁴³ Die Quellen dieses Artikels sind neben der wissenschaftlichen Literatur vor allem Berichte von rumänischen und internationalen NGOs, wie Amnesty International oder Human Rights Watch.

genannten allgemeinen Gründe in welcher Weise auf Angehörige der Rom*nja-Minderheit in Rumänien zutrifft.

Asylsuchende Rom*nja in Deutschland

In der Bundesrepublik stieg von 1988 bis 1992 die Anzahl der Asylgesuche stark an, von etwas mehr als 100.000 in 1988, auf ca. 120.000 im Jahr 1989, im vereinigten Deutschland 1990 auf ca. 190.000, 1991 auf ca. 260.000 und 1992 auf fast 440.000 Menschen. Dabei handelte es sich „vor allem um Flüchtlinge aus dem Raum von Ex-Jugoslawien, aber auch um Rom*nja aus Rumänien“ (Bade und Oltmer 2004: 106). Von den ca. 1.800.000 Asylsuchenden zwischen 1990 und 1998 kamen 267.671 - also 15 Prozent - aus Rumänien (vgl. Herbert 2001: 288). Geschätzte 60 bis 80 Prozent der Asylsuchenden mit rumänischer Staatsangehörigkeit waren Angehörige der Rom*nja-Minderheit (vgl. Gabanyi 2001: 36).

Die Diskussion in Deutschland war scharf (vgl. Herbert 2001: 299). Rom*nja stießen in Deutschland auf eine Bandbreite von Reaktionen von „offener Ablehnung bis zu blankem Haß“ (Spiegel 1992). Seit 1991 ereigneten sich „zahlreiche [...] ausländerfeindliche Anschläge und Übergriffe“ (Herbert 2014: 96). Die Rom*nja waren davon in besonderer Weise betroffen (vgl. ebda.: 96–98). Neben der Bewältigung der Zuwanderung ging es auch darum, die Einwanderung zu begrenzen, darunter auch das Grundrecht auf Asyl (vgl. Münch 2014: 69).

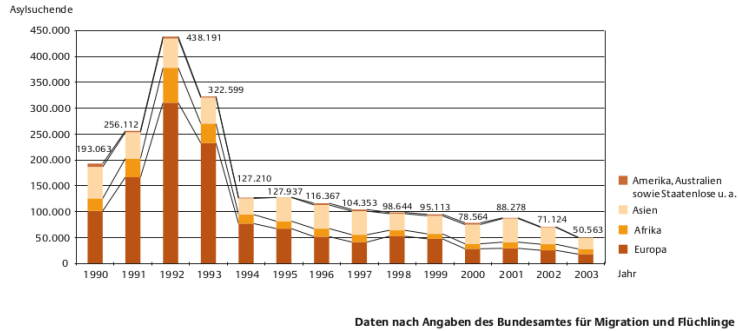
Am 24. September 1992 beschlossen die Innenminister der Republik Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland das sogenannte Rückübernahmeabkommen. Es trat am 1. November desselben Jahres in Kraft. Es sollte Angelegenheiten „hinsichtlich der deutschen und rumänischen Staatsangehörigen, die sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der jeweiligen anderen Vertragspartei aufhalten“ (Bundesgesetzblatt 1993: 220) regeln. Dadurch konnten rumänische Staatsbürger*innen „ohne besondere Formalitäten [abgeschoben

werden, J.N.] [...] sofern nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß diese Personen die rumänische Staatsangehörigkeit besitzen“ (ebda.: 221). Die rumänische Staatsangehörigkeit konnte unter anderem durch entsprechende Sprachkenntnisse glaubhaft gemacht werden (ebda.). Als direkte Folge des Abkommens wurden bis zum 31. Januar 1993 schon 3.410 rumänische Staatsangehörige zurückgeführt (Deutscher Bundestag 1993b: 1). Dabei wurden keine Daten bezüglich der Zugehörigkeit zu einer Minderheit erhoben (Deutscher Bundestag 1993a: 1).

Im Zuge des Abkommens wurde auch ein Rückkehrförderungsprogramm aufgelegt. Mit ca. 30 Mio. DM sollten „ortsansässige Rumänen und rückkehrwillige rumänische Asylbewerber“ (Deutscher Bundestag 1993b: 3) gefördert werden. Laut der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) waren jedoch Abgeschobene nicht die Zielgruppe der „High-Tech-Werkstätten und Existenzgründungsförderungen“ (FFM 1996: 21f), die von der Bundesrepublik in diesem Rahmen gefördert wurden. Dabei gingen die deutschen Behörden davon aus, dass Rom*nja in Rumänien „weder einer staatlichen noch einer mittelbaren Gruppenverfolgung durch Dritte ausgesetzt seien“ (Gabanyi 2001: 36).

Am 1. Juli 1993 wurde der sogenannte „Asylkompromiss“ rechtskräftig. Seitdem ist nicht mehr asylberechtigt, wer aus einem „verfolgungsfreien“ Land stammt oder durch ein solches nach Deutschland gekommen ist. Seitdem ist die Zahl der Asylsuchenden stark gesunken (vgl. Herbert 2014: 100).

Abb. 20: Asylantragsteller in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftskontinenten von 1990 bis 2003



Quelle: Bundesministerium des Innern 2004: 34.

Rom*nja im Realsozialismus

Doch warum suchten rumänische Rom*nja Anfang der 1990er Jahre in derartigem Ausmaß Asyl in Deutschland? Die Situation der Rom*nja in Rumänien in den 1990er Jahren kann nur mit Blick auf die vorhergehende Zeit des Realsozialismus verstanden werden. In dieser Zeit gab es zunächst keine spezielle Politik für Rom*nja.⁴⁴ Die ab dem Ende der 1970er Jahre eingeführten Maßnahmen für Rom*nja wurden nicht öffentlich gemacht (vgl. Achim 2004: 189). Sie waren nicht als nationale Minderheit anerkannt und deswegen auch nicht sichtbar (ebda.: 190). Obwohl es keine staatliche Verfolgung der Rom*nja gab, wurden sie von der allgemeinen Politik hart getroffen (vgl. Gabanyi 2001: 15).⁴⁵

⁴⁴ Wie auch für andere nationale Minderheiten nicht (vgl. Mihok 1999: 76).

⁴⁵ Zu Konflikten zwischen Rom*nja und staatlichen Behörden vgl. u.a. FFM 1996: 92, Helsinki Watch 1991: 30 oder Achim 2004: 201.

Zwei Politikfelder mit dem Ziel der Assimilierung trafen dabei Angehörige der Rom*nja-Minderheit ganz besonders:

Ein schwerwiegender Punkt war die erzwungene Sesshaftmachung der noch nomadisierenden Rom*nja in den 1970er und 1980er Jahren (vgl. Achim 2004: 191, Helsinki Watch 1991: 22). Der zweite Punkt war die Zuweisung von Arbeitsplätzen (vgl. Gabanyi 2001: 16). So wurden Rom*nja gezwungen, ihre traditionellen Gewerbe aufzugeben. Aufgrund mangelnder formaler Schulbildung (vgl. Helsinki Watch 1991: 24–26) verrichteten sie jedoch meist „unskilled and poorly paid work“ (Achim 2004: 194f), oft in der Landwirtschaft (vgl. Helsinki Watch 1991: 27). In der Folge waren sie oft ärmer als die Mehrheitsbevölkerung. In den 1980er Jahren verschlechterte sich die Situation aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise und der radikalen Sparmaßnahmen noch (vgl. Achim 2004: 197).

Statistisch gesehen ist so über die Zeit des Realsozialismus der Abstand in der sozioökonomischen Situation zwischen Angehörigen der Rom*nja-Minderheit und dem Rest der Bevölkerung größer geworden (vgl. ebda.: 198). Die stark pronatale Geburtenpolitik Ceausescus führte zu einem rasanten, überdurchschnittlich großen Bevölkerungswachstum – auch der Rom*nja-Minderheit in Rumänien; allein ihre Zahl stieg von ca. 300.000 in den 1940er Jahren auf mehr als 800.000 in 1992 (vgl. ebda.: 199) an.⁴⁶

Sozioökonomische Lage in den 1990er Jahren

Bei der Betrachtung der sozioökonomischen Situation der Rom*nja-Minderheit lässt sich feststellen, dass es sich um „einen sozial, ökonomisch, arbeits- und bildungstechnisch benachteiligten

⁴⁶ Über die Probleme von offiziellen Zahlen, um die tatsächliche Anzahl von Rom*nja zu bestimmen, siehe z.B. Mihok 1999: 165.

Zustand⁴⁷ (Zamfir et al. 1993: 156) handelte. Die einzelnen Aspekte dieser Aussage werden im Folgenden näher beleuchtet.

Die wirtschaftliche Situation der Rom*nja-Minderheit in den 1990er Jahren muss im Kontext der „wirtschaftlichen und sozialen Krise nach dem Wegfall des sozialistischen ‚Wohlfahrtsstaates‘“ (Gabanyi 2001: 6) in Rumänien betrachtet werden. Allerdings waren Rom*nja von der Transformation ungleich stärker betroffen. So wurden sie als erste aus den Fabriken entlassen (vgl. FFM 1995: 1, FFM 1996: 94, Mihok 1996: 14), ihr Lebensstandard sank schneller und tiefer (vgl. Gabanyi 2001: 18) und die Arbeitslosigkeit war überproportional hoch (vgl. Achim 2004: 204, Mihok 1999: 169). Die große Mehrheit - ca. 80 Prozent - der Rom*nja hatte keinen Beruf erlernt, nur ein Sechstel ging einer modernen, vier Prozent einer traditionellen Tätigkeit nach (vgl. Achim 2004: 203). Laut einer Studie aus dem Jahre 1992 hatten 58 Prozent der Männer und ca. 89 Prozent der Frauen keinen Arbeitsplatz, insgesamt 74 Prozent der Rom*nja (vgl. Zamfir et al. 1993: 97), während die Arbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung bei 8,4 Prozent lag. Als Gründe dafür sieht Gabanyi u.a. das Aussterben der traditionellen Rom*nja-Berufe, den rezessionsbedingten Abbau von Arbeitsplätzen im Bauwesen und der Industrie und die Auflösung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften an, wo ca. die Hälfte der Rom*nja gearbeitet hatten (vgl. Gabanyi 2001: 20f). Ansonsten hatten Rom*nja „als ungelernte, unqualifizierte Arbeitskräfte“ (Mihok 1996: 16) gearbeitet.

Der Lebensstandard von Angehörigen der Rom*nja-Minderheit war signifikant niedriger als im Durchschnitt der Bevölkerung. So lebten laut der Studie von Zamfir und Zamfir ca. drei Viertel der Rom*nja „below the minimum level considered necessary for a decent living“ (Achim 2004: 205) und ca. 63 Prozent „below subsistence level“ (ebda.). Das zeigt sich auch in der schlechten Wohnsituation in

⁴⁷ Im rumänischen Original: „O stare socială / economică / profesională / educațională dezavantajată“ (Übersetzung hier und wo nicht anders vermerkt durch den Autor).

beengten Verhältnissen (vgl. Zoon 2001: 119, Liga PRO Europa 2004). Rom*nja-Familien waren im Durchschnitt wesentlich größer als beim Rest der Bevölkerung. So lag die durchschnittliche Familiengröße bei Rom*nja bei 6,6, in der gesamten Bevölkerung bei 3,1 Personen (vgl. Zamfir et al. 1993: 62). Auch im Bereich der Gesundheit gab es große Unterschiede. So war die Lebenserwartung von Rom*nja signifikant geringer, die Geburtenrate und Kindersterblichkeit höher als in der Mehrheitsbevölkerung (vgl. Achim 2004: 206, Zoon 2001: 79).

Auch im Bereich der Bildung sticht die Rom*nja-Bevölkerung hervor. Zamfir und Zamfir sprachen für das Jahr 1992 von 27 Prozent Analphabet*innen (1993: 88). Die Hälfte der erwachsenen Rom*nja waren funktionale Analphabet*innen. Seit der Wende hatte sich der Ausbildungsstand der Rom*nja noch verschlechtert (vgl. Gabanyi 2001: 18). Dies lag auch an der Schulbildung. So war der Schulbesuch unter Angehörigen der Rom*nja-Minderheit „extremely weak“ (Achim 2004: 205). Es gab „immer noch schwerwiegende Vorbehalte gegen den Schulbesuch“ (Gabanyi 2001: 11). Auch waren Fehlzeiten, vorzeitiger Schulabbruch und Diskriminierung in der Schule hoch (vgl. Helsinki Watch 1991: 73–76, FFM 1996: 57).

Bercuş konnte allerdings schon für 2005 eine „Erhöhung der Beteiligung von Roma-Kindern am Bildungssystem“ (Bercuş 2005: 40) feststellen. Es scheint im Untersuchungszeitraum also eine Verbesserung gegeben zu haben. In der Praxis fasste Bercuş aber die Beziehung zwischen Angehörigen der Rom*nja-Minderheit und dem rumänischen Schulsystem als „de facto-Segregation“ (Bercuş 2005: 43f), die aufgrund von Traditionen – nicht von Gesetzen – bestehe, zusammen. Zur Förderung eines Studiums von Rom*nja gab es seit 1993 „aktive Maßnahmen zur ‚positiven Diskriminierung‘ der Roma im Schul- und Hochschulwesen“ (Gabanyi 2001: 32). Seit 1998 wurden landesweit 149 Studienplätze für Rom*nja freigehalten (vgl. Bercuş 2005: 38). Dazu gab es einen Unterschied bezüglich der Bildung von Männern und Frauen, wobei Frauen zu 23 Prozent und Männer zu 15 Prozent keine formale Schulbildung erhalten hatten

(vgl. Surdu und Surdu 2006: 11). Auch war nach der Wende das Bildungsniveau von Frauen stärker gesunken als das von Männern (Zamfir et al. 1993: 88).

Die sozioökonomische Situation fasst Achim so zusammen: „The marginality and inferior economic and social situation of the Roma was perpetuated under the Communist regime and in recent years, in the conditions of the transition to a market economy, the situation has worsened substantially“ (2004: 207). Brigitte Mihok spricht mit István Kemény von einer „Subkultur der Unterprivilegierten“ (Mihok 1999: 169).

Rom*nja in der rumänischen Medienberichterstattung

Das Verhältnis von Sprache und Gewalt ist grundsätzlich ein Objekt interdisziplinärer Forschung. Zum Einen spiegelt die Sprache die gesellschaftlichen Umstände und Machtverhältnisse wider. Zum Anderen kann die Nutzung einer bestimmten Sprache physische Gewalt fördern. Ein direktes Ursache-Wirkungsverhältnis kann jedoch nicht nachgewiesen werden (vgl. Bloch 2011: 71–82). Vor diesem Hintergrund können die folgenden Ausführungen helfen, die Lage der Rom*nja in Rumänien aus diesem Blickwinkel heraus genauer zu verstehen.

Brigitte Mihok und Stephan Müller untersuchten dazu rumänische Zeitungen im Zeitraum von Juni bis November 1990. Die Autor*innen stellten dabei allgemein eine „diskriminierende und diskreditierende Berichterstattung in den Medien“ (1994: 86) fest, die sich speziell um die Verknüpfung von Rom*nja mit den Themen Kriminalität und öffentliche Sicherheit drehte (vgl. auch FFM 1996: 95). Die Berichterstattung über Rom*nja war zu 80 Prozent negativ (vgl. Gabanyi 2001: 23) oder sogar rassistisch (vgl. Haller 1998, Helsinki Watch 1991).

Rommel etwa berichtet darüber, dass die Medien durch die Auswahl der Bilder den falschen Eindruck erweckten, dass Angehörige der Rom*nja-Minderheit für einen Übergriff auf die Fernsehanstalt im Juni 1990 in Bukarest verantwortlich gewesen seien. Dies wurde erst später aufgeklärt (vgl. Rommel 1993: 102f). Die hier später erwähnten Vorfälle wurden in der Berichterstattung als „the result of the provocation of Gypsy thieves“ (Fonseca 1996: 143) beschrieben.

Diese Berichterstattung machte die „Medien [zu] Mitverursacher[n] der sich verschärfenden Konflikte. Die Vermittlung von aggressiver verbaler Gewalt senkt die Hemmschwelle bei der Anwendung physischer Gewalt. Dieses dialektische Verhältnis ist eine der Grundlagen der zunehmenden Polarisierung, z.B. innerhalb der rumänischen Gesellschaft“ (Mihok und Müller 1994: 87). Diese Verbindung zwischen Berichterstattung und folgenden Gewalttaten stellt Petre auch für die Vorfälle in der letzten Zeit fest (vgl. Petre 2021).

Gewalt gegen Angehörige der Rom*nja-Minderheit in Rumänien

In der Zeit nach dem Ende des Realsozialismus in Rumänien kam es zu einem Anstieg von Gewalt gegenüber Rom*nja (vgl. Helsinki Watch 1991: 36). In der rumänischen Gesellschaft existierte eine geringschätzig und abwertende Grundhaltung gegenüber der Rom*nja-Minderheit. Obwohl Achim diese Einstellung seitens der Mehrheitsgesellschaft als „diffuse racism“ beschreibt (Achim 2004: 210, vgl. auch Zamfir et al. 1993: 167), wurden Rom*nja laut einer Umfrage von 1993 von 77 Prozent der ethnischen Rumän*innen und 50 Prozent der Ungar*innen abgelehnt (vgl. Gabanyi 2001: 23). Brigitte Mihok spricht dabei von „staatliche[r] Tolerierung von Diskriminierungsmechanismen“ (Mihok 1996: 26) und damit von

annähernd struktureller Diskriminierung (vgl. auch APADOR-CH⁴⁸ 1993). Diese Ablehnung hat Ende 1989 unmittelbar nach dem Fall des kommunistischen Regimes noch zugenommen und auch gewalttätige Formen angenommen.

Die beiliegende chronologische Übersicht zeigt die gewalttätigen Angriffe auf Rom*nja, die unmittelbar nach der Revolution 1989 anfangen und bis ins Jahr 1995 andauerten. Zum Einen sticht dabei die zeitliche Übereinstimmung zwischen der Reihe an Gewaltvorfällen gegen Mitglieder der Rom*nja-Minderheit und dem Anstieg der Asylanträge in Deutschland durch Menschen aus Rumänien hervor. Zum Anderen ist eine Fortsetzung der kollektiven Gewaltausbrüche gegen Rom*nja auch im Zeitraum nach dem Inkrafttreten des Rückübernahmeabkommens im November 1992 zu beobachten.

⁴⁸ *Asociația Pentru Apărarea Drepturilor Omului în România – Comitetul Helsinki*, dt.: *Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte in Rumänien – Helsinki-Komitee*.

Datum	Ort	Tote, Verletzte (Personen)	Schaden (Häuser)	Nummer (auf der Karte)
Dez. 1989	Vârghiş	1, 3	-	1
10./11. Jan. 1990	Turulung	1, 0	38, 3 teilw.	2
29. Jan. 1990	Reghin	-	0, 2 teilw.	3
05. Feb. 1990	Lunga	4, 0	6	4
19./20. Mär. 1990	Târgu-Mureş	-	-	5
Apr. 1990	Şeica Mare	-	8	6
Mai 1990	Găiseni	-	2	7
Mai 1990	Lebotin	-	-	-
13. bis 15. Jun. 1990	Bukarest	-	-	8
Jul. 1990	Câlnic	-	einige	9
12. Aug. 1990	Caşinul Nou	-	23	10
20. Aug. 1990	Huiedin	0, 4	-	11
20. Sep. 1990	Huiedin	0, 4	-	11
7. Okt. 1990	Cuza Voda	-	einige	12
9. Okt. 1990	Mihail Kogălniceanu	-	25, 8 teilw.	13
9. (13.) Dez. 1990	Basarab	-	2	2
7. Apr. 1991	Bolintin Deal	-	21	14
7. Mai 1991	Bolintin Deal	-	5	14
17. Mai 1991	Ogrezeni	-	21	15
18. Mai 1991	Bolintin Vale	-	11 oder 13	16
5. Jun. 1991	Găiseni	-	9	7
9. Jun. 1991	Plăieşii de Sus	-	27	17
Jun. 1991	Cărpiniş	-	9	18
Aug. 1991	Vălenii Lăpuşului	-	150 oder 19	19
3. Jul. 1992	Bukarest	-	-	8
17. Mär. 1993	Cărpiniş	-	5	18
20. Sep. 1993	Hădăreni	3, 0	13, 3 teilw.	20
25. Mai 1994	Racşa	-	9	21
7./8. Jan. 1995	Băcu	0, 2	3, 1 teilw.	22

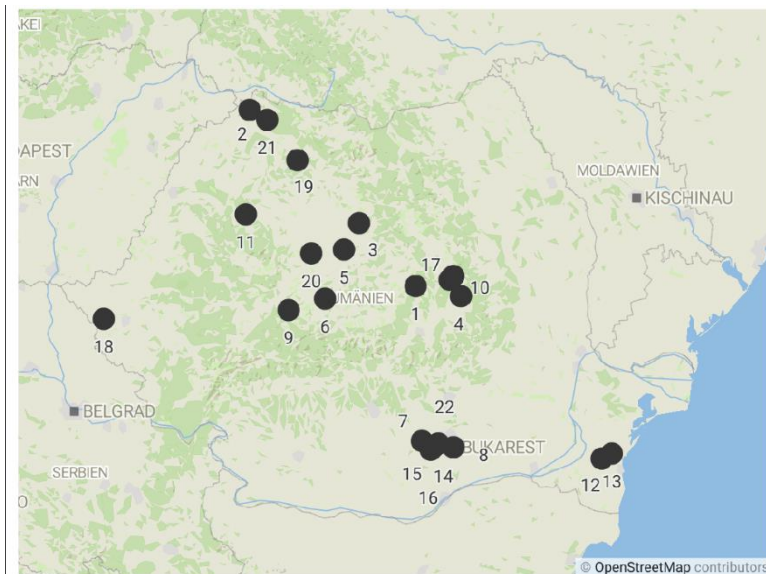
Zusammenstellung durch den Autor. Quellen: Amnesty International 1995: 27–33, 36, APADOR-CH 1993, APADOR-CH 1994, APADOR-CH 1995, ERRC 1996: 6, FFM 1996: 92–102, Fonseca 1996: 141, Haller 1998, Helsinki Watch 1991: 37–69, Human Rights Watch 1994, Liga Pro Europa 1997, Rimmel 1993: 106f, 110f, Zamfir et al. 1993: 171.

Von Ende 1989 bis 1995 kam es in allen Teilen Rumäniens zu insgesamt ca. 30 gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Rom*nja auf der einen und Rumän*innen sowie Ungar*innen auf der anderen Seite (vgl. APADOR-CH 1995, Human Rights Watch 1991). Horváth spricht von 17 offiziell anerkannten Fällen mit insgesamt 10 Toten und 295 zerstörten Häusern (vgl. Horváth 2007: 6). „In den meisten Fällen handelte es sich [...] um Selbstjustiz nach Verbrechen, gegen die eine verunsicherte Polizei nicht eingeschritten war“ (Gabanyi 2001: 24, vgl. auch FFM 1996: 96).

Der Ablauf bei den größeren Fällen war dabei ungefähr so: Nach einem angeblichen Verbrechen von Angehörigen der Rom*nja-Minderheit wurden die Bewohner*innen des Dorfes durch die Kirchenglocken zusammengerufen. Durch die Glocken gewarnt, flohen die Rom*nja und die Häuser konnten ohne Zeug*innen abgebrannt werden (vgl. Helsinki Watch 1991: 69f). Die nachfolgend dargestellten Fälle zeigen, wie kontinuierlich diese Vorfälle am Anfang der 1990er Jahre stattfanden.

Die folgende Karte⁴⁹ zeigt die Vorfälle, bei denen Angehörige der Rom*nja-Minderheit von einer Menschenmenge getötet oder verletzt wurden, oder ihr Eigentum zerstört wurde. Zunächst sind zwei Hotspots sichtbar: einerseits eine Gruppe von Dörfern im Kreis Giurgiu (Ogrezeni, Bolintin Deal, Bolintin Vale, Găiseni, Băcu), bei denen etwa laut APADOR-CH die Gewalt von einem Dorf zum nächsten übergeschwappt ist (vgl. APADOR-CH 1994). Ein kleinerer Cluster lässt sich in zwei Nachbardörfern im Kreis Constanța (Mihail Kogălniceanu, Cuza Voda) erkennen. Ansonsten wird deutlich, dass der Großteil der Fälle im erweiterten Siebenbürgen liegt.

⁴⁹ Die Orte Lebotin und Basarab sind nicht lokalisierbar.



Grafik: Johannes Nüßer • Erstellt mit Datawrapper

Grafik: der Autor.

Brandanschläge, Vertreibungen, Mord

Im Dezember 1989 verfolgte eine Gruppe von 200 Personen in Vârghiş/Vargyas (Kreis Covasna) drei Angehörige der Rom*nja-Minderheit, von denen eine Person erschlagen und die anderen beiden verletzt wurden (vgl. APADOR-CH 1994, FFM 1996: 98, Haller 1998).

In Reghin (Kreis Mureş) kam es am 29. Januar 1990 zur Verfolgung einer Gruppe Rom*nja durch 400 bis 500 Personen. Zwei Häuser wurden beschädigt (vgl. APADOR-CH 1994, FFM 1996: 98, Haller 1998).

Am 5. Februar 1990 wurden in Lunga/Nyujtód (Kreis Covasna) sechs Häuser von Rom*nja von einer Menge von 200-250 Personen angezündet. Vier Angehörige der Rom*nja-Minderheit starben (vgl. APADOR-CH 1994, Helsinki Watch 1991: 41–44, FFM 1996: 98, Haller 1998).

Im April 1990 kam es in Şeica Mare (Kreis Sibiu) zur Zerstörung von acht Häusern von Rom*nja (vgl. FFM 1996: 98, Rimmel 1993: 106).

Im Mai 1990 wurden in Găiseni (Kreis Giurgiu) zwei Häuser von Rom*nja zerstört und in Lebotin 25 Familien der Rom*nja-Minderheit überfallen (vgl. FFM 1996: 98).

In Caşinul Nou/Kászónújfalu (Harghita) wurden am 12. August 1990 von ca. 400 Personen 23 Häuser von Rom*nja niedergebrannt, 150 Rom*nja flohen. Für ihre Rückkehr gab es staatliche Hilfe (APADOR-CH 1994, FFM 1996: 99, Haller 1998).

Am 9. Dezember 1990⁵⁰ wurden zwei Häuser von Rom*nja in Basarab zerstört (vgl. FFM 1996: 99, Rimmel 1993: 110).

In Bolintin Vale (Kreis Giurgiu) wurden am 18. Mai 1991 11 oder 13 Häuser angezündet, bzw. zerstört (vgl. APADOR-CH 1994, Amnesty International 1995: 27, Helsinki Watch 1991: 64f., FFM 1996: 100, Rimmel 1993: 111).

In Găiseni (Giurgiu) wurden am 5. Juni 1991 neun Häuser zerstört (APADOR-CH 1994, Amnesty International 1995: 27, FFM 1996: 100).

Im Juni 1991 wurden in Cărpiniş (Kreis Timiş) neun Häuser von Rom*nja zerstört (vgl. FFM 1996: 100). Dort wurden außerdem am 17. März 1993 fünf Häuser von Rom*nja beschädigt (vgl. APADOR-CH 1994, FFM 1996: 100).

⁵⁰ Rimmel gibt hier ein anderes Datum an, nämlich den 13. Dezember 1990.

In Cuza Voda (Kreis Constanța) zündete eine Gruppe von Menschen am 7. Oktober 1990 34 Häuser von Rom*nja an (vgl. APADOR-CH 1994, FFM 1996: 99, Remmel 1993: 107, Haller 1998).

Polizeigewalt

Das Thema Gewalt in Zusammenhang mit Angehörigen der Rom*nja-Minderheit wiegt in denjenigen Fällen besonders schwer, wo staatliche Schutzorgane und insbesondere die Polizei Komplizen bei der Gewaltausübung waren. Anstatt das rechtsstaatliche Sicherheitsversprechen gegenüber allen Staatsangehörigen, einschließlich der Rom*nja, zu halten, fanden Anfang der 1990er Jahre mehrere gewalttätige Vorfälle mit Beteiligung der Polizei statt:

Nach den ungarisch-rumänischen Konflikten in Târgu Mureș/Marosvásárhely am 19. und 20. März 1990 wurden hauptsächlich Angehörige der Rom*nja-Minderheit verhaftet (vgl. Helsinki Watch 1991: 45, FFM 1996: 98).

Im Juli 1990 nahmen Dorfpolizisten in Câlnic (Kreis Alba) an Gewalt gegenüber Angehörigen der Rom*nja-Minderheit und an der Zerstörung einiger Häuser teil (vgl. Amnesty International 1995: 28, Helsinki Watch 1991: 49–51, FFM 1996: 99, Remmel 1993: 106).

Am 9. Oktober 1990 zerstörte eine Menschenmenge in Mihail Kogălniceanu (Kreis Constanța) 25 Häuser von Rom*nja komplett und acht teilweise, ca. 200 Rom*nja flohen. Dabei soll die lokale Polizei aktiv mitgewirkt haben (vgl. APADOR-CH 1994, Amnesty International 1995: 28, Helsinki Watch 1991: 53–59, Zamfir et al. 1993: 171, FFM 1996: 99, Remmel 1993: 107, Haller 1998).

Am 3. Juli 1992 verfolgten uniformierte Militäroffiziere Angehörige der Rom*nja-Minderheit auf dem Rahova-Platz in Bukarest (vgl. APADOR-CH 1994, FFM 1996: 100).

Generell gab es für den Zeitraum in Rumänien ein Problem mit Polizeigewalt. APADOR-CH sah darin eine Kontinuität des repressiven Handelns der Polizei von der kommunistischen Zeit bis weit in die Zeit der postsozialistischen Systemtransformation hinein. So gab es noch Probleme mit der Demilitarisierung der Polizei (vormals „Miliz“), der fortdauernden Vorstellung der Polizei als Repressionsorgan unter der Bevölkerung und der mangelhaften Ausbildung (vgl. APADOR-CH 1994). Eine „der Schwere der begangenen oder angenommenen Tat nicht angemessene Brutalität“ (APADOR-CH 1993)⁵¹ war nicht ungewöhnlich. Dazu kamen mindestens neun belegte Fälle von „Torture and ill-treatment of detainees“ (nicht ausschließlich Rom*nja) durch Amnesty International (1995: 18–25).

Ein wichtiges Instrument der Polizeigewalt waren Razzien in Rom*nja-Communities. Auswahlkriterium für eine Razzia war offiziell die „frequency of lawbreaking“ (European Roma Rights Centre⁵² 1996: 10), die bei den Angehörigen der Rom*nja-Minderheit stereotypisch als erhöht angesehen wurde. Weiterhin galten die Razzien als Präventivmaßnahmen oder Schutz vor Übergriffen eines Mobs. Offizielle Dokumentierung bzw. Gründe für die Razzien fehlten jedoch oft (vgl. ERRC 1996: 10). Eine Razzia glich dabei meist einer „Invasion“ (ERRC 1996: 9): die Polizei kam unangekündigt und begann, wahllos Rom*nja zu verhaften. Teilweise wurde dies im Fernsehen live übertragen (vgl. Haller 1998). Dabei kam es auch zu Einschüchterungsversuchen gegenüber Zeug*innen, polizeilicher Gewalt gegenüber Rom*nja und eigenmächtigem Verhalten der Polizei (ERRC 1996: 11–17). Die festgenommenen Rom*nja wurden teilweise auch als „free workforce by the police“ (ERRC 1996: 14) verwendet: willkürliche Bußgelder wurden

⁵¹ Im rumänischen Original: „o brutalitate disproportionată fața de gravitatea faptei comise sau presupusă a fi fost comisă“.

⁵² Im Folgenden abgekürzt mit „ERRC“.

erlassen, die von den Rom*nja mit der Reinigung der Polizeistation abgeleistet werden konnten.

Insgesamt wurden mehrere internationale Abkommen und nationalen Gesetze gebrochen, wie z.B. Artikel 27 der rumänischen Verfassung über die Unverletzlichkeit des Hauses, das Gesetz 26/1994 über die Organisation der rumänischen Polizei, Artikel 8 und 13 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Artikel 9 und 17 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte. Das European Roma Rights Centre kommt zu der Schlussfolgerung: „The police appear to have taken over the lynching, the job formerly performed by the angry crowd“ (ERRC 1996: 18).

Negierung des rassistischen Charakters der Taten

Der rumänische Staat verneinte bei all diesen Vorfällen, dass es sich möglicherweise um „interethnische“ – rassistische – Konflikte handelte, sondern verwies auf die sozialen Probleme.⁵³ Dies lässt sich besonders anhand der Vorfälle in Hădăreni rekonstruieren: Auch der Parlamentsbericht im Anschluss an die Vorfälle tat nichts anderes als „die dörfliche Roma-Minderheit prinzipiell anzuklagen“ (Liga PRO Europa 1998).⁵⁴ Eine Einordnung der Vorfälle als ethnischen Konflikt durch die rumänischen Behörden wurde vermieden (vgl. Haller 1998).

In der westlichen Berichterstattung stand jedoch die ethnische Komponente der Gewaltvorfälle im Vordergrund (vgl. Gabanyi 2001: 24) und die Vorfälle wurden dort sogar als „Pogrome“⁵⁵ bezeichnet.

⁵³ Rum.: „Cu toate că autoritățile publice române neagă caracterul interetnic al acestor conflicte susținând ca ele ar fi de natura socială“, dt.: „Insgesamt negieren die rumänischen Behörden den interethnischen Charakter der Konflikte, indem sie behaupten, diese seien sozialer Natur“ (APADOR-CH 1995, Übersetzung durch die Hg.).

⁵⁴ Im rumänischen Original: „să învinuiască global populația romă a satului“.

⁵⁵ So spricht z.B. Bade von einem „regelrechten Pogromdruck“ (Bade 2014).

Die Encyclopedia Britannica definiert ein Pogrom als „a mob attack, either approved or condoned by authorities, against the persons and property of a religious, racial, or national minority“ (Encyclopedia Britannica 2017), was angesichts der dargestellten Angriffe auf Rom*nja im rumänischen Kontext durchaus zutreffend ist. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Zurückhaltung der staatlichen Behörden, kollektive Gewalttaten gegen eine identifizierbare Minderheitsgruppe zu verhindern oder zu ahnden. Nach der eingeführten Definition können also Vorfälle wie der in Hădăreni als Pogrom eingeordnet werden, da die Merkmale eines Pogroms erfüllt sind: es waren Angriffe von Menschenmengen auf Angehörige der Rom*nja-Minderheit, bei denen die staatlichen Autoritäten zunächst nicht eingriffen und die (gerichtliche) Aufarbeitung schleppend verlief. Dieser Klassifizierung wurde jedoch auch widersprochen (vgl. Achim 2004: 210).

Fazit

Die Situation von Angehörigen der Rom*nja-Minderheit in Rumänien war Anfang der 1990er Jahre geprägt von der schlechten sozioökonomischen Situation. Dazu kamen die gewalttätigen Übergriffe und die Pogrome, die auch durch die diskriminierende Berichterstattung angeheizt wurden. Dieser „Pogromdruck“ (Bade 2014) war ein Grund für die massenhafte Auswanderung von rumänischen Rom*nja nach Deutschland. Es können also wirtschaftliche, soziale und politische Gründe für die Emigration gefunden werden.

Diese Geschehnisse prägen die Vergangenheit beider Länder weiter.

Erstens blieben die erhofften Auswirkungen der deutschen Abschiebepolitik in den 1990er Jahren großenteils aus. Dies beschreibt Hubert Beyerle für Flüchtlinge aus dem Bosnienkrieg, deren Situation als Asylantragstellende sich zwar stark von Angehörigen der Rom*nja-Minderheit unterschied (vgl. Beyerle

2017: 28f). Aber auch ehemals abgeschobene Angehörige der Rom*nja-Minderheit sind auf anderen Wegen nach Deutschland zurückgekehrt (vgl. z.B. Wemme 2015: 154f).

Zweitens sieht die RomnoKher-Studie von 2021 über die gesellschaftliche Teilhabe von Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland zum Beispiel im Bereich der Bildung trotz geringer Fortschritte „nach wie vor im Vergleich zur Gesamtgesellschaft überdurchschnittlich hohe Exklusionsquoten“ (Strauß 2021: 38).

Drittens bildeten die Erfahrungen mit der Abschiebepolitik in den 1990er Jahren eher das Vorspiel für die Herausforderungen, denen sich deutsche (und europäische) Migrationspolitik(en) ab 2014 stellen mussten.⁵⁶

In Rumänien hat sich die Lage der Rom*nja-Minderheit inzwischen durch Antidiskriminierungsgesetze und weitreichende Integrationsprogramme erheblich verbessert. Dennoch bleibt institutionalisierte Diskriminierung weiterhin ein massives Problem (vgl. Horváth 2007: 6).

So tauchten nach einer Razzia der Polizei in Bolintin Vale (Kreis Giurgiu) vom April 2020 Videos auf, die belegen sollten, dass die Polizei zu Foltermethoden gegriffen habe. Wie in den 1990er Jahren wurden die beteiligten Polizeikräfte nicht sanktioniert – der verantwortliche Polizeichef wurde nach drei Monaten wieder auf seine bisherige Stelle gesetzt. Auch die Aufarbeitung schritt nur zögerlich voran (vgl. Petre 2021). Interessant ist, dass es in Bolintin Vale auch vor 30 Jahren schon zu Ausschreitungen gegenüber Rom*nja gekommen war. Die Lage der Rom*nja-Minderheit in Rumänien ist also weiterhin von Unsicherheit geprägt, einer Unsicherheit, die als

⁵⁶ Vgl. die Kritik von *Pro Asyl* zur „konsequenten Abschiebepolitik“ durch die Bundesregierung unter <https://www.proasyl.de/news/die-folgen-der-konsequenten-abschiebepolitik/>.

ein Grund für die Emigration in andere europäische Länder gelten kann.

Literatur und Quellen

Achim, V. (2004), *The Roma in Romanian History*. Budapest, New York.

Amnesty International (1995), *Broken Commitments to Human Rights*.

APADOR-CH (1993), *Aspecte privind evolutia situatiei drepturilor omului in anul 1993 si reactiile APADOR-CH*, unter <https://apador.org/aspecte-privind-evolutia-situatiei-drepturilor-omului-in-anul-1993-si-reactiile-apador-ch/> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

APADOR-CH (1994), *Raportul de activitate al APADOR-CH – 1994: ASPECTE PRIVIND EVOLUTIA SITUATIEI DREPTURILOR OMULUI IN ROMANIA SI ACTIVITATEA APADOR-CH*, unter <https://apador.org/aspecte-privind-evolutia-situatiei-drepturilor-omului-in-romania-si-activitatea-apador-ch-raport-1994/> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

APADOR-CH (1995), *Raportul de activitate al APADOR-CH – 1995*, unter <https://apador.org/aspecte-privind-evolutia-situatiei-drepturilor-omului-in-romania-si-activitatea-apador-ch-raport-1995/> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

Bade, K. J. (2014), *Reich durch Einwanderung: Bades Meinung, Migazin. Migration in Germany*, unter <https://www.migazin.de/2014/04/10/reich-durch-einwanderung/> [Letzter Zugriff am 2017-12-24].

Bade, K. J. & Oltmer, J. (2005), *Flucht und Asyl seit 1990: Grundlagedossier Migration*. In: BpB (Hg.), unter <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier->

migration/56443/flucht-und-asyl-seit-1990 [Letzter Zugriff am 2021-04-10].

Bade, K. J. & Oltmer, J. (2004), Normalfall Migration. Bonn, BpB.

Bercuş, C. (2005), Die Situation der Roma in Rumänien. In M. Matter (Hg.), Die Situation der Roma und Sinti nach der EU-Osterweiterung (S. 29–45).

Beyerle, H. (2017), „No Homeland Calling“: Die vermeintliche Rückkehr der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina in ihre Heimat, *Südosteuropa-Mitteilungen*, 57, 18–29.

Bloch, Natalie (2011), Legitimierte Gewalt. Zum Verhältnis von Sprache und Gewalt in Theatertexten von Elfriede Jelinek und Neil LaBute. Bielefeld.

Bundesgesetzblatt (Hg.) (1993): Vereinbarung über die Rückübernahme von deutschen und rumänischen Staatsangehörigen. Bundesministerium des Innern; Innenministerium von Rumänien.

Bundesministerium des Innern (Hg.) (2004): Migrationsbericht. Im Auftrag der Bundesregierung.

Deutscher Bundestag (1993a), Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste. Die Situation an den Ostgrenzen, Praxis nach den Abkommen mit Polen und Rumänien und Stand der Verhandlungen mit weiteren Staaten, 10.02.1993 (Drucksache 12/4312).

Deutscher Bundestag (1993b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Abschiebung rumänischer Roma-Flüchtlinge, 16.03.1993 (Drucksache 12/4580).

ERRC (1996), Sudden Rage at Dawn, unter <http://www.errc.org/reports-and-submissions/sudden-rage-at-dawn-violence-against-roma-in-romania> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

FFM (1995), Roma in Rumänien: Nach der Abschiebung - vor der erneuten Rückreise in die BRD.

FFM (1996), Rumänien: Vor den Toren der Festung Europa.

Fonseca, I. (1996), *Bury Me Standing: The Gypsies and Their Journey*. London.

Frankfurter Allgemeine Zeitung. 2014. „Deutsche Sozialleistungen: Kaum Belege für Missbrauch durch Einwanderer“. *FAZ.NET*, 10. April 2014. <https://www.faz.net/aktuell/politik/deutsche-sozialleistungen-kaum-belege-fuer-missbrauch-durch-einwanderer-12889360.html>. [Letzter Zugriff am 2021-07-02].

Gabanyi, A. U. (2001), Die Roma im EU-Erweiterungsprozeß: Fallbeispiel Rumänien. SWP-Studie, 41.

Gessenharter, W. (1994), Bedeutet Menschenwürde nur noch Deutschenwürde? Zur Lage nach Rumänien zurückgeschickter Roma, *Sicherheit und Frieden (S+F) / Security and Peace*, 12, 173–177.

Haller, I. (1998), Lynching is not a Crime: Mob Violence against Roma in Post-Ceauşescu Romania, unter <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=1824> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

Helsinki Watch (Hg.) (1991), *Destroying Ethnic Identity: The Persecution of Gypsies in Romania*. New York.

Herbert, U. (2001), *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München.

Herbert, U. (2014), „Asylpolitik im Rauch der Brandsätze“: Der zeitgeschichtliche Kontext. In S. Luft & P. Schimany (Hgg.), *20 Jahre Asylkompromiss: Bilanz und Perspektiven* (S. 87–104). Bielefeld.

Horváth, I. (2007), Rumänien. In Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (Hg.), *Focus Migration* (S. 1–10).

Human Rights Watch (1991), The Persecution of Gypsies in Romania: From our „Destroying Ethnic Identity Series“, unter <https://www.hrw.org/report/1991/09/01/persecution-gypsies-romania/our-destroying-ethnic-identity-series> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

Human Rights Watch (1994), Lynch Law: Violence Against Roma in Romania, unter <https://www.hrw.org/report/1994/11/01/lynch-law-violence-against-roma-romania> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

Liga PRO Europa (1997), Comunicat de presă. Cazul Hădăreni, unter <http://www.proeuropa.ro/comunicat13.html> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

Liga PRO Europa (1998), Cazul Hădăreni, unter <http://www.proeuropa.ro/hadareni1.html> [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

Liga PRO Europa (2004), Discriminarea rasială în județele Mureș și Satu Mare, unter http://www.proeuropa.ro/discriminare_rasiala.html [Letzter Zugriff am 2021-03-28].

Mihok, B. (1996), Die Situation der Roma im Siebenbürgischen Landkreis Mures und die Entwicklung von Sensibilisierungsstrategien gegenüber der Roma Minderheit (Heinrich-Böll-Stiftung, (Hg.)). Köln.

Mihok, B. (1999), Vergleichende Studie zur Situation der Minderheiten in Ungarn und Rumänien (1989-1996) unter besonderer Berücksichtigung der Roma. Frankfurt/Main.

Mihok, B. & Müller, S. (1994), Roma in Osteuropa: Zur sozioökonomischen Situation und den Ursachen der Migration. In R. Busch (Hg.), Sinti, Roma und Wir (S. 71–96).

Münch, U. (2014), Asylpolitik in Deutschland — Akteure, Interessen, Strategien. In S. Luft & P. Schimany (Hgg.), 20 Jahre Asylkompromiss: Bilanz und Perspektiven (S. 69–86). Bielefeld.

Der Spiegel (1992), „Alle hassen die Zigeuner“, *Der SPIEGEL*, 36 (1990), 02.09.1990, unter <https://www.spiegel.de/politik/alle-hassen-die-zigeuner-a-fca2ce73-0002-0001-0000-000013500312> [Letzter Zugriff am 2021-04-10].

Der Spiegel (1992), „Sinti und Roma nach Bonn“, *Der SPIEGEL*, 37 (1992), 06.09.1992, unter <https://www.spiegel.de/politik/sinti-und-roma-nach-bonn-a-6db93b83-0002-0001-0000-000013690102?context=issue> [Letzter Zugriff am 2021-04-15].

Oltmer, J. (2017), *Migration: Geschichte und Zukunft der Gegenwart*. Bonn.

Petre, A. (2021), *Racism, Police Brutality and Online Hate: Why Romania's Roma are no nearer their Black Lives Matter Moment*, *balkanInsight.com*, unter <https://balkaninsight.com/2021/03/31/racism-police-brutality-and-online-hate-why-romanas-roma-are-no-nearer-their-black-lives-matter-moment/> [Letzter Zugriff am 2021-04-13].

Rommel, F. (1993), *Die Roma Rumäniens: Volk ohne Hinterland*. Wien.

Strauß, Daniel (Hg.) (2021): *RomnoKher-Studie 2021: Ungleiche Teilhabe. Zur Lage der Sinti und Roma in Deutschland*. Mannheim.

Surdu, L. & Surdu, M. (2006), *Broadening the Agenda: The Status of Romani Women in Romania*. Budapest, Open Society Foundation.

The Editors of *Encyclopedia Britannica* (Hgg.). (2017), *Pogrom*, unter <https://www.britannica.com/topic/pogrom> [Letzter Zugriff am 2021-03-29].

Unabhängige Kommission Antiziganismus (2021): *Perspektivwechsel - Nachholende Gerechtigkeit - Partizipation. Bericht*. Drucksache 19/30310. Hg. v. Deutscher Bundestag. Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Wempe, E. R. (2015), *Meine 7000 Nachbarn*. Berlin.

Zamfir, E./Zamfir, C./Burtea, V./Gheorge, V./Mărginean, I./Potolea, D./Preda, M. & Voinea, M. (1993), *Țiganiii între ignorare și îngrijorare* (E. Zamfir & C. Zamfir, (Hgg.)).

Zoon, I. (2001), *On the Margins*. New York, Open Society Institute.

Heute noch nichts zu essen gehabt. Ein Bericht aus der Sozialen Arbeit mit Rom*nja und ihren Familien in Siebenbürgen

Jenny Rasche & Susanne Blank

Einleitung

Integration, Bildung, Hilfe zur Selbsthilfe - das sind die Dinge, die von einer NGO erwartet werden, wenn sie Hilfe leistet in Rumänien. Es sind große Worte, die ihre Bedeutung verlieren, wenn man in die Hütte von Luisa⁵⁷ kommt.

Vier hungrige Kinder sehen mich ⁵⁸ neugierig an. Zwei ältere Geschwister hat Luisa Stănescu „an den Staat“ gegeben. Vor knapp einem Jahr ist ihr Baby hier in der Hütte gestorben. Warum es gestorben ist, das kann Luisa nicht genau sagen. Es war krank. Der Vater ist nicht da. Sie sagt, er geht tagelöhnern.

Der Ofen ist eine wackelige Angelegenheit, Strom- und Wasseranschluss gibt es nicht. Die Hütte ist undicht, ein Fenster kaputt. In der Ecke liegt ein Berg dreckiger Wäsche. Daneben ist ein Topf, dessen Inhalt nicht mehr zu definieren ist. Luisa meint, ihre Kinder gingen zur Schule. Ich sehe nirgends Schulsachen. Luisa selbst ist nie zur Schule gegangen. Die Kinder springen um mich herum. Ich bin eine Abwechslung.

⁵⁷Alle Namen hier und an allen weiteren Stellen wurden geändert.

⁵⁸Der Beitrag ist aus der Sicht der Sozialarbeiterin und Projektleiterin Jenny Rasche verfasst, Anm. d. Hg..

Luisa hofft, dass ihr Mann heute Abend etwas Geld mitbringt, damit sie Essen kaufen können. Die Kinder hatten heute noch nichts, die Mutter auch nicht.

Neben Luisa „wohnt“ eine Familie in gleichen Verhältnissen und daneben noch eine. Eine ganze Siedlung mit 15 Familien lebt hier im Elend. Ich weiß, wenn ich ein paar Kilometer weiter fahre, dann finde ich dort eine weitere Siedlung und daneben noch eine. Schier endlos reiht sich Elend an Elend. In anderen Teilen Rumäniens soll es noch schlimmer sein. Das übersteigt meine Vorstellungskraft.

Aber jetzt bin ich hier bei Luisa. Wir nehmen sie in unser Programm auf. Das heißt, sie bekommt jetzt alle zwei Wochen Lebensmittel. Sie soll dafür ihre Kinder in die Schule schicken. Ich weiß, dass das erst einmal nicht funktionieren wird. Jetzt könnte ich ihr den Satz sagen: „Wenn deine Kinder Bildung haben, dann geht es ihnen eines Tages besser.“ Ich könnte auch sagen: „Hinter dem Mond gibt es jeden Tag genug Essen.“ Die Bedeutung wäre für Luisa wahrscheinlich die gleiche. Es ist für sie Lichtjahre entfernt. Sie plant bis heute Abend, bis ihr Mann hoffentlich mit Geld kommt, damit sie Essen kaufen können.

Ich habe keine Zeit, die Situation von Luisa noch genauer zu hinterfragen. 14 Familien haben gesehen, dass ich zu Luisa gegangen bin. Es ist unmöglich, dass jetzt nur diese Familie Lebensmittel bekommt. Alle Familien der Siedlung müssen aufgenommen werden in unser Programm.

Und wo bleiben Integration, Bildung und Hilfe zur Selbsthilfe? Das muss noch eine Weile warten, wahrscheinlich noch ein, zwei Jahre. Für das älteste Kind ist es dann wahrscheinlich zu spät, noch in die Schule zu gehen. Wir können nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Zunächst muss die Familie „nur“ genug zu essen haben. Sie brauchen Kraft für die weiteren Schritte. Sie brauchen die Sicherheit, dass auch morgen und übermorgen und nächste Woche Essen da ist. Erst wenn sie sich darauf hundertprozentig verlassen können, dann können wir weitere Schritte planen. Erst ganz zum Schluss werden wir

zur Integration kommen. Vielleicht „funktioniert“ unsere Hilfe auch nicht bei jeder Familie.

Die Kinder des Systems und die Auswirkungen von Dekret 770

Das kommunistische Regime unter Nicolae Ceaușescu hatte ab Mitte der 1960er Jahre versucht, die Modernisierung Rumäniens durch ein rapides Bevölkerungswachstum voranzutreiben. Von dem erhofften Gewinn an Arbeitskräften sollte vor allem der staatliche Produktionssektor mit seinem Kern in der arbeitsintensiven Agrarwirtschaft sowie die Schwerindustrie profitieren. Für die Rom*nja waren die Auswirkungen dieser politischen Richtungsentscheidung jedoch fatal, da besonders viele Kinder aus Rom*nja-Familien aufgrund wirtschaftlicher Not in den Heimen des Regimes landeten.

Die Umsetzung der diktatorischen Bevölkerungspolitik richteten sich vor allem an Frauen, deren reproduktive Rechte stark eingeschränkt wurden. 1966 wurde unter Ceaușescu das Dekret 770 erlassen (vgl. Kligman 1998). Jede Frau sollte im Schnitt vier Kinder bekommen. Später wurde die Zahl auf fünf erhöht. Verhütung und Abtreibung waren verboten und wurden mit Gefängnis bestraft. Die Frauen wurden engmaschig überwacht. So gab es gynäkologische Massen-Kontroll-Untersuchungen in Betrieben, um festzustellen, ob eine Frau schwanger ist oder gewesen ist. Bekam eine Frau im entsprechenden Alter für längere Zeit kein Kind, wurde das genauestens untersucht und hinterfragt.

Die Folgen waren mehr als schwerwiegend. Massenhaft kamen in den Familien ungewollte und oft auch ungeliebte Kinder auf die Welt. Aufgrund der mangelhaften Versorgung der Bevölkerung wussten die Familien nicht, wie sie so viele Kinder ernähren sollen. Es gab zwei Möglichkeiten: Illegale Abtreibung oder das Kind wurde „an den Staat“ gegeben. Manche Frauen hätten mitunter über 30 Abtreibungen hinter sich gehabt, wurde uns berichtet.

In Heime abgegeben wurden insbesondere Kinder mit Behinderungen, aber nicht nur. Schon in Heimen für Kinder ohne Behinderung waren die Zustände katastrophal. Hatte das Kind eine Behinderung, wurde nicht einmal mehr für genügend Nahrung, Sauberkeit und ordentliche Unterbringung gesorgt. Unklar ist, wie viele gesunde Kinder „behindert gemacht“ wurden durch fehlende Stimulation, Zuwendung und Versorgung. Tausende Kinder starben an Hunger, Kälte, Krankheiten oder daran, dass sie sich aufgrund mangelnder Zuwendung und Stimulation zurückentwickelten und schließlich keine Nahrung mehr aufnahmen. Sie wurden auf anonymen Friedhöfen verscharrt, an ihrem Grab stand nicht einmal mehr ihre Nummer - Namen hatten sie schon lange nicht mehr gehabt (vgl. u.a. Barth 1990).

Kinderheime für Kinder ohne Behinderung waren Lager der Massenabfertigung mit Gemeinschaftsschlafsälen und -essensräumen, keiner Individualität und kaum Schulbildung. Ehemalige Heimkinder berichten von Schlägen, Einzelhaft, Hunger, Krankheiten, Vergewaltigung und Zwangsprostitution und dass auch dort viele Kinder gestorben sind, oft aufgrund mangelhafter oder nicht vorhandener medizinischer Versorgung. Elena Päun - eine unserer ersten Klientinnen, die von uns Hilfe erhielt; sie wuchs im Kinderheim auf - erzählte, wie sie als Kind vor der Betreuerin stand und fragte: „Bin morgen ich dran? Muss ich morgen sterben?“

Was macht es mit einem Kind, dass jahrelang in Todesangst lebt? Was passiert mit seiner Seele, wenn es nie Liebe und Zuwendung erfährt? Wie ergeht es einem jungen Erwachsenen, der vollkommen unvorbereitet auf das Leben plötzlich einfach auf die Straße gestellt wird?

Sie wünschen sich nichts sehnlicher, als Liebe und Geborgenheit. Sie hoffen, diese in einer Familie zu finden. Da sie keine Familie haben bzw. dies in ihrer Familie nicht finden konnten, gründen sie selbst eine. Und leben dann irgendwo - in einer Hütte, einem Verschlag, auf der Straße. Sie wollen es gut machen, wollen ihren Kindern die Liebe

geben, die sie selbst so schmerzlich vermisst haben. Aber die Armut und die Unfähigkeit, Bindungen einzugehen oder mit dem Leben im Allgemeinen klarzukommen, holen sie ein. Sie enden in Lethargie und Ziellosigkeit, in Sucht und Kriminalität, Prostitution und Gewalt oder in Hunger und Hoffnungslosigkeit. Ihre Kinder gehen wieder „an den Staat“ und der Kreislauf beginnt von vorn.

Viele der Mütter und Väter in den Familien, die wir betreuen, sind in diesen Kreislauf hineingeboren. 2007 begannen wir mit unserer Arbeit in der Rom*nja-Siedlung von Şura Mare nahe Sibiu⁵⁹. In der Siedlung etwas außerhalb von Şura Mare lebten 35 Familien. Nach einer ersten Aufnahme stellten wir fest, dass von theoretisch 140 Kindern in den Familien nur noch 80 vor Ort waren in Heime („an den Staat“) abgegeben worden. Teilweise wussten die Eltern überhaupt nicht, wo ihre Kinder waren. Es gab keine Kontakte. Manche Eltern hatten vergessen, wie viele Kinder sie hatten, wie diese hießen und was mit ihnen passiert war. Ein Kind war in einer Familie erschlagen worden. Hilflosigkeit war zu Gewalt geworden.

Auffällig in Rumänien ist, dass ganz besonders häufig Rom*nja in Armut und schlechten Wohnverhältnissen leben, wenig Bildung haben und in unterbezahlten Tagelöhner-Jobs ohne Kranken- und Rentenversicherung arbeiten. Die Gründe sind vielfältig. Beginnend mit der Versklavung der Rom*nja im 16. Jahrhundert, die erst 1856 aufgehoben wurde, sind sie jahrhundertlang von Bildung ausgeschlossen gewesen. Zwangsassimilationen durch das Ceauşescu-Regime führten zu einer Verhärtung der Fronten. Noch heute sind große Teile der Bevölkerung Rumäniens der Meinung, dass Rom*nja am Rande der Gesellschaft leben sollten. Die Einführung von Gesetzen gegen Diskriminierung hat das nicht geändert. Auf Papier geschriebene Gesetze ändern nichts in den Köpfen der Menschen.

⁵⁹ Dt.: Hermannstadt, ung.: Nagyszeben.

Die gesamte Geschichte der Diktatur von Ceaușescu samt der Familienpolitik, der Situation in den Heimen, dem Überwachungsapparat mit all seinen Restriktionen gegen Andersdenkende und der Diskriminierung der Rom*nja wurde bisher kaum aufgearbeitet. Im Geschichtsunterricht der Schulen endet die Information mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Alles, was danach kam, wird nicht behandelt. Niemand wurde je für den Tod Tausender Kinder in den Heimen zur Rechenschaft gezogen. Die Ära Ceaușescu wird noch heute von vielen idealisiert und verherrlicht, das System der Kinderheime gar als gut und richtig angesehen. Von den „Kindern des Staates“ wird verlangt, dass sie nach all dem Leid, das sie erfahren haben, nach all den Traumatisierungen, in der Gesellschaft funktionieren. Kaum jemand zeigt Verständnis für die vielen seelischen Verletzungen, die ein normales Leben unmöglich machen. Im Gegenteil: Diese Menschen werden, obwohl sie schon am Boden liegen, obwohl sie schon ganz unten angekommen sind, noch stigmatisiert und durch verbale und physische Gewalt weiter demoralisiert.⁶⁰

Hilfe - aber wie?

Da standen wir⁶¹ 2003 das erste Mal in Rumänien mit zwei Transportern voller Kleidung und ein paar hundert Euro und wollten helfen. Wir waren zunächst erschlagen von der Gesamtheit der

⁶⁰ Das damalige System der Heime wurde u.a. im Zuge des EU-Beitritts Rumäniens aufgelöst. Heute leben junge Menschen in sog. Wohngruppen in familienähnlicher Umgebung. Allerdings sind die Zukunftsperspektiven dieser Menschen weiterhin schwierig. Einer Statistik des Vereins *Alfa Group* zufolge werden 50 % der Heimentlassenen obdachlos, 30 % straffällig, 10 % begehen Selbstmord und nur 3,5 – 7% schaffen es, sich in die Gesellschaft zu integrieren (vgl. Alfa Group 2020).

⁶¹ Gemeint sind die Autorinnen, ihre Familienangehörigen und (spätere) Gründungsmitglieder des Vereins *Kinderhilfe für Siebenbürgen e.V.*. Jenny Rasche war zunächst aus touristischen Gründen in Rumänien und hatte angesichts des beobachteten Elends vieler Menschen einen Hilfstransport organisiert.

Probleme, die wir vorfanden, obwohl wir anfangs nur die Spitze des Eisberges sahen.

Kein Lehrbuch konnte uns sagen, was man macht, wenn man eine Siedlung wie Şura Mare findet: 34 Familien in Hütten ohne Strom und Wasser, darum eine Schlammwüste; kein Kind ging in die Schule, Eltern konnten weder lesen noch schreiben; es herrschte Hunger, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Waren wir tatsächlich noch in Europa?

Die Menschen in der Siedlung waren misstrauisch. Was wollten die Deutschen hier? Ein wenig ihr Elend angucken? Fotos machen und in Deutschland Geld sammeln, was bei ihnen dann doch nicht ankommen würde?

Wir entschlossen uns zu einer ersten vertrauensbildenden Maßnahme. Ein großer LKW sollte kommen mit vielen Hilfsgütern. Wir hatten noch keine Ahnung, welche Auswirkungen die Armut auf die Menschen hatte. Wir waren – wie so viele – der irrigen Auffassung, dass man einfach nur so viele Hilfsgüter wie möglich verteilen müsste und dann würde es den Menschen auch bald besser gehen. Wenn sie nicht mehr hungrig sind, würden sie arbeiten gehen, die Kinder in die Schule schicken, in ordentlichen Wohnungen wohnen und ein normales Leben führen. Schöne Vorstellung – und vollkommen irrational, wie wir sehr schnell feststellten.

Wir verteilten und verteilten und wenn wir wiederkamen, war alles genau wie vorher. Im Gegenteil: je näher wir den Menschen und ihren Geschichten kamen, umso klarer wurde uns, dass die Verteilung von Hilfsgütern „nett“ ist, aber in keiner einzigen Familie etwas ändern würde.

Wir beschlossen, dass es wahrscheinlich auf lange Sicht hilfreich wäre, wenn wir dafür sorgen, dass die Kinder in die Schule gehen. Der Plan war gut. Um den Schulbesuch zu konditionieren, gab es für jedes Kind ein umfangreiches Frühstück mit in die Schule.

Wir stießen damit gleich auf mehrere Probleme: die Lehrer der Schule in Şura Mare waren überhaupt nicht damit einverstanden, dass plötzlich 40 „Zigeuner“-Kinder⁶² in die Klassenzimmer kamen. Da es rechtlich keine Handhabe gegen sie gab, wurden sie ignoriert und schikaniert. Sie saßen ihre Zeit im Klassenzimmer ab, um das Frühstück zu bekommen. Sie lernten nichts.

Ihre Eltern schickten die Kinder nicht mehr in die Schule. Dies geschah aus zwei Gründen. Zum einen wollten sie ihre Kinder nicht mehr der dauernden Diskriminierung aussetzen und zum anderen brauchten sie die Kinder für das Einkommen der Familie, zum Betteln und Arbeiten. Man kann sich in seinem westlichen Wohnzimmer sehr gut hinsetzen und fordern: „Schick dein Kind in die Schule!“. Für uns bedeutet der Schulbesuch der Kinder keine massiven Einkommensverluste. Es bedeutet für uns nicht, dass dadurch am Abend kein Essen auf dem Tisch steht.

Der nächste Plan musste her. Wir gründeten ein Nachmittagsprogramm, um den Kindern schulisch die Hilfestellung zu geben, die sie brauchten und sie so weit zu bringen, dass sie sich dem Schulsystem anpassen konnten. Es gab ein Mittagessen und die Kinder bekamen Hilfe bei den Hausaufgaben. Wir versuchten weiter, den Schulbesuch zu forcieren, obwohl wir einsehen mussten, dass das Absitzen der Zeit in der Schule sinnlos war. Gleichzeitig konditionierten wir den Besuch der Schule und des Nachmittagsprogramms durch die Ausgabe von Lebensmitteln. Ging ein Kind kontinuierlich in die Schule, gab es am Freitag für seine Familie Lebensmittel. Und wieder stießen wir an Grenzen. Konnten wir wirklich die Kinder mit Hunger bestrafen, wenn die Eltern sie statt in die Schule zum Betteln geschickt hatten?

Parallel dazu begannen die Probleme im Nachmittagsprogramm. Es klingt zunächst einfach: Wir essen zusammen und dann machen wir Hausaufgaben. Die Sache wird kompliziert, wenn es sich dabei um 40

⁶² Rum.: copii țigani.

Kinder aus schwierigen Verhältnissen handelt. Die Rangordnung wurde täglich neu festgelegt. Es gab Kämpfe um alles. Wir verteilten Stifte und sofort brach Panik aus, keinen Stift zu bekommen. Radiergummis wurden gegessen, um sie nicht wieder hergeben zu müssen. Wir verabschiedeten uns nach einer Weile von der Vorstellung, Materialien, die wir ausgegeben hatten, jemals wiederzusehen. Unser Verbrauch war gigantisch.

Nach dem ersten Jahr waren die Erfolge minimal. Kaum ein Kind hatte den Sprung in die nächste Klasse geschafft. Das Nachmittagsprogramm verlief immer noch chaotisch. Aber: Die Kinder fassten Vertrauen zu Tabita Grancea (unsere erste Mitarbeiterin, die einst auch Hilfestellung von uns bekommen hatte) und Jenny Rasche. Sie kamen nicht, um Hausaufgaben zu machen. Das war anfangs eher nebensächlich. Sie kamen wegen des Essens und der Zuwendung, des Verständnisses und um einfach über ihre Ängste, Sorgen und Nöte zu reden. Sie begannen, Jenny und Tabita „Mama“ zu nennen. Man sagt „Liebe geht durch den Magen“. Und genau das passierte hier. Wir gaben den Kindern allein schon durch das Essen Zuwendung, dazu eine Umarmung, ein Gespräch – es war wesentlich mehr, als die Kinder in ihren Familien je erhielten.

In einer Dokumentation sagte Jenny einmal: „Wir haben sie nicht einfach nur auf Stühle gesetzt und gesagt: ‚So nun lernen wir!‘. Nein, wir hatten sie echt lieb. Und das haben sie gespürt.“ Von Sozialarbeiter*innen wird in der Regel gefordert, eine gewisse Distanz einzuhalten, um objektiv bleiben zu können. Distanz jedoch hatten die Kinder in ihrem Leben schon genug erfahren. Distanz war das Letzte, was sie jetzt brauchten. Tabita und Jenny standen hinter ihnen wie sonst nur Eltern hinter ihren Kindern stehen. Die Kinder konnten sich felsenfest auf sie verlassen, egal, welche Dummheiten sie angestellt hatten. Zumindest für einen Teil des Tages waren sie ihre „Mamas“. Und genau wie bei einer Mutter ging die Objektivität manchmal etwas verloren.

Die Lehrer versuchten unsere Bemühungen weitestgehend zu ignorieren. Sie verweigerten Gespräche über die Entwicklung der Kinder, gaben keine Hinweise zum Lernstoff und es gab keine Motivation, die Kinder bei der Lernarbeit zu unterstützen. Es wurde uns mehr als einmal klar gemacht, dass sie es als Zumutung empfinden, dass „diese Kinder“ in ihrem Klassenzimmer sitzen. Wenn sie die Kinder nicht ignorierten, kam es laufend zu verletzenden Sätzen, wie z.B. „Du bist dumm. Aus dir wird nie was. Geh dahin, wo du herkommst. Hier ist kein Platz für dich.“

Hinzu kamen weitere Schikanen. Am einzigen Waschbecken der Schule hing eines Tages ein Zettel mit der Aufschrift „Jenny Rasche darf sich hier nicht die Hände waschen“. Nun wusste auch Jenny, wie sich Diskriminierung anfühlt.

In den Familien wurde die Situation auch nicht besser. Es herrschte noch immer Hunger, den wir mit unseren begrenzten Mitteln zunächst nicht adäquat bekämpfen konnten. Da Jenny inzwischen Rumänisch gelernt hatte, konnte sie tiefer in die Problematik der Familien einsteigen.

Sekundäre Auswirkungen der Armut

Wenn wir uns die Armut ansehen, dann sehen wir Hunger, Kälte und unhaltbare Wohnverhältnisse. Was wir erst beim zweiten Hinsehen bemerken, sind die sekundären Auswirkungen davon:

- Anstatt in die Schule gehen Kinder zum Betteln oder Arbeiten.
- Familien bekommen viele Kinder, es gibt keine Familienplanung.
- Kinder werden früh verheiratet, egal ob Junge oder Mädchen.
- Es kommt zu physischem Minderwuchs und Erkrankungen durch Mangelernährung.

- Die Kinder bekommen wenig oder keine Bildungsangebote.
- Eltern sowie Kinder haben psychische Erkrankungen.
- In den Familien gibt es Gewalt, sowohl gegen Kinder als auch gegen Frauen. Es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit anderen Familien.
- Die Familien sind oft überschuldet.
- Die medizinische Versorgung ist mangelhaft oder aufgrund fehlender Krankenversicherung nicht vorhanden.
- Die Kindersterblichkeit ist hoch.
- Um Mängel auszugleichen, gleiten sowohl Kinder als auch Erwachsene in die Kriminalität ab.
- Frauen prostituieren sich und auch Kinder werden zur Prostitution gezwungen.
- Eltern können keine Bindung zu ihren Kindern aufbauen.

Grundsätzlich wurde uns klar, dass die Probleme in den Familien vielfältig sind und insgesamt angegangen werden müssen. Eine schnelle Lösung würde es nicht geben; nicht alle Probleme kann man lösen, indem man einfach nur genug Geld in die Hand nimmt. Tiefe Traumatisierungen und Bindungsunfähigkeit der Eltern, jahrhundertealte Traditionen und Rollenverständnisse, tiefes Misstrauen gegen die Schule und andere staatliche Einrichtungen, massive Diskriminierung durch die Bevölkerung – das sind festgefahrene Strukturen, die man nicht einfach auflöst, weil man Essen und Hilfsgüter verteilt und die Kinder in die Schule schickt. Keine Frage, die Verteilungen sind bitter nötig, um die Familien zu stabilisieren. Wer heute hungert, kann nicht über den morgigen Tag oder das nächste Jahr nachdenken. Und auch die schulische Bildung wird sicher auf lange Sicht zu einer Verbesserung führen. Aber eben „auf lange Sicht“ – dafür hatten die Menschen in der Siedlung aber keine Zeit. Sie mussten darüber nachdenken, wie sie heute an Essen

kommen. Es gab kein Morgen, keine Ziele, keinen Plan, wie man die Situation ändern könnte. Es gab gar keine Vorstellung, wie ein besseres Leben aussehen könnte.

Viele Eltern hatten psychische Probleme, wie Angststörungen und Depressionen. Sie waren kognitiv sehr eingeschränkt; manche hatten eine geistige Behinderung oder Suchtprobleme. Bei den meisten Familien kamen mehrere Probleme zusammen, bei manchen alle. Am schlimmsten war, dass es in vielen Familien massive Gewalt gab, gegen die Kinder und die Frauen oder auch von Frauen gegen Kinder. Die Kinder berichteten von schlimmsten Misshandlungen, die bei einigen an der Tagesordnung waren. Enge Hütten, Hunger und die Überforderung mit vielen Kindern führten zu täglichen Konflikten. Und über allen Kindern hing das Damoklesschwert der „Abgabe an den Staat“. Sie wurden früh verheiratet, um eine*n Esser*in weniger am Tisch zu haben. Wir lernten junge Frauen kennen, die mit 18 Jahren bereits das dritte Kind erwarteten.

Die Bedürfnisse der Kinder wurden nicht wahrgenommen. So wussten viele nicht, wann ihr Kind Geburtstag hatte, manche wussten nicht einmal, wie alt ihre Kinder waren; ja sogar wie sie hießen, war manchmal nicht klar. Gefühle wie Liebe oder Mitleid schienen nicht vorhanden oder wie verschüttet zu sein. Es wurde nicht mehr wahrgenommen, wenn ein Kind krank war. Das führte oft zu verspäteten Behandlungen. Überhaupt war das Wissen über Krankheiten sehr gering, niemand wusste, was Bakterien oder Viren sind und wie man Infektionen vermeidet. Biologie-Kenntnisse, die wir normalerweise in der Schule erlernen, waren bei den Familien nie angekommen. Es gab keinen Plan von gesunder Ernährung, selbst wenn man sich sie hätte leisten können. Nun ist es natürlich auch müßig, über gesunde Ernährung nachzudenken, wenn man lediglich Brot kaufen kann.

Kurz: Wir standen vor einem riesigen Berg von Problemen, die sich nicht durch Verteilungen und Nachmittagsprogramme lösen ließen. Uns wurde klar, warum andere Projekte, die sich ausschließlich mit

dem Verteilen oder der Bildung (oder auch mit Beidem) beschäftigten, zum Scheitern verurteilt waren. In Einzelfällen konnte das funktionieren, wenn man auf Kämpfer traf. Das konnte ein einzelnes Kind sein oder auch eine Familie. Diesen konnte man das Kämpfen etwas erleichtern und so die Entwicklung forcieren. Die breite Masse erreichte man damit nicht.

Herausforderungen und Strukturen der Finanzierung

Wir begannen zu begreifen, dass jedes Problem, was man mit Geld lösen kann, ein gutes Problem ist. Da wir festgefahrene Diskriminierungsstrukturen zunächst nicht aufbrechen konnten, beschlossen wir, die Probleme anzugehen, die mit Hilfe finanzieller Möglichkeiten lösbar schienen und kümmerten uns intensiv um die Beschaffung entsprechender Spenden.

Deutschland ist ein Land mit vielen Stiftungen, die soziale Projekte unterstützen. So begannen wir, uns eine Übersicht darüber zu beschaffen, was möglich ist. Viele Stiftungen fielen von vornherein heraus, da sie nur Projekte in Deutschland förderten. Aber einige fanden wir und stellten Anträge. Die Antragstellung ist bei den meisten Stiftungen nicht schwierig und erfolgt oft formlos. Wir konnten somit einfach die Problematik schildern und wie wir mit Hilfe von finanzieller Unterstützung zu positiven Ergebnissen kommen wollten.

Dabei ergaben sich zwei Probleme:

1. Die Projekte sollten zeitlich und inhaltlich begrenzt und in der Regel nach einem Jahr abgeschlossen sein. Das war bei unserer Art von Projekten nicht möglich. Es ist vollkommen sinnfrei, ein Kind ein Jahr lang zu fördern und dann aufzuhören.
2. Es ging in der Regel um materielle Anschaffungen für Projekte. Wir aber brauchten Geld für die Bezahlung von

Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. Auch Baumaterial für die Familien konnte nicht gefördert werden, da es hier um Einzelförderung ging, die in den Stiftungen in der Regel nicht vorgesehen war.

Diese Förderlogiken führen manchmal dazu, dass Vereine Projekte aus dem Boden stampften, die auf den ersten Blick gut aussehen, aber grundsätzlich an der Lage nichts ändern und oft wenig Sinn ergeben.

Ein Beispiel: In Sibiu gibt es einen Komplex, der dem Jugend- und Sozialamt⁶³ unterstellt ist. Dort befinden sich ein Heim für Kinder mit Behinderungen, ein Mutter-Kind-Heim und die Erstaufnahme-Einrichtung des Jugendamtes für Kinder, die in Obhut genommen wurden. Innerhalb dieses Komplexes wurde von einem Verein ein Spielplatz errichtet, der mit viel Öffentlichkeit eingeweiht wurde. Das scheint eine gute Idee zu sein, denn es leben dort viele Kinder. Wenn man jedoch die Situation der Kinder näher hinterfragt, ergibt sich ein ganz anderes Bild. So leben im Heim viele Kinder mit schwersten Behinderungen. Sie verlassen so gut wie nie ihr Bett. Das Spielen draußen scheitert sowohl an der mangelnden Personalsituation als auch am Willen der Betreiber. Die Kinder der Aufnahme-Einrichtung dürfen das Haus gar nicht verlassen. Dies soll – so die Begründung – dem Schutz der Kinder dienen. Sie können den Spielplatz somit nur hinter vergitterten Fenstern beobachten. Ca. 90 % der dort lebenden Kinder können diesen Spielplatz gar nicht nutzen.

Viel sinnhafter wäre es gewesen, die Einrichtung zum Beispiel mit Geldern für die Einstellung von Sozialpädagogen, Psychologen, Ergotherapeuten usw. zu unterstützen. Davor wird jedoch zu oft zurückgeschreckt, da es eine Übernahme von finanzieller Verantwortung für Jahre bzw. Jahrzehnte fordern würde. Schnelle Erfolge sind nicht zu erwarten. Ein Spielplatz ist schneller gebaut und zeigt einen scheinbar sichtbaren Erfolg.

⁶³ Rum.: *Direcția Generală de Asistență Socială și Protecția Copilului (DGASPC).*

Ideen von Stiftungen, wie eine erfolgreiche Arbeit erfolgen könnte, scheitern oft auch daran, dass der zweite Schritt vor dem ersten getan werden soll und man sich zu sehr an westeuropäischen Voraussetzungen orientiert. In einem Gespräch mit einer Stiftung wurde uns beispielsweise gesagt, dass sie nur Projekte fördere, in deren Planung und Umsetzung die Rom*nja mit einbezogen werden. So wurde als Beispiel für eine Projektidee eine Zeitung genannt, die zusammen mit Rom*nja gestaltet wird. Die Rom*nja sollten einen überproportionalen Anteil an der Projektumsetzung haben. Zunächst hätte das für uns bedeutet, dass wir ein vollkommen neues Projekt aus dem Boden hätten stampfen müssen, welches sowohl koordinatorische als auch personelle Kapazitäten gebunden hätte. Zum anderen wären wir manchmal schon froh gewesen, wenn die von uns betreuten Frauen hätten lesen können.

Glücklicherweise fanden wir Stiftungen, die die Problematik verstanden und uns mit den laufenden Kosten zur Seite standen und stehen. Jedoch macht der Anteil nur einen kleineren Teil der Finanzierung aus. Der größte Teil der Finanzierung kommt aus kleineren und größeren Zuwendungen privater Spender, zum Teil sporadisch oder auch kontinuierlich, z.B. über unsere Patenschaftsprogramme.

„Beantragt doch mal EU-Mittel!“. Das ist ein gut gemeinter Ratschlag, der uns des Öfteren begegnet. Wir begannen, uns mit den Förderkriterien und Möglichkeiten auseinanderzusetzen. Schließlich waren große Fördertöpfe für die Integration der Rom*nja in Europa aufgesetzt worden.

Die Antragstellung für Fördermittel der EU ist sehr kompliziert. So haben sich inzwischen Firmen aufgestellt, die die Antragstellung für Vereine übernehmen, da es für einen Verein, der von außen in die Sache einsteigt, gar nicht mehr möglich ist, einen solchen Antrag zu stemmen. Eine solche Firma muss natürlich auch Geld verdienen und so ist ein Anteil der finanziellen Mittel dann auch für die Bezahlung

der Firma vorgesehen, wenn der Antrag genehmigt wird. Die Genehmigung wird nicht garantiert, ist jedoch sehr wahrscheinlich.

Hier wieder ein Beispiel: Eine solche Firma bot uns an, einen solchen Antrag für den Bau eines Kindergartens zu stellen; Projektvolumen: ca. 250.000 Euro, die Antragstellung würde 30.000 kosten. Da man unsere Arbeit sehr schätzt, wäre eine Anzahlung von 15.000 Euro fällig. Das hätte bedeutet, wir hätten 15.000 Euro unserer finanziellen Mittel für einen längeren Zeitraum binden müssen, um schließlich einen Kindergarten zu bauen, den wir dann auch hätten betreiben müssen. Um dazu in der Lage zu sein, hätten wir Gebühren von den Eltern erheben müssen. Das heißt, die Klient*innen, mit denen wir eigentlich arbeiten, hätten davon überhaupt nicht profitiert. Und schließlich: Es gibt eine große Anzahl an Kindergärten, sowohl privat als auch staatlich. Der Bedarf an einem weiteren ist relativ gering.

EU-Gelder werden häufig nicht abgerufen. Die Gründe dafür sind schnell ersichtlich. Die Größe der EU-geförderten Projekte überfordert auch die meisten Vereine. So muss oft garantiert werden, dass Riesenprojekte jahrelang nach der Förderung weiterfinanziert werden. Für einen Verein, der auf Spendenbasis agiert, ist das ein nicht kalkulierbares Risiko.

Weitere Probleme sind, dass die Vorgaben der Projektumsetzung recht strikt sind und wenig Flexibilität zulassen. Ein einmal genehmigtes Projekt muss so umgesetzt werden, wie es beschrieben ist. Wir arbeiten aber mit Menschen. Nicht jeder Ansatz funktioniert überall gleich. Jede Siedlung - ja sogar jede Familie - hat ihre eigene Dynamik. Die Entwicklung verläuft nicht nach Plan und die Hilfen müssen jederzeit angepasst werden können, sowohl der Art nach als auch zeitlich.

So kehrten wir zum ursprünglichen Plan zurück und stützten die Projekte auf viele kleinere Spenden, die die notwendige Flexibilität zuließen, auf private Spender*innen, die unseren Ansatz verstanden und denen die Praxistauglichkeit wichtiger war als ein wissenschaftlich begründeter Antrag.

Misstrauen auf allen Seiten

Nach und nach konnten wir so viele Spenden generieren, dass eine kontinuierliche Arbeit mit den Familien möglich wurde. Was uns in Rumänien jedoch entgegenschlug, waren tiefes Misstrauen und Ablehnung. Sowohl die rumänischen Behörden als auch unsere Klient*innen stellten sich beständig die Frage, warum wir das alles machen. In ihrer Welt schien es dafür nur eine einzige Erklärung gegeben zu haben: Wir wollten damit reich werden. Dass jemand Hilfe aus rein humanitären Gründen leisten will, kam in ihren beiden Welten, so unterschiedlich sie auch sind, gar nicht vor. Für die Rom*nja waren wir die Fremden, die bestenfalls etwas Hilfe daließen, aber ansonsten sich nur ihre Armut ansehen wollten, um dann unter ihre Glocke zu Hause zurück zu kriechen. Die Behörden waren der Meinung, wir wollten damit Geld verdienen und die Unzulänglichkeiten des Landes zur Schau stellen, um uns selbst zu erhöhen.

Dieses tiefe Misstrauen kommt nicht von ungefähr und hat seine Gründe. Die Rom*nja selbst haben mit den „Weißen“ in all den Jahrhunderten noch nicht viel Gutes erlebt. Ehemalig versklavt und danach an den Rand der Gesellschaft gedrängt waren sie die Diskriminierung, Ausbeutung und Verachtung so gewohnt, dass sie nichts anderes mehr erwarteten. Hilfsorganisationen waren gekommen und gegangen, hatten Fotos gemacht und Mitleid gezeigt. Manchmal war dann Hilfe angekommen, oft auch nicht. Sie fragten sich, wer mit den Fotos Geld verdient hatte. Ihrem Gefühl nach waren die damit generierten Gelder nicht für sie genutzt worden.

Zudem steht immer die Frage im Raum, ob Helfer*innen in der Lage sind, die Hilfe zu geben, die wirklich benötigt wird. In der Zeit der Vertrauensbildung in Şura Mare teilten wir dort eines Tages Kekse und Obst an die Menschen aus. Aus Sicht der Helfenden mag dies eine schöne Geste sein. Am Ende sagte jedoch eine Mutter: „Bringt nicht Kekse und Obst – bringt uns Brot – wir hungern“. Es genügt nicht, die Hilfe zu geben, die man selbst für notwendig hält. Wichtig ist, den

Menschen zuzuhören und bedarfsgerecht zu helfen. Eine Geste ist keine Hilfe, die etwas bewirkt.

Ein weiteres Beispiel: Eines Tages kam ein Spender aus Deutschland und wollte einer ganz bestimmten Familie helfen. Er hatte auf Fotos gesehen, dass die Eingangstür ihrer Hütte dringend einer Erneuerung bedurfte. So kaufte er eine Tür und werkete einen ganzen Tag daran, diese in die Hütte einzubauen. Die Familie schaute ihm dabei leicht distanziert zu. Als der Helfer am nächsten Tag wieder kam, war die Tür verschwunden und die alte wieder eingebaut. Die neue Tür war wahrscheinlich verkauft worden. Was war passiert? Der Helfer hatte seine Vorstellung von Hilfe umgesetzt. Für die Familie hatte die Tür gar keine Priorität. Sie hatten höchstwahrscheinlich etwas ganz anderes gebraucht und die Tür dazu umgewandelt. Der Helfer ist nun enttäuscht und wütend, zieht sich zurück und ist der Meinung: „Denen kann man nicht helfen“. Wichtig wäre gewesen, zu hinterfragen, wie man eine bedarfsgerechte Hilfe hätte leisten können, doch dazu kam es nicht mehr.

Selbst wenn man den Bedarf vorher erfragt, kann es zu Problemen kommen.

Ein Beispiel: Eine Familie hatte einer Hilfsorganisation signalisiert, dass sie einen Kühlschrank brauche. Im nächsten Hilfstransport – das dauerte natürlich eine Weile - war für sie ein gebrauchter Kühlschrank dabei. Als die Helfer*innen das nächste Mal kamen, war der Kühlschrank nicht mehr da. Die Familie wurde daraufhin von weiteren Hilfen ausgeschlossen. Man lässt jetzt also Kinder ohne Hilfe, weil die Eltern nicht genügend Dankbarkeit für die Hilfe gezeigt hatten, ohne zu hinterfragen, warum es passiert ist. Es könnte z.B. sein, dass sich die Familie in der Zwischenzeit schon selbst einen Kühlschrank organisiert hatte. Vielleicht hatten sie auch Schulden bei einem der professionellen Geldverleiher, die bei Nichtzahlung der Raten brutal vorgehen. Da kann es schon mal einen abgeschnittenen Finger geben. Angesichts des Verlusts eines Fingers verliert der Kühlschrank dann

ganz schnell an Bedeutung. Es kann viele Gründe geben, warum dieser Kühlschrank nicht mehr da ist.

Im schlechtesten Fall ist er der Geldbeschaffung zum Opfer gefallen, weil es in der Familie ein Suchtproblem gibt. Gerade in einem solchen Fall ist die Hilfe für die Kinder noch wichtiger, ja geradezu existentiell. Können wir wirklich Kinder im Stich lassen, weil die Eltern einen alten Kühlschrank verkauft haben?

Solche Vorkommnisse führen bei Helfer*innen zu Misstrauen gegenüber den Klient*innen. Der Helfer ist in seinem Ego tief gekränkt. Der Klient kann jedoch die Gefühlslage des Helfers gar nicht erfassen. Es kommt zum Abbruch der Hilfe – der Klient sieht sich wieder darin bestätigt, dass der Helfer nur Geld machen wollte, was am Ende nicht bei ihm ankommt.

Viele Sachspenden werden in den Familien gebraucht und geschätzt. Ein*e Helfer*in jedoch, der sich nicht darauf einstellt, dass eine Sachspende nicht so genutzt wird, wie er das vorgesehen hat, wird sich irgendwann enttäuscht zurückziehen. Für die Arbeit mit den Menschen ist eine sehr gefestigte Psyche von Nöten. Wenn die Helfer*innen es nicht schaffen, persönliche Befindlichkeiten auszublenden, ist eine erfolgreiche Hilfe nicht möglich.

Das Vertrauen unserer Familien konnten Jenny und Tabita nach und nach gewinnen. Die rumänischen Behörden blieben jedoch weiter misstrauisch. Über Geld- und Machtgier bis hin zu Kinderhandel und Prostitution wurde so ziemlich alles als Grund für unsere Arbeit vermutet.

Unsere Bemühungen, „denen“ zu helfen, wurden bestenfalls verlacht, manchmal auch bekämpft. Gemeinderäte traten zusammen, um zu beraten, wie man Jenny Rasche und die Kinderhilfe wieder loswird.

Das vollzog sich jedoch oft außerhalb unserer Wahrnehmung, da wir beschlossen hatten, uns auf die Arbeit mit den Familien zu konzentrieren. Die Probleme dort waren groß genug und auf die behördlichen Befindlichkeiten konnten wir nicht zusätzlich eingehen.

Wir arbeiteten einfach stur weiter, vorbei an Behörden und Rassist*innen, vorbei an Lehrer*innen und staatlichen Einrichtungen. Die oft geforderte Einbeziehung des rumänischen Staates in unsere Hilfen war schlichtweg unmöglich. Nachdem wir das eingesehen hatten, konnten wir all unsere Kraft in unsere Arbeit stecken.

Die ersten Erfolge

Um ganz ehrlich zu sein: Wir hatten weder einen genauen Plan noch einen wirklichen Ansatz. Wir erkannten nur, dass einzelne Hilfestellungen in den Familien keinen Erfolg bringen würden. Unsere Hilfen waren in einem ständigen Entwicklungsprozess.

Zunächst verbesserte sich die Situation im Nachmittagsprogramm. Es war inzwischen möglich, mit den Kindern ein angeleitetes Spiel zu spielen und Stifte auszuteilen, ohne, dass es zu größeren Drängeleien kam.

Das Essen war für die Kinder immer noch der wichtigste Grund, zu uns zu kommen. Bei der Essensausgabe wurde immer wieder klar, wie tief bei den Kindern das Trauma des Hungers saß. Soviel auch gekocht wurde, es herrschte bei jedem einzelnen die Angst, nicht genug zu bekommen. Immer wieder mussten den Kindern der Inhalt der riesigen Töpfe gezeigt werden, damit sie sehen konnten, wie viel noch da war. Jedes Kind versuchte, so viel wie möglich zu essen. Es war ein Essen auf Vorrat. Viele wussten nicht, ob es vor der nächsten Mahlzeit bei uns noch einmal etwas geben würde. Wir mussten immer so viel Essen haben, bis in die kleinen Mägen einfach nichts mehr hineinpasste. Unsere Hoffnung war, dass sie so irgendwann merken, dass es keine Rationierung gibt, und jeder wirklich immer so viel bekommt, bis er restlos satt ist. Diese Essenssituation veränderte sich über mehrere Jahre nicht.

Im weiteren Verlauf wurden erste Erfolge auch beim Lernen sichtbar. Die Kinder lernten lesen, schreiben und rechnen. Aufgrund der vielen vorgenannten Probleme ging es langsam, aber es ging voran. Die

Lehrer*innen weigerten sich noch immer, mit uns zu kommunizieren. Meist wussten wir nicht, welche Hausaufgaben gemacht werden sollten. In der Schule hatten die Kinder so gut wie nichts mitbekommen. Sie wurden weiter ignoriert. Aber das grundsätzliche Ziel war klar: Wir lernen lesen, schreiben und rechnen!

Je näher wir den Kindern kamen, desto deutlicher sahen wir das Problem der Gewalt in den Familien. Körperliche Wunden zeugten davon; die seelischen Wunden konnten wir nur erahnen. In einigen Familien war es so schlimm, dass Jenny Angst um die Kinder hatte, wenn sie sie nach dem Programm wieder in ihre Familie entließ. Das Jugendamt war keine Hilfe. In den ersten zehn Jahre unserer Arbeit erlebten wir nicht ein einziges Mal, dass ein Kind in Obhut genommen wurde, selbst wenn schwerste Misshandlungen in der Familie bekannt waren. Es erschien uns auch kaum sinnvoll, dass ein Kind aus der Familie genommen wurde und dann in einem Heim landete, wo der Katastrophe zweiter Teil begann. Es hatte sicher in den Heimen einige Verbesserungen gegeben (vgl. z.B. Lepping 2000). Doch gestrichene Wände und eingerichtete Bäder können kaum zur Gesundung einer Kinderseele beitragen. Noch immer hörten wir von Gewalt und Missbrauch in den Einrichtungen. Die Bedürfnisse eines Kindes waren den Mitarbeiter*innen solcher Einrichtungen weiterhin unklar. Die Gehirnwäsche, die unter Ceaușescu stattgefunden hatte, funktionierte weiter sehr gut. Kinder in Heimen wurden als minderwertig angesehen. Es gab keinen Grund, hier besondere Aktivitäten zu entwickeln. Sie waren für die Gesellschaft unwichtig bzw. lästig.

Da wir inzwischen gemerkt hatten, dass es Projekte nur gab, wenn wir sie selbst machten, gründeten wir unser erstes Kinderhaus und nahmen die ersten Kinder mit Einverständnis der Eltern auf. Tabita beantragte die Pflegschaft für acht Kinder. Nach zwei Wochen waren es 14. Einige Babys, die von ihren Müttern im Krankenhaus gelassen wurden, nahmen wir zu uns.

Wir verlagerten auch das Nachmittagsprogramm aus der Schule in Şura Mare in das Kinderhaus. Es kamen inzwischen über 60 Kinder. Das Haus war nicht dafür geeignet. Für die Kinder jedoch war das vollkommen egal. Sie kamen auch nicht ins Nachmittagsprogramm, sondern sie kamen zu Jenny und Tabita. Das waren ihre Vertrauenspersonen geworden, hier fühlten sie sich angenommen. Dass wenig Platz war, kannten sie ohnehin von zu Hause. Wieder einmal sahen wir, dass unsere Prioritäten gar nicht ihre waren.

Neben Hausaufgaben und Essen hatten die Kinder auch die Möglichkeit zu duschen und wir wuschen ihre Kleidung. Die Waschmaschinen und Trockner liefen pausenlos.

Ein bunter Mix aus Leuten unterrichtete die Kinder. Es waren junge Leute mit viel Idealismus. Ein*e Lehrer*in war zunächst nicht dabei. Manche*r schaute sich das Projekt an, hielt uns für vollkommen verrückt und kam nie wieder. Andere kamen gar nicht erst, wenn sie hörten, dass es sich vorwiegend um Rom*nja-Kinder handelte.

Durch die ersten Erfolge sowohl beim Lernen als auch in der Sozialisation der Kinder, wurden nun auch Lehrer*innen in Şura Mare darauf aufmerksam, dass es „bei denen“ scheinbar doch einen Sinn ergab, schulisch zu fördern. Als wir dann mit dem Projekt in die neu erbaute Schule von Şura Mare umziehen durften, konnten wir endlich auch Lehrer*innen beschäftigen.

Mehrmals stand das Projekt auf der Kippe, da wir aus unterschiedlichsten Gründen aus der Schule zu fliegen drohten. Aber so wirklich traute man sich nicht mehr. Gemeinde und Schule waren nach Auslachen und Bekämpfung am Punkt Resignation angekommen. Jenny genoss den Ruf der „verrückten Deutschen, die man nicht aufhalten kann“.

Durch mehr finanzielle Zuwendungen durch Spender waren wir jetzt in der Lage, in den Familien in Şura Mare eine substantielle Lebensmittelhilfe zu gewährleisten. Wichtig war, das Einkommen, das durch ein Kind normalerweise durch Betteln oder kleinere Jobs

generiert werden konnte, zu kompensieren bzw. zu überkompensieren. Nur so konnte es sich eine Familie auch leisten, das Kind in Schule und Nachmittagsprogramm zu schicken. So hatte der Alltag der Kinder Struktur gewonnen. Auch wenn nicht immer alles reibungslos ging, so besserte sich die Situation merklich. Die Kinder kamen kontinuierlich.

Das Essen brachte mehr Ruhe in die Familien. Konflikte, die dadurch entstehen, dass Menschen gereizt und geschwächt sind, weil sie hungern, kann man durchaus mit Unterstützung durch Lebensmittel abmildern. Allerdings muss diese Unterstützung sehr regelmäßig und für die Familien in kalkulierbarem Umfang erfolgen. Außerdem sollte die Lebensmittel-Hilfe solche Dinge enthalten, aus denen man etwas machen kann. Verteilt man lediglich eine Portion mit Mehl, Zucker, Öl, Ketchup u.ä., kann daraus kein Essen gekocht werden. Die Mangelercheinungen waren bei vielen Kindern gravierend. Es gab verzögerte körperliche und geistige Entwicklungen, die eindeutig auf eine Mangelernährung zurückzuführen waren. Nach Jahren der kontinuierlichen, abwechslungsreicheren Ernährung konnte man sehr deutlich sehen, wie diese Defizite ausgeglichen werden konnten.

Parallel dazu kam es zu Entwicklungen in den Familien in Şura Mare, die wir so nicht erwartet hatten. Es setzten Denk- und Planungsprozesse bei einigen Erwachsenen ein, nachdem der Hunger nicht mehr zu lähmender Existenzangst führte. Die Vorstellungen, wie ein besseres Leben überhaupt aussehen könnte, waren nach wie vor begrenzt. Aber vielen war klar, dass sie ihre Wohnverhältnisse verbessern wollten. So erreichten uns erste Anfragen nach Baumaterial. Einige hatten bereits begonnen, aber es ging aufgrund der sehr geringen finanziellen Mittel nicht voran. Jeder Kauf von Baumaterial bedeutete in der Familie weniger Geld für Essen. Die Wendung „es sich vom Munde absparen“ bekam hier eine ganz neue Dimension.

Der Bau kleiner Häuschen führte zu einem psychologischen Schub in den Familien. Väter gingen jetzt arbeiten, die Frauen kümmerten sich um die Kinder und nahmen ihre Bedürfnisse wieder wahr.

2019 weiteten wir unsere Arbeit auf die Rom*nja-Siedlung in Alțâna, einem Dorf nahe Sibiu, mit weiteren 34 Familien aus. Als wir dort begannen, stellten wir den Hausbau gleich an den Anfang und flankierten diese Maßnahmen mit der Versorgung mit Lebensmitteln, sozialpädagogischer Betreuung und Beratung. Wir stellten fest, dass die Entwicklung einer Siedlung so wesentlich schneller voran ging. Wobei sich das kaum von vornherein einschätzen lässt, da jede Siedlung ihre eigene Geschichte und damit auch Zukunft hat. Nichts lässt sich pauschalisieren. Die Frage ist auch nicht, ob eine Familie sich entwickelt, sondern wie weit sie in ihrer Entwicklung kommt. Nur der Bau eines Hauses oder die Verbesserung der Wohnsituation ist auch nicht des Rätsels Lösung, wie wir in anderen Projekten sehen konnten. Die Menschen müssen erst durch einen längeren Prozess der Begleitung und Hilfestellung im neuen Leben ankommen. So viele Wände man auch baut, eine Familie muss sich auf Veränderungsprozesse einlassen (können).

In Șura Mare sind wir mittlerweile an einem Punkt angekommen, an dem man fast behaupten kann, dass die Familien ein ganz normales Leben führen. Die Häuschen sind klein aber fein und werden gepflegt und gehütet. Die meisten haben jetzt ein Bad, eine Waschmaschine und andere Annehmlichkeiten der Zivilisation. Die Kinder gehen in die Schule und das wird als normal angesehen. Nach intensiver Beratung zur Familienplanung kommen jetzt nicht mehr so viele, dafür aber gewünschte und geliebte Kinder zur Welt. Es gibt Freundschaften zwischen Rumän*innen und Rom*nja. Dass die Rom*nja in die Schule kommen, ist inzwischen zur Normalität geworden. Rassistische Übergriffe verbaler Natur durch die Lehrer*innen sind selten geworden. Jugendliche gehen in die Ausbildung, Schüler*innen haben es auf das Kunstgymnasium in Sibiu geschafft. Bald werden die Familien in dieser Siedlung ihr Leben ohne unsere Hilfe meistern. Sie werden uns nach ca. 15 Jahren nicht

mehr brauchen. Eine Vision, an die wir manchmal selbst nicht mehr geglaubt haben, ist Realität geworden.

Fazit

Der rumänische Staat nimmt seine Verantwortung weder gegenüber dem Rom*nja noch gegenüber den ehemaligen und auch den derzeitigen Heimkindern nicht einmal ansatzweise wahr. Das unermessliche Leid der Heimkinder wird negiert oder klein geredet. Eine fehlende Aufarbeitung führt dazu, dass das Verständnis innerhalb der Bevölkerung für die Folgen davon so gut wie nicht vorhanden ist. Die ehemaligen Heimkinder sind ihrem Schicksal selbst überlassen und sollen in einer Gesellschaft funktionieren, die sie für minderwertig hält, die sie sowohl verbal als auch physisch buchstäblich mit Füßen tritt.

Ein Anfang für eine Aufarbeitung wäre z.B., wenn die Ceaușescu-Diktatur im Schulunterricht behandelt würde. So würde zumindest die nachwachsende Generation teilweise dazu befähigt werden, die Geschichte kritisch zu hinterfragen, Auswirkungen der Diktatur zu erkennen und an der Umgestaltung der Gesellschaft hin zu mehr Humanität mitarbeiten zu können. Weitere Schritte wären Anerkennung des Unrechts gegenüber den Heimkindern und der staatlichen Schuld daran. Nach der Art, wie derzeit mit dem Unrecht umgegangen wird, erscheint das allerdings fast aussichtslos.

Ein weiteres schwieriges Thema ist die Diskriminierung der Rom*nja, die in weiten Teilen der Gesellschaft so verfestigt ist, dass der Rassismus vollkommen offen ausgelebt wird. Petitionen, öffentliche Aufrufe von Rom*nja-Verbänden zu Inklusion und gegen Diskriminierung verhallen ungehört. Es gibt auch in Rumänien Antidiskriminierungsgesetze (vgl. z.B. Rotaru 2020). Es bedarf jedoch der konsequenten Umsetzung der Gesetze durch die Behörden, da bei derzeitigem laxem bzw. negierendem Umgang damit bei der

Bevölkerung der Eindruck entsteht, dass die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetze in Rumänien ohnehin nicht gelten.

Die Forderung, dass sich die Rom*nja zusammenschließen, um für ihre Rechte zu kämpfen, scheitert an der mangelhaften formalen Bildung weitreichender Teile dieser Bevölkerungsgruppe. Man erreicht jemanden, der nicht lesen kann, nicht durch eine Homepage oder einen Aufruf bei Facebook.

Zunächst wäre es notwendig, dass der Staat größere Anstrengungen unternimmt, um Kinder adäquat zu beschulen und dabei auch der besonderen Situation in den wirtschaftlich schwachen Familien Rechnung trägt. Wird ein Kind nicht versetzt, weil es kein Sportzeug hat und somit aus einer Sportprüfung ausgeschlossen wird, dann kann von einer Beachtung der Situation in der Familie nicht die Rede sein. Die minimale materielle Hilfe, die der Staat hinsichtlich der Ausstattung eines Kindes aus einer armen Familie vornimmt, ist so unzureichend, dass damit eine vernünftige Beschulung nicht möglich ist. Auch engagierte Lehrer*innen geben oft frustriert auf, wenn Kinder zum einen nicht kontinuierlich kommen und zum anderen fehlende Schulmaterialien das Lernen unmöglich machen.

Anstrengungen müssen unbedingt auch dahingehend unternommen werden, die Schulpflicht durchzusetzen. Es kann nicht funktionieren, wenn es niemanden interessiert, dass ein Kind nie in der Schule angemeldet wird oder monatelang fehlt, weil es zum Betteln ins Ausland geschickt wurde.

Grundsätzlich wäre es auch wünschenswert, wenn Rumänien – ein Staat in der Gemeinschaft der EU – sich um die Ernährungssituation der Kinder und ihrer Familien kümmern würde. So lange nicht erkannt wird, dass der Hunger in den Familien alle Bemühungen um Bildung kaputt macht, so lange wird es keine Verbesserungen geben.

Ein weiteres Thema sind die unwürdigen Wohnverhältnisse. Der Bau von Blocks mit Sozialwohnungen ohne sanitäre Einrichtungen, ohne

fließend Wasser und ohne Heizmöglichkeiten ist nicht geeignet, um als Verbesserung für das Wohnen in Hütten zu gelten.

Von der EU aufgesetzte Programme zur Inklusion der Rom*nja sind in der Regel ungeeignet, diese Gruppe überhaupt zu erreichen. Westlich geprägte Vorstellung von gegebenen Voraussetzungen und vorwiegend wirtschaftliche Förderinteressen können und werden nicht zur Verbesserung der Lage der Rom*nja beitragen und somit auch nicht zu einer Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe führen. So lange das nicht von der EU erkannt wird, werden sämtliche Fördertöpfe – zumindest in Rumänien – nicht die Ziele erreichen, für die sie vorgesehen sind. Vom Bau der Autobahnen, der Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen oder der Prüfung, ob Gesetze zu Antidiskriminierung und Jugendschutz aufgesetzt wurden, profitiert die Bevölkerungsgruppe der Rom*nja so gut wie nicht. Man kann sich auch hier die - sicher provokante - Frage stellen, ob das von der EU überhaupt gewollt ist.

Abschließend kann man sagen, dass eine Integration der Rom*nja punktuell durch die Arbeit von NGO's möglich ist. Um dies jedoch flächendeckend zu erreichen, sind politische Anstrengungen notwendig, die im Moment nicht erkennbar sind.

Ist es aussichtslos? Wir sind sicher, dass auch eine „Revolution von unten“ möglich ist und dass so politische Entscheidungsträger zum Umdenken und Handeln gezwungen werden können. Der Weg wird lang sein. Aber jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

Wie viele wir noch „abfüttern“ wollen, ist nicht die Frage, die wir uns stellen. Die Frage ist: Wie viele Familien können wir auf ihrem Weg so begleiten, dass eine Hilfsorganisation wie unsere gar nicht mehr notwendig ist? Und da haben wir uns kein Limit gesetzt.

Literatur

Alfa Group (2020): Campania 200. Te-ai întrebat vreodată ce se întâmplă cu adolescenții care părăsesc centrele de plasament? Online verfügbar unter <https://campania-200.alfa-grup.com/>, zuletzt geprüft am 20.06.2021.

Barth, Ariane (1990): Nacht der Zivilisation. In: *DER SPIEGEL*, 1990 (13), S. 194–212.

Kligman, Gail (1998): The politics of duplicity. Controlling reproduction in Ceausescu's Romania. Berkeley: University of California Press.

Lepping, Claudia (2000): Rumäniens vergessene Kinder: In der Heimat der wunden Seelen - Nach der Ceausescu-Diktatur dürfen sie wieder leben. In: *Der Tagesspiegel*, 07.09.2000. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/rumaeniens-vergessene-kinder-in-der-heimat-der-wunden-seelen-nach-der-ceausescu-diktatur-duerfen-sie-wieder-leben/164460.html>, zuletzt geprüft am 09.04.2021.

Rotaru, Sebastian (2020): A fost adoptată Legea care pedepsește cu închisoare până la 10 ani discriminarea romilor. In: *EURACTIV*, 15.12.2020. Online verfügbar unter <https://www.euractiv.ro/social/discriminare-romi-22206>, zuletzt geprüft am 09.04.2021.

Die Krise selbst überwinden. Politischer Aktivismus von Rom*nja in Rumänien

*Marian Daragiu im Interview mit Janka Vogel*⁶⁴

Am 27. September 2020 fanden in Rumänien Lokalwahlen statt. Marian, du bist Mitglied der Vereinigung Roma-Partei Pro Europa (APRPE)⁶⁵, einer Minderheitenpartei, die auch im rumänischen Parlament vertreten ist. Insgesamt – wie ist es um die politische Repräsentation der Rom*nja-Minderheit in Rumänien heute bestellt?

Laut dem letzten Zensus von 2011 leben in Rumänien über 620.000 Rom*nja, das sind 3,3 Prozent der Bevölkerung. Tatsächlich ist die rumänische Rom*nja-Bevölkerung viel größer, nämlich ca. 2 Mio., also ca. 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Gründe, warum Menschen ihre Zugehörigkeit zur Minderheit der Rom*nja verbergen, sind vielfältig, hängen aber im Grunde mit Diskriminierung, Vorurteilen und den Rom*nja zugeschriebenen negativen Stereotypen zusammen.

Die Rom*nja-Minderheit ist auf der administrativen und Entscheidungsebene extrem unterrepräsentiert. Viele von ihnen verfügen nur über niedrige Bildungsabschlüsse und haben einen begrenzten Zugang zu grundlegender Infrastruktur wie Wasser, Elektrizität oder Kanalisation. Die meisten Rom*nja-Familien auf dem Land leben an den Rändern der Siedlungen in Häusern und auf

⁶⁴ Dieses Interview erschien erstmalig unter dem Titel „Die Krise selbst überwinden“ am 28.09.2020 auf dem Blog der Wochenzeitung *Der Freitag*; der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des *Freitag*.

⁶⁵ Rum.: *Asociația Partida Romilor „Pro-Europa”*.

Land mit ungeklärten oder undokumentierten Besitzverhältnissen; sie sind abhängig von Sozialleistungen des Staates.

Unter diesen Bedingungen bleibt die Rom*nja-Bevölkerung eine politische Manövriermasse, die leicht zu manipulieren ist. Wegen fehlender ökonomischer Unabhängigkeit oder durch eigene Kraft geschaffener finanzieller Sicherheit bleibt die Frage nach politischer Repräsentation und Repräsentativität eher ein theoretisches Konstrukt. Dennoch beobachten wir in den letzten Jahren einen Fortschritt bei der Rom*nja-Bevölkerung, die überwiegend damit zusammen hängt, dass in die Bildung der Kinder investiert worden ist, die heute erwachsen sind. Deshalb bleiben wir zuversichtlich, dass Jugendliche durch gute Bildung wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen können und sich danach auch politisch einbringen können.

Was hat es mit der Partei APRPE auf sich? Was sind ihre Ziele?

Die Vereinigung Roma-Partei Pro Europa (APRPE) ist eine Nichtregierungsorganisation der Rom*nja-Minderheit, die in über 35 der 41 Kreise Rumäniens aktiv ist. Angesichts der geografischen Verbreitung und der Anzahl ihrer Mitglieder kann die APRPE die Interessen der Rom*nja-Minderheit durch Aufstellung und Wahl eigener Kandidat*innen auf den Listenplätzen vertreten. So ist die APRPE derzeit die einzige politische Vertretung der Rom*nja im rumänischen Parlament, wo sie in der Nationalen Gruppe der ethnischen Minderheiten neben 16 anderen Minderheitenvertretungen in der Abgeordnetenkammer organisiert ist. Die Rom*nja-Minderheit hat wie jede andere nationale Minderheit in Rumänien das Grundrecht, im Parlament durch einen Abgeordneten der APRPE-Liste vertreten zu sein.

Zu den Zielen von APRPE gehört es, sicherzustellen, dass alle Angehörigen der Rom*nja-Minderheit jede Möglichkeit erhalten, an Kommunal-, Parlaments- und Europawahlen teilzunehmen, das Passiv- und Aktivwahlrecht für sie zu gewährleisten, damit sie

politisch direkten Einfluss auf ihre Lebensumstände nehmen können und dafür zu sorgen, dass die Interessen der Wählerschaft, die der Rom*nja-Minderheit angehört, bestmöglich vertreten werden.

Gleichzeitig bleibt APRPE eng mit den jeweiligen Rom*nja-Gemeinschaften und ihrer Lebenswirklichkeit verbunden, auch, um die politische Agenda dahingehend zu beeinflussen, dass Gesetze zum Nutzen der Rom*nja und aller Anderen vorgeschlagen, geändert und verabschiedet werden. Durch wiederholte Kampagnen investieren wir von APRPE weiterhin kräftig in die Bildung von Rom*nja-Jugendlichen, um sie auf das Leben als Erwachsene, als aktive Staatsangehörige und als Aktive für die Interessen ihrer Gemeinschaft vorzubereiten.

Für die Wahlen hatten du und deine Partei-Kolleg*innen das Ziel, die Anzahl der Repräsentant*innen der Rom*nja-Bevölkerung auf lokaler Ebene zu erhöhen. Was habt ihr in dieser Hinsicht unternommen?

Hauptsächlich haben wir bei den Vertreter*innen der Rom*nja-Gruppen ein Bewusstsein dafür gefördert, wie wichtig es ist, dass sie sich beteiligen, die Jugendlichen, die Frauen und die Männer – egal, ob bei Kommunal-, Kreistags-, Parlaments- oder Europawahlen – damit sie nicht nur Rezipient*innen politischer Maßnahmen sind, sondern teilhaben an den Entscheidungsprozessen. Wir wollen Leute, die Programme und Lösungen vorschlagen zur Überwindung der Krise, in der sich die allermeisten der Gemeinschaften befinden, aus denen sie stammen.

In Rumänien leben über 2 Mio. Rom*nja. Wir sprechen also von der größten ethnischen Minderheit des Landes. Ihre Wählerstimme hat Gewicht, trotzdem gehen viele nicht wählen oder werden manipuliert. Was lässt sich über die Wählerschaft mit Rom*nja-Identität sagen?

Das Wählerpotential bei den Rom*nja ist ziemlich flüchtig, hauptsächlich weil die große Mehrheit der Rom*nja in Armut lebt. Unter solchen Umständen hat die Beschäftigung mit Politik nur nachrangige Bedeutung. Oder aber wird aktiviert, wenn sich Politiker*innen für die Lage benachteiligter Bevölkerungsgruppen interessieren, besonders im Wahlkampf. In Anlehnung an die Bedürfnispyramide von Maslow könnte man sagen, dass, um am sozialen und politischen Leben teilzuhaben, zunächst die Grundbedürfnisse erfüllt sein müssen.

Klar zählt jede Stimme und wir müssen uns die Unterschiede bei den Bemühungen und Investitionen der Kandidat*innen anschauen, mit denen sie ihre Wähler*innen erreichen wollen. Während aber für eine Person, deren Grundbedürfnisse erfüllt sind, der Diskurs einer*s Kandidat*in eher ideologisch anmutet und ihre*seine Wahlversprechen glaubwürdig, konsistent und bezahlbar sein müssen (z.B. europäische Fördermittel, Autobahnbau, Lösung von Umweltproblemen oder Investitionen im unternehmerischen Bereich), sind die Kosten, die sie*er „zahlen“ muss, um eine Person, die sich auf das tägliche Überleben konzentriert, von sich zu überzeugen, wesentlich niedriger und händelbarer. Je niedriger das Bildungsniveau einer Bevölkerungsgruppe – Rom*nja oder Gadsche, das spielt keine Rolle – und je extremer die Armutslage sind, desto leichter lässt sie sich auch mit den einfachsten Mitteln „überzeugen“. Hier setzen APRPE und andere Rom*nja-Organisationen an, indem sie massiv in die Bildung von Rom*nja-Kindern und -Jugendlichen investieren, um eine wirtschaftlich unabhängige und frei denkende Generation von Rom*nja zu bekommen.

Du bist APRPE-Koordinator für West-Rumänien. Was sind die wichtigsten politischen Projekte der Partei in dieser Region und welche Unterschiede siehst du hier im Vergleich zu den anderen Regionen des Landes?

Die rumänischen Rom*nja-Gemeinschaften haben – wie in anderen Teilen Europas – viele Gemeinsamkeiten. Sie leben vorwiegend auf

dem Land oder an den Rändern der Städte, und zwar in geografisch isolierten Gegenden, ohne direkten Bezug zur Mehrheitsgesellschaft. Meist leben sie durch symbolische Elemente wie eine Eisenbahntrasse, ein Tal, einen Hügel, einen Fluss, ein Feld, eine Müllhalde o.ä. von der übrigen Bevölkerung getrennt. Diese Roma-Gemeinschaften führen ein Leben mit vielen Risiken, bei schwacher Gesundheit wegen fehlender Wohnmöglichkeiten und mit begrenztem Zugang zu allgemeinen Ressourcen wie Trinkwasser, Elektrizität, befestigten Straßen, aber auch mit sehr weit entfernten Schulen und Kindergärten, mit geringem Bildungs- und Beschäftigungsniveau.

Meine Kolleg*innen und ich von APRPE, aber auch Menschen aus der Zivilgesellschaft, versuchen unter diesen Umständen vor allem Bildungs- und Gesundheitsprogramme auf die Beine zu stellen, ebenso Alphabetisierungsprogramme und Tageszentren für Kinder und Erwachsene. Auch das Projekt „Zweite Chance“⁶⁶ für Jugendliche und Erwachsene, was durch Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten einen Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet, führen wir durch.

Nicht zuletzt versuchen wir, die rumänische Öffentlichkeit für die Situation und die „Dynamik des Teufelskreises“ zu sensibilisieren, der der Großteil der Rom*nja-Bevölkerung ausgesetzt sind. Und vielleicht die meiste Energie verwenden wir darauf, mit öffentlichen Behörden auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten, damit die Probleme der Rom*nja mit Professionalität angegangen werden, damit Programme und Beispiele guter Praxis übernommen werden und damit diese in mittel- und langfristige politische Programme überführt werden.

⁶⁶ Rum.: *A doua șansă*.

Against the System of Opression and Racism. Feminist Community Work with Romanian Romnja⁶⁷

Anca Georgiana Nica interviewed by Cătălin Buzoianu

The E-Romnja Association: Beginnings and Structure

Cătălin Buzoianu (C.B.): If you were to describe “E-Romnja”⁶⁸ to someone who has never heard of it, how would you describe it?

Anca Nica (A.N.): *E-Romnja* is a space where each person can find themselves or can find solidarity or sisterhood, find common experiences and, above all, find support of any kind: be it financial support or emotional support. Most of the time very little emphasis is put on this psychological and human support, and here is where you find it. E-Romnja offers this kind of support.

C.B.: You just mentioned sisterhood and support - psychological, but also financial. What would be the main areas of activity of the organization?

⁶⁷ Editor’s note: the interview was conducted online in May 2021. Some parts of the interview have been slightly edited for clarity. With the exception of public officials and members of E-Romnja, all names mentioned in this interview have been anonymized. All footnotes were later added by the editors.

⁶⁸“E-Romnja“ comes from the Romani language and means „Roma women“. For more information please visit the official website of the organization (in Romanian): <https://e-romnja.ro/>.

A.N.: Somehow *E-Romnja* is a living organism, independent of each of us, those of us who are part of it, and has its own personality. And it is like a teenager who has their own whims and has their own perspective, but who started somewhere with a certain purpose and saw things in a certain way, but along the way, as they matured, they gained experiences and tried to adapt to all the processes they encountered. Initially we try through our work to encourage Romnja to participate in politics at the local level or to participate in the life of their own community and to take action in their personal lives.

Over time, our field of work has transformed quite a bit because our grassroots work has made us understand that any issue that women claim is actually a feminist cause because it affects them directly. In the early years we were trying to work more, as I said, on this area of participation and sexual or reproductive rights and therefore we were more of an advocacy organization, but at the local level. Over time, we ended up doing some sort of social services in the community as well, which is great. It's just that you can't define them as classical social services, where you have an institution that takes the beneficiaries and gives them, I don't know, if we're talking strictly about women, tampons or pregnancy tests or refers them to some medical tests. The women in the community are the ones who provide the social services - they for each other and they for themselves. Which makes this form of social service totally different from social services provided by the state authorities. We haven't yet found a name for this way of working in which women develop their own services, but at the moment we call it: "social services developed in the community by Romnja for Romnja".

C.B.: It would be interesting to know about some concrete examples of projects or activities carried out on these two topics: political participation of Romnja and these participatory or co-participatory social services. But before that: how was *E-Romnja* set up?

A.N.: My colleague Carmen Gheorghe had the overall vision. She has a lot of experience working with women. But you work in a civil society environment where you are surrounded by men, where you are always fighting to make your voice heard, to make your opinion count. You realize that if you are surrounded by men, you don't have the opportunity to take the microphone, as they say in the American expression. Gradually she developed a desire to make her own voice heard as well as the voices of dozens of other intelligent women she met in the field, but who could not get into positions of power and make other women's experiences known. And so she decided to set up this space where Romnja could create their own agenda.

And so "*E-Romnja*" was born. Officially, with all this paperwork it was born in 2012 and there were a few actions that Carmen tried to do with the other people with whom she founded the organization. It's quite difficult from an administrative and bureaucratic point of view when you set up an organization in Romania because the state supports you too little. In Romania there are very few NGOs that take money from the state, and we as a Romnja organization don't take money from the state either. As in any small organization and at the beginning of the way, the first steps were made in the idea of creating a reputation, positions were taken on different topics that referred to the Romnja issues and then we tried to find all kinds of small funding to support these initiatives that talk about Romnja. That's how it started in 2012 - 2013, when the first working community was formed in Mizil⁶⁹.

C.B.: Does Roma language and culture play a role in your work?

A.N.: Of course it does! I for example am not a native Romani speaker, but I understand the language. When I have to speak, I speak Romani with our women. But some of my colleagues who are girls from the community are native Romani speakers and we encourage them to speak Romani among themselves and we also make efforts to learn.

⁶⁹ Mizil is a small town in Prahova county located at approximately 80 km northeast of Bucharest. Around 14.000 people live there.

Most of the women in the community speak Romani and many of the discussions are bilingual, so to speak. We put a lot of emphasis on that.

At the same time, we encourage young men and women to learn Romanian because it is needed and because we know that they will suffer when they interact with the larger society and do not speak the language correctly. Because the majority population is unable to understand that for native Romani speaking Roma, Romanian is their second language, not their mother tongue. Thus they associate grammatical mistakes with illiteracy and not with the status of second language learned. Just last night I was talking to some of the people from the community who were saying that they are discriminated against and that they are ashamed to speak Romanian and I said to them: "Yes, but think about when you saw on TV that there are 'foreigners' who learn Romanian and make grammatical mistakes, but nobody laughs at them! The same thing should happen to you because you learned Romanian as a foreign language and nobody should laugh." But because of racism they are perceived as being illiterate.

C.B.: Please explain your organizational structure. As far as I know you have an office in Bucharest and travel around the country to the various communities you work with. How many people are there in the complete *E-Romnja* team?

A.N.: First of all, we have a Board [of Directors, C.B.] made up of people who are not directly or physically involved in our work, but with whom we once a year establish the strategy of the organization, we send them the activity report of the association, with them we take the big decisions of the direction of the association. In addition to this we have the General Assembly, which is made up of the people who were behind the founding of the association and whose composition changes every four years, and we have a President of the association who is directly involved in our work.

Moreover, we have three large departments of activity: Department of Romnja and Local Participation, where I am the coordinator,

Department of Financial Administration and Department of Advocacy. The latter two departments should theoretically each have a coordinator, but we have not yet found people to coordinate them and therefore each of us contributes to these areas of activity. The management work in the office is done by myself and my colleagues Carmen [Gheorghe], Aldessa [Lincan] and Roxana [Oprea], and each of us has clear and specific tasks, but we are in constant communication with one another and when one of us is unavailable for various reasons the others contribute and take over the work. There is also Cami [Carmen Alexe], she takes care of all the financial and administrative side.⁷⁰

Then in every community we have women with whom we have contractual relationships. In Valea Seacă⁷¹, for example, we have four facilitators with whom I work. Two of them work in the youth area and the other two in the women's area, but their work intersects and because it is important that the younger girls learn from the work of the older ones and from their experiences. Practically when I have meetings with the older ones, the girls, R. and M., are always present to learn and develop a way of working with the others, to value the experience of the older girls.

But, at the same time, the older women should also pay attention to these young girls, to their voices and to how this work is transforming because the work at E-Romnja is in a continuous transformation. Sometimes even I find it hard to keep up with the younger ones. At Mizil there are two girls who are in contractual relationships and two more who don't want to have any kind of contractual relationship and work as a kind of facilitator, but don't want to be paid for it. In Giurgiu

⁷⁰ See also the team description on the official website (in Romanian): <https://e-romnja.ro/echipa/>.

⁷¹ Valea Seacă is a commune in the county of Bacău (which is also the name of its largest city) in the Eastern part of Romania. It is comprised of two villages, Cucova and Valea Seacă. According to the 2011 Census 64,3% of inhabitants identified themselves as ethnic Romanians while 35,6% identified themselves as Roma.

we had facilitators in the past, but the work there was more in the area of advocacy and monitoring local authorities.

This year we want to re-establish the working group there, because due to the pandemic we couldn't go there anymore. The situation was more difficult, but we kept in touch with the community and the women there. But there is no single Roma group like in other communities. I mean, Giurgiu is divided into four big Roma neighbourhoods and in each neighbourhood there are different Roma families. So we work there in a slightly different way and we have shifted the focus of our work between the different communities according to the needs and emergencies that have arisen on the ground. This is broadly speaking our team.

C.B.: I imagine it's quite difficult to keep acceptable working hours.

A.N.: Well, yes, there are many volunteer hours to supplement those paid from our budget. If I have a contract for two or three hours on this project, it takes me four hours to get here from Bucharest to the community, just to travel by car. Although the transport costs are covered, the trip from Bucharest to Valea Seacă is an expensive one because from the start it costs you almost 100 euros for petrol, and then the costs of accommodation and food. It depends a lot on how long the trip lasts. On average it takes maximum two days, if I come on time and do an activity, but that's only because I have a very well put together team with the girls here.

But when it's a specific activity, for example, the construction of the bathroom in the community centre, I've been here for a week already because I'm needed to make decisions and because the women don't have the mobility to travel to Bacău to buy construction materials. When you build a house all sorts of unforeseen situations arise and there has to be someone to take over responsibility when it comes to such a small amount of money.

Yesterday for example I arrived in the community at eight in the morning, because when I am travelling to Valea Seacă I stay at a hotel

30 km away, because there is no hotel here and I can't stay in our centre because there is no bathroom, and I arrive at the site at seven or eight in the morning. And last night I left at about eleven or eleven thirty. Then I had a work phone call with my colleague Carmen on administrative issues and emergencies that arose in the field.

C.B.: Before we get to the activities you are currently doing, I find your feminist approach very brave in the context of racism and misogynism in Romania. Could you tell a bit more about this assumed feminist orientation of *E-Romnja*?

A.N.: I don't know if I could give such an official answer. In Romania we have that saying "thunder and gather"⁷² and sometimes things happen from, I don't know, call it a "divinity", an "energy", "universe", whatever you want: from my point of view somehow things were meant to happen that way. *E-Romnja* means all the women who worked there and gave it direction. I can't say that *E-Romnja* means one thing or means one person.

Yes, originally this [feminist, C.B.] concept came from one person who had the initiative and had the vision to build this movement, but after that it didn't stay under that person's vision. Now there are several of us: both in the office and in the field, and each one has somehow her own vision of how things should evolve or how each one would like the organization to develop and so far there have been all kinds of changes and modifications in the official structure of the association, but also in the way of working.

At the beginning we were talking strictly about these issues of intervention in the community, working with the authorities, and then we started to talk a lot about violence, about rape, about sexual abuse, both from the majority population on underage girls, but also from within the community, which the Roma do on girls. We started to talk a lot about police inaction when it comes to violence against *Romnja*.

⁷² Romanian: „tună și adună“.

This is partly because we have had projects in this area, and partly because it also comes from the experience or the ability of each worker to formulate such issues from working with women. It is useless for me to go and do local participation, for example in the community of Valea Seacă, if these women come and tell me only about poverty. Or they come and tell me about the police not intervening when they are beaten by men. How can I go and talk about local participation there? Or go and encourage them to fight for infrastructure, when there's a risk that I'll go home to talk to them and the next day find one of them dead. You can't do that.

Until four years ago, we didn't work with young people because everybody does education, everybody works with young people, but somehow this work with young people has also responded to their needs. The first initiative group of young Romnja was made in Valea Seacă and they were the girls of the mothers I was already working with there. After about three years, they were practically accustomed to me and were somewhat involved in this activity in the sense that we organized meetings, they were the ones who went and called person X, person Y, saying "Come on, Anca is here! Come on, we're doing the meeting!" or they'd go and do the shopping and do the organizing.

That was until one day one of them approached me and said that she would like to have a group where she could meet the girls and talk about her problems. This was somewhat eye-opening for me, especially because I realized that a lot of problems happen at quite young ages and that many of them may never be able to change their lives because they are caught up in this whole system. But at least if they take some of what we discuss at the meetings, at least they can pass that on to their daughters and the girls can somehow be saved or have more opportunities. In a way, that's really what's been created.

C.B.: When you say that Romnja are trapped in a "system", what do you mean by that? What "system" are we talking about?

A.N.: Well, I'm talking about this patriarchal system that limits you and doesn't leave you be. This whole system is oppression. On the one hand, oppression from within the community: that you are a woman, that you have to get married, that it is the father who controls your body, who controls your life. Moreover, it is oppression in the sense that you have to submit to the pressures of the community, that – in order to be a “real” Romni - things have to be done in a certain way.

On the other hand, you also have all the pressures you feel from the majority society as a Romni: racism, institutional racism, lack of access to social services, education services, health services. I consider all these things as part of a system of oppression, and women are not victims, but they are trapped, because I cannot say they are victims. Not necessarily that they aren't, but I generally shy away from that word, because they are survivors! Look, it sounds stronger that way. They are survivors of all these systems of oppression, both inside and outside the community.

C.B.: What are the reactions of the men in these communities you work with to your activities and projects?

A.N.: When they see women taking action, they don't like it because they lose face, as they say. But over time men have not understood why there is a need to work specifically with women. Or a lot of people ask us “Why do you only work with Roma women and not with Romanian women? Aren't they beaten, aren't they poor?”. It's a questioning of our work only with Romnja because people don't see the privileges they have at the expense of other people, especially like we are doing and we working with Romnja.

Roma (men) say that they are discriminated against too, which is true, but they have a certain power over and compared to Romnja, and they don't see these privileges that they have. And so do the Romanian women. It's true that there are many Romanian women who are poor, who are beaten, who are victims, but they are not discriminated against because of their ethnicity or because of the colour of their skin. They

don't see this privilege that they have: of skin colour, of social class, of ethnicity, of social status.

Political participation at the local level and the right to infrastructure

C.B.: Please explain the concept of “working community” in your work.

A.N.: Yes, a “working community” means finding a community, in our case a Roma community, that needs an intervention because it becomes aware of its rights or ways to fight for its rights. Basically, the idea is to identify that community that needs help and then take the first steps to develop your method of working with it. As I said earlier, due to her work experience my colleague was able to somewhat easily identify this community where little work was being done, where people were discriminated against and, both geographically and in terms of rights, marginalized. This was the “Cartier”⁷³ community in Mizil.

Let me give you an example: a Romni who had collaborated with Carmen in the past, and who at that time was an accountant, as a result of her collaboration with Carmen, enrolled in a school mediator course and became a facilitator in our association. This is how the first Romnja initiative group was born in 2013. Basically, they also set the tone for the issues and demands to be written into the Roma feminist agenda. What they identified was the right to infrastructure. Because if you think about it, why would that be a Roma feminist issue, the right to infrastructure? You don't really see the connection. But when you talk to women and they say, “Well, look, the fact that in the community there's no asphalt or there's no running water or there's no drinking water or there's no water source, we're the ones who suffer the most because, first of all, we have to walk miles to fetch water and,

⁷³ English: „neighbourhood“.

secondly, every time it rains or it's bad outside or there's snow, the children get very dirty, that is inevitable.”

On the one hand, this meant that women had to carry even more water, because they did laundry by hand, not by washing machine. On the other hand, this “Cartier” community is also somewhat segregated geographically, that is, when you enter the city, you can see the difference very clearly: where the Roma community starts, the asphalt and the light and the water and all the conditions of modern life begin to be lacking. It was quite a big obstacle and it created a big discrepancy between the people in “Cartier” and the majority population. Especially the children suffered a lot from racism and discrimination because they came to school with very dirty shoes and often the teachers did not accept them in the class. Or those who wanted to, and didn't take into account the fact that teachers were racist, still made the effort and hassled to get to school, would leave with a pair of spare shoes in their bag, and the younger ones would be carried on the back of their mothers to cross the street.

And this is where the education thing comes in, because most people say that Roma don't want to go to school, but here's the fact that there is no decent access to school. That's how this demand for infrastructure became a feminist cause for the Mizil women's group. We started to work with them a lot on this issue and the first thing they did, after the first meetings, they made an advocacy plan based on their experiences, where they specified how much each of them was willing to commit, how much each of them was willing to do for their demands.

And so the first participation in the local council meeting in Mizil took place, when for the first time Romnja went to talk about their issues. But don't imagine that it was a free participation in a meeting where everyone knows you have the right to join. That in itself was a whole fight to fight, to be accepted the right to participate in the council meeting which, I repeat, is a public meeting.

C.B.: How much have *E-Romnja* members been involved in the work of the initiative group? How much did you support the work of the initiative group?

A.N.: It is a whole process of setting up the group, it is not formed immediately. Carmen was the one who made the trips to Mizil and was in direct and permanent communication with the girls. The advantage of this kind of work is that you can develop a relationship where we have at least one woman in all our groups who is the facilitator of that initiative group i.e. she is the one who is responsible for organizing the women, organizing the meetings, keeping this direct communication between us, the ones in the office, and the ones in the field. There was a permanent communication with them and in that case the involvement was quite high because they were not very aware of their rights. In this situation where people are not aware of their rights you need to be involved on the ground.

Compared to the situation seven years ago, however, women now often go to the town hall without us and inform us afterwards: “You see, we were there and we did this and we asked for this and we want these things”. I mean they now know what their rights are and they mobilize and coordinate themselves to do actions. For example, at the beginning of the year the women of Mizil mobilized the men of the community and around 50 people, women and men, went to the mayor's office without telling us. It was on Saint John the Baptist's Day⁷⁴ and I remember because the women told us: “The mayor promised us that after Saint John the Baptist's Day, he will send the tractor to pave our streets, so we can get out of the neighbourhood”. But the promise wasn't kept, of course. And when the women saw that the mayor didn't keep his promise, they turned to us and said: “Look, we went, why didn't they lay the stone? Let's do something, let's call the TV stations!”. I mean at this point our relationship has changed a

⁷⁴ Romanian: „Soborul Sfântului Prooroc Ioan Botezătorul“. The religious holiday is celebrated every year on the 7th of January.

bit and women come to us when they somehow exhaust the solutions they already know, that they have learned.

C.B.: Does that mean, in summary, that from that first attendance at the city council meeting in 2013 to now in 2021, there still isn't proper infrastructure in the neighborhood?

A.N.: No, there isn't. Until 2016, before the local elections, there was a mayor in office⁷⁵ that women were fighting with in the most real and honest way because he simply didn't want them in the council meeting. I repeat, from 2013 to 2016 attending local council meetings was a real chore, you couldn't simply go and exercise that right and every time women attended, the way they were treated there was horrible and illegal. It's also very important to mention the racism that the authorities showed at that time.

C.B.: How does this racism manifest itself especially towards Romnja?

A.N.: First of all, they don't let them speak. If there was a woman who managed to speak, she was silenced and told: "Ah, you get welfare support and now you come to make a fuss". They showed their power over people to discourage them from demanding their rights. Because when you have power, you show it. On the other hand, when, for example, women went and registered for the local council meeting, they were not received at the beginning of the meeting, they were only received when the agenda reached their point of discussion. And on the agenda you have the last item where there are "Miscellaneous" items: women were only then allowed to come to the meeting.

They called them as a force majeure because they knew that we at the organization were supporting them, that we were monitoring the situation and that we were sending all kinds of letters of complaint

⁷⁵ Emil Proscan from the Social Democratic Party (PSD).

explaining that the authorities were violating these women's rights. They would call them to the meeting, keep them standing for three minutes, not even giving them the right to sit down, and they would act tough with them to discourage them. But the women would go and fight. They were always saying what their troubles were. These were forms of institutional racism and the application of power that the authorities and the majority had over women.

In 2016, before the local elections, the women wanted to sound the alarm and tell the mayor that they will not vote for him as long as the problems of so many years persisted. Problems related to infrastructure, access to water, lice and ticks in the community, because no one comes in to treat the grass for pests and clean up the very high grass there.

And the funny thing is that the women who receive social benefits are obliged to do community work and the municipality took them away from their community, from "Cartier", and put them to clean the city, in the part where the Romanians live, but did not let them clean their own neighbourhood, which was more logical because where they lived there was also a need for cleaning and grooming the streets.

And so this idea of theirs was born in June 2016 to do a protest and they asked us for help to organize it, because they didn't know how to do it. They had seen on TV, at that time they had started different street movements, and they said "Let's do a protest, to show the mayor that it's not like he says!". And our women were mobilized, we were ecstatic, especially because the initiative came from them and it's much easier when it comes from them because you automatically assume that the action is happening. And there were around 60-70 people with children, with men, with women, with placards, with slogans, with all sorts of things so typical for a protest. It was a protest in the true sense of the word and very well prepared by them. Of course no one from the town hall came to talk to them, but these women managed to create history because it was the first protest since the Revolution in Mizil. I mean there was no other protest. Honestly I don't even think there was a protest before 1989 because it was the

Communist period and such demonstrations were not allowed. So I think the Mizil initiative group made history with that first protest.

C.B.: What were the consequences of this protest?

A.N.: The aftermath was pretty cool because the mayor was not re-elected and another mayor⁷⁶ was elected who was more OK in his first term and immediately after taking office he called our office and said: "I know you work there [in "Cartier", C.B.], I am the new mayor, I want to meet you, I want to do things together for the community, I want to go together in the community to talk to the women". And of course we went to meet him! I remember when I went to talk to the mayor, our women were doing community work, I mean social benefit hours, and when they saw us, they asked us, "Where are you going? What are you doing?" And I said, "Look, the mayor called us to come and talk to us, get to know us." They were with pitchforks in their hands, with brooms, and they said, "Well, go and tell him to come and talk to us, because we did the protest. Let him come and listen to us. Let him come and see that we have no running water in the neighbourhood, that we have no sewage, that we have had nothing for so many years". And of course we were there and we told the mayor: "Look what the women want!".

The following week we met with him on the field. And then he was surrounded by our women's initiative group and it was a really cool thing, this is a story that we tell everywhere we are invited, because it is such a narrative shift when women take power. They fought for something and they took power. By the time the mayor came to "Cartier" and we came from Bucharest, everyone knew that.

⁷⁶ Silviu Călin Negraru, who during his first term between 2016 and 2020 was a member of the National Liberal Party. He was re-elected for a second term in 2020 and at the time of publication is a member of the Social Democratic Party.

And then the men who were not involved and who didn't go to the council meetings came to take control of the discussion and talk to the mayor, like "man to man", something like that. And they'd say to the women, "Let us do the talking." And it was one of the older women, G., who shouted at the men: "What are you talking about, we were at the meetings! We were at the protest! We did it! Leave us alone, we know better than you what we have to talk about!". There was a very nice change of narrative and the men backed down.

Of course the mayor knew who we were and what we were doing and knew that the women were involved in organizing the protest and he listened to them. That was really cool. We tried to develop a collaboration with him [the mayor, C.B.], he partially kept his promises: he paved the streets, indeed, and the women were super-excited about that, but the promise was not followed through, I mean the first term was over and he didn't even start asphaltting the streets, but he really did install the sewage system and running water.

During the first term, even though he had settled into the position and we had OK communication with him and he seemed to be doing his job, we continued to monitor the city council meetings. Sometimes we would sign up to take the floor and say what we wanted, other times we would just attend as a democratic exercise for the women as well as the authority.

C.B.: To let them know you are present and involved.

A.N.: Exactly! And that was the reaction of one local councilor: that if at the beginning the initiative group was seen as a spy [in the eyes of the local council, C.B.], now it has become a pillar of reference in the community and to be taken into account. That was one councilor's remark. We continued monitoring. Our girls are still going to local council meetings, and now the paving has really started.

At the end of the month [May 2021, C.B.] we have the council meeting again, the girls have to finish mapping the streets, to see what is the

situation on each street, which is completely paved, which is partially paved, where is gravel. Because that will be the situation they will present now in the council meeting. Of course, they will refer again to the fact that the mayor, after the scandal he had with us in January, somehow rushed the asphaltting process and it was executed in a very poor quality, that is to say the asphalt layer has a maximum of five centimetres, which means that by winter it will be gone.

Initially we had an OK relationship with him, now the mayor is quite upset and we are working on the issue and repairing the relationship with him because it is important to have him as an ally, because in Mizil we also opened a community centre in early 2020. But this centre is working a bit slower because there was also this pandemic period and we didn't get to do activities to develop it. But there we are operating on the land owned by the municipality, the municipality let us use that space there for the community centre, and pays for the electricity. We also put up a mobile garbage container.

C.B.: We will return to the community centre. But first I'd like to ask you, in all this time, from 2013 until now, what reactions have you had from the majority population to your initiatives? You mentioned the protest as a historic moment. What reactions have there been to this historic moment?

A.N.: I don't think there were necessarily negative reactions from non-Roma. There have been positive reactions in the sense that I know there is a journalist in the Mizil community who has written about the protest and reported on all the negative things the municipality is doing. But I didn't feel a solidarity with the cause and I didn't feel that people were sensitive enough to the problems of the community, but rather I felt the political dimension, that people wanted that mayor to stop. But during the protest people were in agreement with it, I mean they were happy that this was happening for the first time. Usually when we do protests or other forms of public demonstrations, we also get negative reactions and we are at risk. This time we didn't have any

physical risk, i.e. to be assaulted or for someone to come and say nasty things. It was OK.

Social services by the community for the community

C.B.: Let's talk about your current projects. You mentioned at the beginning of our discussion a form of "social services" that you provide in the communities where you are active as an association. Is the community centre in Mizil, which was already mentioned, an example of these services? If so, tell me a little about what happens in this community centre.

A.N.: We have two community centres: one in Valea Seacă, which we opened in 2019 and which worked very well, especially during the pandemic, and the one in Mizil, which we opened in January 2020, just prior to the pandemic. There we had to stop things a bit, but the aim was to replicate to some extent the way of working at Valea Seacă. We bought a house, which, if you see it, is not much different from the other houses, it's a room with an annex in the form of a bathroom, but not yet completed, of a somewhat normal size like the other houses, painted like the other houses around so as to not stand out, and for the women to feel that it is their space.

What we try to do and what happens there is that twice a week we have one person who is responsible for cooking, but it's a job where the women cook together for themselves and for other women. For example, A., who is a Romni from the community, she tells us every week when she has to cook. We, on Monday, know that we have to transfer the money to her for both days of cooking. She is responsible for cooking, shopping, keeping the receipts, preparing the receipts and then sending the expenses back to us. For example, today I went shopping with A., I let her do the shopping for tomorrow, when the cooking will take place, but she has three or four women who are directly involved in this process of preparing the food. She is responsible for organising the whole process with the other women. I mean, they are always self-organized, and our intervention is just that

we send the money and then we take the financial documents for the expenses they make. This is a way of making the women responsible and getting them to organise themselves collectively because sometimes they can cook a soup and they know that for each meal they cook they get 550 RON⁷⁷. This money includes the transport from Valea Seacă to Bacău, a distance of about 30 km, and the money for food is actually 500 RON. They go to Bacău to do their shopping in a big supermarket, where food is cheaper and they get a receipt for expenses. At the market, where the products would be cheaper, the sellers do not issue receipts for the purchases made, and we cannot report to our funders the expenses made under these circumstances.

If this week the women in the community cooked a soup or a potato salad - it won't cost 500 RON for that salad, but maybe 400 RON. With the 100 RON difference that remains, they know to buy more flour, more oil, more potatoes or basic products which they then store in the centre. These foodstuffs are resources pooled for everyone in case of need. People who run out of potatoes, onions or oil during the week know they can find them at the centre. They are not abused, they are only for special needs, when one really runs out of money, because we only cook twice a week and we only cook for 100 people in the vicinity of the centre. Unfortunately we would like to be able to take food to other places further away from the centre, but it is a bit more difficult administratively due to limited transport and financial resources.

C.B.: What other activities do you carry out in the community centres?

A.N.: At the same time, the centre offers a meeting space for young people, where they sometimes meet just to spend their leisure time, sometimes they meet for different workshops and discussions that we hold with them or we bring in different experts for specific activities. We have thematic workshops with different experts where we talk about sex education, about contraceptive methods, about gender

⁷⁷ Around 111 EUR. The exchange rate is approximately 1 EUR = 4.92 RON.

equality, about feminism. Sometimes the young people meet and organize local actions. For example: when they have to organize “8th of April”⁷⁸ Marches. This is the space where they are provided with markers, placards and other materials necessary to plan their activities.

C.B.: I imagine they don't have many places to spend their free time in the community.

A.N.: They don't have any at all! At the same time, for the last year and a half, they have started to do activities with younger children in the community because they are doing this training and as time passes new young people come into the group. For example, when we started working, the girls who approached me in the first phase to make a group for girls were able to complete high school. Now they are enrolled in driver's school and one of them has been our employee for a year and the other one is our employee since this year. They are responsible for carrying out activities there. I mean we have this principle that we try to hire women from the community to be a direct part of the team. That's what happens.

For a year and a half the boys and girls have been doing this thing where they do all kinds of creative activities with younger children because some go to school, some don't go to school. They don't get enough attention at school, they don't get enough information from school, the classes are overcrowded, a lot of them are very poor and then they don't feel comfortable in front of their peers. Our young people do activities with them such as writing with chalk on the asphalt or all sorts of games. A year ago we got a plasma TV and DVD-player and we play them all educational movies and cartoons where they just gather together and sit. The older kids also make them popcorn, things that at home they have no way of seeing and no way of doing, simple things but which are extremely important. Last year we had a new group of 13-14 year old girls who joined the big youth

⁷⁸ International Romani Day.

group and they're in this thing together and they do activities for the younger kids, from 2 years old to 11-12 years old, they play with them, if you like, informal activities.

We also have a "Sisterhood" mentoring program where we have around ten to twelve "little sisters", as we call them, who receive a monthly stipend from us and, at the same time, receive a "big sister" who is always there for them to advise them, to support them, to be there for them. At the same time we also run new mentoring activities for the "big sisters", where we teach them how to work with the younger girls, how to be aware of the different problems they face or how to identify different dangers they can get into.

C.B.: You mentioned at the beginning that during the pandemic community centres were a kind of support point for communities.

A.N.: Yes. Especially in Valea Seacă, where the centre has been working around the clock, because it is right in the middle of the community and because there not only young people, but also women have their own space where they meet and we organize all kinds of thematic events with them, where we also discuss violence and the problems they have in their families, the problems that are in the community. Sometimes it's just a space where we meet one-to-one to have a coffee and pour your heart out because you can't talk to your family.

On the other hand, we try at least twice a year to do a supply of women-specific hygiene products or detergent or medicines, pregnancy tests, condoms, tests for all kinds of infections that women may have, to make them more aware of them. The moment something happens to them, they get advice from us to go to the hospital to solve their health problems. We also have a blood pressure machine, a blood glucose machine, so we try to cover this area of health services somehow.

On another note, in 2016-2017 we carried out a campaign in the community of Valea Seacă where we made identity cards for people who were missing these documents. We initiated the campaign because we knew the problems people had due to the lack of identity documents, we had already worked with this community and we had managed to develop a more or less OK relationship with the authorities. This way we were able to facilitate the process of obtaining identity cards and birth certificates. In some cases we even paid for DNA testing to establish a person's age and identity. These were people who were outside the system. They did not exist formally for the authorities and therefore had no access to any form of social protection. If you don't exist in the system, you can't benefit from anything in Romania.

C.B.: It is hard to imagine what it is like to have no ID. How do such situations arise?

A.N.: The people we worked with were, for example, people who had never met their parents, so they didn't know where they came from and where they were going. They were basically not registered anywhere. There were situations with people who were born on fields. It happens a lot, because one of the occupations of the Roma in Valea Seacă is seasonal agricultural work in Tulcea, in Constanța or in Focșani. As a consequence of this there were many women who went to work in these counties and ended up giving birth in the fields. But if they arrived at the hospital, they were not able to give identity papers to their children, because they were in a different administrative jurisdiction from where they came from and where they lived. The children then remained undeclared.

We advocated to simplify the process of obtaining the documents to be able to declare the birth even after the 30-day limit and thus obtain the birth certificate. Because it was also a very bureaucratic procedure, because people had migratory work experience, they couldn't get their identity documents and then they were left without them.

Moreover, when the seasonal workers returned to the village, the authorities did not make any effort to find a solution and register them because it was also in their interest not to have these people. This is because if people with social problems exist, you as an authority are obliged to find solutions to their problems.

The organizational challenges faced by NGOs in Romania

C.B.: Could you summarize the main difficulties you have as an organization in the Romanian context?

A.N.: I would mention again racism and discrimination because it is quite complicated when you are a feminist and a Roma organization to get funding. I mean, in the first years of activity, coming from a professional background in finances - I worked in banks and multinationals, and before that I was volunteering for different causes for which I was raising money from different independent sources - I had the feeling that I was coming to E-Romnja and revolutionizing things and that I was going to raise a lot of money. But in my childish innocence I realized that when you ask for money for Romnja it's quite complicated. It hinders your access to funds.

In general, administratively it's quite complicated for many organizations. For example, now we have a breath of fresh air because the Norwegian Fund projects have opened up and there will be some more financial resources for many organizations that are good and doing work and that until now have been inactive or only involved voluntarily in writing different position papers or all sorts of issues, but without doing direct work, because it requires financial involvement that many organizations don't have.

What has been an advantage for us was that we have this kind of work where we also provide these social services, but mainly because we have somehow managed to develop some partnership relationships with our funders. A power relationship exists and we are aware of the power relationship that the funder has over us, but we turned to

feminist funds that are also aware of power relationships and then we were able to develop partnership relationships and not donor and donor relationships, where things are a bit different. That's how we've been able to ensure continuity in our work, which of course has a lot of volunteer hours behind it, a lot of frustration, a lot of sofa hours, a lot of sleepless nights and a lot of frustration, as I said, to be able to continue.

C.B.: Who are the funders you have been working with for the longest time?

A.N.: Our financiers come from abroad. We don't have Romanian funders. For example, the exclusive work we do in Valea Seacă, in the service area, is supported by Diaconia of Helsinki, an organization from Finland; "Mama Cash", a feminist fund from the Netherlands, and "Open Society Foundation". These are our main funders for the last seven years and then we had different collaborations, i.e. there were the Norwegian Funds in 2014-2016 and last year we had a small project on culture taken from the Ministry of Culture and now it's the Norwegian Funds again and we can breathe a little bit. Actually, it won't be really a breath of fresh air because we have a bit more money, including our salaries will increase a bit, but that means more activities with extremely much bureaucratic work and justification of project expenses. On top of that we have activity reports, attendance lists, all sorts of key indicators to achieve, which are quite complicated to quantify. How do I quantify that my women are now more "aware" about violence? That's a bit silly.

C.B.: How long does this funding last?

A.N.: Well, on average, our projects last about two years.

C.B.: So every two years you have to think about how to get new funding.

A.N.: No. The Norwegian Funds Calls for Applications are written for two years, but we discuss every year with our partners about the funding, we write annual reports and from year to year we are faced with this nervous feeling: how much money do we get this year? How much do we not get? So it is quite complicated to make budget forecasts. Even with the Finns, whom we consider partners, we do the budget at the end of December and we tell them what activities we would like to do next year. In January we start doing the activities and we get to May and I don't know what my approved budget is for that year.

For example, yesterday we had a meeting with the Finnish partners, because this funding channel has several funders, and we found out that one of the Finnish funders will give us about 10,000 EUR less from the start. This affects us very much because we are already halfway through the year with our projects and we have made some planning for the whole year. If we had known about this reduction in the budget at the beginning of January, we would not have built the bathroom in the Mizil community centre and we could have had money for other purposes. I would have kept money for emergencies that arise in working with women, for food, for specific issues that other donors don't generally approve for. Now with the Norwegian Funds, if I want to go and buy a small catering for thirty EUR, I have to do a small market research to prove to them that those thirty EUR I spent were really the lowest price. That's a lot of administrative work for a person who has to be on the ground working with people.

C.B.: For the other two departments you have no coordinators. How difficult is it to find qualified and highly motivated people to work in the association, except for people from the community?

A.N.: All the girls who are involved at least contractually are Romnja,

all of us. We care about this, to have our own space where we can be ourselves and develop human resources in this sense. Clearly this year we will have to make small compromises to find on specific issues, e.g. the Norwegian Funds require you to have financial responsibility. I'm good at this, but I can't do financial reporting, where you need time and you need to be in the office with the paperwork, and be in the field for a week. There's really no time to do that.

And we'll probably have to compromise and find non-Roma people to work with. It's very difficult because these people have some financial expectations and they don't have the same commitment that we have. Well, I know that if I do ten hours of volunteering in a day, I do it because I want to do it and I know how the projects work and I don't expect to get paid. I'd like to get paid for what I do extra, too, but it's not like "OK, if you don't pay me, I won't do it anymore" because that's my life cause! And it's quite difficult to find people who internalize the cause, internalize the way of working. I wish all girls could work 14 hours like me.

At the same time, I can't expect and force them to do so because everyone has their own way of doing their job and doing things. These are issues that arise in an organization. It's quite hard to take into account everyone's personal experiences and professional experiences, everyone's ability to work both in the implementation team in the office, and in the informal working group with women in communities and individually.

C.B.: Do you have partnership or collaborative relationships with other NGOs working in this field?

A.N.: Yes, we do. We are quite connected with the white feminist movement in Romania. Sometimes our expertise is also limited. We are also part of different networks and coalitions, where we are always trying to bring our perspective. We tried, for example, to work in a Roma network and to bring the perspective of Romnja there. Many

times we gave up because we realize that it is much harder to fight with your own side. At the same time, it's extremely hard, including in these feminist groups, and it's quite exhausting all the time to make them pay attention to the differences between us as women and the experiences that Romnja have. It's a constant struggle. And we, even though we have some privileges compared to the Romnja in the community, like look, we are all from Bucharest, we had access to education etc., and for us it's a continuous work of fighting against all these systems, both inside the community and outside the community. And against the authorities.

C.B.: What would you like from other NGOs working in the field? Maybe even feminist NGOs. What could help you from this perspective of awareness of the privileges of different groups?

A.N.: I think it's also a trend thing nowadays, that everybody is talking about intersectionality. E-Romnja has an assumed vision of intersectionality and I really believe that we are intersectional. This is because we work with different groups, because we as women are different. But there are many organizations, especially feminist ones, that play with this concept, which I find quite dangerous because in my vision the concept of intersectionality is not completely defined. It should, therefore, undergo some minor changes because in my view intersectionality is actually a lifestyle.

You can't talk about intersectionality if you in your personal life make serious mistakes, are abusive, homophobic or against the poor. I have met activists, unfortunately also Roma people, who have an extraordinary good and often academic discourse, but who in reality are far from the ideal of intersectionality. It is precisely because of this that I am afraid to assume that I am an intellectual Romni who knows these things very well because it is quite dangerous, and my expectations are high when I meet a person who claims to be an academic and who understands very well and who has had the privilege to access all this information, but in reality cannot internalize

it in her personal life, but remains only at the level of discourse.

The social disdain against the poor in Romania

C.B.: What changes are needed from your point of view in this field of working with Roma people to make your work easier?

A.N.: Just yesterday I was thinking about this. “If I had a lot of money, what would I have to do to make things easier for these women?”. And it's hard for me to say just one thing because for some issues money is not the solution. There are so many years of discrimination and oppression and so many years of inequality in which such a thick vicious circle has been created around vulnerable people and especially around people, that sometimes it's hard for me to see where I should start and where I should go to find the crack, especially where we're talking about compact Roma communities, especially where it's extremely difficult.

Clearly what we at E-Romnja are doing in our communities is successful and I really believe this and I say it without any modesty because there are results. But we started to reap the fruits of our work only after seven years of being here in the community every month, where we stayed for a long time, where we worked a lot, where we cried a lot. But it was only after seven years of work that I began to be able to quantify and talk like this. In those seven years I also fought with people to be able to change the mentality and to raise new generations behind us or to give space to other women to take action and to make themselves visible and to fight for their things.

At the same time, we also worked a lot with the authorities. I mean you don't just need to educate people to organize and get involved, you also need action from the authorities, whatever that is. And until there are major systemic changes, first of all in the health system, in the education system, in everything that is social protection, and changes in the mindset of the majority and the representatives of the authorities about the perception of what “social assistance” means. The term

“social welfare recipient”⁷⁹ has become a pejorative term in Romania, which is always associated with dependence on the state, but people who are social welfare recipients receive 170 RON! 170 RON is the equivalent of about 35 EUR per month. In your opinion, does that sound like an amount that would make you dependent on someone?

C.B.: No way! Especially since it is not only implied that the person is dependent on the state, but the term also has the connotation that the person “steals” something from the state.

A.N.: Exactly! That it's something you don't deserve. That you, who have lived all your life as a pauper, want the state to give it to you. You sit and drink and have lots of children and you want to take from the state. This beautiful state that provides so much for you and has done so many things for you. And you're not able to work.

C.B.: That would be the corollary question on this topic: what role should the state play in all this? Because it seems that the state doesn't provide so many things for the women you work with.

A.N.: Exactly! The state is very little present in this. It's a discussion that annoys me a lot and I find it in feminist groups in Romania that are becoming radicalized. They have a discourse against the system and against the state, in which the state should intervene as little as possible, and people should organize themselves., There's also the criticism of the prison system: that the state does nothing but put poor people in prison.

But when it comes to cases of sexual or domestic violence, I can't just wait for people to change their mentality and stop being aggressors. Or when assault happens to expect the neighbors to step in and stop the bastard. I don't want that. Because I know he's going to jail and

⁷⁹ Romanian: „asistat social“.

that in jail he's likely to be treated badly and because of racism. But in reality he doesn't go to jail at all and he doesn't get hurt. This is because the state does not intervene at all and does not give the woman any chance to escape from the environment of domestic violence.

And you can't just do prevention when you are already sick. You can't do that. And in Romania we are in a sick system where you cannot do prevention. I mean you can do it, but you only do it together with intervention because in our country things are already happening, there are many problems and you have to treat them and at the same time prevent them with the new generations.

Future directions of activity

C.B.: Last question: what are your plans for the near future of the organization? What's next?

A.N.: We really need to start working soon on the new E-Romnja strategy for the next four to five years, to elect the new Board and make new appointments. If I were to give free rein to my imagination, as I would like things to happen, at least I would like that in the community of Valea Seacă we can pilot this thing where we can make a social canteen where there is cooking every day for all the people who need it. And on top of that food distribution for those people who can't come to the centre because the community is quite large, there are around a thousand or so people and they can't all come because it's quite a long distance to travel.

I would like, in other words, to develop the service area more and maybe create a new department specialized on this area and so we can cover all the basic needs of the people. Once you have the basic needs of the people or you have a minimum of comfort, but I mean the absolute minimum, because we work with people who don't have even the basic minimum of the standard of living in Romania, you have

more chances from the start. That's how you start to see the light at the end of the tunnel.

I would like to find an opportunity to develop small projects in communities, on the one hand, to build housing for people or to help them to renovate their own houses because they have these basic needs or, on the other hand, something more capitalist, to develop small businesses where women are involved and have a constant and bigger source of income than they have at the moment. That's what I would like to see happen. There's a lot of work to be done in the area of advocacy for women and women's issues. For example, the introduction of sex education in schools, free contraceptives and advocacy in this area.

I would also very much like to make this "sisterhood" program that I told so little about independent. We also have this thing where we do all kinds of specialized workshops with the girls and I would like to do this somehow as an independent program in the association, not to be within a project because we eat up enough money from projects and we are always under stress from year to year to find financial resources for these girls with whom we start work in September, but until May when I receive the budget response from the funders I do not know if I will have money to provide them with scholarships for the whole school year. This frustrates me.

On the other hand, I would love to see the girls I mentioned before, R. and M., come to Bucharest, move there to be part of our implementation and management team, live there and in turn they will make room and space for other girls in the community. Because they started as volunteers in this project, then they were mentored and now they have become mentors and our employees. You realize that for us it's a matter of mega-power, the power of example.

One of the goals of the organization in the next few years is to replicate the work we do in other communities, to pass on all this know-how we have created to other groups or organizations.

Bibliography

<https://linktr.ee/Aldessa>

<https://e-romnja.ro/wp-content/uploads/2021/04/Research-Intersect-Voices-.pdf>

Problema românească: o analiză a rasismului românesc December 2019, coordonata și editată de Oana Dorobantu și Carmen Gheorghe

Revista [H] MAGAZINE, ediție specială "Femeia", interviu E-Romnja, pag 23 Intviu Roxana Oprea, pag 27
<https://pubhtml5.com/lzji/bkhh>

<https://life.ro/carmen-gheorghe-e-romnja-din-pacate-romanii-nu-stiu-ce-inseamna-rasismul-sexismul-homophobia-ura-fata-de-saraci-cum-inveti-sa-traiesti-intr-o-societate-care-te-juceca-dupa-cul/>

<https://www.facebook.com/identity.education/videos/1025653654634716>

https://web.facebook.com/watch/live/?v=2993186974236256&ref=watch_permalink

https://web.facebook.com/watch/live/?v=292835845276055&ref=watch_permalink

<https://fb.me/e/5p88tFweZ>

<https://www.dor.ro/femeie-roma-intre-doua-lumi/>

https://centrulfilia.ro/new/wp-content/uploads/2021/01/Toata-lumea-stia_coperta.pdf

Teil II

Deutschland: Antiziganismus im Kontext von Migration

Part II

Germany: Antigypsyism in the Context of Migration

Beratungsstellen als „Brücke“ zur Integration? Die Grenzen der Sozialberatung von Neuzugewanderten in Berlin⁸⁰

Cătălin Buzoianu

Einleitung

Die innereuropäische Migration von (un)qualifizierten Arbeitskräften wurde 2013 ein umkämpftes politisches Thema in der deutschen Öffentlichkeit, als auch Deutschland nach 7-jähriger Übergangsphase seinen Arbeitsmarkt für rumänische und bulgarische Unionsbürger*innen vollständig öffnete. Verschiedene politische Akteur*innen stellten dabei die allseits erwarteten Migrationsbewegungen von Ost nach West in direkten Zusammenhang mit einer künftigen Ausnutzung der Sozialleistungen durch prekarierte Migrant*innen aus den beiden EU-Mitgliedsstaaten (vgl. Brühl und Haimerl 2014). Der Deutsche Städtetag (2013) veröffentlichte sogar ein Positionspapier, in dem er die vermeintliche Hilflosigkeit der Kommunen vor der bevorstehenden „Armutszuwanderung“ aus Osteuropa reklamierte. Weil diese Zuwanderung eine zusätzliche „Belastung“ der strukturschwächeren Städte darstelle, so lautete die Argumentation, würden jegliche finanziellen Ressourcen und Integrationsmaßnahmen benötigt werden, um „die Organisation und de[n] Erhalt des sozialen

⁸⁰ Teile dieses Artikels wurden unter dem Titel „Europeni invizibili. Un raport din Berlin“ [Die unsichtbaren Europäer. Ein Bericht aus Berlin] auf der linkskritischen Online-Plattform *Criticatac* auf Rumänisch veröffentlicht (vgl. Buzoianu 2018). Der ursprüngliche Text wurde für den aktuellen Band umfangreich überarbeitet und ergänzt.

Friedens in der Stadtgesellschaft“ zu bewahren (Deutscher Städtetag 2013: 4). Aus Sicht der Kommunen bestand dringender Handlungsbedarf seitens der Bundesregierung bei der Bewältigung dieser als unvermeidbar definierter Krisensituation.

Das unionseuropäische Recht auf Freizügigkeit bedeutet für den deutschen Staat einen historischen Schnitt in seiner Handlungsfähigkeit, weil seine hoheitliche Kontrolle über Wanderungsbewegungen hinsichtlich einer rechtlich definierten Personengruppe (die Unionsbürger*innen) durch die Verträge der Europäischen Union (EU) eingeschränkt wurde. Während die physischen Grenzen zwischen Mitgliedstaaten ihre Bedeutung für den Personenverkehr infolge der EU-Integration zunehmend verlieren, geraten alteingesessene Bevölkerungsgruppen und Neuzugewanderte verstärkt in Verteilungskonflikte miteinander (vgl. Mau 2013: 229f). Einerseits besteht die Furcht vor Überlastung des Sozialstaats durch hilfebedürftige Migrant*innen. Andererseits wächst der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften im „Niedriglohnland Deutschland“ (vgl. afp/dpa/apf 2013) infolge der Tertiärisierung⁸¹ der Wirtschaft stetig. Beide Zwänge stellen den Staat als Vermittler zwischen den Anforderungen des Marktes und den Interessen der Arbeiterschaft im 21. Jahrhundert vor gewaltige Herausforderungen. Dieser Stand der Dinge wird am Beispiel der Erfahrungen von Rom*nja besonders sichtbar, die oftmals als gering qualifizierte Arbeitskräfte unter den neuzugewanderten Bulgar*innen und Rumän*innen ein Symbolbild für die hohe Abhängigkeit von Sozialleistungen aller

⁸¹ Der Begriff „Tertiärisierung“ bezeichnet den historischen Aufstieg des Dienstleistungssektors nach dem Zweiten Weltkrieg in entwickelten Volkswirtschaften, der sich vor der Landwirtschaft und der Industrie in der Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und in der Anzahl von Beschäftigten behauptet. Laut Statistischem Bundesamt betrug der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP 2020 circa 70 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland, vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2014: 11.

Neuzugewanderten in der von medialer Berichterstattung geprägten Öffentlichkeit fungieren (vgl. Landmesser 2018).

Dieser Artikel befasst sich mit dem widersprüchlichen Charakter der sozialpolitischen Reaktionen auf verstärkte innereuropäische Migrationsbewegungen. Dieser widersprüchliche Charakter wird aus der Perspektive von niedrigschwelligen Beratungsprojekten für die Zielgruppe europäischer Migrant*innen aufgegriffen. Die hier formulierten Argumente beruhen auf meiner zweijährigen Tätigkeit als Sozialberater in einem EU-finanzierten Beratungsprojekt, sowie auf meiner laufenden Forschungsarbeit im Rahmen einer Promotion in Soziologie am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.

Prekarierte Migrant*innen als Problemgruppe

Die Fachliteratur über EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit (vgl. u.a. Roos 2019; Schmidt et al. 2018) liefert starke Indizien dafür, dass die Debatten über die innereuropäische Migration in westeuropäischen Ländern eher dazu neigen, für die politischen Zwecke von Parteien und Gruppierungen instrumentalisiert zu werden.

Im Fall Deutschlands trug 2012-2013 die bayerische Christlich-Soziale Union (CSU), Mitglied der damaligen Regierungskoalition, maßgeblich zur Politisierung der Debatte über innereuropäische Migration bei (vgl. beispielsweise FOCUS online 2013). Auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad-Kreuth Anfang 2014 brachte die bayerische Partei die Ängste vor einem vermeintlichen Missbrauch von Sozialleistungen durch Menschen aus Rumänien und Bulgarien auf den Punkt, indem sie die berüchtigte Parole „Wer betrügt, der fliegt“ in die öffentliche Debatte einführte.

In vielerlei Hinsicht nahm das Beschlusspapier der CSU-Klausurtagung den schwarzseherischen Diskurs der öffentlichen Gefährdung auf, der fast ein Jahr zuvor das Positionspapier des Deutschen Städtetages so stark geprägt hatte: „[...] Der fortgesetzte

Missbrauch der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung gefährdet nicht nur die Akzeptanz der Freizügigkeit bei den Bürgern, sondern bringt auch Kommunen an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit [...]” (CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag 2014: 27f).

Die Lösungen dieses Problems lagen für die CSU auf der Hand: eine „generelle Aussetzung des Bezuges von Sozialleistungen für die ersten drei Monate des Aufenthaltes in Deutschland” (vgl. u.a. Roßmann 2013 sowie CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag 2014) wurde ins Gespräch gebracht. Diese Maßnahme solle „falsche Anreize zur Zuwanderung verringern“, hieß es weiter. Zudem wurden die Stimmen für die mögliche Abschiebung von Unionsbürger*innen im Fall des bestätigten Verlusts des Freizügigkeitsrechts laut, was europarechtlich nur unter extremen Bedingungen möglich ist - wenn überhaupt⁸². Der Höhepunkt dieser „Lösungen“ wurde sicherlich damit erreicht, als die Einführung von sogenannten „Wiedereinreis-Sperren” infolge einer Abschiebung vorgeschlagen wurde.

Dadurch entwickelte sich die Debatte über Einwanderung zunehmend von einer Debatte über kommunale Integrationspolitik zu einer Grundsatzdebatte über die Offenheit des deutschen Sozialstaats und über die gesellschaftliche Akzeptanz von Migrant*innen, die sich in prekären⁸³ Lebenslagen befinden, im Niedriglohnssektor arbeiten und zum Teil ergänzende Sozialleistungen beziehen.

⁸² Vgl. §6 (2) FreizügG/EU: „[Für den Verlust des Freizügigkeitsrechts, C.B.] muss eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung vorliegen, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt“.

⁸³ Unter dem Begriff „Prekarität“ verstehe ich einen Zustand, in dem sich Personen befinden, wenn sie schlecht bezahlte bzw. ausbeuterische Arbeitsverhältnisse eingehen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, Zugang nur zu mangelhaftem bzw. unsaniertem Wohnraum haben sowie einen überdurchschnittlichen Bedarf an Sozialleistungen aufweisen, um die Folgen der ersten zwei Dimensionen zu lindern (vgl. Schierup und Jørgensen 2016). Sowohl in der Fachliteratur (vgl. Matter 2015 und ausführlicher Böckler, Gestmann und Handke 2018) als auch in sozialwissenschaftlichen Studien über Unionsbürger*innen in Berlin (z.B.

Rom*nja mit rumänischer und zugleich europäischer Staatsangehörigkeit haben das Recht auf freie Mobilität und freien Aufenthalt innerhalb der EU und sind - rechtlich gesehen - den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt⁸⁴. Daher sahen sich 2013 Vertreter*innen der deutschen Kommunen als primäre Träger von integrationspolitischen Maßnahmen unter Druck. Im bereits erwähnten Positionspapier des Deutschen Städtetages (2013) beteuern sie wiederholt ihre eigene Hilflosigkeit bezüglich der Neuzugewanderten in prekären Lebenslagen. Viele Fragen wirft dabei die Tatsache auf, dass die Neuzugewanderten vorerst in Deutschland bleiben dürfen und dass Behörden, Alteingesessene und zivilgesellschaftliche Akteure damit umgehen müssen.

So würden prekarierte Menschen aus Rumänien und Bulgarien, die aufgrund von ethnischen Zuschreibungen mit Diskriminierungserfahrungen in ihren Herkunftsländern konfrontiert sind, nach der Auffassung des Deutschen Städtetages, „schlechte Wohnsituationen“ und „Dumpinglöhne“ geradezu leichtfertig in Kauf nehmen, um sich irgendwann ein besseres Leben in Deutschland aufzubauen (vgl. Deutscher Städtetag 2013: 3). In den Medien wurden die Neuzugewanderten häufig mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht, die darauf abzielt, vermeintlich großzügige Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II (ugs. „Hartz IV“) und Kindergeld auszunutzen⁸⁵.

Pfeffer-Hoffmann 2019) wird dieser Begriff verwendet, um Rumän*innen zu beschreiben, die Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen versuchen.

⁸⁴ Vgl. Art. 9 Satz 2 und 3 des EU-Vertrages (EUV) und Art. 20 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Die Einhaltung dieser verbindlichen Verträge wird zum Teil durch spezialisierte Einrichtungen wie die EU-Gleichbehandlungsstelle im Auftrag unionseuropäischer Institutionen regelmäßig überprüft.

⁸⁵ Die Aussagen des Fürther Bürgermeisters Thomas Jung (SPD) erscheinen geradezu paradigmatisch für die Stimmung in manchen deutschen Rathäusern: „Wir haben das Gefühl, dass viele dieser Menschen nicht da sind,

Die Überbelegung von (häufig sanierungsbedürftigem) Wohnraum in den Ankunftsstädten und die damit verbundenen Konfliktsituationen mit der Nachbarschaft ist ein anderes Thema, das mit Blick auf die Neuzugewanderten aus Rumänien und Bulgarien eine starke mediale Aufmerksamkeit bekommt.

Hinter dieser politischen Positionierung liegt die Vorstellung, es gäbe am Rande der Gesellschaft eine Gruppe von Menschen, die es sich in ihrer prekären Lebenslage „gemütlich“ gemacht haben und die nur dank eines närrisch großzügiges Sozialstaates, gewissermaßen auf Kosten der Steuerzahler*innen, durch Sozialleistungen versorgt werden (vgl. Kronauer 2019: 52f). Aus Sicht der Mittelschicht fehle es dieser „Unterschicht“, dieser marginalisierten Menschengruppe, an den „richtigen“ Werten und Verhaltensformen, die gegebenenfalls durch einen etwas härter durchgreifenden Staat vermittelt werden müssten. Und wenn prekarierte Migrant*innen noch dazu kommen, wächst von beiden Seiten die Angst vor einer übermäßigen und (moralisch) unverdienten Inanspruchnahme von steuerfinanzierten Sozialleistungen, wachsendem Wettbewerb um Ressourcen und dem damit verbundenen sozialen Abstieg (vgl. Butterwegge 2016: 13-16). Auf Basis dieser medial vermittelten Vorstellung schließen die Etablierten der Gesellschaft die Reihen um die gesellschaftlich Marginalisierten durch den Rückgriff auf einer geteilten nationalen Identität, um der externen Bedrohung durch die Anderen zu begegnen (vgl. Elias und Scotson 1993: 300f).

Dieser Schulterchluss unter den Einheimischen nimmt in der Praxis unterschiedliche Formen an. Im Januar 2018 gab die Essener Tafel bekannt, dass Menschen ohne deutschen Pass vom Zugang zur Lebensmittelausgabe vorübergehend ausgeschlossen würden. Die Leitung begründete damals die Entscheidung wie folgt: „Wir wollen, dass auch die deutsche Oma weiter zu uns kommt“ (SPIEGEL ONLINE 2018).

weil sie hier arbeiten und leben wollen, sondern dass es mehr um Kindergeld und Hartz IV geht“ (Grönewald 2018).

Auch im Rahmen meiner Beratungstätigkeit konnte ich beobachten, wie Praktiker*innen im System der sozialen Hilfen die Befürchtung äußerten, „falsche Anreize für eine verstärkte Zuwanderung“⁸⁶ zu schaffen, wenn dauerhaft finanzierte Hilfsangebote für die Zielgruppe als Teil der sozialen Infrastruktur etabliert werden. So lautet die Frage für kommunalpolitische Entscheidungsträger*innen mitunter: Entsteht eine „Sogwirkung“ und steigen die Einwanderungszahlen weiter, wenn z.B. Beratungsprojekte mit Expertise zu existenzsichernden Leistungen und Sprachkenntnissen den Menschen den Zugang zu sozialen Diensten erleichtern?

Wie im Fall der Essener Tafel geht diese Fragestellung oft mit der Wahrnehmung einher, dass das „übliche Klientel“ der Regeldienste (also deutsche Staatsangehörige mit und ohne Migrationshintergrund) von der großen Anzahl an Rumän*innen (und Bulgar*innen) eingeschüchtert werde und deswegen nicht mehr auftauche. Durch die Darstellung von der Einwanderung freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger*innen als außerordentlicher Bedrohung für den „Erhalt des sozialen Friedens“ (Deutscher Städtetag 2013: 3f) wurden zusätzlich die politischen Voraussetzungen für die Intervention des Gesetzgebers geschaffen.

Die fremdenfeindliche Einstellung fand ein paar Jahre später ihren Ausdruck in den Gesetzesänderungen beim Zugang zu Sozialleistungen von Unionsbürger*innen, die von der CDU/CSU-SPD-Regierungscoalition unterstützt wurden. Infolge einiger Urteile⁸⁷ des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), die nationale Einschränkungen bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen unter bestimmten Bedingungen erlaubten, leitete die Bundesregierung die gesetzliche Verschärfung der formellen Voraussetzungen für die

⁸⁶ Vgl. auch die mediale Berichterstattung rund um diese Befürchtung in Hebestreit 2014.

⁸⁷ Es geht um die Urteile in der Rechtssache Dano, Urteil vom 11.11.2014 – C-333/13, und der Rechtssache Alimanovic, Urteil vom 15.9.2015 – C-67/14, vgl. u.a. Sozialgericht Berlin 2015.

Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Unionsbürger*innen ein.

Am 29. Dezember 2016 - im Eiltempo im Parlament verabschiedet - traten die Änderungen des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB II bzw. SGB XII) in Kraft. Dadurch wurden arbeitssuchenden Unionsbürger*innen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland verwehrt. Die Ausnahme bildeten diejenigen erwerbstätigen Personen, die mindestens über ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis verfügen und ergänzende oder aufstockende Sozialleistungen beantragen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Eine ähnliche gesetzliche Verschärfung im Fall von Kindergeld folgte drei Jahre später, die aufgrund der Einstufung von Kindergeld als Ausgleichsleistungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit allerdings europarechtlich noch fragwürdiger erscheint.

Diese Gesetzesänderungen basierten teilweise auf europäischem Recht. Die in der Richtlinie 2004/38/EG geregelte Gleichbehandlung vor dem Gesetz für europäische Bürger*innen in der gesamten Union besagt ausdrücklich, dass „[...] Personen, die ihr Aufenthaltsrecht ausüben, während ihres ersten Aufenthalts die Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats *nicht unangemessen* in Anspruch nehmen [sollten, CB] [Hervorhebung CB].“⁸⁸. Schon im Zuge der ersten Osterweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 war also der ausschließlich nationale Rechtscharakter der sozialen Sicherungssysteme in den jeweiligen Mitgliedsstaaten (wieder) bestätigt worden.

In der soziologischen Fachliteratur zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen wird diese Art von Interaktion zwischen gesellschaftlichen Gruppen als „Etablierten-Außenseiter“-Beziehung bezeichnet. In ihrer Studie über die Arbeitersiedlung von Winston

⁸⁸ Vgl. Artikel 10, Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2004.

Parva suggerieren Elias und Scotson (vgl. 1993: 53-56), dass sich unter Umständen eine alteingesessene Gruppe durch Neuankömmlinge auf dreifache Art bedroht fühlen kann:

- Erstens können die Neuankömmlinge die Grundlage der höheren Machtposition der Etablierten - Kontrolle über Ressourcen, Zugang zur Arbeit und Unterbringung, Organisation der Produktionsprozesse usw. - streitig machen.
- Zweitens kann die Außenseitergruppe Selbstverständnis und Weltanschauung der Etabliertengruppe grundlegend in Frage stellen, indem ihnen alternative Lebensentwürfe von Individuen und Modelle kommunalen Zusammenlebens vorgelebt werden.
- Drittens können die kollektiven Spielregeln des Zusammenlebens auf einem bestimmten Gebiet von Neuankömmlingen entweder mit oder ohne Kenntnis missachtet werden.

Die Reaktion zu dieser wahrgenommenen Bedrohung nimmt die Form einer verschärften Umsetzung der Gruppennormen, d.h. einer symbolischen Behauptung der eigenen Überlegenheit gegenüber den Außenseitern und nicht zuletzt eines Ausschluss von den Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe, an.

Diese Überlegungen über die Machtdynamik zwischen gesellschaftlichen Gruppen fanden bereits Anwendung als Erklärungsansatz für die Ausgrenzungspraktiken, städtische Segregation und Antiziganismus, die Rom*nja in Europa erfahren. Als „ewige Außenseiter*innen“ bildeten Rom*nja das Objekt jahrhundertelanger Prozesse von Stigmatisierung und Mythenbildung seitens der europäischen Mehrheitsgesellschaften (vgl. Powell und Lever 2017: 693). Dabei stützten sich die negativen Behauptungen oder Stereotypen in Bezug auf den vermeintlich unsozialen Charakter von Rom*nja auf die Eigenschaften einer Minderheit dieser Gruppe, die eher negative Verhaltensformen zeigt. Diese negativen Verhaltensformen Einiger werden von Etablierten als exemplarisch für

die gesamte Gruppe formuliert und über Generationen hinweg in Form von kulturellen Symbolen, Wörtern und Diskriminierungspraktiken reproduziert und bestätigt (vgl. Elias und Scotson 1993: 70f).

Daher ist es kein Wunder, dass - wenn in der Fachliteratur und in der Verwaltungspraxis die Rede von hilfsbedürftigen Menschen aus Rumänien ist - damit stillschweigend die Rom*nja aus Rumänien gemeint sind. Und wenn es um eine „Migration von Rom*nja“ aus einem der ärmsten Ländern der Europäischen Union geht, dann kann ja nur die Rede von einer „Armutszuwanderung“ sein⁸⁹.

Beratungsprojekte als Chance auf Teilhabe?

Im Folgenden werden die Herausforderungen von Sozialberatung für Unionsbürger*innen als fallbezogene Kommunikationsform der Sozialen Arbeit im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung des Sozialstaates am Beispiel von Berlin diskutiert. Dabei wird sowohl auf die Erkenntnisse aus der jüngeren Fachliteratur als auch auf die Erfahrungen aus der Beratungspraxis von EHAP-Beratungsprojekten zurückgegriffen.

Der vorläufige gesetzliche Ausschluss bestimmter Personengruppen von Sozialleistungen aufgrund ihrer vermeintlich fehlenden

⁸⁹ Verschiedene Positionspapiere und Erfahrungsberichte aus den Ankunftsstädten in Westdeutschland befassen sich mit dieser Problematik. Die Herausforderung ist nicht unbegründet. Die etwas differenzierteren Behandlungen, wenn die Autor*innen überhaupt das Thema ansprechen, stellen im Kern die Frage: „Welche Form hat ein sachgerechter und lösungsorientierter Ansatz in Zusammenhang mit dieser Zuwanderung?“. Die Einen stellen die besonders vulnerable Lage von Rom*nja in Deutschland und Rumänien als Hauptmerkmal in ihren Ausführungen dar. Die Anderen erwähnen ihre Situation eher am Rande der Überlegungen und vermeiden größere Diskussionen über den ethnischen Charakter der Zuwanderung, vgl. exemplarisch Matter (2015) über die angemessene Behandlung der „neuen“ Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien mit Blick auf die Situation von Rom*nja (33-39).

Erwerbstätigkeit bedient eher negative Diskurse über die Neuzugewanderten, die somit riskieren, als „integrationsunwillige“ in der Öffentlichkeit gebrandmarkt zu werden⁹⁰. Einige Zuwandernde weisen zum Teil nur ein niedriges Alphabetisierungsniveau auf und sind mit der Sprache und den Institutionen des deutschen Staates nicht vertraut. Demzufolge neigen sie dazu, sich weitgehend auf informelle Informationsnetzwerke und Verwandtschaftsstrukturen zu verlassen, um eine Unterkunft und eine Beschäftigung im neuen Land zu finden.

Andere, die „sichtbaren“ Migrant*innen, werden von der deutschen Mehrheitsgesellschaft aufgrund ihrer Hautfarbe als Rom*nja identifiziert. Die Erbschaft der jahrhundertelangen Sklaverei und des Rassismus, der bis heute in der rumänischen Gesellschaft verbreitet ist, findet ihren Widerpart in den ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und der antiziganistischen Behandlung durch Medien und Behörden in Deutschland⁹¹. Die Aufarbeitung der gewalttätigen Vergangenheit sowie die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Antiziganismus hat in Rumänien bisher kaum stattgefunden (vgl. Dorobanțu und Gheorghe 2019: 8f).

In Deutschland sieht die Situation kaum besser aus. Rassistisch motivierte Vorfälle im öffentlichen Raum gegen Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens werden in den Medien und im politischen Feld geradezu furios diskutiert. Antiziganistisch motivierte Vorfälle genießen hingegen vergleichsweise wenig mediale Aufmerksamkeit⁹².

⁹⁰ „Die Armutszuwanderung hat insbesondere integrationsunwillige Zuwanderergruppen nach Deutschland geführt. Entstanden sind punktuelle «Zusammenballungen» in einzelnen Stadtteilen einiger großer Städte, wie etwa in Berlin, Dortmund, Duisburg, Hamm und Mannheim“ (CDU 2014).

⁹¹ Dazu vgl. den Beitrag von Hirschberger in diesem Band.

⁹² Ausführlicher über die mediale Präsenz von Rom*nja in Berlin vgl. den Jubiläumsbericht der *Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)*, eines Monitoringprojektes des Vereins *Amaro Foro e.V.*, das antiziganistisch motivierte Vorfälle in der Bundeshauptstadt sowie in der Presselandschaft systematisch erfasst (vgl. Amaro Foro e.V. 2019).

Solche Bilder tragen dazu bei, das „Anderssein“ der Zugewanderten zu unterstreichen und eine spezialisierte Intervention durch sozialstaatliche Institutionen scheinbar zu rechtfertigen.

So wurde der Hilferuf des Deutschen Städtetags von der Bundesregierung durchaus gehört. Einerseits wurden die bereits diskutierten Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, um die Attraktivität des deutschen Sozialstaats für prekarierte Migrant*innen grundsätzlich zu reduzieren und dadurch möglichst jedwede negative Auswirkung einer „Armutszuwanderung“ im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die Sozialkassen einzudämmen.

Andererseits wurde versucht, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen im Fall eines hohen Aufkommens an EU-Migrant*innen zu erweitern. Die Lösungsempfehlung kam in Form von Beratungsprojekten, die durch den „Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen“ (EHAP⁹³) in Deutschland finanziert wurden. Diese hatten das Ziel, eine „Brückenfunktion zwischen den Zielgruppen und bestehenden Hilfeangeboten“ einzunehmen, damit Menschen, die „unter Armut leiden [...] Zugang in die Gesellschaft“ finden (BMAS 2018a).

Die Vorstellung über das Wirkungsfeld hinter dieser Zielformulierung erscheint auf den ersten Blick ziemlich bescheiden: es handelt sich in

⁹³ Auf Englisch heißt der Hilfsfonds *Fund for European Aid to the Most Deprived (FEAD)*. Infolge der Weltwirtschaftskrise 2008 kam der Fonds stärker in den Fokus, weil die EU-Mitgliedstaaten stärker mit sozialer Exklusion und Armut konfrontiert wurden. Deutschland ist einer von nur vier EU-Mitgliedstaaten, der den EHAP nur in Form von Beratungsprojekten umgesetzt hat (in zwei Förderzeiträumen aufgeteilt, bis Ende 2020) (Europäische Kommission o.J.). In anderen EU-Mitgliedstaaten wie Rumänien oder Frankreich fördert der EHAP die Lebensmittelverteilung für bedürftige Menschen (Europäische Kommission 2018b) bzw. Sachleistungen für Obdachlose (Europäische Kommission 2018a).

erster Linie um die Vermittlung in die sozialen Leistungssysteme des Wohlfahrtsstaates (sofern alle gesetzlichen Voraussetzungen von den Antrag stellenden Personen erfüllt werden), die anhand der regulären Hilfeangebote den nächsten Schritt in Richtung gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen sollen. Somit durften EHAP-finanzierte Beratungsprojekte in der ersten Finanzierungsphase 2016-2020 offiziell weder zu arbeitsmarktbezogenen noch zu existenzsichernden Leistungen beraten, sondern ihre Ratsuchenden lediglich an niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote verweisen bzw. sie dahin begleiten.

In der Praxis sehen sich diese Beratungsprojekte allerdings mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Erstens werden Beratungsprojekte durch zeitlich und finanziell begrenzte Rahmenbedingungen gekennzeichnet, welche ihren Ressourcen und den Handlungsmöglichkeiten ihrer Mitarbeiter*innen Grenzen setzen. Der marktähnliche Wettbewerb um Finanzierungsquellen ist zum Leitprinzip für die Beziehungen zwischen nichtstaatlichen bzw. gemeinnützigen Akteuren und den Institutionen des Sozialstaats geworden. So drohen Hilfsangebote auf lokaler Ebene im Migrationsbereich routinemäßig nach zwei oder drei Jahren zu verschwinden, weil die projektbezogene Finanzierung ausgelaufen ist und keine Anschluss- oder Weiterfinanzierung rechtlich oder haushaltstechnisch möglich war. Infolgedessen kann es oft an leicht zugänglichen Unterstützungsstrukturen in den Ankunftsorten fehlen, die mit den Fach- und Sprachkenntnissen aber auch mit der notwendigen Sensibilität gegenüber struktureller Diskriminierung und Antiziganismus im Fall von EU-Migrant*innen ausgestattet sind.

Zweitens drohen Fachexpertise, akkumulierte Erfahrung und mühsam aufgebaute Vernetzungsstrukturen von Beratungsprojekten auch deswegen verloren zu gehen, weil Finanzierungslinien auf europäischer Ebene reformiert oder gar geschlossen werden. Im Zuge der unionseuropäischen Integration entstand eine zunehmende Verflechtung zwischen den multiplen Politikebenen (lokal, regional,

national, überstaatlich) über mehreren Politikfeldern (Migration, Wirtschaft, Recht) in den EU-Mitgliedsstaaten. Dieser Prozess wird in der politikwissenschaftlichen Fachliteratur als „Europäisierung“ bezeichnet. Demnach können unter anderem haushaltspolitische Verhandlungsprozesse und Gesetzgebung, die auf europäischer Ebene stattfinden, die konkrete Arbeit von Organisationen und Behörden auf lokaler Ebene beeinflussen (Zincone und Caponio 2006: 283)⁹⁴.

In Fall von EHAP haben die verzögerten Verhandlungen über den EU-Haushalt infolge des Brexit sowie die Pläne der Europäischen Kommission, das Programm mit dem Europäischen Sozialfonds (Englisch: „European Social Fund“ oder ESF) in ein neues „ESF+“ Programm ⁹⁵ zusammenzulegen dazu geführt, dass 2021 eine existenzgefährdende Finanzierungslücke für die Berliner Beratungsprojekte droht (Fachgruppe Migration der Landesarmutskonferenz (Iak) Berlin, 2020). Hinzu kam Anfang 2020 auch die Corona-Pandemie und ihre besonderen Herausforderungen,

⁹⁴Umgekehrt können zum Beispiel Netzwerke von Akteuren auf lokaler Ebene einen Einfluss auf europäische Politikansätze nehmen, indem sie innovative Lösungen für komplexe Problemkonstellationen in der Praxis erarbeiten und auf internationaler Ebene voranbringen (vgl. Zincone und Caponio 2006: 281f).

⁹⁵ Das ESF+ Programm kam durch die Zusammenlegung von vier europaweiten Finanzierungsprogrammen zustande: der Europäische Sozialfonds, der EHAP, die Youth Employment Initiative oder YEI (zu Deutsch: „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“) und das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EasSI). Der ESF+ soll laut der Beschreibung auf der offiziellen Webseite: „(...) weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungs-, Sozial-, Bildungs- und Qualifikationspolitik der EU leisten, einschließlich Strukturreformen in diesen Bereichen. Der Fonds wird auch einer der Eckpfeiler der sozioökonomischen Erholung der EU von der Corona-Pandemie sein (...), um den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu helfen.“ (Übersetzung aus dem Englisch, CB). Vgl. die offizielle Webseite für mehr Infos unter: <https://ec.europa.eu/european-social-fund-plus/en/what-esf> [Letzter Zugriff am 04.05.2022].

sowohl in der Beratungspraxis als auch in den (Nach)Verhandlungen rund um den EU-Haushalt. Dadurch drohten nicht nur der Verlust von qualifizierten Mitarbeitenden, sondern auch das Verschwinden von ganzen Beratungsangeboten in der Bundeshauptstadt.

Drittens kommen in der Beratungspraxis komplexe Fallkonstellationen vor, die eng mit der Klärung sozialrechtlicher Ansprüche von Rumän*innen in Bezug auf existenzsichernde Leistungen, vor allem der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II) oder Sozialhilfe verbunden sind. Denn diese Ansprüche werden durch die Sozialämter und Jobcenter oft nicht anerkannt (vgl. Riedner 2017: 96). Zudem scheinen kommunale Leistungsträger (Gesundheitsämter, Schulämter, Jugendämter usw.) oft nicht über die notwendigen Sprach- und Fachkenntnisse sowie finanziellen Ressourcen zu verfügen, um die soziale Ausgrenzung prekarierte Rumän*innen zu verhindern, geschweige denn sie zu bekämpfen (vgl. Baas 2019: 30). In diesem Zusammenhang fällt es schwer, im Fall von neuzugewanderten Rumän*innen in Berlin von einer „besseren sozialen Eingliederung von besonders benachteiligten Personen“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015: 1) - ein explizites Ziel des EHAP - zu sprechen.

Nichtsdestotrotz sehen sich einige Sozialberater*innen in der Pflicht, die prekären Lebenslagen der Menschen zu thematisieren und durch eine fachkundige Sozialberatung jenseits des finanzierten Themenfeldes erste Lösungsansätze vorzuschlagen. Neben der unsicheren finanziellen Grundlage der Beratungsangebote für prekarierte Migrant*innen aus Rumänien gibt es eine Reihe von Herausforderungen in der Sozialberatung und Barrieren bei der Integration dieser Zielgruppe, die in der Praxis mit den gesetzlichen Ausschlüssen von Sozialleistungen einhergehen.

Die Erfahrungen aus der eigenen Beratungspraxis sowie die ersten Ergebnisse aus der oben erwähnten Promotionsforschung deuten darauf hin, dass es eine grundlegende Diskrepanz zwischen der

Auftragsgestaltung seitens des Geldgebers für die Beratungsprojekte und dem Unterstützungsbedarf von Ratsuchenden gibt. Insbesondere die ursprüngliche Vorstellung, dass die multiplen Problemlagen der Ratsuchenden durch das Verweisen an die zuständigen Sozialbehörden lösbar wären, hat sich mittlerweile als unrealistisch erwiesen.

Im Zusammenhang mit Menschen aus Rumänien sind mehrere Risikofaktoren zu beobachten, die sich gegenseitig beeinflussen bzw. verstärken und die zur weiteren Prekarisierung dieser Gruppe maßgeblich beitragen (vgl. Fabiańczyk 2019: 34). Als Risikofaktoren gelten dabei unter anderem das niedrige Alphabetisierungs- und Qualifizierungsniveau bei einem Teil der Neuzugewanderten, die Sprachbarriere, die fehlenden Kenntnisse über die Arbeitsweise der (Sozial-)Verwaltung sowie über ihre Arbeitnehmerrechte und allgemeinere kulturelle Unterschiede im Alltag. Darüber hinaus finden diese personenbezogenen Risikofaktoren häufig Anschluss an den Diskriminierungspraktiken auf dem Berliner Wohnungs- bzw. Arbeitsmarkt, die wiederum zur weiteren Ausgrenzung der Menschen führen (vgl. Fabiańczyk 2019: 34-40). Im Folgenden werden diese weiteren Herausforderungen in der Beratungspraxis überblicksartig dargestellt.

Prekarisierende und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse

Die prekären und teilweise ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse auf dem Berliner Arbeitsmarkt spielen eine wichtige Rolle bei der Ausgrenzung von Menschen aus Rumänien. Die historische Gesamtentwicklung Berlins ist ohne Migration aus Osteuropa kaum vorstellbar (vgl. Gesemann 2001: 12). Einen Anteil daran haben die Arbeitskräfte unter anderem aus Polen, Rumänien und Bulgarien, die zum Teil die Reihen des größten Niedriglohnsektors in Europa füllen, der 2017 über neun Millionen Beschäftigungsverhältnisse zählte (vgl. Grabka und Schröder 2019: 250). Dabei kann es sich um schlecht bezahlte Vollzeitarbeit, mit wenigen beruflichen

Aufstiegsmöglichkeiten oder um sogenannte „Minijobs“ auf 450-EUR-Basis, die keiner Sozialversicherungspflicht unterliegen, handeln.

Diese Jobs bringen nicht genug Einkommen ein, um sich eine eigene Wohnung zu leisten, was in einigen Fällen die Abhängigkeit vom Arbeitgeber bzw. von Vermittler*innen stark erhöht. Arbeiter*innen, die vor der Armut in Rumänien geflohen sind, werden schnell zu Gefangenen von Firmen, die ihnen zusätzlich zu ihrem Lohn eine Unterkunft anbieten - oft unter schlechten Bedingungen (Doppelbetten, zwei Bäder und eine Küche für 30 Personen, kein Mietvertrag usw.). Je nach Zeitkapazitäten versuchen Sozialberater*innen in den EHAP-Beratungsprojekten die Ratsuchenden an spezialisierte arbeitsrechtliche Beratungsstellen weiterzuvermitteln, z.B. an das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA), das unter anderem bei der Klärung von noch ausstehenden Lohnzahlungen Hilfe leistet.⁹⁶

Gleichzeitig ist das Fehlen einer Wohnung als offizieller Wohnsitz in der Beratungspraxis ein primäres Hindernis zur Integration auf dem Arbeitsmarkt, da ein Wohnsitz eine Voraussetzung für den Zugang zu den meisten öffentlichen Dienstleistungen ist. Einmal einwohneramtlich angemeldet, erhält eine Person eine Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID) und eine Sozialversicherungsnummer per Post an die angemeldete Adresse (aus Gründen des Datenschutzes). In der Praxis erleben Zugewanderte, dass nur auf Basis der Steuer-ID der*die Arbeitgeber*in für den*die Arbeitnehmer*in Pflichtabgaben an den Staat abführen kann (im Niedriglohnsektor ist das nur sehr bedingt der Fall), und die Sozialversicherungsnummer ist wichtig für die Verwaltung der Beiträge zur Krankenversicherung und zur Rentenversicherung. Ohne eine Steuer-ID kann eine Person kein Kindergeld beantragen. Kurzum:

⁹⁶ Für mehr Informationen über die verfügbaren Mittel für die Durchsetzung von Arbeitsrechten siehe Fijarczyk und Smasal (2021).

Wenn eine Person nicht einwohneramtlich angemeldet ist, fühlen sich die Behörden nicht für sie zuständig.

Prekäre Wohnverhältnisse und unklare Unterbringungspraxis

Die prekären Wohnverhältnisse und die wiederkehrenden lokalen Konflikte um Wohnraum (sog. „Problemimmobilien“) sorgen gewöhnlich für negative Schlagzeilen über Neuzugewanderte in den Medien (vgl. Geiges u.a. 2017: 173). Obwohl die Überbelegung von Wohnraum infolge der steigenden Mietpreise und die damit verbundene Wohnungs- oder sogar Obdachlosigkeit unter den rumänischen Migrant*innen die genauere Erfassung der Einwanderung nach Berlin erschweren, ist sicher, dass diese in den letzten Jahren stetig zugenommen hat.

Wenn im Jahr 2007 6.662 Menschen aus Rumänien mit Wohnsitz in Berlin einwohneramtlich angemeldet waren, stieg ihre Zahl 2021 auf 26.389 Personen (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2021:14). Diese Zahlen zeigen lediglich diejenigen Personen, die Mietverträge hatten oder in Notunterkünften übernachteten und die notwendigen Unterlagen (z.B. eine Wohnungsgeberbestätigung) hatten, um sich in den Bezirksamtern einwohneramtlich anzumelden. Es muss davon ausgegangen werden, dass es eine viel größere Zahl von Menschen gibt, die ohne Mietvertrag, oft in unhygienischen und teuren Verhältnissen leben: Menschen, die auf der Straße oder in Parks, bei Verwandten und Bekannten wohnen und nicht zuletzt Alleinstehende, die Zimmer in Wohngemeinschaften zur Untermiete beziehen, die von dem*der Hauptmieter*in, dem*der Hauseigentümer*in oder der Immobilienverwaltung nicht anerkannt werden und deshalb in Berlin nicht einwohneramtlich angemeldet werden können.⁹⁷

⁹⁷ Der bundesweite Dachverband der Organisationen, die mit wohnungslosen Menschen arbeiten, *BAG Wohnungslosenhilfe e.V.*, erhebt seit 2014 über seine Mitgliedsorganisationen Statistiken zur Wohnungslosigkeit.

Des Weiteren gibt es auf kommunaler Ebene eine scheinbar willkürliche Unterbringungs politik (vgl. Gerull 2018). Nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) (vgl. Berliner Abgeordnetenhaus 2006), sind die für die öffentliche Ordnung zuständigen kommunalen Behörden dazu verpflichtet, Menschen, die nicht im Freien übernachten wollen (sog. „unfreiwillige Obdachlosigkeit“), eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, unabhängig von deren Nationalität oder Ansprüchen auf Sozialleistungen. Dahinter steht der Gedanke, dass bei jeder Person, die unfreiwillig auf der Straße übernachtet, eine Gefahr für ihre vom Grundgesetz garantierten Rechte besteht (vgl. Ruder 2015: 14).

Im Falle Berlins wird dieses Gesetz aber oft je nach Bezirk unterschiedlich (oder gar nicht) angewendet. Anders als im ASOG vorgesehen ist die Unterbringung von EU-Bürger*innen in Berlin an dem Bezug von Sozialleistungen verwaltungstechnisch und politisch geknüpft. Als Sozialberater habe ich persönlich viele Male obdachlose Menschen zu Sozialämtern in verschiedenen Berliner Bezirken begleitet, nur um dann ohne jeden schriftlichen Nachweis - was an sich schon ein Verstoß gegen die gesetzlich geregelte Verwaltungspraxis darstellt - abgewiesen zu werden.

Häufig erfolgte die (mündliche) Begründung, dass die Personen kein Arbeitslosengeld II (ALG II) erhielten und dementsprechend auch keine kommunale Unterbringung möglich sei. Diese Konditionierung der Unterbringung wird meist mit dem Kostenproblem begründet: die

Schätzungen zufolge waren im Jahr 2018 678.000 Menschen wohnungslos. Davon waren ca. 17 Prozent EU-Bürger*innen, d.h. etwa 40.000 Personen (vgl. BAG Wohnungslosenhilfe e.V. 2019). Bei der ersten Obdachlosenzählung in Berlin im Januar 2020 wurden 1.976 obdachlose Menschen gezählt, eine Zahl, die nicht nach Staatsangehörigkeit der gezählten Personen näher aufgeschlüsselt werden kann und die nicht die Gesamtzahl an wohnungslosen Personen in der Stadt umfasst, vgl. Pressestelle der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 2020.

Kosten für die Unterkunft von ALG-II-Empfänger*innen werden in der Regel durch das zuständige Jobcenter übernommen. Die Bezirksämter selbst scheinen kein separates Budget für die Unterbringung von Obdachlosen durch ASOG zu haben und scheuen sich aus Angst vor explodierenden Kosten davor, dies zu tun.⁹⁸

Den betroffenen Personen bleibt in diesem Fall nur noch die Option, den Klageweg vorm Verwaltungsgericht einzuschlagen, häufig mit der Unterstützung einer*s Sozialberater*in. Nach Praxiserfahrung wird der Klage meist innerhalb weniger Tage nach Einreichung auch stattgegeben. Aber selbst wenn die sprachlichen und rechtlichen Barrieren überwunden werden und die Klage erfolgreich ist, begrenzt das Gericht die Dauer der Unterbringung auf drei Monate und ist eher als Aufschub für die Betroffenen gedacht, um ihren Anspruch auf Sozialleistungen zu klären.

Oft verfügen Betroffene jedoch nicht über die erforderlichen Ressourcen oder Kenntnisse (über Sprache, Gesetze, das bürokratische System, ihre eigenen Rechte) und enden damit, dass sie monatelang auf der Straße, in Parks oder in verlassenen Autos schlafen, wenn sie kein Geld oder Verwandte haben, die ihnen helfen.

⁹⁸ Berlin mit seinen 3,6 Millionen Einwohner*innen verfügt über weniger als 100 Betten in Familiennotunterkünften, obwohl der Bedarf an Unterkünften um ein Vielfaches größer ist. Unter diesen Bedingungen hat sich im Laufe der Jahre ein äußerst lukratives Geschäftsmodell für Privatpersonen und Unternehmen entwickelt, die auf Kosten der Bezirke Zimmer für Obdachlose anbieten. Im Gegensatz zu Unterkünften in freier Trägerschaft bieten private Betreiber*innen keine Kinderbetreuung, Sozialberatung oder andere derartige Dienstleistungen an und sind auch nicht dazu verpflichtet. Meistens sind die Unterbringungsbedingungen schlecht, die Kontrollen der Behörden lasch oder nicht vorhanden und die verlangten Preise liegen zwischen 22,50 und 35 EUR/Person/Nacht, ohne dass ein Mietvertrag zwischen den jeweiligen Parteien (Person, Betreiber*in, Jobcenter) besteht. So kommt es vor, dass das Jobcenter für eine Familie mit zwei Elternteilen und fünf Kindern bis zu 5.600 EUR „Miete“ pro Monat zahlt.

Hier ist zusätzlich die Angst groß, dass das Jugendamt sie entdeckt und ihnen ihre Kinder wegnimmt.

Diskriminierende Praktiken der zuständigen Sozialbehörden

Die bereits diskutierten prekären Arbeits- und Wohnverhältnisse werden durch staatliches Handeln auf nationaler und lokaler Ebene eher verschärft. Wie oben angedeutet besteht ein erschwerter Zugang zu existenzsichernden Leistungen infolge der Gesetzesänderungen im SGB II und XII. In der Beratungspraxis zeigt sich, dass ein Minijob-Vertrag mit wenigstens acht bis zehn Wochenstunden Arbeitszeit und der daraus folgenden Arbeitnehmereigenschaft einen Anspruch auf aufstockende ALG II-Leistungen begründet.

Die Beantragung von ALG II als bürokratisches Verfahren kann indes recht umständlich sein: je nach Fallkonstellation müssen das Hauptformular und mehrere Anhänge ausgefüllt werden. Ein großes Problem, das bei der Antragstellung aufkommt, ist die Erbringung von Nachweisen über den Wohnsitz und somit die bezirkliche Zuständigkeit des Jobcenters, die aber im Falle von wohnungs- oder obdachlosen Menschen nicht immer eindeutig erfolgen kann. §36 SGB II besagt, dass sich der zuständige Sozialleistungsträger nach dem „gewöhnlichen Aufenthalt“ des Antragstellers richtet.

Anders als bei obdachlosen Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft können sich EU-Bürger*innen nicht als „Person ohne festen Wohnsitz“ in Berlin registrieren lassen. Das resultierende Hin und Her zwischen Bezirken im Fall der ALGII-Antragstellung wurde auch im Fall der ordnungsrechtlichen Unterbringung bemerkt und unter anderem als „kommunale Nichtzuständigkeit“ bezeichnet (Neuburger und Hinrichs 2021: 111f). Darunter wird eine Spannweite an institutionellen Ab- und Ausgrenzungsmanövern seitens der kommunalen Leistungsträger subsummiert, die den allgemein unterstellten Vorwurf auf Sozialleistungsmissbrauch ausdrückt.

In diesem Fall weigert sich das Jobcenter, den ALG II-Antrag aufgrund fehlender Zuständigkeit anzunehmen. Jedoch ist im ersten Sozialgesetzbuch (§16 SGB I) festgelegt, dass jeder Antrag auf ALG II bei jedem öffentlichen Träger im Inland (Finanzamt, eine der gesetzlichen Krankenkassen etc.) und im Ausland (z.B. Botschaften und Konsulate) gestellt werden kann. Dieser Träger ist kraft Gesetzes dazu verpflichtet, den Antrag entgegenzunehmen und an den zuständigen Träger weiterzuleiten. In Berlin erfolgt die Weiterleitung der Antragsunterlagen an das zuständige Jobcenter bestenfalls willkürlich.

Zum Einen scheint ein großer Teil der Mitarbeiter*innen unterqualifiziert zu sein und arbeitet auf der Grundlage von Verträgen mit einer Laufzeit von zwei Jahren oder weniger. Viele Mitarbeiter*innen halten ohnehin nicht lange durch, weil die Arbeitsbedingungen sehr schwierig sind: eine hohe Anzahl von Kund*innen pro Mitarbeiter*in, obligatorische Überstunden, Gewaltandrohung durch Kund*innen und wiederkehrende Arbeitsausfälle aufgrund von Krankheit (vgl. Rövekamp 2017).

Zum Anderen gibt es Anzeichen dafür, dass Antragstellungen durch Unionsbürger*innen entlang kultureller und moralischer Erwartungen der*des Jobcenter-Mitarbeitenden im Sinne von nachweisbaren Bemühungen um Integration bearbeitet werden (vgl. Ratzmann 2021: 9). Oft wird von Neuzugewanderten erwartet, dass sie sich zuerst selbständig um Integration im neuen Land bemühen (z.B. durch den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse), um sich der Sozialleistungen als würdig zu erweisen.

Sozialberatung als „Brücke“ zur Integration?

Angesichts der bereits diskutierten Herausforderungen in der Beratungspraxis und der Hindernisse bei der Integration wird im

Folgenden versucht, die Vorstellung von Sozialberatung als „Brücke“ zur Integration von Neuzugewanderten in Deutschland differenzierter zu betrachten. Was ist aus der erhofften „Brückenfunktion“ der EHAP-Beratungsprojekte geworden? In dieser Hinsicht lassen sich mindestens zwei Beobachtungen formulieren.

Die Einwanderungspolitik im neoliberalen Zeitalter scheint maßgeblich durch das Anwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften bei gleichzeitiger Ausgrenzung von niedrigqualifizierten geprägt zu sein (vgl. Joppke 2021: 153). Das sogenannte „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ von 2019⁹⁹, die Debatten um den Fachkräftemangel sowie die Leistungsausschlüsse in SGB II und XII scheinen diese These im Fall Deutschlands zu bestätigen. Diese Debatten beruhen zum Teil auf den Erfahrungen mit den sogenannten „Gastarbeiter*innen“, die ab Ende der 1950er Jahre als billige und flexibel einsetzbare Arbeitskräfte von der westdeutschen Regierung angeworben wurden, um die fortgesetzte Expansion der Wirtschaftsleistung zu gewährleisten (vgl. Herbert 2003: 207-210). In Wirklichkeit trugen die Gastarbeiter*innen auch dazu bei, die begünstigte Stellung des*der deutschen Arbeiter*in aufrechtzuerhalten, indem sie diejenigen Tätigkeiten annahmen, die aufgrund des höheren Aufwands, kleinerer Vergütung und schlechteren Arbeitsbedingungen für deutsche Arbeiter*innen höchst unattraktiv waren.¹⁰⁰

Zugleich sollten auch die starken wirtschaftlichen Interessen nicht aus den Augen verloren werden, die Deutschland an der rumänischen Wirtschaft hat. Nach Angaben der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer (AHK Rumänien) gibt es in Rumänien um die

⁹⁹ Vgl. die knappe Übersicht unter „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“. o.J. Fachkräfteeinwanderungsgesetz.de, <https://fachkraefteeinwanderungsgesetz.de/> [Letzter Zugriff am 20.09.2021].

¹⁰⁰ Zu den Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitskräfte, bzw. von Gastarbeiter*innen siehe z.B. die beeindruckende Dokumentation von Wallraff (1988).

7.500 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung, die über 230.000 Mitarbeiter beschäftigen und einen Umsatz von rund 31 Milliarden EUR (über 13 Prozent des rumänischen Bruttoinlandsproduktes) erwirtschaften. Trotz Coronapandemie rühmt sich die AHK Rumänien in ihrem Jahresbericht 2020 eines Handelsvolumens zwischen Deutschland und Rumänien in Höhe von 30,8 Milliarden EUR, „was über 20 Prozent des gesamten rumänischen Außenhandels entspricht“ (Kleininger (2020): 48).

Neben Autos und Schweinefleisch exportiert Deutschland in das EU-Ausland auch Armut: die Leistungsbilanzüberschüsse zwingen andere EU-Mitgliedstaaten wie Rumänien zu Einsparungen, um eine zunehmende Verschuldung zu vermeiden (Butterwegge 2014: 5-8). Das Handelsvolumen und die deutsche Kapitalbeteiligung in der rumänischen Wirtschaft durften letztendlich klarstellen, wer der Nettogewinner der Integration Rumäniens in den gemeinsamen europäischen Markt ist – egal wie viele Sozialleistungen an prekarierte Zugewanderte erbracht werden. Das niedrige Bildungsniveau der Bevölkerung, der mangelhafte Gesundheitsschutz und die fehlenden Anreize für Kapitalinvestitionen im Zusammenhang mit einem „Raubtierkapitalismus“ der kurzfristigen Gewinnmaximierung (vgl. Guga 2020: 60) tragen außerdem dazu bei, dass die ökonomischen Ursachen für die Auswanderung aus Rumänien in absehbarer Zukunft beträchtlich bleiben.

Wie bereits angedeutet kommen zusätzliche moral-politische Überlegungen noch dazu, die sich auf Fragen der Leistungsgerechtigkeit, der (legitimen) Gruppenzugehörigkeit und der kulturellen Anpassungsfähigkeit der Neuzugewanderten an die Mehrheitsgesellschaft konzentrieren. Die Hindernisse zur Integration und die konkreten Herausforderungen in der Beratungspraxis deuten darauf hin, dass die Beratungsprozesse selbst dazu neigen, wiederkehrende Notfallsituationen zu behandeln mit wenig Einfluss auf die Lösung grundlegender Problemstellungen.

Mit Blick auf die Abhängigkeiten, die in langwierigen Beratungsverhältnissen leicht entstehen, riskiert die „Brücke“ zu den Regeldiensten, zunehmend ein Karussell zwischen Behörden und Beratungsstellen zu werden. Sicherlich kann eine erfolgreiche Beratung alleine keine neuen Wohnungen schaffen oder für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Aber es muss grundsätzlich die Frage gestellt werden, ob die Regeldienste genug Unterstützung für Neuzugewanderte, insbesondere für Rom*nja mit Diskriminierungserfahrung, leisten, um ein Mindestmaß an menschenwürdigen Lebensstandards und Zukunftsperspektiven anzubieten.

Zum Zweiten muss der Wandel des deutschen Wohlfahrtsstaates in den letzten 30 Jahren berücksichtigt werden, um die Rolle und Daseinsberechtigung von Beratungsprojekten in freier Trägerschaft zu verstehen. Die Reformprozesse des Wohlfahrtsstaates infolge der Ölpreiskrise Mitte der 1970er Jahre bekamen einen deutlichen Entwicklungsschub nach der Wiedervereinigung, als die finanziellen Spielräume des Sozialstaates unter internen und externen Zwängen litten.

Aufgrund der Liberalisierung des weltweiten Kapitalverkehrs und der damit einhergehenden Gefahr der Kapitalflucht wird eine höhere Besteuerung auf Seiten der Eigentümer von Produktionsmitteln zunehmend schwerer durchzusetzen sein. Nach Kaufmann (1997: 19) bleibt dem Staat vor allem die Möglichkeit, die Produktivität der arbeitsfähigen Bevölkerung als Einnahmequelle für die Finanzierung der sozialen Ausgaben zu verwenden. Weil eine hohe Produktivitätsrate keineswegs selbstverständlich ist, wuchs der Druck seitens der Privatwirtschaft auf den Staat, die großzügigen sozialen Hilfesysteme nach dem Leistungs- und Wettbewerbsprinzip des Marktes zu reformieren.

Pluralität und Wettbewerb zwischen gewinnorientierten und gemeinnützigen sozialen Dienstleistern und die Eigenverantwortung

der Bürger*innen als Konsument*innen von sozialen Dienstleistungen sollten demnach Grundpfeiler des Wohlfahrtsstaates werden (vgl. Pfau-Effinger und Ebbinghaus 2013: 203f). Dadurch entstanden mehr Räume für die Beteiligung von nicht-staatlichen Akteur*innen an der sozialpolitischen Leistungserbringung etwa für gemeinnützige Vereine oder Unternehmen, die Beratungsangebote für bestimmte Bevölkerungsgruppen anbieten.

Die allmähliche Verwirtschafterlichung des Wohlfahrtsstaates war allerdings höchst umstritten und bedurfte mehrerer Phasen und politischer Konstellationen, um zum heutigen Stadium zu gelangen. Trotz aller Versuche der Effizienzsteigerung sorgte die immanente Wachstumstendenz des deutschen Wohlfahrtsstaates, der immer mehr ansprucherhebende Zielgruppen berücksichtigen und gesellschaftsspezifische minimale Lebensstandards sichern sollte, für eine beispiellose Steigerung der Komplexität seiner institutionellen Strukturen.

Wie bereits angedeutet lief diese zunehmende institutionelle Komplexität parallel zu der zunehmenden gesellschaftlichen Ausdifferenzierung von Lebensbereichen, Gruppenzugehörigkeiten und individualisierten Lebensentwürfen ab. Inmitten der neuen sozialen Sicherung lag das Bild der*des „aktiv“ einen Beitrag leistenden Bürger*in, der*die frei zwischen konkurrierenden Vorsorgeangeboten wählen kann (vgl. Pfau-Effinger und Ebbinghaus 2013: 204).

Weil die Auswahlmöglichkeiten selbst für das Individuum schnell unübersichtlich und überfordernd werden, erscheint (Sozial-)Beratung im weitesten Sinne als dasjenige Instrument, welches das Versprechen der Effizienzsteigerung und Rationalität durch eine fachkundige Orientierungshilfe einlösen kann, egal ob diese Effizienzsteigerung stattfindet oder nicht (vgl. Meier 2004: 223). Weil Sozialberatung eine systemimmanente Orientierungshilfe und nicht eine zielspezifische Hilfe(dienst)leistung ist, können Beratungsangebote ohne

nennenswerte zusätzliche Belastung der Sozialkassen als Lösungsansatz für die Problematik von prekarierten Neuzugewanderten eingeführt werden.

Es muss betont werden: durch Beratung allein werden keine neuen sozialpolitischen Instrumente für die Problemlagen der Zielgruppe formuliert und ihrem Integrationsprozess keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die relevanten sozialstaatlichen Institutionen auf Bundes- und Landesebene scheuen sich vielmehr davor, eine migrationsbezogene Sozialinfrastruktur für Neuzugewanderte (aus Rumänien) zu etablieren, damit jegliche „zusätzlichen Anreize“ für eine vermehrte Einwanderung möglichst vermieden werden.

Bestenfalls können Beratungsangebote eine erhöhte Inanspruchnahme (und entsprechendes Arbeitsvolumen) der sozialstaatlichen Regeldienste bewirken. Es sind diese Regeldienste und die politischen Entscheidungsträger*innen, die mittel- und langfristige Integrationswege für diese Zielgruppe formulieren und umsetzen müssen, wenn Neuzugewanderte mehr als gering entlohnte Arbeitskräfte und mediale Sündenböcke für die Auswirkungen der gesellschaftlichen Umverteilungskämpfe werden sollen.

Fazit

In diesem Artikel wurde versucht, die Situation einer wichtigen Gruppe von Menschen, allesamt europäische Bürger*innen, aus Sicht der Beratungspraxis zu veranschaulichen. Zum Teil als Rom*nja von der Mehrheitsgesellschaft identifiziert, versuchen sie den sehr prekären Lebenslagen und Diskriminierungsstrukturen der EU-Peripherie (Rumänien) zu entkommen, indem sie in die größte Volkswirtschaft Europas (Deutschland) auswandern. Im neuen Land werden sie oft als „Armutszuwanderer“ und „Sozialleistungsmissbraucher“ gebrandmarkt und stoßen auf unterfinanzierte und arbeitsmarktbezogene Leistungssysteme, die

darauf spezialisiert sind, eine bestimmte (qualifizierte, hoch gebildete) Arbeitskraft zu integrieren und eine andere (unqualifizierte) abzulehnen.

Unter diesen Umständen wird von den Beratungsprojekten verlangt, eine Orientierungshilfe zu den Regeldiensten zu sein, welche die Integration der Neuzugewanderten umsetzen sollen. Gleichzeitig scheinen sie in den Verteilungskämpfen rund um wohlfahrtsstaatliche Leistungen im Zusammenhang mit der unsicheren Wirtschaftsentwicklung und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung eine Außenseiterrolle einzunehmen. Gegenüber der Mehrheitsgesellschaft scheinen ihr Bedarf an bezahlbaren Wohnungen, zugänglichen Bildungs- und Qualifizierungsangeboten und sicheren Arbeitsverhältnissen deutlich nachrangig zu sein trotz des Gleichbehandlungsgebotes im Grundgesetz und in den EU-Verträgen.

Als Orientierungshilfe kann Beratung alleine nicht die Lösung für prekäre Lebenslagen sein, sondern bestenfalls ein Instrument zur Stabilisierung von Notsituationen. Darüber hinaus wächst das Risiko von Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Beratenden und Beratenen, weil prekäre Lebenslagen ohne eine inklusive und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene schwer zu verbessern sind. Aus Sicht der Beratungsarbeit müssen dauerhafte Finanzierungsquellen und zusätzliche Verwaltungsstrukturen auf kommunaler Ebene etabliert werden, deren Aufgabe eine umfassende Deckung der primären Bedarfe von Menschen in prekären Lebenslagen, unabhängig ihrer Nationalität, ist.

Es wurde angedeutet, dass die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die ungleichen Lebensstandards in den jeweiligen Ländern vertiefen kann. Zudem wurde in diesem Beitrag suggeriert, dass die Konkurrenz um Ressourcen zwischen präkarisierten Einheimischen und Neuzugewanderten innerhalb einer gewissen gesellschaftlichen

Machtstruktur stattfindet, der eine ungleiche Verteilung von Ressourcen zugrundeliegt.

Die vorhandenen Hilfsstrukturen müssen von den leistungs- und beitragszentrierten Prinzipien entkoppelt werden, die zur vertieften Prekarität, ausweglosem Wohnungsnot und wiederkehrender Arbeitsausbeutung beitragen. Ohne solidarische, bedarfsgerechte und steuerfinanzierte Leistungssysteme, die eine umfassende Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens voraussetzen, riskiert Deutschland auf lange Sicht den Ausdruck des englischen Philosophen zu verwirklichen: *Bellum omnium contra omnes*¹⁰¹.

Bibliographie

afp/dpa/apf. 2013. „Im EU-Vergleich: Deutschland ist Niedriglohnland“. *Nordbayern.de Nachrichtenportal*, 25. Juli 2013. <https://www.nordbayern.de/2.5886/schlagzeilen/im-eu-vergleich-deutschland-ist-niedriglohnland-1.3055285>, letzter Zugriff: 15.07.2021.

Amaro Foro e.V. 2019. „5 Jahre Dokumentationsstelle Antiziganismus: Ein Rückblick“. Berlin. <https://amaroforo.de/wp-content/uploads/2021/04/Dokumentation2019-web.pdf>, letzter Zugriff: 20.07.2021.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. 2021. „Einwohnerregisterstatistik Berlin. 30. Juni 2021“. Statistischer Bericht. Potsdam: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Baas, Timo. 2019. „Unionsbürgerinnen und -bürger in Deutschland. Eine Übersichtsstudie zu Vorteilen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der Arbeitnehmerfreizügigkeit“. Gleichbehandlungs-

¹⁰¹ „Krieg aller gegen alle“ oder „Kampf aller gegen alle“ (Hobbes ([1642] 2017)).

stelle EU-Arbeitnehmer. <https://www.eu-gleichbehandlungsstelle.de/re-source/blob/207132/1583340/86fca213057490855bfb1ae1e2b64911/studie-2019-data.pdf>.

BAG Wohnungslosenhilfe e.V. 2019. „Übersicht Zahl der Wohnungslosen.“ <https://www.bagw.de>. 11. November 2019. <https://www.bagw.de/de/themen/zahl-der-wohnungslosen/index.html>, letzter Zugriff: 24.07.2021.

Berliner Abgeordnetenhaus. 2006. *Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz - ASOG Bln) in der Fassung vom 11. Oktober 2006*.

<http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=ASOG+BE&psml=bsbe-prod.psml&max=true&aiz=true>, letzter Zugriff: 26.07.2021.

Brühl, Jannis, und Kathrin Haimerl. 2014. „Was ist dran am Mythos Armutsmigration?“ *Süddeutsche Zeitung*, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de), 3. Januar 2014. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/einwanderer-aus-ost-europa-mythos-armutsmigration-1.1854451>, letzter Zugriff: 16.09.2021.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). 2015. „Frequently Asked Questions (FAQ) zur Richtlinie zur Umsetzung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP). Stand: 06.08.2015“. <https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Thema-Internationales/ehap-richtlinie-FAQ.pdf?blob=publicationFile&v=3>.

- 2018a. „BMAS - Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland (EHAP)“. www.bmas.de. 9. Juli 2018. <https://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europaeische-Fonds/EHAP/ehap.html>.

- 2018b. „BMAS - EHAP – Erste Förderrunde“. www.bmas.de. 15. Februar 2018. <https://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europaeische-Fonds/EHAP/ehap-richtlinie-informationen-fuer-antragsteller.html>.

- 2018c. „BMAS - 2. Förderrunde“. www.bmas.de. 18. September 2018. <https://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europaeische-Fonds/EHAP/zweite-foerderrunde.html>.

Butterwegge, Christoph. 2016. „Flucht in die Armut?“ *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2: 13–16.

2014. „»Armutsimport«: Wer betrügt hier wen?“ *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2: 5–8.

Buzoianu, Cătălin (2018): *Europenii invizibili*. Un raport din Berlin. Hg. v. critic atac. Online verfügbar unter <https://www.criticatac.ro/europenii-invizibili-un-raport-din-berlin/>, zuletzt geprüft am 05.10.2021.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 2014. „Armutszuwanderung nach Deutschland. Fragen und Antworten“. <https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/140109-argupapier-armutsmigration.pdf?file=1>, letzter Zugriff: 20.09.2021.

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. 2014. „Die CSU-Landesgruppe ist Taktgeber der Großen Koalition“. 38. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vom 7. bis 9. Januar 2014 in Wildbad Kreuth. Berlin: CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. https://www.csu-landesgruppe.de/sites/default/files/bericht_aus_kreuth_2014_1.pdf, letzter Zugriff: 24.08.2021.

Deutsche Bundesregierung. 2019. *Entwurf eines Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch*. Drucksache 19/8691. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/086/1908691.pdf>.

Deutscher Städtetag. 2013. „Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“. <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/Archiv/zuwanderung-rumaenien-bulgarien-positionspapier-2013.pdf> [Letzter Zugriff am 22.07.2021].

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union. 2004. *RICHTLINIE 2004/38/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 29. April 2004*. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004L0038&from=en>, letzter

Zugriff: 22.07.2021.

Europäische Kommission. o.J. „Fund for European Aid to the Most Deprived (FEAD) - Employment, Social Affairs & Inclusion - European Commission“. Zugegriffen 28. Mai 2019. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1089>.

- 2018a. „Fund for European Aid to the Most Deprived. Annual Implementation Report Summary 2016. France“. Jährlicher Umsetzungsbericht. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=20638&langId=en>.

- 2018b. „Fund for European Aid to the Most Deprived. Annual Implementation Report Summary 2016. Romania“. Jährlicher Umsetzungsbericht. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=20648&langId=en>.

Fabiańczyk, Emilia. 2019. „Lebensrealität von EU-Zugewanderten in Wohnungsnotfällen“. In *Prekär in Berlin - Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarktintegration und Wohnungsnotfällen bei EU-Zugewanderten.*, herausgegeben von Christian Pfeffer-Hoffmann, 19–43. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung. Berlin: Mensch & Buch Verlag.

Fachgruppe Migration der Landesarmutskonferenz (lak) Berlin. Offener Brief. 2020. „Akute Förderlücke für die Berliner EHAP-Projekte. Schreiben an die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales“, 1. Juli 2020. <https://www.lak.berlin/app/download/14522766623/1.7.2020+Senat.pdf?t=1613405129>.

Fijarczyk, Monika, und Anja Smasal. 2021. „Praxisleitfaden für EU-Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Ein Wegweiser für gute Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung“. Zahrbock GmbH & Co KG, Frankfurt am Main. https://www.bema.berlin/site/assets/files/1336/praxisleitfaden_fuer_eu-arbeitnehmerinnen_in_deutschland_barrierefreies_pdf_210712.pdf, letzter Zugriff: 27.09.2021.

Fischer, Alexander (in Vertretung für die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales). 2018. *Antwort auf die Schriftliche An-*

frage Nr. 18/14015 vom 08.04.2018 über Unterbringung von Unionsbürger*innen mit noch nicht geklärtem Sozialleistungsanspruch nach ASOG. Drucksache 18/14015. Berlin: Berliner Abgeordnetenhaus, 18. Wahlperiode. <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/AHAB/servlet.starweb?path=AHAB/lisshfl.web&id=ahabwebdokfl&format=WEBVORGAF&search=ID%3DV-293830>.

FOCUS online. 2013. „Arbeitsagentur gegen weniger Leistungen für Zuwanderer“. *FOCUS Online*, 24. Dezember 2013. https://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/arbeitsmigranten-willkommen-heissen-ba-vorstand-will-volle-sozialleistungen-fuer-rumaenen-und-bulgaren_id_3503923.html, letzter Zugriff: 29.06.2021.

Geiges, Lars, Tobias Neef, Julia Kopp, und Robert Mueller-Stahl, Hrsg. 2017. *Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa: „Roma“ zwischen Anerkennung und Ausgrenzung*. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, Band 13. Bielefeld: Transcript.

Gerull, Dr. Susanne. 2018. „1. systematische Lebenslagenuntersuchung wohnungsloser Menschen: Eine Studie der ASH Berlin in Kooperation mit EBET e.V.“ Berlin. <https://opus4.kobv.de/opus4-ash/frontdoor/index/index/docId/246>.

Gesemann, Frank. 2001. „Einleitung: Migration und Integration in Berlin“. In *Migration und Integration in Berlin*, herausgegeben von Frank Gesemann. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-94931-8>.

Grabka, Markus M., und Carsten Schröder. 2019. „Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen“. *DIW Wochenbericht*. https://doi.org/10.18723/DIW_WB:2019-14-3.

Grönewald, Bettina. 2018. „Armutszuwanderung: ‚In den Stadtquartieren wächst der soziale Unfrieden‘“. *DIE WELT*, 12. August 2018. <https://www.welt.de/regionales/nrw/article180964152/Armutszuwanderung-In-den-Stadtquartieren-waechst-der-soziale-Unfrieden.html>.

Guga, Stefan. 2020. „The question of productivity. Controversies and clarification“. Bucharest: Friedrich-Ebert-Stiftung Romania.

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/bukarest/16384-20200819.pdf>.

Hebestreit, Steffen. 2014. „Doch keine Sozialleistungen“. *Frankfurter Rundschau* (www.fr.de), 10. Januar 2014, Abschn. Wirtschaft. <https://www.fr.de/wirtschaft/doch-keine-sozialleistungen-11218880.html>, letzter Zugriff: 26.07.2021.

Hobbes, Thomas. [1642] 2017. *De cive / Vom Bürger: Lateinisch/Deutsch*. Herausgegeben von Andree Hahmann und Dieter Hüning. Stuttgart: Reclam Verlag.

Joppke, Christian, Hrsg. 2021. „Courting the Top, Fending-off the Bottom: Immigration in the Populist Storm“. In *Neoliberal Nationalism: Immigration and the Rise of the Populist Right*, 68–157. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108696968.003>.

Kronauer, Martin. 2019. „Armut im politischen Diskurs“. In *Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Massnahmen*, herausgegeben von Petra Böhnke, Jörg Dittmann, und Jan Goebel, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Uni-Taschenbücher, Nr. 4957. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Landmesser, Wolfgang. 2018. „Von Willkommenskultur kaum eine Spur“. *Deutschlandfunk*, 23. Dezember 2018. https://www.deutschlandfunk.de/zuwanderung-aus-rumaenien-und-bulgarien-von.724.de.html?dram:article_id=436770, letzter Zugriff: 15.07.2021.

Matter, Max. 2015. *Nirgendwo erwünscht : zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten*. Reihe Rat für Migration. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.

Mau, Steffen. 2013. „Wohlfahrtsstaat und Migration“. In *Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert: neue Wege der Forschung*, herausgegeben von Marius R. Busemeyer, Bernhard Ebbinghaus, Stephan Leibfried, Nicole Mayer-Ahuja, Herbert Obinger, und Birgit Pfau-Effinger. Frankfurt: Campus Verlag.

Meier, Frank. 2004. „Der Akteur, der Agent und der Andere — Elemente einer neo-institutionalistischen Theorie der Beratung“. In *Die*

beratene Gesellschaft: Zur gesellschaftlichen Bedeutung von Beratung, herausgegeben von Rainer Schützeichel und Thomas Brüsemeister, 221–38. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80554-6_12.

Menkens, Sabine. 2016. „Leistungskürzung: Regierung zeigt Härte gegen europäischen ‚Sozialtourismus‘“. *Die Welt*, 12. Oktober 2016. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158697044/Regierung-zeigt-Haerte-gegen-europaeischen-Sozialtourismus.html>.

Neuburger, Tobias, und Christian Hinrichs. 2021. „Mechanismen des kommunalen Antiziganismus: Neue Grenzziehungspraktiken am Beispiel einer westdeutschen Großstadt – ein Forschungswerkstattbericht“. In *Kontinuitäten der Stigmatisierung von ‚Asozialität‘: Perspektiven gesellschaftskritischer Politischer Bildung*, herausgegeben von Helga Amesberger, Judith Goetz, Brigitte Halbmayr, und Dirk Lange, 105–19. Citizenship. Studien zur Politischen Bildung. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32449-0_8.

Kleininger, Carmen. 2020. „Jahresbericht 2020 / Raport Anual 2020“. Bukarest: Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer. <https://www.ahkrumaenien.ro/infothek/ahk-publikationen>, letzter Zugriff: 22.07.2021.

Pfau-Effinger, Birgit, und Bernhard Ebbinghaus. 2013. „Vermarktlichung und Privatisierung“. In *Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert: neue Wege der Forschung*, herausgegeben von Marius R. Busemeyer, Bernhard Ebbinghaus, Stephan Leibfried, Nicole Mayer-Ahuja, Herbert Obinger, und Birgit Pfau-Effinger. Frankfurt: Campus Verlag.

Pfeffer-Hoffmann, Christian, Hrsg. 2019. *Prekär in Berlin - Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarktintegration und Wohnungsnotfällen bei EU-Zugewanderten*. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung. Berlin: Mensch & Buch Verlag.

Powell, Ryan, und John Lever. 2017. „Europe’s Perennial ‘Outsiders’: A Processual Approach to Roma Stigmatization and Ghettoization“. *Current Sociology* 65 (5): 680–99. <https://doi.org/10.1177/0011392115594213>.

Pressestelle der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. 2020. „Erste Ergebnisse der Obdachlosenzählung: Senatorin Breitenbach will Hilfsangebote vor Ort für obdachlose Menschen verbessern. Pressemitteilung vom 07.02.2020“. 7. Februar 2020. <https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.892510.php>, letzter Zugriff: 24.07.2021.

Ratzmann, Nora. 2021. „Deserving of Social Support? Street-Level Bureaucrats’ Decisions on EU Migrants’ Benefit Claims in Germany“. *Social Policy and Society*, März, 1–12. <https://doi.org/10.1017/S1474746421000026>.

Roos, Christof. 2019. „The (de-) Politicization of EU Freedom of Movement: Political Parties, Opportunities, and Policy Framing in Germany and the UK“. *Comparative European Politics* 17 (5): 631–50. <https://doi.org/10.1057/s41295-018-0118-1>.

Roßmann, Robert. 2013. „CSU plant Offensive gegen Armutsmigranten“. *Süddeutsche Zeitung*, sueddeutsche.de, 28. Dezember 2013. <https://www.sueddeutsche.de/politik/wegen-bulgarien-und-rumae-nien-csu-plant-offensive-gegen-armutsmigranten-1.1852159>, letzter Zugriff: 29.06.2021.

Rövekamp, Marie. 2017. „Wie verheerend die Arbeitsbedingungen in Jobcentern sind“. *Der Tagesspiegel Online*, 7. Mai 2017, Abschn. Wirtschaft. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/arbeit-im-jobcenter-wie-verheerend-die-arbeitsbedingungen-in-jobcentern-sind/19737004.html>, letzter Zugriff: 26.07.2021.

Riedner, Lisa. 2017. „Aktivierung durch Ausschluss“. *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 3 (1/2017): 24.

Ruder, Karl-Heinz. 2015. *Grundsätze der polizei- und ordnungsrechtlichen Unterbringung von (unfreiwillig) obdachlosen Menschen unter besonderer Berücksichtigung obdachloser Unionsbürger*. Rechtsgutachten aus Anlass der Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. in Berlin vom 9.-11. November 2015 "Solidarität statt Konkurrenz-Entschlossen handeln gegen Wohnungslosigkeit und Armut". Berlin: BAG W-Verlag. <http://www.bagw.de/de/publikationen/mzw->

[basis/mzw_64.html](#).

Schmidt, Susanne K., Michael Blauburger, und Dorte Sindbjerg Martinsen. 2018. „Free movement and equal treatment in an unequal union“. *Journal of European Public Policy* 25 (10): 1391–1402. <https://doi.org/10.1080/13501763.2018.1488887>.

Sozialgericht Berlin. 2015. „Keine Sozialleistungen für Unionsbürger auf Arbeitsuche - Sozialgericht Berlin widerspricht dem Bundessozialgericht. Pressemitteilung vom 16.12.2015“. Sozialgericht Berlin. Archiv: Pressemitteilungen (2015). 16. Dezember 2015. <https://www.berlin.de/gerichte/sozialgericht/presse/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.423640.php>, letzter Zugriff: 22.07.2021.

SPIEGEL ONLINE. 2018. „Tafel in Essen nimmt nur noch Deutsche auf“. *Der Spiegel*, 22. Februar 2018, Abschn. Panorama. <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/essen-tafel-nimmt-nur-noch-deutsche-auf-a-1194907.html>, letzter Zugriff: 26.07.2021.

Statistisches Bundesamt (Destatis), Hrsg. 2014. „Bruttoinlandsprodukt Für Deutschland 2020. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 14. Januar 2021“. wissen.nutzen. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2021/BIP2020/pressebroschuere-bip.pdf;jsessionid=8FABB0E6ECA0084A217022FDD98B0776.live731?_blob=publicationFile, letzter Zugriff: 20.07.2021.

Wallraff, Günter. 1985. *Ganz unten: Mit einer Dokumentation der Folgen*. 23. Edition. Köln: KiWi-Taschenbuch.

Zincone, Giovanna, und Tiziana Caponio. 2006. „The Multilevel Governance of Migration“. In *The Dynamics of International Migration and Settlement in Europe. A State of the Art*, herausgegeben von Rinus Penninx, Maria Berger, und Karen Kraal, 269–304. Amsterdam University Press. <https://www.jstor.org/stable/j.ctt45kdw5.12>.

Von rechtlichen Ausschlüssen und reproduzierter Marginalisierung. Rom*nja in Berlin

Magda Hirschberger

Einleitung

Der vorliegende Artikel untersucht Strategien der Grenzziehung von *regulärer* zu *irregulärer* europäischer Binnenmigration anhand des rechtlich definierten Begriffs der *Arbeitnehmereigenschaft* und der Rolle, die der Begriff für die gesellschaftliche Teilhabe von EU-Bürger*innen in Deutschland spielt. Meine Beobachtungen stützen sich unter anderem auf meine Erfahrungen als Sozialberaterin und auf die Erfahrungen von EU-Bürger*innen mit rumänischer Staatsangehörigkeit in Berlin.¹⁰² Durch einen migrationstheoretischen

¹⁰² Diese habe ich Rahmen meiner Tätigkeit als Sozialberaterin für EU-Migrant*innen im Projekt *MOBI.Berlin+* von Mai 2019 bis Dezember 2020 gesammelt. Aufgrund meines sprachlichen Schwerpunkts auf dem Rumänischen habe ich in dieser Zeit vor allem Menschen mit rumänischer Staatsangehörigkeit beraten, darunter auch Menschen mit Romno-Hintergrund. Fragen zur ethnischen Zugehörigkeit oder Selbstverortung der Ratsuchenden stellte ich nicht und diese wurden auch nicht vermerkt. Vielmehr berufe ich mich in meinen Ausführungen auf solche Situationen und Vorfälle, in denen Menschen, die ich beraten habe, durch andere als „Rom*nja“ identifiziert wurden und aufgrund der ihnen zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit Diskriminierung erfahren haben. Da es sich – wie ich argumentieren werde – bei der Zuschreibung eines „Romno“-Hintergrundes

Ansatz findet eine Einordnung von Prozessen des *Othering* und der *Irregularisierung* von bestimmten Einwanderungsgruppen in den Kontext eines, so die These, neoliberalen europäischen Diskurses über Binnenmobilität und Arbeitnehmerfreizügigkeit statt.

Zu beobachten ist, dass die Bezeichnung „Rom*nja“¹⁰³ zum Label eines rassifizierten Diskurses über Armut in Europa geworden ist. Die als „Armutsmigration“ bezeichnete Mobilität bestimmter Gruppen wird dabei zu einem Problem für die öffentliche Ordnung und zur Belastung nationaler Sozialsysteme erklärt und eine Politik der Marginalisierung und der Kriminalisierung qua Gesetz legitimiert. In einer vordergründig depolitisierten Debatte werden dazu sozioökonomische Argumente herangezogen, die sich bei genauerer Analyse als immer schon tief verstrickt mit antiziganistischen Stereotypen und der Konstruktion eines Phantasmas der Bedrohung erweisen.

Die für rumänische Staatsangehörige offenen Grenzen der EU-Staaten haben dort zu einer erhöhten Ausbildung nationalrechtlicher Ausschlüsse geführt, die als diskursive Weichenstellungen in Rechtsnormen, Rechtsprechung und Rechtsumsetzung durch die

um eine rassistische Konstruktion handelt, spielt es für meine Ausführungen keine Rolle, ob die von Antiziganismus Betroffenen sich selbst mit der Bezeichnung „Rom*nja“ angesprochen fühlten oder nicht. Dies soll jedoch keinesfalls in Abrede stellen, dass eine gemeinsame Identität – so fraglich dieser Begriff heute ist – eine geteilte Geschichte und eine darüber kommunizierende Verbundenheit von sich als Rom*nja definierenden Menschen besteht (vgl. dazu de Genova und Yildiz 2017).

¹⁰³ Mit der Wahl des Begriffs „Rom*nja“ zur Bezeichnung einer durch den Blick der anderen konstruierten Kategorie schließe ich mich Markus Ends Definition eines „racial construct“ (End 2019: 70) an, das vor allem Personen rumänischer und bulgarischer Nationalität zugeschrieben wird und das nichts mit der Selbstidentifikation als Rom*nja zu tun hat. Demnach soll im Weiteren durch Anführungszeichen zwischen „Rom*nja“ als Kategorie der Fremdzuschreibung und Rom*nja als selbst verstandener Zugehörigkeit unterschieden werden.

Verwaltung fortwirken. Gerade letztere bestimmt oft unmittelbar die Lebensgestaltung der zugewanderten Menschen und sorgt durch vielfach erschwerte Zugänge dafür, dass Ankunft und Teilhabe verwehrt bleiben. Im Zuge einer europäischen Politik der freien Zirkulation von Arbeitskraft wird die *Arbeitnehmereigenschaft* für diejenigen unter ihnen, die zu den am stärksten benachteiligten Personen zählen, zur Voraussetzung für eine existenzielle Grundversorgung, Zugang zu Wohnraum, Gesundheit und Bildung gemacht. Dass dies in vielerlei Hinsicht problematisch ist, möchte ich im Folgenden zeigen und dabei die Frage stellen, wie diese Grenzziehung funktioniert und welche Vorannahmen sich darin abbilden.

Rom*nja in Berlin, Rom*nja in Europa – zwei Seiten eines Diskurses

Als die Kollektivbezeichnung „Roma“ 1993 zum ersten Mal von der Europäischen Kommission verwendet wurde, stand zunächst die Stärkung der Rechte für eine Vielzahl heterogener Gruppen im Vordergrund. Ein Sammelbegriff sollte dazu beitragen, die auf nationaler Ebene oftmals nicht genügend berücksichtigten Interessen von als Rom*nja identifizierten Menschen auf europäischer Ebene zu sammeln und zu stärken.

Zugleich hat die Umschreibung der Rom*nja als größter Minderheit Europas (Vermeersch 2012) aber auch einem verstärkt rassistisch geführten Diskurs über Armut Bahn gebrochen (Kóczé/Rövid 2019, van Baar 2017; Yıldız/de Genova 2017; Themelis 2016). Unter dem Deckmantel der vermeintlichen kulturellen Andersartigkeit hat sich ein „Rassismus ohne Rassen“ (Balibar 2014) Zutritt verschafft - durch die Hintertür eines liberalen und gleichen Europas.

Ohne seine stereotypen Vorannahmen zu thematisieren, hält sich *Antiziganismus*¹⁰⁴ als gesellschaftliches Phänomen nach wie vor hartnäckig. Anzeichen von Andersartigkeit werden identifiziert und essenzialisiert, das heißt, zu inhärenten und determinierenden Eigenschaften erklärt und Menschen anhand phänotypischer Merkmale und angeblicher kultureller Besonderheiten in die Kategorie der differenzierten Klasse eingeordnet („Phenotype as a Marker“, End 2019: 79).

Seit Beginn der Debatten über den EU-Beitritt weiterer mittel- und osteuropäischer Länder in den 1990er Jahren wird die potenzielle Mobilität von als arm und unterprivilegiert klassifizierten Rom*nja als Bedrohung für die öffentliche Ordnung und die Sozialstaatssysteme der älteren Mitgliedsstaaten inszeniert. Dabei haben diskursive Ausfälle, rechte Hassrede und staatliche Maßnahmen wie Frankreich und Italien sie seit 2010 durchführen¹⁰⁵, zwar besondere Aufmerksamkeit erfahren. Sie sollten jedoch nicht davon ablenken, dass die Verschiebung – wenn auch weniger offen artikuliert – im Mainstream fest verankert ist und sich – auch aufgrund vordergründig rationaler und depolitisierter Argumente – einer wachsenden Zustimmung erfreut.¹⁰⁶ Zumeist sind es kleine und kleinste Praktiken,

¹⁰⁴ Die *Alliance Against Antygypism*, ein Zusammenschluss verschiedener europäischer Vereinigungen zur Bekämpfung von Antiziganismus, definiert diesen als spezifische Form des Rassismus, der sich gegen als „Rom*nja“ wahrgenommene Menschen richtet (vgl. *Alliance Against Antigypism* 2021).

¹⁰⁵ Damit gemeint sind die seit 2010 durchgeführten Räumungen von Lagern und Abschiebungen von Rom*nja nach Rumänien und Bulgarien durch die Regierungen Italiens und Frankreichs, die europaweite Empörung auslösten und in deren Verlauf die Europäische Kommission Frankreich einen Verstoß gegen geltendes EU-Recht vorwarf (dazu van Baar 2011: 2015; vgl. auch Themelis 2016; Kóczé 2018).

¹⁰⁶ Kóczé bspw. verweist auf die Rolle rechter Parteien und Strömungen in dieser Entwicklung, betont jedoch die Gefahr, die sie in dem unausgesprochenen Antiziganismus des Mainstreams sieht (vgl. Kóczé 2018: 463).

die zum Gesamtbild der verweigerten Teilhabe beitragen. Sie sind gesellschaftlicher, rechtlicher oder auch medialer Natur und führen dazu, dass eine bestimmte Sichtbarkeit als Rom*nja wahrgenommener Personen und Gruppen stetig wiederholt und sich in der Vorstellung anderer, nicht als Rom*nja identifizierender Personen, verfestigt.

Um diese Entwicklung in ihrer Breite sichtbar zu machen, bedarf es einer Untersuchung derjenigen (selbst beinahe unsichtbaren) Grenzziehungen, die zu einer alltäglichen Unterscheidung und Konsolidierung dessen beitragen, was als „wir“ und was als „die Anderen“ gilt. Sie reduzieren dabei die Sichtbarkeit „der Rom*nja“ auf solche Momente, in denen Menschen ausschließlich in ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe wahrgenommen und ausgeschlossen werden. Solange sich diese Praktiken unhinterfragt fortsetzen, muss sich zwangsweise auch das wiederholen, was eine Strategie zur gesellschaftlichen Teilhabe in Berlin zu bekämpfen beabsichtigt: Ausgrenzung, Marginalisierung, Bedürftigkeit und die Ausbeutung undokumentierter Arbeitskraft.¹⁰⁷

¹⁰⁷ Der Begriff „undokumentierte Arbeit“ wird im Rahmen dieses Beitrags an Stelle des stigmatisierenden und stereotyp besetzten Begriffs der „Schwarzarbeit“ und in Abgrenzung zu diesem verwendet. Erstere gilt als Teil der sogenannten „Schattenwirtschaft“ im weiteren Sinne. „Undokumentierte Arbeit“ ist nicht per se gleichzusetzen mit der illegalen Produktion legaler Waren (so die Definition von „Schwarzarbeit“), sondern umfasst zunächst jede Form der Produktion, die nicht in den offiziellen Sektor fällt und nicht über die dafür vorgesehenen offiziellen Rahmenbedingungen abgewickelt wird (Schneider 2006: 37f). Erst wenn Einnahmen bewusst vor den staatlichen Behörden verborgen werden, wird von „Schattenwirtschaft“ im engeren Sinne gesprochen: „[T]he legal economic and productive activities that are deliberately hidden from official authorities and that, if recorded, would contribute to GDP“ (Kelmanson et al. 2019: 5).

Der Begriff „undokumentierte Arbeit“ soll auch auf das zentrale Problem dieser Beschäftigungsform hinweisen: Nicht nur verstoßen Arbeitgeber*innen, die sich Steuer- und Sozialabgaben sparen, indem sie ihre Beschäftigten nicht offiziell registrieren, gegen geltendes Recht; die fehlende

Verschiedene migrationstheoretische Ansätze der letzten Jahre haben es unternommen, die Situation der Rom*nja in Europa allgemein in dieser problematischen Entwicklung genauer zu untersuchen. Auch die besondere Situation von EU-Bürger*innen in Berlin, die sich selbst als Rom*nja identifizieren oder von anderen als Rom*nja identifiziert werden, wird erst in einem gesamteuropäischen Kontext eines gewandelten Diskurses über Migration und Sicherheit besser verständlich. Angéla Kóczé weist auf die prominente Unterscheidung von „fake“, „non-deserving“, „economic migrants“ and „real“, „deserving“ persecuted refugees“ (2019: 112) hin.

Im Zuge der Verhandlungen über die EU-Osterweiterung wurde eine Verbesserung der Lage der Rom*nja in den jeweiligen Ländern zur Bedingung für den Beitritt gemacht.¹⁰⁸ Durch die Betonung der sozioökonomischen Benachteiligungen in ihren Herkunftsländern und der Möglichkeit einer daraus resultierenden Massenmigration nahm die Öffentlichkeit die Mobilität von Rom*nja-Gruppen zunehmend als ein Sicherheitsproblem wahr.¹⁰⁹ Die Sekuritisation¹¹⁰ und

Dokumentation macht es für die Beschäftigten praktisch unmöglich, sozialrechtliche Ansprüche geltend zu machen. Was nicht aufgeschrieben wird, ist kaum nachweisbar (vgl. Minor 2019a: 109).

¹⁰⁸ Vermeersch (2011) verweist auf den Doppelstandard, der in dieser Forderung der älteren EU-Länder sichtbar wurde. Eine Auseinandersetzung mit den Dimensionen des Antiziganismus habe zum Zeitpunkt der Debatten dort kaum stattgefunden.

¹⁰⁹ Van Baar nennt als wichtige Eckpunkte die Wende 1989, den EU-Beitritt Rumäniens, Bulgariens (beide 2007) und Kroatiens (2013) und die vermehrte Ankunft von geflüchteten Menschen ab 2015 für diesen diskursiven Wandel. Dafür spricht die Zusammenlegung von Migration, Kriminalität und Terrorismus als „dangerous“ forms of circulation“ (van Baar 2017: 449).

¹¹⁰ Der Begriff *Sekuritisation* bezeichnet eine Strategie postkolonialer Legitimationsdiskurse, durch die sich ein politisches (bis hin zu militärischem) Eingreifen in als unterentwickelt wahrgenommenen Regionen oder Bevölkerungsgruppen rechtfertigen lässt, indem man diese zum (außen-)politischen Sicherheitsproblem erklärt (vgl. van Baar 2017: 446). Van Baar überträgt den Begriff für seine Untersuchung des hierarchischen

Kriminalisierung von Rom*nja habe in zahlreichen EU-Ländern die Implementierung rigider Regulierungsapparate in Gang gesetzt, durch die eine als unkontrolliert wahrgenommene Mobilität unterbunden werden soll. Diese Entwicklung legitimiere und normalisiere – auf der Grundlage uneingestandener rassistischer Vorannahmen – eine anhaltende Segregation und Marginalisierung ebenso wie eine Versorgung zweiter Klasse und Einschränkungen des Freizügigkeitsrechts bis hin zu Abschiebungen (van Baar 2017: 450).

Prozesse des Othinging¹¹¹ spielen dabei eine zentrale Rolle. Dieses theoretische Konzept geht davon aus, dass Andersartigkeit nicht als solche gegeben, sondern lediglich auf der Wahrnehmungsebene vorhanden sei. Othinging ist eine kulturelle Praxis der Herstellung von Andersartigkeit, bei der eine Grenze zwischen dem, was als „eigen“, und dem, was als „fremd“ gilt, gezogen und permanent erneuert wird. Es scheint immer schon Teil einer jeden Konstruktion der Identität einer Gruppe zu sein, wobei die *andere* Person oder Gruppe nurmehr als Projektionsfläche des *eigenen* Selbstverständnisses dient. Dahinter verschwindet die Individualität derjenigen, die als „Andere“ kategorisiert werden; es bleibt die Reduktion auf Eigenschaften, die sie als „Andere“ markieren.

Verhältnisses des westlichen Europas zu den osteuropäischen Staaten nach 1989 vor und seit der EU-Osterweiterung, das er als Selbstkolonisierung bezeichnet (ebda.: 447f). Gewisse Personengruppen werden dabei als außerstande gezeichnet, ihre eigenen Grundbedürfnisse vor Ort zu sichern und erscheinen als potentielle Migrant*innen und Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Die Verquickung von Sicherheits- mit Entwicklungsdiskurs nennt van Baar „development-security-nexus“ (2016: 449).

¹¹¹ „[...] Othinging is the simultaneous construction of the self or in-group and the other or out-group in mutual and unequal opposition through identification of some desirable characteristic that the self/in-group has and the other/out-group lacks and/or some undesirable characteristic that the other/out-group has and the self/in-group lacks. Othinging thus sets up a superior self/in-group in contrast to an inferior other/out-group, but this superiority/inferiority is nearly always left implicit [...]“ (Brons 2015: 70f).

Othring findet jeden Tag und überall statt und produziert unter gewissen Voraussetzungen einen gesellschaftlichen Diskurs, durch welchen hegemoniale Ordnungen und unhinterfragte Stereotype des radikal Anderen und damit völlig Unzugänglichen reproduziert und verfestigt werden. Zwar stammt der Begriff aus den *postcolonial studies*, er taucht nun aber häufiger auch in Texten der Antiziganismus-Forschung in Europa auf (Loveland/Popescu 2015, Themelis 2016, Kóczé/Rövid 2019, End 2019).

Darin wird zurecht darauf verwiesen, dass ein jahrhundertealter hegemonialer Diskurs „Roma“ als kolonisierte Andere Europas hervorgebracht hat und heute in einem neoliberalen Diskurs der individuellen Leistung und des Verdienstes seine Fortsetzung findet (Kóczé/Rövid 2019: 112). End schreibt: „[...] In the process of othering, Romani individuals are discursively stripped of their individuality and reduced to their ‘Roma’-ness [...]“ (2019: 79). Das Heraufbeschwören einer „gypsy threat“ (Loveland/Popescu 2015; Kóczé/Rövid 2019: 111), einer als exzessiv betrachteten Mobilität der Rom*nja, rekurriert nicht nur auf ein jahrhundertealtes Narrativ, in dem arm sein und Rom*nja sein ein und dasselbe bedeuten.¹¹²

Dabei wird auch eine lange Geschichte der gewachsenen Ungleichheit und Unterdrückung ausgeblendet. Die fehlende Bereitschaft, sich mit der Komplexität dieser Geschichte und dem Mitwirken breiter Teile der europäischen Gesellschaft zu befassen, führt darüber hinaus zu einer Verkehrung von Ursache und Wirkung, ohne sich dem Problem zu widmen, das sich heute nach wie vor überall in Europa stellt: „[...] They [Roma in Europe, MH] have become structurally overrepresented among the poor [...]“ (van Baar 2017: 443).

Die Ambivalenz dieser Entwicklungen bezeichnen Rövid und Kóczé als „Double Discourse“ (2019: 113). Denn die Ernennung zur europäischen Minderheit *par excellence* müsse uns zwangsläufig mit der Frage konfrontieren, welche Mehrheit ihr gegenüberstehe – „[...]

¹¹² Zur Austauschbarkeit der Begriffe „Armutsmigration“ und „Rom*nja“ siehe End 2019: 70 und Ders. 2014.

to strengthen the superiority of the white majority *vis-à-vis* racialised ‚Roma‘ [...]“ (ebda.: 114). Mit dieser Gegenüberstellung werde ein Prozess des (ent-)europäisierenden Othering eingeleitet, der Romja als europäische Andere, als „internal aliens“ (ebda.: 115) markiere. Zugleich erlaube es diese Verschiebung den einzelnen Nationalstaaten, die Verantwortung für eine Veränderung sozioökonomischer Zustände der Benachteiligung auf eine transnationale Ebene zu schieben und Rom*nja ihre staatsbürgerlichen Rechte abzuspochen; Kóczé/Rövid (2019) sprechen von „(dis)articulated citizenship“ (113; auch Yıldız/de Genova 2018: 439).

Schließlich machen sie noch auf eine dritte Dimension dieses Doppeldiskurses aufmerksam, die sie als „neoliberal undeservingness“ (Kóczé/Rövid 2019: 113) bezeichnen. Damit arbeiten sie heraus, wie antiziganistische Stereotype in einem neoliberalen Grundtenor von Eigenverantwortlichkeit, Fremdheit und Undankbarkeit Rom*nja als „new collective scapegoats“ (ebda.: 115) inszenierten, als Schattenseite einer liberalen EU-Binnenzirkulation. Antiziganistisch codierte Begriffe wie „welfare migrants“ (Vermeersch 2017: 9) finden ihre deutschsprachigen Pendanten in „Sozialstaatstourismus“, „Schwarzarbeit“, „Scheinbeschäftigung“ oder „Sozialleistungsbetrug“. Hinter der Maske einer sozioökonomischen Argumentation reproduziert sich so das alte antiziganistische Bild der trickreichen Rom*nja (vgl. Loveland/Popescu 2015: 2).

Rechtliche Ausschlüsse und die Praxis der Berliner Verwaltung

Die Lage von Rom*nja in Berlin verweist auf eine uneingestandene Widersprüchlichkeit der europäischen Politik: Während einerseits die freie Mobilität ihrer Bürger*innen als supranationales Phänomen konstitutiv für die Europäische Union ist und geographische Grenzen *de jure* ihre Gültigkeit verloren haben, tritt an ihre Stelle eine Reihe

von vordergründig neutralen Kriterien, in denen bei genauerem Hinsehen die Kategorie der „Rasse“ – besser gefasst mit dem englischen Begriff *race* – weiterhin am Werk ist.¹¹³ Dies scheint paradox angesichts der weiterhin hohen Zuwanderungszahlen, lässt sich jedoch – in Anlehnung an de Genova – als „border spectacle“ (2002: 436) bezeichnen.

In einer Debatte, in der die Kategorien der Herkunft und der ethnischen Zugehörigkeit tabu sind, wird nun unter anderen Vorwänden eine Grenze gezogen, die zwar die tatsächliche Bewegung der Menschen nicht aufhält, sie jedoch in bestimmte Klassen einordnet. Das führt zur Irregularisierung (van Baar 2017: 450) ihres Aufenthalts und behauptet und naturalisiert ein europarechtlich nicht haltbares Bild des zu Unrecht in Deutschland lebenden „Migranten“. Strukturelle Hürden bei der sozialen Teilhabe spielen dabei eine wesentliche Rolle, lassen sich jedoch gerade aufgrund der Flüchtigkeit ihrer gesetzlichen Voraussetzungen („elusiveness of the law“, de Genova 2002: 436) nicht einfach fassen. Für diejenigen Menschen, die mit ihren Fragen und in schwierigen Lebenslagen unsere Beratungsstelle aufsuchten, kreiste vieles um einen Begriff, der vor allem in den letzten Jahren seit der Osterweiterung der EU mehr und mehr Kontur gewonnen und Bedeutung als Voraussetzung für jede

¹¹³ Anmerkung der Herausgeber*innen: Der englischsprachige Begriff „race“ bildet einen theoretischen Grundpfeiler der „Critical Race Theory“ (CRT), die ihre historischen Ursprünge in der rassismuskritischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre mit den Machtverhältnissen in den USA hat. Im Vergleich zum deutschsprachigen Begriff „Rasse“ kommt „race“ in interdisziplinären Forschungsansätzen und aktivistischen Initiativen zum Einsatz, um die Verflechtung von Ungleichheitsprozessen entlang zugeschriebener äußerlicher Merkmale (die aber anatomisch unbedeutend sind z.B. die Hautfarbe), Klassenzugehörigkeit, rechtsstaatliche (Miss-)Handlungen usw. zu hinterfragen. Für mehr Infos zum Thema, siehe <https://verfassungsblog.de/critical-race-theory-in-deutschland/> [Letzter Zugriff am 14.01.2022].

Form der sozialen Teilhabe in Deutschland erlangt hat: den der *Arbeitnehmereigenschaft*.

In diesem Prozess offenbart das Recht wiederum seinen *performativen* Charakter, das heißt, seine Fähigkeit, mit Setzungen durch Erlass, Richterspruch und Ausführung die Dinge, die es zu ordnen versucht, nicht einfach nur zu benennen, sondern vielmehr das, was es bezeichnet, selbst mit hervorzubringen, indem es legale von illegalen Handlungen trennt (vgl. de Genova 2002). Gerade Konzepte wie „Nationalstaat“ oder „Staatsbürgerschaft“ erscheinen in diesem Licht nicht mehr als ahistorische quasi-natürliche Gegebenheiten, sondern zeigen sich in ihrer Gestalt rechtlicher Setzungen von In- und Ausschlüssen.¹¹⁴

Über die Kategorisierung von Migrationsbewegungen in gewünschte – reguläre - und unerwünschte – irreguläre – entscheidet das Gesetz, oder in umgekehrter Formulierung: „[...] ‚Illegalities‘ are constituted and regimented by the law [...]“ (de Genova 2002: 424). De Genova weist darauf hin, dass diese Regulierungen keinesfalls kohärent sind und nicht nur dort wirken, wo sie für alle sichtbar sind (in Legaldefinitionen, beispielsweise, oder in den Verfahrensregulierungen der Einbürgerung). Vielmehr müssen sie als ein komplexes Zusammenwirken verschiedenster Formen der Disziplinierung verstanden werden. Im Sinne eines Marx'schen Verständnisses der Relation von Arbeit und Kapital betrachtet er sie als gesellschaftliche Strategie der Unterwerfung von Arbeitskraft („subordination of labour“, 2002: 425; 2018: 9).

Aus dieser Perspektive lassen sich heutige stereotype Bilder von „den Rom*nja“ einreihen in ein altes Narrativ, das in seinen krassesten Erscheinungsformen eine lange Geschichte der Unterwerfung und Ausbeutung aufweist: von ihrer Versklavung bis ins 19. Jahrhundert,

¹¹⁴ Dieses Phänomen zeigt sich gerade dort, wo Übergänge rechtlich kodiert sind, das heißt dort, wo beispielsweise die Erlangung der Staatsangehörigkeit geregelt und an Bedingungen geknüpft wird, die auf politischen Entscheidungen basieren.

ihrer Verfolgung und Internierung in Arbeitslager bis hin zur systematischen Vernichtung während des Faschismus oder ihrer Ausbeutung als Arbeitskräfte in der Schwerindustrie in sozialistischen Staaten (vgl. auch van Baar 2011: 209; de Genova/Yıldız 2017: 427). De Genovas Darstellungen lösen sich von der Vorstellung einer ein Mal definierten und dauerhaft wirksamen Grenze. Rechtliche Grenzziehungen sind für ihn wie alle diskursiven Praktiken prozesshaft, „ongoing practices of (re-)bordering“ (2018: 13), und als solche niemals abgeschlossen. Es ist ihre Wiederholung, die – so lange sie nicht als eine solche und in ihren Ursprüngen erkannt wird – zur Verfestigung führt, als „repetitive stereotypical framing“ (End 2019: 69).

Die Arbeitnehmereigenschaft und der Zugang zum deutschen Sozialsystem

Vor diesem Hintergrund ist die *Arbeitnehmereigenschaft* als Voraussetzung sozialer Teilhabe ein besonders signifikantes Merkmal der Kategorisierung mobiler Personen und Gruppen aus (aber auch von außerhalb) der EU. Entgegen dem hartnäckigen Mythos vom „Sozialtourismus“ zeigt die Forschung immer wieder, dass der erste und wichtigste Grund für Migration die Suche nach Arbeit ist und der deutsche Sozialstaat von der Zuwanderung sogar erheblich profitiert (vgl. Genova 2002: 423; Bonin 2014; für den Berliner Raum v.a. Minor 2019a u. b).

Im Rahmen des europäischen Gleichbehandlungsgrundsatzes soll es EU-Bürger*innen ermöglicht werden, unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten wie die Staatsangehörigen ihres Aufenthaltslandes. Der Begriff der *Arbeitnehmereigenschaft* ist kein nationalrechtlich umgrenzter Begriff, sondern wurde und wird durch Gesetzgebung und Rechtsprechung auf europarechtlicher Ebene definiert. Laut Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ist der

Begriff weit auszulegen: Als *Arbeitnehmer* i.S.d. Art. 45 Abs. 1 AEUV gilt

„jede Person, die eine tatsächliche und echte Tätigkeit ausübt, wobei Tätigkeiten außer Betracht bleiben, die einen so geringen Umfang haben, dass sie sich als völlig untergeordnet und unwesentlich darstellen. Das wesentliche Merkmal [...] besteht darin, dass jemand während einer bestimmten Zeit für einen anderen nach dessen Weisung Leistungen erbringt, für die er als Gegenleistung eine Vergütung erhält“ (EuGH C-10/05 Rn. 18, 30.03.2006).

Durch diese weite Definition soll auch dazu beigetragen werden, eine niedrigschwellige Eingliederung in den Arbeitsmarkt des Ziellandes zu ermöglichen. Auch gering entlohnte und Beschäftigungen mit wenigen Wochenstunden fallen regelmäßig darunter. Welche Tätigkeit als „völlig untergeordnet und unwesentlich“ gilt, kann stark variieren. Verschiedene deutsche Gerichte, darunter das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin, haben darauf verwiesen, dass der Begriff des *Arbeitnehmers* im Zweifel extensiv auszulegen sei und eine Gesamtschau der Vertragsbestandteile wie die wöchentliche Arbeitszeit, Urlaubsansprüche oder Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall zu erfolgen habe.¹¹⁵

¹¹⁵ Während die europäische Rechtsprechung bereits Beschäftigungsverhältnisse mit einem Umfang von 5,5 Stunden pro Woche und 175 € Monatslohn als solche anerkennt, verweist das Bundesinnenministerium in seinen Verfahrenshinweisen auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, in dem ein anfangs nur 5,5 Stunden umfassendes und später auf 10 Stunden erhöhtes und mit 400 € vergütetes Beschäftigungsverhältnis genannt wird (BMI 2021: 865). Ronald Reimann verweist auf ein Urteil des OVG Berlin, in dem „[d]er Anteil der wöchentlichen Arbeitszeit [...] mit rund 14 % der Arbeitszeit [in diesem Falle 5,5 Stunden pro Woche, MH] eines voll Erwerbstätigen als zwar sehr gering, aber ebenfalls noch nicht völlig untergeordnet“ (OVG Berlin-Brandenburg v. 30.3.2011 – OVG 12 B 15.10, Rn. 33) beurteilt wurde (vgl. 2012: 4).

Wie umstritten die Rechtslage nach wie vor ist, zeigt sich anhand einer Vielzahl von Gerichtsurteilen, die jeweils unterschiedliche Vorgaben setzen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) fordert eine „Gesamtbewertung der Arbeitsverhältnisse [...] nicht nur [unter] Gesichtspunkte[n] wie Arbeitszeit und Höhe der Vergütung [...], sondern auch solche[r] wie [den] Anspruch auf bezahlten Urlaub [...], die Geltung von Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall“ u.a. (EuGH v. 04.02.2010 - C-14/09 – Genc, Rn. 27).¹¹⁶

Die große Zahl der Verfahren und Urteile verweist aber nicht nur auf eine rechtliche Unsicherheit, die viele Arbeitnehmer*innen trifft. An ihr zeigt sich auch die besondere Aufmerksamkeit, die die Verwaltung der Überprüfung des Arbeitnehmerstatus zukommen lässt. Das ist nicht überraschend, schließlich ist er für EU-Bürger*innen die Zugangsvoraussetzung zum deutschen Sozialsystem. Nach den Regelungen des Zweiten Sozialgesetzbuchs (SGB II) sind Ausländer*innen und ihre Familien, deren „Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt“ (§ 7 Abs. 1 S. 2 Nr. 2b SGB II), grundsätzlich von allen Leistungen ausgeschlossen.

Dieser Ausschluss scheint dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG, häufig auch Antidiskriminierungsgesetz genannt), das die Umsetzung der europäischen Richtlinie der Gleichbehandlung aller EU-Bürger*innen in deutsches Recht darstellt, zunächst zu widersprechen. Denn darin wird ausdrücklich jede „Benachteiligung aus Gründen der Rasse

¹¹⁶ Das LSG Berlin-Brandenburg verneinte in einem Fall die Arbeitnehmereigenschaft aufgrund des Fehlens eines „schützenswerten Bezug[s] zum deutschen Arbeitsmarkt“ (LSG Berlin-Brandenburg v. 19.07.2017 – L 31 AS 1318/17 B ER, Rn. 15) und berief sich dabei auf verschiedene Urteile, in denen ein Arbeitsumfang von „etwa einer Stunde täglich, bzw. sieben Stunden wöchentlich oder 20 Stunden monatlich“ (ebda.) als nicht ausreichend gewertet wurden. 2019 hat das LSG Nordrhein-Westfalen einen Wochenumfang von acht Stunden Arbeitszeit ebenfalls für nicht hinreichend zur Begründung der Arbeitnehmereigenschaft befunden (LSG Nordrhein-Westfalen v. 05.12.2019 – L 19 AS 1608/18).

oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ ausdrücklich untersagt (§ 1 AGG). Allerdings wurde der Ausschluss 2014 durch den EuGH bestätigt (EuGH, 11.11.2014 – C333/13 – Dano).¹¹⁷

Zugleich ebnet der Nachweis des Arbeitnehmerstatus den Zugang zu einem umfangreichen Hilfesystem, zu dem neben den sogenannten aufstockenden Leistungen die Zuweisung (Reservierung) eines Unterkunftsplatzes für Menschen ohne Obdach, Zugang zur Krankenversicherung, Leistungen für Bildung und Teilhabe u.a. gehören. Für viele der Menschen, die ich im Rahmen meiner Tätigkeit kennenlernte, bot sich mit der Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) und dem Zugang zur deutschen Krankenversicherung nach langer Zeit, für einige sogar zum ersten Mal, die Möglichkeit einer medizinischen Behandlung, die mehr als eine Notfallversorgung umfasste,¹¹⁸ und auf dem angespannten Wohnungsmarkt der Großstadt Berlin auch die erste Chance auf eine offizielle Wohnsitznahme.

In vielen Fällen wurde der Arbeitnehmerstatus rumänischer Staatsbürger*innen bei Antragstellung von den zuständigen Behörden, den Jobcentern, zunächst per se angezweifelt. Es wurden seitenweise Dokumente angefordert und Bearbeitungszeiten über Monate hinweg ausgedehnt, während der Zugang zur Grundsicherung

¹¹⁷ Zur Einordnung und Problematisierung der Entscheidung siehe auch Faharat 2014. Für einen Einblick in die, auch medial breit geführte, Diskussion siehe auch die Textsammlung auf dejure.org zum Urteil.

¹¹⁸ Das deutsche Gesundheitssystem unterscheidet sich von dem Rumäniens beträchtlich, was die Koordinierung und Übertragung von Vorversicherungszeiten zwischen den verschiedenen Krankenkassen erschwert. Darüber hinaus hinken deutsche Krankenkassen auch in der Umsetzung der im Rahmen der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit beschlossenen Zusammenarbeit hinterher (vgl. VERORDNUNG (EG) Nr. 883/2004 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES v. 29.04.2004).

für die Antragssteller*innen und ihre Familien blockiert blieb. Das hatte nicht nur eine enorme Unsicherheit der Lebenslage zur Folge, sondern führte dazu, dass wichtige Schritte der Integration und Teilhabe ins Leere liefen. Die vielen Termine bei Behörden und der dadurch entstehende Arbeitsausfall konnten zu einer Kündigung noch in der Probezeit führen, die fehlende Krankenversicherung setzte die Menschen bei gesundheitlichen Problemen enorm unter Druck und auch die unsichere Wohnsituation in Wohnheimen, die zu Tagessätzen „vermieteten“, stellten eine große Belastung für die Betroffenen dar.¹¹⁹

Die *Arbeitnehmerfreizügigkeit* (Art. 38 AEUV) und die *Personenfreizügigkeit* (Art. 21 AEUV) als wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen für die freie Zirkulation von Arbeitskräften im europäischen Binnenmarkt erwiesen sich als äußerst voraussetzungsreich. Demnach haben Unionsbürger*innen zwar das Recht, sich voraussetzungslos für die ersten drei Monate in jedem EU-Mitgliedsstaat aufzuhalten. Danach müssen sie, sofern sie nicht Arbeitnehmer oder Selbstständige sind, nachweisen, dass sie über ausreichend Existenzmittel und Krankenversicherungsschutz verfügen (Art. 7 I a, RICHTLINIE 2004/38/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES v. 29.04.2004).

Diese Bedingungen haben de Genova und Yıldız dazu veranlasst, die europäische Freizügigkeit als „distinctly neoliberal project“ (Yıldız und de Genova 2017: 434) zu bezeichnen. Hilfebedürftigkeit ist demnach tabu und eine Antragstellung zur Grundsicherung ohne eine nachgewiesene Arbeitsstelle kann sogar Grund für eine Meldung an die Ausländerbehörde 120 sein. Auf diesem Umweg gelangt die

¹¹⁹ So im Fall einer Familie, die ich 2019 kennenlernte und deren Wohnheimkosten bereits seit mehreren Monaten nicht von der Leistungsbehörde übernommen worden waren. Die Situation setzte die Eltern derart unter Druck, dass sie Berlin verließen und die älteste Tochter eine gute Jobmöglichkeit nicht annehmen konnte, da sie ihre Familie begleiten wollte.

¹²⁰ In Berlin seit 2020: „Landesamt für Einwanderung“, Anm. d. Hg..

Möglichkeit einer Ausweisung aufgrund von wirtschaftlichen Faktoren, die gemäß Art. 27 derselben RICHTLINIE 2004/38/EG unzulässig ist, doch wieder ins Blickfeld.

Wie groß die Lücke zwischen den Bedürfnissen und dem Horizont der staatlichen Behörden teilweise ist, zeigen auch die Fragebögen der Arbeitsvermittlung der Jobcenter. Seitenweise Fragen zu Schul- und Berufsausbildung tragen angesichts der oftmals kurzen Ausbildungsdauer und wenig dokumentierten Beschäftigungsvorgängen lediglich zu einer Vertiefung dessen bei, was van Baar als „fault-line between ‚their‘ lives and ‚ours““ (2017: 449) bezeichnet. Im Zuge dessen erhielten die Leistungsbeziehenden anschließend fortlaufend Vermittlungsangebote für ähnliche Tätigkeiten wie jene, die sie bereits ausübten. Zu deren Bearbeitung mussten sie jedes Mal ein Beratungsbüro aufsuchen. Eine verzögerte Bearbeitung der Briefe konnte die Bearbeitung eines Antrags auf Grundsicherung verzögern, eine Sanktionierung oder sogar eine Ablehnung zur Folge haben.

Bei einem der Gespräche, die ich in diesem Rahmen mit einem Ratsuchenden führte, fragte ich ihn offen, welche Interessen er verfolgen würde, wenn er die freie Wahl hätte. Er musste nicht lange überlegen, sondern antwortete sogleich, er wäre gerne Gärtner, Pfleger von öffentlichen Grünanlagen und der dort lebenden Tiere. Ich notierte seine Antwort, bereute jedoch gefragt zu haben, da die Aussicht auf eine tatsächliche Rücksichtnahme auf diesen Wunsch äußerst gering war. Das gewissenhafte Ausfüllen der Formulare führte dann auch im Anschluss nicht zu anderen Vorschlägen als den üblichen.

Ein anderes wesentliches Problem stellt für viele der äußerst angespannten Berliner Wohnungsmarkt dar. Während Menschen mit Romno-Hintergrund auf dem offiziellen Wohnungsmarkt diskriminiert werden, wird eine Unterbringung durch die Berliner Verwaltung meist an den Sozialleistungsbezug geknüpft. Eine Unterbringung nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), nach dem unfreiwillig obdachlose

Menschen ungeachtet ihrer sozialrechtlichen Ansprüche einen Unterkunftsplatz erhalten sollen, wird oft verweigert oder zu einer weiteren Erfahrung behördlicher Schikane – beispielsweise durch kurzfristige Zuweisungen für wenige Tage oder Termine, zu denen alle Familienmitglieder gemeinsam erscheinen sollten.¹²¹

Für viele bietet sich allerdings erst in diesem System die Möglichkeit einer Dokumentation ihres Aufenthalts – entsprechend den strengen Regelungen des deutschen Meldewesens¹²², was vor allem für aufenthaltsrechtliche Fragen von großer Bedeutung ist.¹²³ Während

¹²¹ Rechtliche Grundlage dafür ist § 17 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Berlin, kurz ASOG. Vgl. dazu auch den Beitrag von Buzoianu in diesem Band.

¹²² Bis Ende 2022 ist eine Novellierung des Bundesmeldegesetzes geplant. Demnach sollen Bürger*innen und insbesondere „Schutzbedürftige“ einen leichteren Zugang zu den eigenen Meldedaten erhalten (vgl. Deutscher Bundestag 2020).

¹²³ Der*die Wohnungsgeber*in ist zur Mitwirkung verpflichtet (vgl. § 19 Abs. 1 S. 1 BMG), was allerdings nur dann tatsächlich einforderbar ist, wenn das Mietverhältnis auch vertraglich abgesichert ist. Die Bedeutung, die eine Meldeadresse für einen Zugang zum deutschen Hilfesystem spielt, hat in den letzten Jahren seit der Gesetzesänderung 2015 zur Herausbildung eines illegalen Marktes geführt. An der Praxis ändert auch das Verbot zur Ausstellung unechter Meldeadressen nichts (vgl. § 19 Abs. 6 BMG). Das Vorzeigen einer Adresse, die bei Behörden als bekannt gilt, führt hingegen dazu, dass Anträge erst gar nicht bearbeitet werden. Auch zur Vergabe einer Steueridentifikationsnummer war bis vor Kurzem eine Meldeadresse in Deutschland nötig. Ihr Fehlen hatte eine Einstufung in Steuerklasse VI zur Folge (§ 39c Abs. 1 S. 1 EStG), in der das Einkommen besonders hoch besteuert wird. Das konnte bisher durch einen Antrag zur Vergabe einer eTIN durch den Arbeitgeber verhindert werden, was in der Praxis leider oft keine Umsetzung fand. Erst seit Anfang 2020 ist es möglich, dass Arbeitnehmer*innen selbst eine Steuer-ID beantragen. Dass Familienangehörige von dieser Regelung weiterhin ausgeschlossen sind, hat zur Folge, dass soziale Unterstützungsleistungen nach dem EStG wie Kindergeld und Kinderzuschlag nicht gemeldeten Personen weiterhin verwehrt bleiben.

meiner Tätigkeit traf ich viele Menschen, die bereits seit Jahren in Deutschland lebten, für die ein Nachweis darüber mangels (durchgehender) Anmeldung bei den Meldebehörden jedoch kaum zu erbringen war. Dass ein andauernder Aufenthalt über mehrere Jahre wahrscheinlich war, reichte in den meisten Fällen nicht aus, sofern nicht eine lückenlose Dokumentation in Form einer erweiterten Meldebescheinigung vorgelegt werden konnte. So im Falle einer Klientin, deren Kinder seit mehr als fünf Jahren in einer Einrichtung des Jugendamts Berlin lebten, wo sie sie regelmäßig besuchte. Trotz dieser klaren Indizien wurde ein durchgängiger Aufenthalt mangels aktueller Meldebescheinigung und ohne Bankkonto seitens der Behörden bezweifelt.

Die Betroffenen tauchen nicht oder nur als „Dunkelziffer“ in Statistiken auf. Der undokumentierte Status verschließt vielen den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und verdrängt sie in Bereiche des informellen Wohnens. Er zieht – ohne gegen europarechtliche Vorschriften zu verstoßen – eine Grenze zwischen „worthy, entitled citizens and those who lack neoliberal market potential and are treated as less worthy, ‘dangerous’, ‘criminal’ subjects” (Kóczé/Rövid 2019: 109) und führt unweigerlich in eine paradoxe Situation: Während einerseits eine Niederlassung verhindert oder zumindest erheblich erschwert wird, befeuern alte Mythen des „fahrenden Volkes“, des Nomadentums und einer „natürlichen“ Mobilität der Rom*nja den Prozess des neoliberalen Othering (van Baar 2016: 215).

So wird die Mobilität freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger*innen zu einer irregulären erklärt, gegen die Maßnahmen zu ergreifen seien: „[...] ‘the Roma’ paradoxically emerge as a ‘problem’ precisely *because* of their EU citizenship and the consequent requirement for EU member states to circumvent or subvert EU law in order to render Roma migrants ‘irregular’ and deportable [...]“ (de Genova/Yıldız 2017: 435). In einer langen Geschichte, in der Rom*nja als Gegenbild zu einem europäischen Selbstverständnis konstruiert und unterworfen wurden, reiht sich dieser Wandel nahtlos ein in eine Reihe von

Produktionen und Reproduktionen einer „figure of pathologised otherness“ (de Genova/Yıldız 2017: 432).

Verhinderte Teilhabe und reproduzierte Marginalisierung

Die rechtliche Definition der *Arbeitnehmereigenschaft* ist in den letzten Jahren zu einem bevorzugten Austragungsort einer Debatte darüber geworden, wer einen Anspruch auf soziale Teilhabe geltend machen kann und wer nicht. Die Vielzahl an Verfahren, Definitionen und Urteilen verweist nicht nur auf die Performativität und Prozesshaftigkeit rechtlicher Setzungen. An ihr zeigt sich auch wie umkämpft die Debatte ist. Der Gedanke, dass zugewanderte EU-Bürger*innen als Arbeitnehmer*innen in Deutschland zunächst mit einer niedrigen Wochenstundenzahl einsteigen, während sie die restlichen Stunden zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse und anderer beruflicher Kompetenzen nutzen können, erwies sich angesichts der oftmals multiplen Problemlagen unserer Ratsuchenden als utopisch.

Die Bedeutung der Arbeitnehmereigenschaft verdrängt gerade diejenigen, die auf die Hilfestellung der Öffentlichkeit und des staatlichen Sozialsystems besonders angewiesen wären: Frauen, Familien mit Kindern, Kranke und ältere Menschen und diejenigen, die aufgrund von Diskriminierung in ihren Herkunftsländern als schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar gelten. Dahinter steht die arrogante und von Kulturchauvinismus geprägte Haltung, dass man sich die gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland erst verdienen müsse.

Je mehr jedoch der Arbeitnehmerstatus als Grundvoraussetzung in den Vordergrund tritt, desto häufiger sehen sich EU-Bürger*innen dazu gedrängt, jede beliebige Arbeitsstelle im Niedriglohnsektor und in Branchen anzunehmen, in denen prekäre Beschäftigungsverhältnisse

die Regel sind und Ausbeutung als Geschäftsmodell fungiert.¹²⁴ Zugleich wächst die Gefahr, dass Rom*nja zunehmend mit den prekären Bedingungen der Branchen, in denen sie gezwungen sind, tätig zu sein, identifiziert werden.¹²⁵

Eine Frau, die ich 2019 kennenlernte und fast meine gesamte Zeit als Beraterin begleitete, erzählte mir von den Bedingungen, denen sie als Angestellte einer Reinigungsfirma ausgesetzt war: dazu gehörte eine enorme Zahl an Aufgaben, die sie nicht im Rahmen ihrer täglichen Arbeitszeit erledigen konnte und deshalb – undokumentierte – Überstunden leistete. Schikane seitens der Vorarbeiterin bis hin zu gewalttätigen Übergriffen seien an der Tagesordnung gewesen. Als sie mich bat, ihre Kündigung zu schreiben, musste ich sie zunächst darauf hinweisen, welche Konsequenzen dies für sie haben würde. Mit weniger als einem Jahr Beschäftigungszeit und einer Kündigung ihrerseits würde sie jeden Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren. Sie hat sich trotzdem dafür entschieden, die Situation war für sie bereits unerträglich geworden. In der Konsequenz verwendete die zuständige Leistungsbehörde dies gegen sie.

¹²⁴ „[...] Als prekär kann ein Erwerbsverhältnis bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und anerkannt wird. Und prekär ist Erwerbsarbeit auch, sofern sie subjektiv mit Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheit in einem Ausmaß verbunden ist, das gesellschaftliche Standards deutlich zuungunsten der Beschäftigten korrigiert [...]“ (Dörre o.J.). Bei Arbeitnehmer*innen aus den neuen EU-Ländern kommen solch „nachteilige Einkommenssituation[en]“ überdurchschnittlich häufig vor (vgl. Minor 2019: 98ff). Da Arbeitgeber*innen auf diese Weise Sozialabgaben einsparen, kann auch von „Aufstocken als Geschäftsmodell“ (100) gesprochen werden.

¹²⁵ Hier sind vor allem die Baubranche und der Reinigungssektor zu erwähnen, die, so Schneider, auch den höchsten Anteil an nicht ordnungsgemäß gemeldeter Arbeit aufweisen (vgl. 2006).

Kóczé und Rövid kritisieren diese Politik des Ausschlusses und der Kriminalisierung, in der das Problem nicht beim Namen genannt wird: „[...] Neoliberal states remain silent about the racialisation of Roma and promote exclusionary social and political structures through economic restructuring, which punish, securitize, criminalize and disproportionately disadvantage Roma [...]” (Kóczé/Rövid 2019: 115).

Steindl-Kopf (2019) und van Baar (2011: 208) haben auf die Ausbeutung von Rom*nja im Rahmen von sogenannten „Aktivierungsmaßnahmen“ in Slowenien und der Slowakei hingewiesen. Dazu gezwungen, überflüssige und stereotype Arbeiten zu verrichten, lag ihr Gehalt unterhalb des dortigen Mindestlohns. Diese Praxis des Einsatzes von Arbeitnehmer*innen mit Romno-Hintergrund in stereotypen Tätigkeiten (re-)produziere das stereotype Bild einer von staatlichen Hilfen profitierenden und in kriminelle Machenschaften verstrickten Rom*nja-Community.

Auf der anderen Seite fällt auf, wie häufig es sich bei den Kläger*innen in den sozialgerichtlichen Verfahren gegen die behördliche Praktik um rumänische Staatsbürger*innen handelt (auch bei der Klägerin im Urteil EuGH, 11.11.2014 - C333/13 – Dano handelte es sich um eine rumänische Staatsbürgerin, s. oben). Durch ihre Ausschlüsse per se und den Generalverdacht gegen Menschen osteuropäischer Herkunft knüpft sich so der diskursive Knoten zwischen „arbeitsscheuen Roma“, „Sozialleistungsbetrug“ und „Scheinbeschäftigung“ in der Öffentlichkeit immer enger.¹²⁶

¹²⁶ Kritik an dieser Ausschlusspraktik des deutschen Staates von einem stabilen Sozialsystem äußert auch das *Roma Civil Monitor Project* (2018): „[...] The aforementioned efforts by a number of Member States such as Germany and the UK to restrict access by EU citizens to mainstream social security have negative consequences on the effectiveness of social inclusion policies in place. For example, in Germany, until the restriction of access to social benefits by EU citizens entered into force, the EU-mobile Roma,

Mit dieser Entwicklung korrespondiert in Deutschland eine zunehmend rigide Gesetzgebung. So wurde 2019 das „Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch“ erlassen, in dem der enge Nexus von Hilfebedürftigkeit und Kriminalisierung ganz offen zu Tage tritt. Darin wird zum Einen die *Arbeitnehmereigenschaft* während der ersten drei Monate des Aufenthaltes zur Voraussetzung bei der Beantragung von Kindergeld erklärt. Ein Antragsteller, der in den ersten Monaten einen Kindergeldantrag stellt und aufgrund des fehlenden Arbeitnehmerstatus abgelehnt wird, muss nun an die Ausländerbehörde gemeldet werden (§ 62 Abs. 1a S. 5 EStG).¹²⁷

Eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen den Leistungsbehörden und der Ausländerbehörde soll eine schnelle Reaktion und gegebenenfalls den Entzug der Freizügigkeitsberechtigung bewirken.¹²⁸ Doch hat die Ausweitung der Prüfungscompetenz in der Vergangenheit keineswegs zu einer höheren Zahl eingeleiteter Verfahren zur Feststellung des Verlustes der Freizügigkeit geführt (Schneider 2006: 44), was sicherlich auch an den beschränkten Kapazitäten und hohen Anforderungen an das Verfahren liegt. Trotz dieser faktischen Ineffizienz verfehlt die Regelung nicht ihre Wirkung als zumindest abstrakte Bedrohung.

benefited from language and literacy courses, which would have also increased their chances within the labour market [...]” (2018: 18).

¹²⁷ Der neue Rechtsnormentext fügt dem Wortlaut des alten u.a. folgende Sätze hinzu „[...] Begründet ein Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union [...] im Inland einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, so hat er für die ersten drei Monate ab Begründung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts keinen Anspruch auf Kindergeld [...] Lehnt die Familienkasse eine Kindergeldfestsetzung in diesem Fall ab, hat sie ihre Entscheidung der zuständigen Ausländerbehörde mitzuteilen [...]“ (§ 62 Abs. 1a S. 1 u. 5 EStG) und begründet damit eine Meldepflicht der Familienkassen an die Ausländerbehörden.

¹²⁸ Daran haben einige der wichtigen Wohlfahrtsverbände Deutschlands Kritik geübt, darunter der Paritätische, die Caritas und die Diakonie.

Zum anderen verbietet das Gesetz das Angebot der eigenen Arbeitskraft als „Tagelöhner im öffentlichen Raum“ (§ 5a Abs. 1 S. 1 SchwarzArbG). Es verdrängt damit eine für viele überlebenswichtige Jobbörse aus dem öffentlichen Raum und entzieht sie jeder behördlichen Kontrolle. Für diejenigen, die weiterhin auf diese Form des Anbietens der eigenen Arbeitskraft angewiesen sein werden, bedeutet es eine Fortsetzung im Untergrund und eine erhöhte Abhängigkeit von der Willkür ihrer Arbeitgeber, die ihre Arbeitskraft jederzeit und ohne vertragliche Sicherheiten abrufen können.

Das gesetzliche Verbot stellt ihre Arbeitskraft der „Schwarzarbeit“¹²⁹ gleich, ohne den Betroffenen Alternativen zu bieten. Die Furcht vor einer potenziellen Entdeckung, den drohenden Sanktionen und die abstrakte Bedrohung der Abschiebung verfehlen ihre Wirkung nicht. Durch sie ist es möglich, „to introduce greater instability into the labor-market experiences of undocumented migrants“ (de Genova 2002: 437), die die Betroffenen wehrlos macht.¹³⁰

¹²⁹ „[...] Schwarzarbeit leistet, wer Dienst- oder Werkleistungen erbringt oder ausführen lässt und dabei / 1. als Arbeitgeber, Unternehmer oder versicherungspflichtiger Selbständiger seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden sozialversicherungsrechtlichen Melde-, Beitrags- oder Aufzeichnungspflichten nicht erfüllt, / 2. als Steuerpflichtiger seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden steuerlichen Pflichten nicht erfüllt, / 3. als Empfänger von Sozialleistungen seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden Mitteilungspflichten gegenüber Sozialleistungsträgern nicht erfüllt, / 4. als Erbringer von Dienst- oder Werkleistungen seiner sich daraus ergebenden Verpflichtung zur Anzeige vom Beginn des selbstständigen Betriebes eines stehenden Gewerbes (§ 14 der Gewerbeordnung (GO) nicht nachgekommen ist oder die erforderliche Reisegewerbekarte (§ 55 GO) nicht erworben hat, und / 5. ein zulassungspflichtiges Handwerk als stehendes Gewerbe selbstständig betreibt, ohne in der Handwerksrolle eingetragen zu sein (§ 1 der Handwerksordnung) [...]“ (§ 1 SchwarzArbG, zit. n. Ernste und Schneider 2006: 38).

¹³⁰ Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) informiert auf seiner Internetseite über die Möglichkeit des Entzugs des

Als Alternative wird die Integration in den regulären Arbeitsmarkt, in dem jedoch ähnlich prekäre Verhältnisse herrschen, geboten. Niedrige Löhne, kurze Vertragslaufzeiten, nicht aufgeschriebene Überstunden, kein Urlaub, ausbleibende Lohnauszahlungen und andere Verstöße gegen arbeitsrechtliche Vorschriften sind keine Seltenheit. Arbeitsrechtlich dagegen vorzugehen ist jedoch voraussetzungsreich und von den Betroffenen angesichts der komplexen Folgeprobleme, die ein Verlust der Arbeitsstelle mit sich bringt, selten zu bewerkstelligen. Damit sind viele der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft auch in offiziellen Beschäftigungsverhältnissen oft hilflos ausgeliefert und die Arbeitnehmereigenschaft wird zum disziplinierenden Instrument einer „highly exploitable workforce“ (ebda: 438).

Die Gesetzesänderung und ihre Implikationen verweisen darüber hinaus auch auf einen Gender-Bias, der den öffentlichen Diskurs über Unionsbürger*innen mit zugeschriebener Rom*nja-Identität nach wie vor bestimmt und verzerrt: der „osteuropäische“ Wanderarbeiter oder „Tagelöhner“ ist nicht nur „Rom“ und als solcher uneingeschränkt mobil, sondern auch „männlich“, alleinstehend und uneingeschränkt arbeitsfähig. Die Diversität der vielen individuellen Lebenssituationen findet darin keine Abbildung. Die Folgen sind alarmierend.

Zum Einen gehen prekäre Arbeitsverhältnisse und Wohnungsnot oft Hand in Hand. Personen, die tagsüber in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen stehen, schlafen nachts in inoffiziellen Mietskasernen, Lagern und provisorischen Schlafstätten, die regelmäßig von Räumungen betroffen sind. Hinzu kommen seit

Freizügigkeitsrechts durch die Ausländerbehörde in Fällen, in denen ein*e Unionsbürger*in eine Gefahr für die „öffentliche[...] Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit“ (BMI 2021) darstelle oder andere besondere Gründe vorliegen. Als Beispiele nennt es „falsche Angaben über ein Arbeitsverhältnis“ und gleichzeitige Inanspruchnahme von Sozialleistungen „in erheblichem Umfang“ (ebda). Eine Ausreise erfolge „freiwillig“ oder, wenn der*die Unionsbürger*in der Aufforderung nicht nachkomme, durch Abschiebung. Eine Wiedereinreise sei in diesen Fällen dauerhaft ausgeschlossen (vgl. ebda.).

einigen Jahren Familien und Alleinerziehende, Schwangere, Menschen mit Behinderung oder ältere Menschen, für die in diesem Diskurs über Migration kein Platz ist.

Während ihre Lebensrealitäten unsichtbar gemacht werden, sorgen rechtliche Ausschlüsse zugleich für eine erhöhte Sichtbarkeit dort, wo sie mit „Problemfeldern“ wie Armut, Obdachlosigkeit oder mangelnder Gesundheitsversorgung in Berührung kommen. Wohnungsknappheit und der Ausschluss vom regulären Wohnungsmarkt aufgrund von Diskriminierung bedeutet für viele die Ghettoisierung und Segregation in Notunterkünften, ständig in Furcht, wieder „auf der Straße zu landen“¹³¹ (van Baar 443). In Anlehnung an und in Abgrenzung zum Stereotyp des nomadischen Lebens der Rom*nja spricht van Baar von einer „forced immobility“ (2018: 443), während sich zugleich ein Dauerzustand der „evictability“ (van Baar 2016) einrichtet, in dem die Betroffenen immer schon fast wieder „auf der Straße“, aus dem Leistungsbezug, aus ihrem Arbeitsverhältnis hinaus sind und als „Armutsmigranten“, „Sozialtouristen“ oder „Schwarzarbeiter“ ausgewiesen werden können.

Damit lässt sich hier eine Verlagerung des Camps, das heißt, der segregierten, kontrollierten und temporären Verortetheit, in die institutionalisierten Strukturen des staatlichen Hilfesystems und seiner Praktiken des rechtlichen Ausschlusses feststellen. Die Konsequenz ist eine dauerhafte staatliche Kontrolle, während soziale Teilhabe nur als jederzeit widerrufliche Ware im Tausch gegen eine vollständige Assimilation angeboten wird.

¹³¹ So die Worte einer Ratsuchenden, die es sich angewöhnt hatte, mich jeden Monat mit der Bitte zu kontaktieren, die Notunterkunft, in der sie mit ihrer Familie wohnte, anzurufen, um sicherzugehen, dass sie dort weiterhin bleiben durfte.

Schluss

Die Darstellung von rechtlichen Praktiken des Ausschlusses anhand des Begriffs der *Arbeitnehmereigenschaft* und der Kriminalisierung nicht dokumentierter Arbeitskraft ist der Versuch, auf Formationen eines Diskurses hinzuweisen, der, auch dort, wo dies unbewusst geschieht, auf uneingestanden rassifizierte Vorstellungen darüber rekurriert, wer es „verdient“ hat, ein Teil „unserer“ Gesellschaft zu sein und wer nicht. In den Grenzpraktiken des rechtlichen Diskurses werden immer wieder neue Ausschlüsse generiert, welche bei näherem Hinsehen ein rassifiziertes Narrativ einer vermeintlich exzessiven Armutsmigration erkennen lassen.

Der vordergründig entpolitisierte Verweis auf die sozioökonomische Benachteiligung, der viele Rom*nja in ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind, dient als Argument, um „Armut“ und „Roma“ zu austauschbaren Begriffen zu machen. Die immer noch tief sitzende stereotype Vorstellung eines natürlichen Nomadentums von Rom*nja entwirft sie als unkontrolliert mobile Gruppe und als „Schattenseite“ des europäischen Freizügigkeitsrechts. Diese Entwicklungen erlauben es, die Mobilität bestimmter, als „Rom*nja“ wahrgenommener EU-Bürger*innen als irregulär und bedrohlich darzustellen. Sie legitimieren eine Gesetzgebung der Ausschlüsse und Marginalisierungen und einer sozialen Teilhabe, die permanent auf dem Prüfstand steht.

Das vom Gesetz imaginierte Bild des männlichen und mobilen „Roma“-Arbeitnehmers entspricht zudem in keiner Weise der Vielfältigkeit derjenigen, die in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Deutschland nach Berlin kommen. Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen kommen in dieser Vorstellung nicht vor und müssen auf das äußerst dünne Netzwerk an voraussetzungslosen Hilfsangeboten ausweichen, das Berlin in den letzten Jahren aufgebaut hat. Notunterkünfte für obdachlose Familien, Gesundheitsversorgung für Kranke und schwangere Frauen ohne Krankenversicherungsschutz

und verschiedene Beratungsangebote greifen dort, wo ein Zugang zum regulären Sozialsystem verwehrt oder besonders erschwert wird.

Allerdings scheitert die Umsetzung regelmäßig an der antiziganistischen Grundhaltung der damit Beauftragten und breiter Teile der Gesellschaft. Mit der Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)¹³², die seit 2014 antiziganistische Vorfälle in Berlin erfasst (vgl. Amaro Foro), und vielen anderen Akteuren hat auf der Landesebene eine Repolitisierung der Debatte begonnen, die gerade auf dieses Problem hinzuweisen sucht. Die Vehemenz, mit der sich stereotype Bilder von „Rom*nja“ halten und immer wieder von Neuem formieren, zeigt nicht nur, wie tief Antiziganismus in unserer Gesellschaft verankert ist, sondern auch, wie gut sich seine Bilder in einen neoliberalen Diskurs über Verdienst und individuelle Leistung einerseits und „undeservingness“ andererseits übersetzen lassen.

Auf die stereotypen Bilder, die den angeblich neutralen rechtlichen Ausschlüssen des deutschen Hilfesystems und seiner Umsetzung durch die Verwaltung zugrunde liegen, wird mittlerweile mit dem Begriff „struktureller Rassismus“ hingewiesen. Eine Fortsetzung dieser Debatte und eine Aufklärung über komplexe Zusammenhänge zwischen den Kategorien *race*, *class* und *gender* sind dringend notwendig und müssen künftig noch stärker die theoretische Grundlage für konkrete Handlungsvorschläge und die Evaluation ihrer Wirksamkeit liefern.

¹³² Der Name *DOSTA* steht als Akronym für *Dokumentationsstelle Antiziganismus* und bedeutet zudem „Genug, es reicht!“ in bosnischer, serbischer und kroatischer Sprache (vgl. Kölling 2019).

Epilog

Es ist ein Vormittag im Dezember, kurz vor Weihnachten, und ich stehe mit einer Klientin an einer Haltestelle im Berliner Osten, wo wir nach Stunden des Wartens und Diskutierens in den Räumen des Sozialamts und des Jobcenters auf die Tram warten, die uns von dort wieder nach Berlin-Mitte bringen soll. Wir sind enttäuscht und erschöpft und tauschen nur noch vereinzelt Sätze aus. Meine Klientin hat an diesem Tag zum vierten Mal vorgeschrien, zum vierten Mal wurde sie mit der Begründung abgewiesen, als EU-Bürgerin ohne Arbeitsplatz habe sie keine Ansprüche auf staatliche Unterstützungsleistungen für sich und ihren dreijährigen Sohn. Unter ihrer dicken Daunenjacke, die sie vor dem eisigen Wind schützen soll, wölbt sich ihr runder Bauch, sie ist im achten Monat schwanger.

Trotz der vielen Abweisungen und der aussichtslosen Lage hat sie nicht aufgegeben. Auf richterlichen Beschluss hin bekamen sie und ihr Sohn schließlich kurz vor der Geburt einen Unterkunftsplatz.

Nach über einem Jahr der bürokratischen Kämpfe und mehreren gerichtlichen Verfahren habe ich vor kurzem eine Nachricht von ihr erhalten, in der sie mir mitteilte, sie habe nun eine Mietwohnung gefunden. Ich bin beeindruckt. Nicht viele haben so viel Durchhaltevermögen und dennoch ist es auch für sie noch immer ein weiter Weg zur Teilhabe.

Bibliographie

Amaro Foro, <https://amaroforo.de/node/229> (letzter Zugriff am 01.04.2021).

Alliance Against Antigypsism, <https://www.antigypsism.eu/>, letzter Zugriff: 25.03.2021.

Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel: *Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten*, 3. Auflage, Argument, Hamburg 2014.

BMI (2021): VAB. VerfahrungsHinweise zum Aufenthalt in Berlin, <https://www.berlin.de/einwanderung/service/downloads/artikel.875097.php>, letzter Zugriff am 15.03.2021.

BMI (2021): <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/migration/freizuegigkeit/freizuegigkeit-liste.html>, letzter Zugriff: 25.03.2021.

Bonin, Holger (2014): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Eine Studie des ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2014.

Brons, Lajos (2015): Othering, an Analysis, in: *Transcience* Vol. 6, Issue 1, https://www.academia.edu/11473854/Othering_an_analysis.

de Genova, Nicholas (2018): Migration and the Mobility of Labor, in: *The Oxford Handbook of Karl Marx*, ed. Matt Vidal, Tony Smith, Tomás Rotta, and Paul Prew, <https://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780190695545.001.0001/oxfordhb-9780190695545-e-25>.

de Genova, Nicholas/Yıldız, Can (2017): Un/Free mobility: Roma migrants in the European Union, in: *Social Identities* Vol. 24, No. 4, pp. 425-441, doi: 10.1080/13504630.2017.1335819.

de Genova, Nicholas (2002): Migrant “Illegality” and Deportability in Everyday Life, in: *Annual Review of Anthropology*, 2002, Vol. 31 (2002), pp. 419-447, <https://www.jstor.org/stable/4132887>.

Der Paritätische: Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes zum Regierungsentwurf eines Gesetzes "gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch", <https://www.der-paritaetische.de/fachinfo/stellungnahmen-und-positionen/stellungnahme-des-paritaetischen-gesamtverbandes-zum-regierungsentwurf-eines-gesetzes-gegen-illegale/>, letzter Zugriff: 16.05.2021.

Deutscher Bundestag (07.10.2020): Fraktionen positionieren sich zur Reform des Bundesmeldegesetzes, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw41-de-bundesmeldegesetz-795966>, letzter Zugriff: 25.05.2021.

Deutscher Caritasverband: Kurzstellungnahme des Deutschen Caritasverbandes (DCV) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Missständen am Arbeitsmarkt, illegaler Beschäftigung sowie von Kindergeld- und Sozialleistungsmissbrauch, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_III/19_Legislaturperiode/2019-07-17-Gesetz-zur-Staerkung-der-FKS/Stellungnahme-DCV.pdf?__blob=publicationFile&v=3, letzter Zugriff: 16.05.2021.

Diakonie: Entwurf eines Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch, <https://www.diakonie.de/stellungnahmen/entwurf-eines-gesetzes-gegen-illegale-beschaeftigung-und-sozialleistungsmissbrauch/>, letzter Zugriff: 16.05.2021.

Dörre, Klaus o.J.: Definition prekärer Beschäftigung, <https://arbeiter.verdi.de/themen/prekaere-arbeit>, letzter Zugriff: 16.05.2021.

End, Markus (2014): *Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation*, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

End, Markus (2019): Subtile Images of Antigypsism. An Analysis of the Visual Perception of “Roma”, in: *Dimension of Antigypsism in Europe*, ed. Cortés Gómez, I., End, M., European Network Against Racism and Central Council of German Sinti and Roma.

Ernste, D./Schneider, F. (2006): Schattenwirtschaft und irreguläre Beschäftigung: Irrtümer, Zusammenhänge und Lösungen, in: *Illegalität. Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*, Hg. Alt, J./Bommes, M., VS Verlag.

EuGH v. 04.02.2010 - C-14/09 – Genc.

EuGH, 11.11.2014 - C333/13 – Dano.

Farahat, Anuscheh (2014): Auf Kollisionskurs: Die Unionsbürgerfreizügigkeit und der Kampf gegen den vermeintlichen „Sozialtourismus“ in der Rs. Dano, <https://verfassungsblog.de/auf-kollisionskurs-die-unionsbuengerfreizuegigkeit-und-der-kampf-gegen-den-vermeintlichen-sozialtourismus-der-rs-dano/>, letzter Zugriff: 14.05.2021.

Gerichtshof der Europäischen Union: PRESSEMITTEILUNG Nr. 146/14Luxemburg, den 11. November 2014Urteil in der Rechtssache C-333/13Elisabeta Dano, Florin Dano/ Jobcenter Leipzig, abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-11/cp140146de.pdf>, letzter Zugriff: 14.05.2021.

Kelmanson, B./Kirabaeva, K./Medina, L./Mircheva, B./Weiss, J. (2019): IMF Working Paper. Explaining the Shadow Economy in Europe: Size, Causes and Policy Options, International Monetary Fund, <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/12/13/Explaining-the-Shadow-Economy-in-Europe-Size-Causes-and-Policy-Options-48821>.

Kölling, Christian (2019): “Dosta heißt: Genug, es reicht!”: Dokumentationsstelle Antiziganismus fasst die Ergebnisse ihrer fünfjährigen Arbeit zusammen, <https://facettenneukoelln.wordpress.com/2019/10/08/dosta-heisst-genug-es-reicht-dokumentationsstelle-antiziganismus-fasst-die-ergebnisse-ihrer-fuenfjaehrigen-arbeit-zusammen/>, letzter Zugriff: 16.05.2021.

Kóczé, Angéla (2017): Race, migration and neoliberalism: distorted notions of Romani migration in European public discourses, in: Social Identities Vol. 24, No. 4, pp. 459-473, doi: 10.1080/13504630.2017.1335827.

Kóczé, Angéla/Rövid, Márton (2019): The Europeanisation of Racial Neoliberalism: The Case of “Roma” and “Refugees”, in: *Dimension of Antigypsyism in Europe*, ed. Cortés Gómez, I., End, M., European Network Against Racism and Central Council of German Sinti and Roma.

Loveland, Matthew/Popescu, Delia (2015): The Gypsy Threat Narrative: Explaining Anti-Roma Attitudes in the European Union, doi: 10.1177/0160597615601715.

LSG Berlin-Brandenburg v. 19.07.2017 – L 31 AS 1318/17 B ER.

LSG Nordrhein-Westfalen v. 05.12.2019 – L 19 AS 1608/18.

Minor (2019a): EU-Zuwanderung nach Deutschland. Analysen zur Diversität von EU-Zugewanderten in Deutschland, Hoffmann-Pfeiffer (Hg.), Berlin.

Minor (2019b): Prekär in Berlin. Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarktintegration und Wohnungsnotfällen bei EU-Zugewanderten, Hoffmann-Pfeiffer (Hg.), Berlin.

OVG Berlin-Brandenburg v. 30.3.2011 – OVG 12 B 15.10.

Roma Civil Monitor pilot project (2018): A synthesis of civil society’s reports on the implementation of national Roma integration strategies in the European Union. Focusing on structural and horizontal preconditions for successful implementation, Centre for Policy Studies,

<https://cps.ceu.edu/sites/cps.ceu.edu/files/attachment/basicpage/3172/rcm-civil-society-monitoring-report-synthesis27-2020-eprint-fin.pdf>.

Rechtsprechung EuGH (11.11.2014): C-333/13, abrufbar unter: <https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Text=C-333/13>, letzter Zugriff: 18.05.2021.

Reinmann, Ronald: Das Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger. Voraussetzungen für Erwerb und Verlust des unionsrechtlichen

Aufenthalts, Asylmagazin 6/2012, abrufbar unter:
http://fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reimann_Freizuegigkeitsrecht_Unionsbuerger.pdf,
letzter Zugriff: 14.05.2021.

RICHTLINIE 2004/38/EG DES EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS UND DES RATES vom 29. April 2004 über das
Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im
Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten,
zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung
der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG,
73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG
und 93/96/EWG, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:158:0077:0123:de:PDF>, letzter Zugriff: 16.05.2021.

Steindl-Kopf, Sabrina (2019): From the Principles of Tolerance and Equality to the Reproduction of Marginalisation – Discussing European Roma Policies, in: *Dimension of Antigypsism in Europe*, ed. Cortés Gómez, I., End, M., European Network Against Racism and Central Council of German Sinti and Roma.

Themelis, Spyros (2016): The time of the Roma in times of crisis: Where has European neoliberal capitalism failed, in: *Ethnicities*, Vol. 16(3), pp. 432-451, doi: 10.1177/1468796815584421.

van Baar, Huub (2011): Europe's Romaphobia: problematization, securitization, nomadization, in *Environment and Planning D: Society and Space* 2011, volume 29, pp. 203-212, doi:10.1068/d2902ed1.

van Baar, Huub (2016): Evictability and the Biopolitical Bordering of Europe, in: *Antipode*, Vol. 49, No. 1, 2016, pp. 212-230, doi: 10.1111/anti.12260.

van Baar, Huub (2017): Contained mobility and the racialization of poverty in Europe: the Roma at the development-security-nexus, in:

Social Identities Vol. 24, No. 4, pp. 442-458, doi: 10.1080/13504630.2017.1335826.

Vermeersch, Peter (2012): “eframing the Roma: EU Initiatives and the Politics of Reinterpretation” in: Journal of Ethnic and Migration Studies, September 2012, doi: 10.1080/1369183X.2012.689175.

VERORDNUNG (EG) Nr. 883/2004 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:166:0001:0123:de:PDF>, letzter Zugriff: 16.05.2021.

Illegalisierte Europäer*innen. Wie Hamburg obdachlosen Unionsbürger*innen das Aufenthaltsrecht entzieht¹³³

Janka Vogel

David ist ein junger Mann mit leuchtenden Augen. Seitdem das Hamburger Straßenmagazin Hinz&Kunzt über ihn berichtete ist er ein bisschen berühmt. Im Dezember hatte David im öffentlichen Raum in Wandsbek gelebt. Im Park, im Auto, wo er was fand. Als die Behörden räumen ließen verlor David alle Habseligkeiten. Noch vor Weihnachten reiste er zurück nach Rumänien – ohne Gepäck und ohne Geschenke.

Inzwischen ist David wieder in Hamburg. Er war auch zur Veranstaltung „Hamburg! Gerechte Stadt“ gekommen. Da ging es schließlich um Menschen wie ihn. Wohlfahrtsverbände hatten eingeladen, um über das Thema Armut und Europa zu sprechen. Was tun mit osteuropäischen Obdachlosen?, lautet die aktuelle Kernfrage in Hamburg und vielen deutschen Kommunen. Was tun mit Leuten wie David? Kein gesicherter Lebensunterhalt, keine Krankenversicherung, keine Deutsch-Kenntnisse, keine Ausbildung. Keine Chance?

Obdachlose Menschen, die aus den östlichen oder südöstlichen Mitgliedsstaaten der EU nach Hamburg gekommen sind, können sich in der „freien und Hansestadt“ immer weniger frei bewegen. Vor einem Jahr hat die Stadt damit begonnen, den chancenlosen

¹³³ Dieser Artikel erschien erstmalig unter dem Titel „Illegalisierte Europäer“ am 08.02.2018 auf dem Blog der Wochenzeitung *Der Freitag*; der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des *Freitag*.

Zugewanderten das Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik abzuerkennen. Mitunter wurde das Vorgehen als „Säuberungsaktion“ vor dem prestigeträchtigen G20-Gipfel gesehen. Doch das behördliche Vorgehen ist mehr als ein kurzfristig angelegte Vertreibungsaktion.

Wie Mitarbeiter*innen niedrigschwelliger Beratungseinrichtungen für Wohnungslose berichten, erhielten obdachlose Menschen osteuropäischer Herkunft Anfang 2017 die ersten Anhörungsschreiben, in denen ihnen mitgeteilt wurde: „Sie genießen keine Freizügigkeit“. Wenn man sich dazu nicht binnen einer Frist weniger Wochen äußere, werde nach Aktenlage entschieden, teilte das jeweilige Bezirksamt mit.

Im April war die Zuständigkeit für obdachlose Unionsbürger*innen dann zur Behörde für Inneres und Sport gewechselt. Diese hatte mehrsprachige Schreiben - sogenannte „Aufforderungen zur Vorsprache bei der Ausländerbehörde“ - erstellen lassen, abgespeichert unter der verräterischen Bezeichnung „Vorsprache Obdachlose EU“. Ob diese Schreiben den Rang einer Anhörung im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes haben, ist nicht ersichtlich. Der*Die Adressat*in wird darüber informiert, dass Zweifel daran bestehen, „dass Sie die Voraussetzung des Rechts auf Einreise und Daueraufenthalt [...] erfüllen“. Binnen eines Monats seien bei der Ausländerbehörde vorzusprechen und geeignete Nachweise vorzulegen. Andernfalls werde nach Aktenlage entschieden und der entsprechende Bescheid „durch Aushang öffentlich zugestellt“, sollte keine Anschrift vorhanden sein.

Wie Hinz&Kunzt berichtet, wurden bisher etwa 600 Personen durch die Ausländerbehörde vorgeladen. Über 100 hätten ihr Recht auf Freizügigkeit verloren. Dies ist ein wahres Meisterwerk der Rechtsbiegung durch Hamburger Behörden, wenn man bedenkt, welch hohen Stellenwert die Freizügigkeit der Unionsbürger*innen im Vertragswerk und in der Geschichte der EU hat. Als Arbeitnehmerfreizügigkeit tauchte sie schon 1957 in den Römischen Verträgen der sich konstituierenden Union auf – zusammen mit dem

Diskriminierungsverbot. Genau an diese europäischen Werte legt Hamburg nun die Axt.

Während in anderen Bundesländern und Kommunen darüber debattiert wird, wie viele soziale Rechte Unionsbürger*innen haben dürfen, ja, am EuGH regelmäßig und auch aktuell zu klären ist, inwieweit EU-Bürger*innen diskriminiert werden dürfen, während allerorten mehr oder weniger anerkannt ist, dass rumänische, bulgarische oder polnische Zugewanderte europäische Bürger*innen sind, die durch die Unionsbürgerschaft deutschen Staatsangehörigen grundsätzlich gleichzustellen sind, geht Hamburg einen gänzlich anderen Weg.

Die Hansestadt hebt die Gleichbehandlungsforderung dadurch aus, dass sie Unionsbürger*innen wieder zu dem macht, was sie vor 2004, bzw. 2007 waren: Drittstaatenangehörige, die für einen legalen Aufenthalt in Deutschland genügend Existenzmittel nachzuweisen haben. Es ist nicht leicht, aber es ist möglich: das vorrangig geltende Unionsrecht, d.h. das geltende Freizügigkeitsgesetz zu entwerten, indem das Aufenthaltsrecht (wieder) nach dem Aufenthaltsgesetz geregelt wird. Dies ist vor allem deshalb nicht einfach, weil die Freizügigkeitsrichtlinie der EU sehr großzügige Rechte für mobile Europäer*innen vorsieht.

Das Recht auf Einreise und Aufenthalt kann „nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit“ entzogen werden. Selbst eine strafrechtliche Verurteilung reicht nicht aus, um jemanden des Landes zu verweisen. So regelt das Gesetz: „Es muss eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung vorliegen, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt.“ Zwingende Gründe der öffentlichen Sicherheit lägen unter anderem dann vor, „wenn die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland betroffen ist oder wenn vom Betroffenen eine terroristische Gefahr ausgeht“.

Die obdachlosen Unionsbürger*innen in Hamburg dürften keinen der o.g. Tatbestände erfüllt haben. In den Bescheiden und Verfügungen der Ausländerbehörde finden sich denn auch Begründungen, die durch

Einlegung eines Rechtsmittels wohl kaum Bestand gehabt hätten. Den Betroffenen wurde in der Regel vorgeworfen, entgegen der Aufforderung nicht bei der Ausländerbehörde vorgespochen zu haben, ohne festen Wohnsitz zu sein, polizeilich in Erscheinung getreten zu sein und ausreichend Existenzmittel/ Krankenversicherungsschutz bisher nicht nachgewiesen zu haben. Die Feststellung des Nichtbestehens des Freizügigkeitsrechts erscheine geeignet, „um die Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu wahren“.

Obdachlosigkeit ist ein soziales Problem. Dass sie sich europäisiert hat, zeigt lediglich, dass ganz Europa ein soziales Problem hat, nämlich eines fehlender Arbeit und fehlender Wohnung für immer mehr Menschen. Die Bescheide der Hamburger Ausländerbehörde machen deutlich, wie die Stadt europäische soziale Problemlagen - speziell Obdachlosigkeit und Chancenlosigkeit - angehen will: durch Kriminalisierung, Illegalisierung, Psychologisierung, Pädagogisierung und Kulturalisierung.

So wird die Ausreiseverfügung eines Rumänen im Dezember 2017 u.a. so begründet: „Laut Aktenlage campen Sie auf nicht genehmigten Flächen und betreten rechtswidrig private Grundstücke, um dort zu übernächtigen [sic]. Dazu nutzen Sie auch die bestehenden Bauten, um sich häuslich niederzulassen. Ihr Verhalten hat gezeigt, dass Sie keinen Respekt vor fremdem Eigentum besitzen. Des Weiteren haben Sie zu keinem Zeitpunkt Ihres Aufenthaltes im Bundesgebiet nachgewiesen, bzw. konnten bei Ihren polizeilichen Aufgriffen zu keinem Zeitpunkt Angaben über die gesetzeskonforme Sicherung Ihres Lebensunterhaltes machen [...] Durch Ihr bisheriges Verhalten haben Sie gezeigt, dass Sie offensichtlich [sic] nicht willens und bereit sind, sich an die geltenden Gesetze und die hiesigen gesellschaftlichen Normen zu halten. Dies wird insbesondere durch Ihren Hang zur Begehung von Straftaten ersichtlich“.

Die Behörde für Inneres und Sport lässt diesen Verfügungen eine sogenannte Grenzübertrittsbescheinigung beifügen. Diese erklärt, auf

welche Weise die betroffene Person wohin auszureisen hat, nämlich: Raus aus Schengen! Wegen fehlender Grenzkontrollen im Schengenraum reicht die Ausreise ins Heimatland mitunter aber gar nicht aus, weil dieses u.U. Mitunterzeichner des Schengener Abkommens ist.

Nach Verlassen des Schengen-Raumes habe die Person der deutschen Auslandsvertretung den beigefügten Rücklaufschein vorzulegen, wodurch die tatsächliche Ausreise ersichtlich sei. Wohin muss ein ausreisepflichtiger polnischer Obdachloser also ausreisen, wenn sein vermeintliches Heimatland Polen Teil des Schengen-Raumes ist?

Wer nicht innerhalb der symbolischen Frist von etwa einer Woche „freiwillig“, ausreist, riskiert eine Abschiebung. Genaue Angaben dazu blieb die Vertreterin der Innenbehörde auf dem Podium am Dienstagabend¹³⁴ zwar schuldig. Dass Hamburg aber auch vor diesen Maßnahmen, die ein Wiedereinreiseverbot nach sich ziehen, nicht zurückschrecken wird, davon ist auszugehen.

David, der wieder in der Stadt ist, hatte bereits gestern wieder Kontakt zur Polizei. Er hatte vorm Bahnhof jemanden um eine Zigarette gebeten, geschnorrt. Als die Veranstaltung endet und die Behördenvertreter eilig den Saal verlassen haben, wendet er sich zögerlich an eine Sozialarbeiterin von Hinz&Kunzt: „Schau mal, das haben mir die Polizisten gegeben“, sagt er auf Rumänisch. In der Hand hält er ein Schreiben: „Aufforderung zur Vorsprache bei der Ausländerbehörde“.

¹³⁴ Gemeint ist die Diskussionsveranstaltung „EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit – ohne soziale Rechte?“, die am 06.02.2018 im Haus der kirchlichen Dienste in Hamburg stattgefunden hat.

Rom*nja aus der Republik Moldau als Asylsuchende in Deutschland¹³⁵

Kristina Holzapfel

Einleitung

Die Zahl der Asylantragsteller*innen aus der Republik Moldau¹³⁶ hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Expert*innen gehen davon aus, dass ein Großteil der Antragstellenden Rom*nja sind. Diese leben in der Republik Moldau noch immer in großer Armut und sind in allen Bereichen des Lebens starker Diskriminierung ausgesetzt.

Im Corona-Jahr 2020 erregte in interessierten Kreisen die Tatsache Aufmerksamkeit, dass Bürger*innen der Republik Moldau aktuell in Berlin zur größten Gruppe Asylsuchender gehören. Mit 541 Asylanträgen im Jahr 2020 führten sie erstmals vor Geflüchteten aus Syrien (535) und Afghanistan (530) die Berliner Asylstatistik an (vgl. Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten 2021).

Gleichzeitig werden Moldauer*innen bereits seit Jahren in den seltensten Fällen als Geflüchtete anerkannt und bei Abschiebehindernissen in Deutschland nur geduldet. Somit führt die Republik Moldau gleichzeitig auch die Liste der Länder an, in die aus

¹³⁵ Der Beitrag wurde im Zusammenhang mit der kürzlich veröffentlichten Studie „Diskriminiert und abgelehnt“ (Holzapfel 2022) erstellt, Anm. d. Hg..

¹³⁶ Die offizielle Bezeichnung des Landes lautet in Deutschland *Republik Moldau* oder *Moldova*; die offizielle Eigenbezeichnung des Landes lautet *Republica Moldova*. Weitere Varianten des Landesnamens werden in der Literatur verwendet, darunter *Moldawien*, *Moldavien*, *Moldau*, *Μολδαβία* und *Μολδοβα*.

Berlin am häufigsten abgeschoben wird (vgl. Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2021). Auch bundesweit gehörte die Republik Moldau 2020 zu den fünf wichtigsten Zielstaaten für Abschiebungen (vgl. Bundesregierung 2020) - eine Tatsache die weitgehend unbekannt und einigermaßen erstaunlich ist, zumal die meisten Menschen in Deutschland nicht einmal genau sagen können, wo sich die Republik Moldau auf der Landkarte überhaupt befindet, geschweige denn, was die Menschen dort zu einer Flucht bewegen könnte.

Gründe, die Republik Moldau zu verlassen

Das kleine Land Republik Moldau zwischen der Ukraine und Rumänien gilt seit den 1990er Jahren als das mit Abstand ärmste Land Europas. Geringe Aufmerksamkeit erlangte das Land in den frühen 1990er Jahren allenfalls durch den bewaffneten Bürgerkrieg, der es bis heute in den Staat Republik Moldau und seine abtrünnige Provinz Transnistrien¹³⁷, welche unter starkem Einfluss Russlands steht, spaltet. Die Geschichte und die Entwicklung der Republik Moldau seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der bewaffnete Bürgerkrieg, die politische und wirtschaftliche Transformation, die Situation als Failed State, Korruption unvorstellbaren Ausmaßes und das Maß an Armut am Rande der Europäischen Union hätten viel Potenzial gehabt, dem Land zu Berühmtheit zu verhelfen.

Dass das Land aus dem Bewusstsein verschwunden ist, dürfte jedoch an seiner wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit sowie an seiner geringen Größe liegen. Von den fast vier Millionen Einwohner*innen, welche Anfang der 1990er Jahre noch im Land lebten, haben nach offiziellen Zählungen von 2019 nur noch 2,7 Millionen ihren Hauptwohnsitz in der Republik Moldau (vgl. Nationales Statistikamt

¹³⁷ Eigenbezeichnung: *Pridnestrowische Moldawische Republik*; russ. *Пруднеэтровье*; rum. *Transnistria*.

der Republik Moldau 2019). Die meisten gingen als Arbeitsmigrant*innen und Saisonarbeitskräfte nach Spanien, Italien und Russland, seit der Wirtschaftskrise vermehrt auch nach Frankreich, Deutschland und in andere EU-Länder. Seit 2014 gilt eine Visa-Freiheit für moldauische Staatsbürger*innen im Schengen-Raum und damit steht ihnen die Möglichkeit offen, sich für die Dauer von 90 Tagen ohne Visum im Schengen-Raum aufzuhalten; Einreise und kurzzeitiger Aufenthalt erfolgen somit legal.

Migration gehört für alle Bevölkerungsgruppen der Republik Moldau seit Jahrzehnten zum Leben dazu und hat wirtschaftliche Gründe – in allen gesellschaftlichen Schichten und Bevölkerungsgruppen. Die wenigsten Menschen aus der Republik Moldau stellen einen Asylantrag in Deutschland oder anderen EU-Ländern.

Sozialarbeiter*innen und Berater*innen, die in Berlin mit Asylantragsteller*innen aus der Republik Moldau Kontakt haben, gehen davon aus, dass ein Großteil der Antragstellenden Rom*nja sind und damit einer der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen der Republik Moldau angehören.

Eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Verwertbarkeit von Geflüchteten deutet auf eine Besonderheit bei den Antragsteller*innen aus der Republik Moldau hin: Diese verfügen im Vergleich zu Antragssteller*innen aus anderen Herkunftsländern über extrem geringe formale Bildung. Über 40 Prozent gaben an, gar keine formelle Schulbildung erhalten zu haben, zusätzliche 34 Prozent hatten maximal die Grundschule besucht. Zugleich gaben etwa 30 Prozent der Antragsteller*innen an zuletzt „ohne Arbeit“ gewesen, „Hilfstätigkeiten“ nachgegangen (14,4 Prozent), oder mit „Hausarbeit, Rente, Schule oder Studium“ beschäftigt gewesen zu sein (24,8 Prozent) (vgl. BAMF 2020: 11ff).

Fehlender Zugang zu Bildung, fehlende Bildungserfolge, hohe Arbeitslosigkeit sowie Haushalts- und Hilfstätigkeiten können als

Indikatoren für Diskriminierung und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe im Herkunftsland angenommen werden.

Tatsächlich ist das Ausmaß der Diskriminierung von Rom*nja in der Republik Moldau weitgehend unbestritten. Es stellt sich jedoch die Frage, warum nach wie vor viele Rom*nja in Deutschland (und anderen EU-Ländern) Asylanträge stellen, obwohl die Chancen auf Anerkennung äußerst gering sind.

Reihenweise lehnt das BAMF Asylanträge mit der Begründung ab, dass die Diskriminierung in der Republik Moldau nicht systematisch durch den Staat erfolge, die Antragstellenden somit aus individueller wirtschaftlicher Not das Land verließen und damit über keine anerkannten Flüchtlingseigenschaften verfügten. Zwischen Januar 2015 und Oktober 2019 gingen rund 10.500 Asylanträge von Moldauer*innen ein. Nur vier (!) Personen davon wurden als Asylberechtigte anerkannt.¹³⁸ Weitere etwa 90 von 10.500 Menschen, die Asyl beantragt hatten, durften in medizinischen Notlagen oder bei kurz bevorstehender Geburt mit einer Duldung etwas länger als für die Dauer des Asylverfahrens in Deutschland bleiben (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019).

Abschiebehindernisse beispielsweise aufgrund fehlender medizinischer Versorgungs- oder Behandlungsmöglichkeiten werden mit der Begründung, die Republik Moldau verfüge über ein kostenloses, allen zugängliches Gesundheitssystem, welches die grundständige Behandlung gängiger Krankheiten für alle Einwohner*innen gewährleiste, verneint (vgl. Auswärtiges Amt 2019).

Sogar während der Corona-Pandemie 2020 wurden die Abschiebungen uneingeschränkt in großem Maße fortgesetzt. Allein

¹³⁸ Bis Ende des Jahres 2019 wurden davon 33 Menschen als Flüchtlinge anerkannt und 50 Personen haben einen anderen Schutzstatus erhalten, etwa ein Abschiebeverbot.

von Januar bis Oktober 2020 wurden aus Deutschland 627 Personen in die Republik Moldau abgeschoben (vgl. Bundesregierung 2021: 3).

Asylanträge trotz fehlender Bleibeperspektive

Betrachtet man die Republik Moldau und ihre Einwohner*innen durch die Augen deutscher Behörden und Gerichte – die über die Zuerkennung von Duldungen und Aufenthaltsgestattungen entscheiden - herrschen dort nahezu paradiesische Zustände hinsichtlich der medizinischen Versorgung, des Bildungszugangs und der diskriminierungsfreien Teilhabe.

Die moldauische Regierung hat in den vergangenen Jahren mehrere Programme zur Förderung von Minderheitengruppen aufgelegt und sogar mit dem *Rat für Verhütung und Beseitigung von Diskriminierung und Gewährleistung der Gleichstellung 139* eine staatliche Institution geschaffen, welche das Ziel verfolgt, die Gleichstellung sicherzustellen, vermeintliche Diskriminierungen zu dokumentieren und zu bekämpfen, sowie durch Bildungsangebote die Akzeptanz von Minderheitengruppen in der Bevölkerung zu stärken. Diese vorbildlich aufgestellte Institution vermittelt in ihrer Außendarstellung ein solides und den westeuropäischen Standards entsprechendes Bild. In den Jahresberichten der vergangenen zwei Jahre zur Situation und zur Diskriminierung von Minderheiten kommt das Wort Rom*nja¹⁴⁰ jedoch nur in Zitaten oder Fußnoten vor. Die Nichtbenennung von Rom*nja als einer der vulnerabelsten Gruppen in der Gesellschaft ist skurril und wirkt wie eine Verharmlosung der umfassenden und existenziellen Diskriminierung der Rom*nja in allen Lebensbereichen.

¹³⁹ Rum.: *Consiliul pentru prevenirea și eliminarea discriminării și asigurarea egalității*.

¹⁴⁰ Oder andere die Bevölkerungsgruppe der Rom*nja beschreibende Bezeichnungen.

Die gesellschaftliche Ausgrenzung von Rom*nja wird stattdessen häufig mit existierenden Vorbehalten gegenüber anderssprachigen Bevölkerungsgruppen im Land gleichgesetzt. Eine repräsentative Umfrage von 2011 zeigt jedoch, dass es einen ganz realen Unterschied zwischen dem Argwohn gegen die Sprecher*innen der jeweils anderen Sprache der beiden großen Bevölkerungsgruppen (Russisch und Rumänisch) und der allumfassenden Diskriminierung der Rom*nja gibt.

So gaben im Jahr 2011 mehr als zwei Drittel der Befragten an, dass sie glauben, dass die meisten Rom*nja Lügner*innen sind und immer bereit, andere zu täuschen. Zugleich vertrat jede*r Vierte die Meinung, dass Rom*nja gezwungen werden sollten, getrennt von der Gesellschaft zu leben (Fundatia Soros Moldova 2011: 6). Eine ähnliche Studie aus dem Jahr 2015 deutete auf einen weiteren drastischen Rückgang der Akzeptanz der Rom*nja hin. Nur noch 12 Prozent der Bevölkerung akzeptieren demnach Rom*nja als Nachbar*innen, Kolleg*innen oder im Freundes- und Bekanntenkreis (European Commission against Racism and Intolerance and Council of Europe 2018: 27f).

Vorurteile und Diskriminierung führen dazu, dass sich viele Rom*nja nicht zu ihrer ethnischen Identität bekennen. Basierend auf der Volkszählung von 2014 beträgt die Rom*nja-Bevölkerung in der Republik Moldau 13.900 Menschen. Die tatsächliche Zahl wird laut einer Schätzung des Europarates mit 107.100 Personen deutlich höher angesetzt. Rom*nja-Organisationen gehen von bis zu 250.000 Rom*nja aus (World Directory of Minorities and Indigenous Peoples 2018). Die Diskrepanz erklärt sich vor allem aus der Zurückhaltung der Rom*nja, sich in Volkszählungen aus Angst vor Stigmatisierung und Diskriminierung als solche zu identifizieren (Rorke 2021: 47ff). Gleichzeitig sind vor allem Kinder aus Rom*nja-Familien teilweise nicht behördlich registriert und tauchen damit nicht in den entsprechenden Statistiken bzw. bei Volkszählungen auf (Cozonac 2009).

Diskriminierung in allen Lebensbereichen

Zur Sowjetzeit fand eine vereinheitlichende Integration aller Bevölkerungsgruppen ins Schulsystem statt und sorgte damit für einen massiven Rückgang der Analphabetenrate in der Bevölkerung. Rom*nja wurden allen anderen gleich ins Schul- und Lohnarbeitssystem integriert und ethnische, sprachliche und historische Besonderheiten der Gruppe ignoriert. Damit verschwanden die über Jahrhunderte bestehenden Vorurteile und Diskriminierungen gegen Rom*nja allerdings nicht. Obwohl sich schätzungsweise 90 Prozent der Rom*nja dauerhaft niederließen und traditionelle Berufe und Handwerke aufgaben, wurde das romantisierte Bild von den vermeintlich wilden und freien Rom*nja in der sowjetischen Massenkultur aktiv genutzt und damit ein Klischee zementiert (vgl. ГНАТКОВА 2020).

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde im Transformationsprozess nahtlos an bestehende Vorurteile und Diskriminierungspraktiken angeknüpft. Im Zuge der Privatisierung ging die Hälfte der Rom*nja bei der Landverteilung leer aus, was in dem stark agrarisch geprägten Land erhebliche Folgen für die Bewohner*innen hatte. Bis heute leben etwa 60 Prozent der Rom*nja in ländlichen Regionen. Rom*nja, die während der Sowjetzeit in den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben arbeiteten, erhielten im Gegensatz zu ihren Arbeitskolleg*innen im Zuge der Privatisierung der Betriebe kein Land zur Bewirtschaftung zugeteilt. Damit war ihnen nach 1992 die Lebensgrundlage entzogen und sie waren gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch wechselnde Tätigkeiten für andere Landwirt*innen zu erbringen oder wegzuziehen.

Das Ergebnis der fehlenden Landzuteilung lässt sich heute noch an den Zuständen in den ländlichen Siedlungen beobachten. Die meisten Haushalte von Rom*nja verfügen weder über fließendes Wasser noch über zentrale Heizungen. Das Wasser muss von öffentlichen Brunnen geholt werden. Teilweise müssen die an den Dorfrand gedrängten armen Bewohner*innen dafür lange Fußwege in Kauf nehmen (Equal

Rights Trust 2016: 52ff). Der Zugang zu kommunalen Diensten wie der Wasserversorgung unterscheidet sich in Städten und ländlichen Regionen deutlich. Am stärksten benachteiligt beim Zugang zu kommunalen Diensten sind selbst innerhalb von Gemeinden, die an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen sind, besonders vulnerable Gruppen, wie Rom*nja-Haushalte, Haushalte mit beeinträchtigten Personen und Haushalte mit niedrigem Einkommen (Unequal Moldova 2019: 4).

Die fehlende Landzuteilung an Rom*nja offenbart auch, dass die Integration der Rom*nja in der Sowjetzeit überwiegend oberflächlich war. Bestehende Vorurteile gegen Rom*nja wurden im Zuge der Gleichmachung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Sowjetrepublik verneint, eine Auseinandersetzung mit der Situation der Rom*nja als Leibeigene, bzw. Sklav*innen während des russischen Zarenreichs bis 1861 und der Vernichtung der Rom*nja während des Zweiten Weltkriegs (Porajmos) fand nicht statt. Im Gegenteil wurde von den Sowjets eine besondere Erwähnung der Rom*nja als eigene Opfergruppe des Faschismus als Angriff auf die zentrale Erinnerungskultur verstanden und daher unterbunden. Bis heute spielt die Vernichtung der Rom*nja-Bevölkerung auf dem Gebiet der Republik Moldau im dortigen Geschichtsunterricht keine Rolle und ist weiten Teilen der Bevölkerung unbekannt (vgl. Гнаткова: 2020).

Die Diskriminierung zeigt sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens: Vorschule, Schule, Universität, Arbeitsmarkt, öffentliche Dienstleistungen, medizinischer Bereich, Polizei, Gefängnis etc. Die Schwierigkeiten, mit denen Kinder von Rom*nja konfrontiert sind, beginnen mit der Geburt: Nicht alle von ihnen werden bei der Geburt registriert. Dadurch fehlt ihnen eine Geburtsurkunde und folglich Personaldokumente, womit ihnen Rechte und Zugang zu einer ganzen Reihe von staatlichen Leistungen und Bildung vorenthalten werden (vgl. Cozonac 2009).

Im Gegensatz zu den Nicht-Rom*nja-Kindern ist nur jedes zweite Rom*nja-Kind in der Primar- und Sekundarstufe angemeldet. Sie brechen die Schule deutlich häufiger ab als Nicht-Rom*nja-Kinder (Unicef Moldova 2018). Laut einer UNDP-Studie verfügt ein Fünftel der Rom*nja-Bevölkerung nicht über Mindestkenntnisse im Lesen und Schreiben. Vor allem im Norden des Landes sprechen einige Rom*nja die Staatssprache Rumänisch nur eingeschränkt und bevorzugen Russisch oder Romanes, was zusätzlich die Teilhabe erschwert.

Die Ursachen für Schulabbrüche sind laut UNFPA-Studie oft zu hohe Bildungskosten, große Entfernungen zu Bildungseinrichtungen und Gesundheitsprobleme (vgl. Porubin 2010), sowie Einschüchterungen und Meidung durch Mitschüler*innen (UN Women 2014: 11). Laut einer Umfrage des Romnja-Netzwerks *Moldsolidaritate* von 2019 gaben 20 Prozent der Kinder an, sich in ihrer Schule nicht wohlfühlen. Gleichzeitig glauben 42,4 Prozent der Rom*nja, dass Angehörige ihrer Minderheit nur eingeschränkten Zugang zu Bildung haben (vgl. Roma Women and Girls Network Moldova 2019: 2ff.). Die öffentliche Infrastruktur im ländlichen Raum ist überall sehr schlecht, öffentlicher Personennahverkehr ist nicht üblich. Teilweise haben Kinder von Rom*nja aufgrund fehlender Verkehrsanbindungen und nicht befahrbarer Wege in den Wintermonaten keine Möglichkeit, die Schule zu erreichen.

Schwierige medizinische Versorgung

Ähnliche Probleme gibt es hinsichtlich der Erreichbarkeit medizinischer Einrichtungen. Die medizinische Versorgung in der Republik Moldau ist aufgrund der wirtschaftlichen Situation des Landes eingeschränkt. Viele Verbesserungen der 2000er Jahre sind durch den Ärztemangel, Schließungen von medizinischen Zentren auf dem Land und mangelhafte finanzielle Ausstattung bedroht bzw. bereits rückgängig gemacht. Zwar wird die „medizinische Lage im

Land [als] schon besser als zu Zeiten der Sowjetunion“ (Fleck 2014) beschrieben, doch insbesondere im ländlichen Raum mangelt es den medizinischen Zentren und Landärzt*innen nicht nur an Ausstattung, sondern auch an Material für medizinische Tests und Geräte, gut ausgebildetem Personal und Zugang zu Medikamenten (Fleck 2014).

Apotheken gibt es im ländlichen Raum praktisch nicht und somit haben gerade chronisch kranke Personen und Personen mit langwierig zu therapeutierenden Krankheiten besondere Schwierigkeiten, sich mit Medikamenten zu versorgen. Das System der Krankenversicherung wie es seit 2004 in der Republik Moldau etabliert ist, hat zwar eine gewisse Verbesserung im Gesundheitsbereich herbeigeführt; dennoch schließt es insbesondere Menschen am Rande der Gesellschaft und unter der Armutsgrenze lebende Personen aus oder benachteiligt diese. Selbst die WHO stellte in einer Studie aus dem Jahr 2020 in Frage, dass es sich alle Moldauer*innen leisten können, die Kosten ihrer Gesundheitsversorgung zu tragen (WHO 2020).

Das Krankenversicherungssystem der Republik Moldau stützt sich auf die Beitragsleistungen seiner Mitglieder. Zwar gibt es offiziell eine Verpflichtung, sich zu versichern, dennoch können sich viele Menschen im Land den Beitrag schlicht nicht leisten. Die Republik Moldau ist das Land Europas mit den geringsten Gehältern, was einerseits die Einnahmen der Krankenkasse drückt, andererseits stark dazu beiträgt, dass viele - gerade arbeitsfähige junge Menschen und Menschen mit einer guten Ausbildung - das Land verlassen. Die Regierung selbst geht davon aus, dass in den letzten 20 Jahren ein Viertel bis ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung das Land verlassen haben, darunter viele Ärzte, Krankenschwestern/-pfleger und anderes medizinisches Personal. Die Durchschnittsgehälter im

Gesundheitsbereich lagen zuletzt bei 11.574,70 MDL, umgerechnet etwa 570 EUR, pro Monat (vgl. BNS 2021:141).

Das Krankenversicherungssystem leidet unter den geringen Beitragszahlungen und in einer Abwärtsspirale leidet die Bevölkerung unter immer schlechteren Bedingungen in der medizinischen Versorgung. Etwa zwölf Prozent der Bevölkerung sind nicht krankenversichert. Während im Jahr 2020 laut der staatlichen Krankenversicherungsgesellschaft etwa 87 Prozent der Bevölkerung insgesamt krankenversichert waren, ist dies nur bei 42 Prozent der Rom*nja der Fall (vgl. Equal Rights Trust 2016: 58 ff). In den meisten Fällen wird keine Krankenversicherung abgeschlossen aus finanziellen Gründen oder aus Gründen fehlender Identitätspapiere, die eine Registrierung bei der Krankenkasse verhindern. Nichtversicherte Personen haben damit keinen Anspruch auf Arztleistungen, die über begrenzte, sehr grundlegende Leistungen hinausgehen, und keinen kostenlosen Zugang zu Medikamenten.

Arztleistungen sind zusätzlich oft mit inoffiziellen Zahlungen verbunden, sowohl für die Behandlung als auch für Medikamente. Auch durch die Versicherung abgedeckte Behandlungen und Untersuchungen werden oft nur mit der nötigen Aufmerksamkeit und Gründlichkeit durchgeführt, wenn dafür Bestechungsgelder gezahlt werden. Auch Aufenthalte im Krankenhaus, welche durch die Versicherung abgedeckt sind, werden oft nur mittels „Zuzahlungen“ möglich; die Versorgung während dieser Zeit ist unzureichend. Insbesondere für Personen, die ohnehin Diskriminierung ausgesetzt sind und ohne finanzielle Mittel dastehen, sind (angemessene) Behandlungen durch medizinisches Personal teilweise nicht erhältlich (vgl. WHO 2020).

¹⁴¹Zum Vergleich: Die monatlichen Lebenshaltungskosten einer Person werden derzeit auf 13.237 MDL, umgerechnet 652,13 EUR, beziffert (vgl. Expatistan 2021), Anm. d. Hg..

Immer wieder gibt es zudem Berichte, dass Ärzt*innen sich weigern, Rom*nja als Patient*innen anzunehmen oder durch Verhalten und Aussagen deutlich machen, dass sie nicht erwünscht sind. Gerade im ländlichen Bereich, wo die Ärztedichte ohnehin gering ist, suchen viele Rom*nja aufgrund erlebter oder befürchteter Diskriminierungen keine Ärzt*innen auf. In einer Studie von 2019 zur Situation von Rom*nja gab jede dritte befragte Romni an, sich bei Ärzt*innen diskriminiert zu fühlen, in erster Linie durch herablassende Äußerungen des medizinischen Personals (76,4 Prozent) sowie durch Geldanfragen für eigentlich kostenlose Leistungen (23,6 Prozent). 28 Prozent der Frauen hatten in den letzten drei Jahren daher keine Ärzt*innen aufgesucht, auch nicht bei akuten oder dauerhaft bestehenden gesundheitlichen Problemen (Roma Women and Girls Network Moldova 2019: 2ff).

Viele Berater*innen und Sozialarbeiter*innen, die in Berlin in Aufnahmeeinrichtungen arbeiten, gehen davon aus, dass ein großer Teil der Moldauer*innen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, mit und wegen gesundheitlicher Probleme eingereist sind. Häufig sind dabei Fälle von Tuberkulose-Erkrankungen, HIV-Infektionen aber auch andere chronische Erkrankungen und oftmals Mehrfachdiagnosen. Insbesondere die Finanzierung von Medikamenten über einen längeren Zeitraum stellt viele Moldauer*innen in ihrem Land vor Probleme. Die Zuzahlungen zu den Medikamenten sind zum Teil trotz bestehender Krankenversicherung hoch, die medizinische Betreuung eher rudimentär und zugleich wenig auf die individuellen Bedürfnisse und Möglichkeiten der Patient*innen zugeschnitten.

Republik Moldau – ein sicheres Herkunftsland?

Aufgrund der Zuständigkeit der Berliner Außenstelle des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – neben wenigen weiteren Außenstellen¹⁴² - im Rahmen der bundesweiten EASY-Verteilung¹⁴³ für Asylanträge von Schutzsuchenden aus der Republik Moldau, stellen Moldauer*innen eine der Hauptherkunftsgruppen von Asylsuchenden in Berlin dar. Obwohl offiziell widersprochen, werden gerade die Rom*nja aus der Republik Moldau gesondert in bestimmten Unterkünften untergebracht und so behandelt, als handele es sich bei der Republik Moldau um ein sicheres Herkunftsland.

Erstaufnahmeunterkünfte sind zwecks Funktionalität generell oft schlechter ausgestattet als Gemeinschaftsunterkünfte. Aufgrund der schnellen Abschiebeverfahren bleiben viele Rom*nja daher die gesamte Zeit ihres Verfahrens in den Erstaufnahmeunterkünften. Eine Beschulung der Kinder findet dort nicht oder nur zögerlich statt und gerade im Zuge der Schulschließungen während der Corona-Pandemie 2020 gab es für die Kinder oft keine Möglichkeit, am Unterricht teilzunehmen, da weder die technischen Geräte vorhanden, noch die Unterkünfte ausreichend mit W-LAN ausgestattet waren. Berater*innen und Sozialarbeiter*innen vermuten, dass die überwiegend zentrale Unterbringung von Rom*nja aus der Republik Moldau auch dazu dient, leichter und unbemerkter abschieben zu können.

Dass dennoch so viele Rom*nja aus der Republik Moldau in Deutschland Asyl beantragen, hat nicht unbedingt mit den falschen Vorstellungen und Erwartungen der Menschen an das Leben hier zu tun. Viele kommen bereits zum wiederholten Male; viele wohnen und arbeiten bereits seit Jahren in anderen EU-Ländern und kennen die

¹⁴² Bramsche, Lebach, München, Regensburg. Seit März 2021 erweitert auf sechs weitere Standorte.

¹⁴³ Erstverteilung der Asylbegehrenden.

Lebensverhältnisse und die Diskriminierung von Rom*nja in Deutschland, Frankreich, Spanien etc.

Dass die Menschen dennoch kommen, zeigt vielmehr deren verzweifelte Lage. Für viele ist es realistischer eine angemessene medizinische Behandlung in Deutschland zu erhalten als in der Republik Moldau. Die Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen ist für viele besser erträglich, als den Winter in der Republik Moldau überstehen zu müssen - ohne fließend Wasser, ohne Zentralheizung und ohne dichte Fenster, Türen und Dächer. In Norden der Republik Moldau, wo viele Rom*nja wohnen, wird es im Winter im Durchschnitt -5°C , teilweise bis zu -30°C kalt. Insbesondere alte Menschen, Kranke und Kinder leiden massiv unter diesen Lebensbedingungen.

Die Corona-Pandemie hat die ohnehin prekäre Lage vieler Rom*nja verschärft. Obwohl insgesamt viele Menschen in der Republik Moldau auf die Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland angewiesen sind, sind Rom*nja von den Corona-Maßnahmen besonders betroffen. Laut Natalia Duminika, einer Menschenrechtsanwältin und Romni, befinden sich etwa 90 Prozent der Rom*nja in undokumentierten, unsicheren Beschäftigungssituationen; die meisten sind auf inoffizielle Arbeitsverhältnisse und saisonale oder dauerhafte (meist unversicherte und unregistrierte) Arbeit im Ausland angewiesen (vgl. Shupak 2020).

Das ist ein Resultat der starken Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Rom*nja sind damit auf dem regulären Arbeitsmarkt nahezu chancenlos und gezwungen, andere Arbeiten anzunehmen. Die fehlende Registrierung der Arbeitsstellen im Ausland und fehlende Arbeitsvisa geht jedoch automatisch mit fehlendem Versicherungsschutz und fehlender Sicherheit bei der Lohnzahlung einher. Während der Corona-Pandemie waren sie oft die ersten, die ihre Arbeit verloren haben und damit in ihre Heimat zurückkehren mussten. Damit fiel oft das einzige Einkommen ganzer Familien weg.

Abschiebungen trotz Corona

Trotz der Pandemie wurden 2020 und 2021 die Abschiebungen ohne Rücksicht auf die Lage im Land fortgesetzt. Der Flüchtlingsrat Berlin stellt fest, dass Berlin seit Juli 2020 nach kurzer Pause wieder vermehrt abschiebt: „überall hin, solange es nur technisch möglich ist. Die Infektionslage hier und im Zielstaat spielt offenbar keine Rolle mehr. Corona-Tests bei Abschiebungen gibt es nur, wenn der aufnehmende Staat es verlangt“ (Flüchtlingsrat Berlin 2020).

Auch auf die besonderen medizinischen Bedarfe wurde keine Rücksicht genommen. Beispielsweise wurde eine 73-jährige Frau nachts aus einer Unterkunft für besonders Schutzbedürftige abgeholt. Sie war gerade erst aus der Lungenklinik entlassen und nach Infektionsschutzgesetz zur ärztlich überwachten, medikamentösen Tuberkulosetherapie verpflichtet worden. Wie sie trotz Corona ihre Behandlung fortsetzen soll, ist unklar, zumal sie als Lungenpatientin und aufgrund ihres hohen Alters als Risikopatientin gilt und daher besonderer Schutzmaßnahmen bedarf (vgl. Flüchtlingsrat Berlin 2020).

Durch die Corona-Pandemie sind zudem alte Vorurteile in der Mehrheitsbevölkerung wieder befeuert worden. Rom*nja werden von Teilen der Bevölkerung für die ersten Infektionen in der Republik Moldau mit COVID-19 verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird immer wieder unterstellt, sie hielten sich bewusst nicht an Hygienemaßnahmen, würden Quarantäne bzw. Selbstisolationen nicht einhalten und Maßnahmen umgehen.

Aufgrund der Armut, den ausfallenden Einkommen und Überweisungen der im Ausland lebenden Verwandten verschärfte sich die finanzielle Situation in vielen Familien drastisch: „Ich bekomme Anrufe von Familien, die nichts zu kaufen haben, geschweige denn

Masken“¹⁴⁴, beklagt sich Varvara Nenitsa, eine Rom*nja-Mediatorin im Dorf Chetrosu in der Region Drochia (Shupak 2020).

Auch die Rom*nja-Mediatorin Silvia Feraru erwähnt im Interview die kritische Ernährungssituation während der Quarantäne: „Es gibt sozial gefährdete Familien mit vier oder fünf Kindern. Sie rufen mich an und sagen mir, dass sie nur eine Woche lang etwas zu essen haben“¹⁴⁵ (Shupak 2020).

Schluss

Corona hat die Situation der moldauischen Rom*nja zusätzlich verschlechtert, unabhängig davon, dass mit der im November 2020 gewählten Präsidentin Maia Sandu in der Republik Moldau die Hoffnung in der Bevölkerung aufkeimt, dass sich an der desaströsen Staatslage etwas verbessern wird. Insbesondere die Bekämpfung der Korruption könnte auch im Bereich von Bildung, der medizinischer Versorgung, Justiz und Polizei den Rom*nja zugutekommen.

Realistische Verbesserungen kann es jedoch nur geben, wenn der Staat realistische Zahlen als Grundlage seiner Unterstützungspolitik für die Rom*nja-Bevölkerung annimmt. Die in den letzten Jahren aufgesetzten Aktionspläne ¹⁴⁶ zur Unterstützung Rom*nja-Bevölkerung bringen nur dann spürbare Erfolge, wenn sie konsequent umgesetzt werden und finanziell ausreichend ausgestattet sind. Häufige Kritik von Vertreterinnen der Rom*nja gibt es jedoch an fehlenden Finanzmitteln für die vorgesehenen Aktivitäten der Aktionspläne, der fehlenden Evaluation der durchgeführten

¹⁴⁴ Übersetzung durch die Verfasserin.

¹⁴⁵ Übersetzung durch die Verfasserin.

¹⁴⁶ Die Regierung der Republik Moldau entwickelte und genehmigte Aktionspläne zur Unterstützung der Rom*nja-Bevölkerung für die Zeiträume 2007-2010, 2011-2015 und 2016-2020. Ein ähnlicher Aktionsplan ist auch für die folgenden Jahre 2021-2025 geplant.

Maßnahmen sowie der Unterbezahlung der Mediator*innen und der fehlenden Verankerung der geplanten Maßnahmen im Staatsbudget (Думиника 2015).

Rom*nja aus der Republik Moldau werden weiterhin nach Deutschland kommen, um die medizinische Versorgung zu erhalten, die ihnen in der Republik Moldau vorenthalten wird. Solange sich an der wirtschaftlichen Situation in der Republik Moldau, der Korruption und der alle Lebensbereiche umfassenden Diskriminierung von Rom*nja nichts Grundlegendes ändert, werden Moldauer*innen in Deutschland Asyl beantragen. Hinsichtlich der Lage der Rom*nja aus der Republik Moldau und der fehlenden Sicherheiten der Grundversorgung sollte die bisherige Lageeinschätzung der Bundesregierung revidiert werden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Abgeordnetenhaus Berlin (2021): Abschiebungen in die Republik Moldau / Abschiebungen von an TBC erkrankten Personen. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katina Schubert (LINKE) vom 14. Januar 2021 und Antwort vom 29. Januar 2021. Drucksache 18/26 177. Online verfügbar unter <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-26177.pdf>, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Auswärtiges Amt (2019): Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Moldau, Gz.: 508-516.80/3 MDA.

Berlin.de (2021): Erneut weniger neue Asylbewerber in Berlin, Mitteilung vom 12.01.2021: <https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/6411064-958092-erneut-weniger-neue-asylbewerber-in-berl.html>, zuletzt geprüft am 31.05.2021.

Berliner Morgenpost (2019): Senatorin rechnet mit mehr Flüchtlingen aus Moldawien, Artikel vom 31.12.2019:

<https://www.morgenpost.de/berlin/article228028633/Senatorin-rechnet-mit-mehr-Fluechtlingen-aus-Moldawien.html> (abgerufen am 08.04.2021).

Biroul Național de Statistică al Republicii Moldova (2021): [Populația cu reședință obișnuită](#), <https://statistica.gov.md/category.php?l=ro&idc=103&>, zuletzt geprüft am 31.05.2021.

Biroul Național de Statistică al Republicii Moldova (Hg.) (2021): Căștigul salarial mediu lunar și indicele numărului mediu al salariaților în trimestrul II 2021. Online verfügbar unter <https://statistica.gov.md/newsview.php?l=ro&idc=168&id=7112>, zuletzt aktualisiert am 01.09.2021, zuletzt geprüft am 08.11.2021.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Fragestunde im Deutschen Bundestag am 16. Dezember 2020. Frage 14 der Abgeordneten Ulla Jelpke, 16.12.2020. Online verfügbar unter https://www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2020/12/MF-14-Zahl_Abschiebungen_2020.pdf, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Cozonac, Cornelia (2009): Copii fără nume. Drepturile copilului. In: *Centrul de Investigații Jurnalistice*. Online verfügbar unter <https://investigatii.md/ro/investigatii/drepturile-copilului/copii-fara-nume>, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Deutscher Bundestag (2021): Abschiebungen und Ausreisen 2020. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/27007, 25.02.2021. Online verfügbar unter <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/270/1927007.pdf>, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Думиника, Наталья (2015): Чаше всего в Молдове дискриминируют по этническому признаку. News Maker, 16.04.2015. Online verfügbar unter <https://newsmaker.md/rus/novosti/natalya-duminika-chashche>

vsego-v-moldove-diskriminiruyut-po-etnicheskomu-priznaku-11557/,
zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Equal Rights Trust; Promo-Lex (2016): From Words to Deeds. Addressing Discrimination and Inequality in Moldova. London (The Equal Rights Trust Country Report Series, 7). Online verfügbar unter https://www.equalrightstrust.org/sites/default/files/ertdocs/From%20Words%20to%20Deeds%20Addressing%20Discrimination%20and%20Inequality%20in%20Moldova_0.pdf, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Expatistan (Hg.) (2021): Cost of living in Moldova. Online verfügbar unter <https://www.expatisitan.com/cost-of-living/country/moldova>, zuletzt geprüft am 08.11.2021.

European Commission against Racism and Intolerance; Council of Europe (Hg.) (2018): Raportul ECRI privind Republica Moldova. (al cincilea ciclu de monitorizare). Strasbourg. Online verfügbar unter <https://rm.coe.int/fifth-report-on-the-republic-of-moldova-translation-in-official-langua/16808de7d9>, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Fleck, Klaus (2014): Medizinische Hilfe. Online verfügbar unter <https://moldovahilfe.de/medizinische-hilfe/>, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Fleck, Klaus (2014): Ärztliche Versorgung in der Republik Moldau: Unterwegs im Armenhaus Europas. Themen der Zeit. In: *Deutsches Ärzteblatt*, 2014 (11). Online verfügbar unter <https://www.aerzteblatt.de/archiv/156739/Aerztliche-Versorgung-in-der-Republik-Moldau-Unterwegs-im-Armenhaus-Europas>, zuletzt geprüft am 02.05.2021.

Flüchtlingsrat Berlin, Pressemitteilung vom 21.12.2020. Online verfügbar unter <https://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/4658/>, zuletzt geprüft am 08.03.2021.

Fundația Soros-Moldova (2011): Percepțiile populației din Republica Moldova privind fenomenul discriminării: studiu sociologic. Chișinău. Online verfügbar unter

<http://soros.md/files/publications/documents/Studiu%20Sociologic.pdf>,
zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Гнаткова, Ольга: Трудная школа - Почему (не) учатся ромы, Reportage о.Ж. [vermtl. 2015] in: News Maker: <https://newsmaker.md/rus/novosti/trudnaya-shkola-pochemu-ne-uchatsya-romy-40399/> (abgerufen am 27.02.2021)

Holzapfel, Kristina (2022): Diskriminiert und abgelehnt. Zur Situation schutzsuchender Rom*nja aus der Republik Moldau. Hg. v. Pro Asyl und Flüchtlingsrat Berlin e.V. Online verfügbar unter https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/220210_BHP_PA_Moldau_final-1.pdf, zuletzt geprüft am 22.02.2022.

Joint Equal Opportunities Initiative project (2019): Unequal Moldova. Analysis of the most relevant inequalities in The Republic of Moldova. Online verfügbar unter https://eef.md/media/files/files/unequal-moldova-report-english-web_1278956.pdf, zuletzt geprüft am 02.05.2021.

Porubin, Natalia (2010): Moldova mai are analfabeti. In: *Centrul de Investigatii Jurnalistice*. Online verfügbar unter <https://www.investigatii.md/ro/investigatii/mediu/moldova-mai-are-analfabeti>, zuletzt geprüft am 03.04.2021.

Roma Women and Girls Network Moldova “Moldsolidaritate” (2019): Manifest - The Roma women in the Republic of Moldova (Englische Version). Online verfügbar unter https://www.academia.edu/42018915/Manifest_on_situation_of_Roma_women_and_girls_in_Moldova_ENG, zuletzt geprüft am 03.04.2021.

Rorke, Bernard (2021): Blighted Lives: Romania Children in State Care. European Roma Rights Centre. Burssels. Online verfügbar unter http://www.errc.org/uploads/upload_en/file/5284_file1_blighted-lives-romani-children-in-state-care.pdf, zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Shupak, Marina (2020): Как живут ромы Молдовы во время эпидемии. Online verfügbar unter

<https://newsmaker.md/rus/novosti/mnogie-romy-nemogut-pozvolit-sebe-takuyu-roskosh-kak-maski-kak-zhivut-romy-vovremya-pandemii-vmoldove/> zuletzt geprüft am 01.05.2021.

Unicef Moldova (2018): Roma children, Inclusion and reintegration of Roma children into the education system. Online verfügbar unter <https://www.unicef.org/moldova/en/what-we-do/roma-children>, zuletzt geprüft am 03.04.2021.

UN Women (2014): Studiu cu privire la situatia femeilor si fetelor rome din Republica Moldova

World Health Organization (2020): Can people afford to pay for health care? Online verfügbar unter <https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/337540/WHO-EURO-2020-1598-41349-56295-eng.pdf>, zuletzt geprüft am 03.04.2021.

World Directory of Minorities and Indigenous Peoples (2018): Moldova. Roma. Online verfügbar unter <https://minorityrights.org/minorities/roma-22/#:~:text=Roma%20represent%20one%20of%20the,actual%20figure%20is%20around%20250%20000>, zuletzt geprüft am 03.04.2021.

Teil III

Berlin: Perspektiven aus der Sozialen Arbeit

Part III

Berlin: Social Work Perspectives

Das ohnmächtige Haus in der ohnmächtigen Stadt. Ein Bericht aus der Corona-Zeit 2020

Eva Ruth Wemme

*Im Frühsommer 2020 war die erste Infektionswelle der Corona-Pandemie bereits abgeklungen, in verschiedenen Städten und auch in verschiedenen Bezirken Berlins tauchten sogenannte „Hotspots“ erhöhter 7-Tage-Inzidenzen auf. Zu diesem Zeitpunkt versuchte man, dieser Lage mit Quarantänisierung ganzer Städte oder - wie im folgenden Berliner Fall - von Häuserkomplexen Herr zu werden. Oft handelte es sich bei den unter Quarantäne gestellten Menschen um südosteuropäische, rumänische Bürger*innen, oft der Ethnie der Rom*nja zugehörig.*

Die Presse reagierte teilweise diffamierend, teilweise aufklärerisch, der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma meldete sich zu Wort, „die Pandemie orientiere sich nicht an der Abstammung“, die Boulevardpresse bestürmte und belagerte die Quarantänehaushalte und machte sich teilweise zum Beschwerdeorgan mit antiziganistischem oder doch unentschiedenem Unterton. Der ungenaue Blick auf diese Situationen wurde allenfalls im Falle der rumänischen Arbeiter der westfälischen Fleischfabrik Tönnies geschärft, weil diese Geschichte in die weitaus „angesagteren“ Debatten um Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Konsumverhalten überführt werden konnte.

Um die weniger anschlussfähige Situation der ghettoisierten „Corona-Häuser“ noch einmal in den schärferen Fokus zu nehmen, werden im Folgenden einige Mechanismen detailliert beschrieben und

interpretiert. Der Text ist semi-fiktional, es geht nicht um Denunziation, das ist mir ein Anliegen, darum werden einige Details verfremdet erscheinen.

*Es geht vielmehr um ein Nachdenken über Integration. Oft ist dieses Wort unter Sozialarbeiter*innen verpönt, ich kann die Skepsis verstehen, aber ich habe es im Kontext der Psychologie gefunden und in diesem Sinne als nützlichen Begriff kennengelernt. Integration wird besonders in Fällen von Trauma und Dissoziation aber auch in bloß alltagsneurotischen Fällen von Abspaltung verschiedener Persönlichkeitsanteile (Scham, Wut, Angst etc.) als Therapieziel angestrebt. Mit diesem Wissen soll versucht werden, zu verstehen, „was passiert ist und passiert“ und wie es sich lohnen könnte, das Ziel der Integration ins Auge zu fassen.*

*

Tage zuvor hatte mich Fanny Chirilă¹⁴⁷, eine meiner Klientinnen aus einem weiter entfernten Haus, einer anderen Gegend der Stadt anrufen. Ich war gerade unterwegs und hörte ihr im Gehen zu. Unbekannte behaupteten, sie wollten die Bewohner ihres Hauses auf Corona testen, sie redeten auf Deutsch auf die rumänischen Bewohner ein, niemand verstand etwas. Alle hatten Angst. Ob es so etwas gäbe, ohne Ankündigung? Ob sie getestet würde, weil jetzt alle Ausländer getestet würden, oder alle Rom*nja? Wäre das nicht fragwürdig? Ob zu mir auch solche Leute gekommen wären?

Ich war empört und sagte ihr, sie sollte die Leute nicht hereinlassen, ich schnaubte, dass man sich ihr gegenüber nicht alles herausnehmen dürfte. Auf der Straße, in Eile, hatte ich keine Möglichkeit, zu recherchieren. Intuitiv vermutete ich, dass es Betrüger waren, echte Behörden gingen so ganz sicher nicht vor. Fanny war vernünftig und ließ keinen Test machen. Es waren allerdings tatsächlich Mitarbeiter des Gesundheitsamts. Eine rumänische Glaubensgemeinschaft, der auch

¹⁴⁷ Alle Namen hier und an allen weiteren Stellen wurden geändert.

sie angehörte, stand unter Corona-Verdacht. Ein Priester war erkrankt, der kurz zuvor in einer übervollen Kirche eine Predigt gehalten hatte. Ich hatte nicht nachgedacht.

Diese Begebenheit hat einen emblematischen Charakter: Sie zeigt die dissoziative¹⁴⁸, also abspaltende Dynamik im Umgang von Gadsche¹⁴⁹ und Rom*nja... und die schädlichen Folgen, die das Fehlen einer einbindenden, integrativen Instanz hat. Erst unter Pandemiebedingungen wurde das Dysfunktionale daran allen deutlich, weil die von einem Virus bedrohte Stadt Solidarität unabhängig von Ethnie und Herkunft gebraucht hätte, die auf lebensgefährliche Weise nicht vorhanden war - aufgrund der Tatsache, dass im Umgang mit Rom*nja Abspaltung während einer Pandemie für die beste Lösung gehalten wurde.

Als in den Zeitungen von den Ausbrüchen berichtet wurde, hatten wir Berater*innen geschlussfolgert, dass es vielleicht auch Fälle in den uns bekannten Familien geben könnte. Manche waren bereits zwischen Tür und Angel getestet worden, wie es bei Fanny hätte geschehen sollen, manche waren infiziert und warnten uns, andere kamen trotzdem zur Beratung in unser Büro, sie hielten die Infektion geheim, das Coronagespenst schien zu groß oder zu gadsche-gemacht, die Kinder spielten mit anderen, nichtinfizierten Kindern. Die Pandemie warf einen ersten Schatten von Scham über uns und die Klient*innen. Zwei Kolleg*innen vom Kindersportprogramm hatten sich bei Klient*innen angesteckt. Im Rathaus antwortete man gleichmütig, man würde in den nächsten Tagen unsere Sorge an zuständige Stellen weiterleiten.

Es machte uns unruhig, dass es offensichtlich keinerlei Kontaktnachverfolgung gab, wir wussten, dass manche vor dem Test unwissend mit Risikopatient*innen zusammen gewesen waren. Die „Commu-

¹⁴⁸ Dissoziation ist ein Begriff aus der Psychologie, mit dem verschiedene Arten der Abspaltungen beschrieben werden, sie betreffen Gedankeninhalte, Körperfunktionen, Erinnerungen u.a.

¹⁴⁹ Nicht-Rom*nja.

nity“ galt als Gemeinschaft von Menschen, mit denen man nicht kommunizieren konnte, zu schwierig, auch das stand in der Zeitung. Wir vermuteten: Darum hatte man das individuelle, zwischenmenschliche Kommunizieren insgesamt aufgegeben und vertraute auf die Behandlung der Rom*nja als „Herde“.

In den Bildschirmausschnitt gerät der Beauftragte des Stadtrats, ein offenes Sakko, wie gerne wäre er in dieser Sommerhitze leichter bekleidet, man zeigt ihm offenbar den Laptop in dem fremden Büro, in dem er zwischen zwei Terminen die Videokonferenz abhalten will, er setzt sich, richtet seine abstehenden Haare. Seine hastigen Bewegungen wirken tatkräftig. In der professionellen Sorge um seine Bürger*innen in diesen schlimmen Zeiten ist eine verschämte Euphorie zu erkennen. Im Sommer 2020 hat die Pandemie noch etwas Abenteuerliches und Filmszenariohaftes.

Am Vortag hat die Presse geschrieben, vier Häuser im nördlichen Stadtteil wären unter Quarantäne gestellt worden. Es wäre eine Entscheidung gefallen: Die „Verdächtigen“ wären quarantänisiert. Den Sozialarbeiter*innen ist bei der morgendlichen Zeitungslektüre aufgefallen, dass dort nicht nur „die Community“ wohnt, sondern auch andere Menschen, die ganz andere Sprachen sprechen und andere Kirchen besuchen. Aber nun sitzen sie am Bildschirm, sehen dem Beauftragten ins Gesicht und sind Teil des Szenarios.

Der Beauftragte hat sich vorgenommen, so sagt er, die Sozialarbeiter*innen und Berater*innen des Nord-Quartiers „ins Boot zu holen“. Er nennt sie die Schnittstelle. „Ich baue auf Sie und ich danke Ihnen, dass Sie uns in dieser schweren Lage helfen und Vermittler sind. Seien sie für die Bewohner der Häuser da. Wir werden alles dafür tun, dass Sie in Sicherheit sind. Ihre Gesundheit geht vor. Tun Sie nur, was Sie verantworten können.“ Er sichert FFP3-Masken zu, er möchte in diesen Tagen große Gesten machen. In den Küchen und Wohnzimmern der Sozialarbeiter*innen erscheint der Beauftragte im Pixelnebel des

Dialog-Fensters wie in einer Hitzewolke, es muss mit schweißtreibender Schnelligkeit gehandelt werden, es kann jetzt nicht um Perfektion gehen. „Die Menschen brauchen uns“, sagt er und die Sozialarbeiter*innen wissen, was in seinen Pupillen schwimmt. Sie kennen diese Art von abstrakter Erregung: Alles, was wir jetzt tun, ist sinnvoll. Es geht um Menschenleben. Wir tragen Verantwortung. Diese Art von Selbstermächtigung.

Im Rathaus weiß man, dass die Berater*innen die rumänischen Bewohner*innen seit Jahren kennen, dass sie gute Beziehungen zu ihnen haben, die Finanzierung ihrer Arbeit wird von den Beauftragten unterstützt. Sie sind die Schnittstelle, denn natürlich gibt es einen Schnitt in der Gesellschaft. Man weiß, dass in den Häusern Rom*nja wohnen. „Sie sollen nicht bei den Testungen dolmetschen. Dafür haben wir Leute. Sie sind für die allgemeine Kommunikation da.“ Heißt das, sie sollen für Reibungslosigkeit sorgen und beide Seiten einander verfügbar machen? Verfügbar im Sinne zwischenmenschlicher Konsumierbarkeit. Bei diesem Konstrukt scheint ein Aspekt zu fehlen. Welcher ist es? Niemand kommt in der Eile darauf.

Ich sehe auf den Bildschirm und lächle. Ich versuche zu verstehen, welchen Tatsachen ich verpflichtet bin. Unser Geschäftsführer sagt eine Zoom-Konferenz später, wir wären ausschließlich unserer Gesundheit verpflichtet und er würde darum bitten, äußerst vorsichtig zu sein, wenn wir bei den Häusern arbeiten wollten. Eine Kollegin und ich haben zugesagt. Die Kollegin murmelt mit leiser Selbstironie, es wäre eine Art Abenteuer, und damit sagt sie wahrscheinlich das Einzige, was in diesem Moment Hand und Fuß hat.

Meine Kollegin und ich haben den beunruhigenden Gedanken, dass es um Schutzlosigkeit und Ohnmacht geht, auf allen Seiten. Wir reißen uns also bei denen ein, die versuchen, die Kontrolle zu behalten. Ich frage mich aber nicht, ob meine Beziehung zu Maria Stancu und den anderen das, was jetzt kommt, aushält. Noch bin ich voller Elan und am nächsten Tag am Haus, die Presse schreibt: „Sozialarbeiter sind

vor Ort“, das soll die Kompetenz der Stadt veranschaulichen: die gelungene Eindämmung und Versorgung der lebensrettenden Grenze. Ich versuche, mich nicht als Instrument zu sehen, sondern gehe als die, die ich bin, zu Marias Haus. Es herrscht Angst, das vermute ich, als ich vor dem Haus auf dem sonst nie so menschenleeren Bürgersteig stehe und an der Fassade hinauf sehe. Klingelknöpfe gibt es nicht, abgeschraubt. Eingeschlagen.

Ich gehe nicht ins Haus, gestern ist meine Kollegin mit Visier und Maske die Türen abgegangen und hat Informationsblätter verteilt. Ich überlege mir, ob die Luft das Virus überträgt? Muss ich Angst haben, dass aus den Fenstern die Krankheit ausdünstet? Maria öffnet die Fensterflügel und lehnt sich über das Fensterbrett, ich hatte noch nie Angst vor dem, was zwischen uns ist. Ich halte Abstand. Maria soll es nicht persönlich nehmen, sage ich. Das tut sie nicht. Andere Frauen haben aber eine neue Distanziertheit im Gesicht. Später höre ich, dass wir vom Quartiersbüro für die Anstifter der Quarantäne gehalten werden. Vielleicht stimmt das auch. Wir sprechen darüber, wie schwer die Krankheit zu sein scheint, in Italien sterben viele Menschen, wir haben es im Fernsehen gesehen. Wir schauern. „Aber hier im Haus ist niemand krank“, sagt sie, sie hat von niemandem gehört. Ich sehe ihre Irritation, warum steht das Haus dann unter Quarantäne? Es muss jemand krank sein, sage ich. Es ist deutlich, ich weiß so wenig oder noch weniger als sie.

Als ich mit der Koordinatorin telefoniere, sagt sie, es gäbe zwei infizierte Familien, aber Namen würden vom Gesundheitsamt nicht genannt. Wir müssten aufpassen. Diese Nachricht verursacht einen ersten Anflug von Paranoia. Auch wenn das Prinzip des Datenschutzes klar ist. Die Reibungslosigkeit, für die ich angeblich sorgen soll, verflüchtigt sich schon jetzt.

Andere Fenster gehen auf, ich lege den Kopf noch weiter in den Nacken, aus dem vierten Stock grüßt ein Ehepaar, sie drücken mit einem stummen Lächeln ihre Ratlosigkeit aus. „Wir haben nichts, wir sind

gesund“, sagen sie dann. „Ihr könnt krank sein, ohne etwas zu merken“, sage ich und denke, wenn es positiv Getestete gibt, dann werden wenigstens sie selbst es wissen. „Wir wollen getestet werden, wir haben nichts“, sagen Maria und das Ehepaar. Noch niemand ist getestet worden, seit das Haus unter Quarantäne gestellt wurde. „Die sperren uns hier ein, aber sie sagen nicht, was mit uns ist“. Das Wochenende kommt, keine Testungen bis Montag. Wieder warten.

„Kontrolliert ihr uns?“, ruft einer aus dem Fenster, als er mich so tatenlos und ohne Antworten auf dem Gehweg stehen sieht, und ich höre zum ersten Mal dieses „Ihr“. Schlagartig wird mir klar, dass ich hinter einer schon nicht mehr ganz so unsichtbaren Grenzlinie stehe. „Steht ihr vor dem Haus, damit keiner rausgeht?“, ruft der Mann im zweiten Stock und sieht zynisch in mein Gesicht, in dem ich versuche, Bedauern zu zeigen, „ich bin hier, falls Sie Fragen haben“, sage ich und denke daran, dass ich vielleicht wirklich leicht zu verwechseln bin mit den Polizeiautos, die alle paar Stunden im Schritttempo am Haus vorbeifahren. Ich nehme ein paar Bestellungen für Nahrungsmittel und Medikamente auf, es ist nicht einmal geklärt, wer das bezahlen wird.

Am Montag wird getestet, eine Sprachmittlerin ist dazu bestellt, wir sind nicht informiert worden, um die Bewohner noch einmal zu instruieren. Ein paar Bewohner weigern sich, getestet zu werden, sie sind wütend und wollen jetzt jeder weiteren Kontrolle entgehen. Es ist ihnen zu viel geschwiegen worden in dieser Angstsituation. „Wie Tiere behandelt ihr uns, mit uns braucht man nicht zu sprechen. Uns sperrt man ein und einen echten Grund braucht ihr dafür nicht mal, ich verklage euch“, sagt ein Mann zu mir, mit dem ich schon so viel erlebt habe, und ich dachte, es würde uns für immer verbinden. Von 2021 aus gesehen, verhält er sich nicht anders, als viele Deutsche auch. Es ist keinesfalls eine „typische“, ethnologisch begründbare Unvernunft. Aber er steht unter Beobachtung, das bedeutet, er steht zur Beurteilung, und es scheint irrelevant, dass die Aufnahmekapazität an Bevormundung für ihn, Jacob Ghinea, einen vernünftigen Mann, bereits im Juni 2020 erschöpft ist.

„Ihr“, sagen manche Bewohner und ich lege meine Enttäuschung darüber zur Seite, weil ich mir klar mache, dass das Pendel der Verallgemeinerung jetzt zu „unserer“ Seite ausschlägt, nachdem es so oft zu „ihnen“ geschwungen ist. Das „Sie“ oder „diese dort“ spielt in dieser Situation deutlich eine ausschlaggebendere Rolle als das Miteinander.

Natürlich ärgert es mich auch, dass manche Familien offenbar geheim halten, wenn sie infiziert sind. „Niemand sagt das“, sagen die Teenies, die über der Balkonbrüstung lehnen. Maria sagt: „Ich würde es sagen. Es ist zum Wohle aller.“ Ihr Mann, der hinter ihr im Fensterrahmen erschienen ist, nickt: „Wann kommen die Ergebnisse?“ Diese Frage kann ich schon wieder nicht beantworten: „Bald“. Ich nehme wieder Einkaufslisten entgegen.

Der Einkauf des Beauftragten hat nicht für alle Quarantänehäuser gereicht. Also hat er jetzt einen weiteren Transport von Nahrungsmitteln organisiert und er soll am Abend ankommen. Es ermuntert mich, endlich eine konkrete Nachricht an die Bewohner zu übermitteln. Abends kommen von den in den letzten Tagen ungewöhnlich schweigsam gewordenen Hausbewohnern ein Duzend Nachrichten auf mein Handy. „Gift! Ihr vergiftet uns!“, „Das ist Hohn und Spott!“, „Wir haben Kinder, habt ihr daran nicht gedacht? Die Sachen sind längst abgelaufen. Wollt ihr unsere Kinder vergiften?“, dazu Fotos von braunen Bananen und fauligen Pilzen und Keksen, die vor zwei Jahren das Haltbarkeitsdatum überschritten haben. Dieses Mal trifft mich das „Ihr“ noch demütigender. Ich weiß, dass die Lebensmittellieferung die Grenze ihrer Ohnmacht aktiviert hat, in diesem Moment sind die Bewohner endlich wieder handlungs- und urteilsfähig, und sie können sich kaum beruhigen. Die Lieferung ist von einer Organisation gekommen, die für Obdach- und Mittellose abgelaufene Lebensmittel sammelt.

Unter den Kolleg*innen besprechen wir uns und versuchen zu verstehen, was passiert ist. Ein Kollege sagt: „Ich glaube, wir [Gadsche, d. Hg.] können es uns nicht vorstellen, was es für einen Rom bedeutet,

von uns kollektiv unter Quarantäne gestellt zu werden. Es ist unvorstellbar.“ Wir denken daran und versuchen, uns wenigstens vorzustellen, unsere eigenen Wohnblocks stünden plötzlich unter Quarantäne und wir würden tagelang nicht getestet und nach den Tests würden die Ergebnisse nicht mitgeteilt. Wir vermuten, dass es diese Situation so nicht geben würde. Auf Facebook beobachtet unsere Koordinatorin, wie unter dem Druck der Situation Verschwörungsmymen aufblühen, die „Community“ erfindet, da sie anderswo Schweigen begegnet, eine eigene Geschichte, die sich durch das Misstrauen nährt, das ihnen ihre Lage einflößt.

Als nach vier Tagen noch immer keine Testergebnisse kommen, beginne auch ich, misstrauisch zu werden. Auch in meinen Synapsen kombinieren sich Fakten zu einer Parallelgeschichte. Will man die Bewohner über ihren Gesundheitszustand im Dunkeln lassen, um die Quarantänezeit voll auszuschöpfen und die „unkontrollierbare Gefahr durch die Roma“ zu bannen? Die Männer kommen morgens auf den Gehweg und sagen, sie bräuchten ein schriftliches Testergebnis, wenigstens eine schriftliche Bestätigung der Quarantäne, ihre Vorgesetzten auf der Baustelle würden ihnen nicht glauben, dass sie nicht aus dem Haus könnten. Aber es gibt nichts Schriftliches. Keine Bestätigung und keine Testergebnisse. Auch auf Anfrage der Koordinatorin nicht. Zum Glück wird keinem eine Kündigung ausgesprochen, zum Glück wird keinem deshalb die Sozialleistung versagt. Aber das ist nur Zufall.

Als ich eine weitere Nahrungsmittellieferung ankündige, schimpfen ein paar Männer, wir sollten uns das Essen sparen, sie bräuchten nichts, nur die Ergebnisse, damit sie endlich wüssten, woran sie wären. Am Abend rollt die Hilfsorganisation an, die roten großen Autos des Katastrophenschutzes, Männer und Frauen in Schutzanzügen, einer Art Uniform in Rot, andere, die filmen, weil die Organisation so selten Katastropheneinsätze hat und bei der Gelegenheit gleich einen Lehrfilm drehen will. Wieder kommen Handynachrichten. Das überfallartige Eintreffen der Helfer*innen mit ihren Kisten verängstigt manche

Bewohner*innen und ärgert die, die sehen können, dass dieser Aufmarsch jetzt restlos alle Blicke in der Umgegend auf sie lenkt. Sie sind in den letzten Tagen von der Straße aus beschimpft worden. „Corona-Zigeuner“. Niemand im Haus will mehr Aufmerksamkeit schürende Aktionen. Immerhin ist der Inhalt der Pakete zufriedenstellend. Auch dieses Intermezzo ist überstanden.

Am nächsten Morgen fahre ich erst zur Schule und bringe die Zeugnisse der Kinder zum Haus. Testergebnisse hat es immer noch keine gegeben. Eine Helferin ist vom Bezirk bestellt, die uns unterstützen soll, eine nette junge Frau, die sich bei einem anderen der Quarantänehäuser nicht mehr blicken lassen kann, weil sie sich unbedachterweise mit den Drogenhändlern und illegalen Glücksspielern angelegt hat, die dort wie auch in unserem Haus die Räume im Erdgeschoss belegen und das Vermieten der darüber liegenden Wohnungen an Rom*nja als unaufwendiges Alibi für ihre Existenz nutzen, und vermutlich dem sogenannten Hausmeister in die Tasche arbeiten. Im Übrigen hatte auch einer der Kellner am ersten Tag überrascht reagiert, als ich sagte, das Haus stünde unter Quarantäne und hatte dann verwundert sein Café geschlossen, in dem er schon begonnen hatte, zu servieren. „Keine Information gekriegt“, sagte er schulterzuckend.

Als ich mich für eine Pause vom Haus entferne, lassen mich schrille Stimmen hinter mir wieder umdrehen. Aus den Fenstern schreien Frauen und Männer, Maria am lautesten: „Haut ab! Schämt euch! Wir wollen nicht gefilmt werden!“ Ich komme unter ihr Fenster und die Stimmen sind so schrill, dass ich sie erst nicht verstehe: „Sie hat uns fotografiert. Sie hat unsere Kinder ausgefragt!“. Petre Danescu, ein besonnener alter Herr, ruft empört zu mir herunter: „Lasst uns in Ruhe!“, und dass er mich als diesem „Wir“ zugehörig sieht, beschämt und enttäuscht mich wieder zutiefst, ich gewöhne mich nicht daran. Ein Mann erklärt mir, eine Frau wäre den ganzen Tag schon ums Haus geschlichen und hätte gelauscht und geschaut und niemand hätte gewusst, wer sie wäre. Und dann hätte sie Fotos gemacht und wäre vor den schreienden Leuten weg gelaufen. „Sie ist da lang!“

Ich fahre ihr auf dem Rad hinterher. Eine weiß gekleidete junge Frau, die mir heute Morgen schon aufgefallen ist, weil sie irgendwie wartend aber zufrieden auf dem Trottoir gestanden hat. Ich hole sie ein und frage, was sie mit den Fotos machen will. Sie sagt: „Die Leute brauchen sich keine Sorgen zu machen, wir benutzen sie nicht gegen sie“. Sie wirkt wie eine Studentin, als sie sich mit diesem Satz einen gewissenhaften und naiven Anschein geben will. „Wer ist ‚wir‘?“, frage ich, sie nennt den Namen einer der größten Boulevardzeitungen. Ich bin kurz verwirrt, dann drohe ich ihr reflexhaft Ärger an, endlich ist eine Machtgeste möglich in der ganzen Ohnmacht. Danach habe ich mich geseht.

Als ich zum Haus zurück gehe, sagt Herr Danescu noch einmal: „Verschwindet einfach alle vor unserem Haus“. Ich begreife, dass er recht hat. Nur der junge Andrei Ducea kommt noch einmal heraus und fragt, ob eine an Corona erkrankte Schwangere trotzdem ins Krankenhaus zur Entbindung dürfe. Ich erkläre ihm, was zu tun ist, und frage, um wen es ginge. „Eine Bekannte, sie wohnt hier nicht“. Seine Frau steht kurz vor der Geburt, das weiß ich. Er will nur die Information, keine Verbindlichkeit.

Solidarität, ist das Wort, das mir einfällt, weil es gerade so oft in den öffentlichen Reden genannt wird. Corona und Solidarität. Aber dazu gehört auch das Gegenstück: Corona und Abwehr.

Die Testergebnisse kommen nicht, dafür eine zweite Testung, deren Sinn keiner versteht. Uns erreicht eine Mail von der Stadt, es würden am nächsten Morgen freiwillige Tests gemacht, die Tester*innen würden von einer Polizeistreife begleitet, die Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamtes wären in diesem Haus beim letzten Mal aggressiv angegangen worden. Wir bleiben an dem Tag zu Hause.

Die Antwort der Behörden auf unsere Entscheidung: Das Gesundheitsamt hat einen Versorgungsauftrag gegenüber der Bevölkerung.

Dieser Auftrag ist so hoch gewertet, dass er selbst dann noch gewährleistet werden muss, wenn die Personen, um deren Versorgung es geht, die Versorgenden bedrohen. Selbstverständlich kann es im Rahmen Ihrer beratenden Tätigkeit sinnvoll sein, nicht gemeinsam mit Behörden aufzutreten.

Was bedeutet die Häufung des Wortes Versorgung? Ist das ein Hinweis auf die eigene Unterversorgung der Behörde mit was auch immer? Ist das eine Selbstaufwertung der Behörde und Beschämung der Opfer als Täter*innen? Und wie kommt es, dass unsere Abkehr von den Behörden wirklich als sinnhaft angesehen wird? Fronten tun sich in der allgemeinen angst- und moralgesättigten Atmosphäre der Pandemie auf.

Auch jetzt gibt es noch keine Testergebnisse, ich bekomme Herzklopfen, unsere Koordinatorin versucht zu telefonieren, Daten einzuholen, sie erreicht nichts.

Erst nach zehn Tagen gibt man uns die Erlaubnis des Gesundheitsamtes weiter, wir dürften im Namen der Bewohner*innen, vorausgesetzt, wir könnten Name und Geburtsdatum nennen, die Ergebnisse per Telefon erfragen, das wäre dem Amt lieb, denn die Bewohner*innen könnten schließlich kein Deutsch. Kurz vor Ende der Quarantäne, gleichzeitig vor dem Wochenende, werden den Bewohner*innen ihre Ergebnisse zugänglich gemacht. Die meisten rufen selbst an, so viel Deutsch können sie, wir geben ihnen die Nummer weiter. Den letzten Rest datenschutzrechtlicher Würde wollen wir nicht antasten.

Am Ende kommt ein Brief von der Stadt an die Bewohner*innen:

„Wir wissen, dass dies eine große Herausforderung für Sie war. Ebenso bitten wir Sie um Nachsicht, wenn wir Ihnen angesichts der durch die Größe des Ausbruchsgeschehens für uns alle schwierigen Lage nicht immer alle nötigen Informationen rechtzeitig liefern konnten und auch eine schnelle Erreichbarkeit für Sie fehlte. Besonders

schwierig war sicher die zum Teil verzögerte Übermittlung der Testergebnisse, die vordergründig durch logistische Probleme begründet war. Gesundheitlich ist Ihnen jedoch dadurch kein Nachteil entstanden...“

Einige Bewohner*innen schreiben eine Antwort:¹⁵⁰

Die Nahrungsmittellieferung am Donnerstagabend kommt mir vor wie ein Hohn. Vor allem, weil auch Lebensmittel speziell für Kinder dabei waren. Bittere Melonen, alte Süßigkeiten.

Aber Essen hin oder her, holen Sie uns aus diesem Gefängnis. Wir leben hier sehr beengt, wir würden gern wie alle anderen leben, wir arbeiten hier seit vielen Jahren und werden behandelt wie Tiere. Seit Jahren hören Sie uns immer wieder an und nichts ändert sich.

Nachts kommen alle möglichen Kriminellen, Drogensüchtigen und Betrunkenen aller Nationen in diesen Müll-Wohnblock. Und wir bezahlen hier Betriebskosten und sehr teure Miete.

Wir sind eine Familie und wohnen in einer Zweiraumwohnung voller Kakerlaken, Mäusen, in einem dreckigen Wohnhaus, die Wohnung hat kaputte Wände, manches stürzt ein, der Hof ist voller Müll und kaputter Türen. Manchmal haben wir warmes Wasser, manchmal nicht. Alle Kinder gehen zur Schule. Unser Wunsch ist es, aus diesem Gefängnis heraus zu kommen. Helfen Sie uns, wir brauchen menschenwürdige Wohnungen.

Die veralteten Sicherungskästen in der Wohnung schlagen Funken. Es gibt Mauselöcher in den Wohnungen. Damit das Ungeziefer nicht von Wohnung zu Wohnung geht, hat man Kistendeckel vor offene Lüftungsschächte genagelt. Das nützt nichts. Auf dem Balkon und innen bröckelt der Putz.

¹⁵⁰ Im Folgenden sind einige der tatsächlichen Antworten der Bewohner*innen abgedruckt, Übersetzung durch die Autorin.

Der Hausmeister lässt das Haus extra so verwahrlosen, damit wir ausziehen und er wieder für seine Wohnungsvermittlung Schmiergeld von 4000 Euro kassieren kann.

Seit fünf Jahren ist mein Fenster kaputt und es ist kalt, ich habe es unendlich oft gesagt, es interessiert ihn nicht.

Die Bürgermeisterin und das Gesundheitsamt sind eingeladen zu sehen, wie wir hier leben, wir zahlen die Müllabfuhr und Betriebskosten und leben wie in der Dritten Welt, bitte ergreifen Sie Maßnahmen!

Wir sind aus Rumänien weg gegangen, weil wir dort in schlimmen Bedingungen gelebt haben und den Rassismus nicht mehr ertragen haben, hier scheint es nicht besser zu sein - eher schlimmer.

Die Polizei ist so oft hier, aber wenn in den Bars unten gedealt wird, Drogen und gestohlene Sachen, dann schauen sie weg.

Nachts haben wir hier Disko, können nicht schlafen, der Drogenrauch kommt zu uns durchs Fenster, aber UNS kontrollieren sie. Wir leben hier wie Sklav*innen.

Und jetzt, nachdem wir unser Leben lang „Zigeuner“ sind, haben Sie uns noch den Stempel „Corona“ aufgedrückt.

Wie leben hier seit vielen Jahren, immer ist das Schlechteste gut genug für uns, schlechte Wohnungen, schlechte Arbeit, schlechte Vorurteile auf Schritt und Tritt, keine Kommunikation, keine Aufklärung in dieser Situation. Und dann noch schlechtes Essen als Hilfe. Wir haben nichts gegen Essen für Obdachlose zu sagen. Aber wir haben eine andere Geschichte und sind hier in diesem Haus eingesperrt.

Wir haben schon so oft all das gesagt. Nie wurde geholfen. Das Rathaus sagte, Mäuse gehen sie nichts an. Hier leben aber Hunderte. Wie sollen unsere Kinder hier aufwachsen? Zuletzt haben wir bei diesem Nachbarschaftszirkel geredet. Es hat nichts genützt. Sie wollen uns nicht hören. Hören Sie uns jetzt und helfen Sie uns.

*

Es folgt der regnerische Tag, an dem die Bürgermeisterin zu Besuch kommt. Sie steht gut angezogen und zurückhaltend in den fremden Wohnungen der Bewohner und versucht ihren Schreck und ihre Scham vor den Leuten zu kontrollieren, die hier leben und ihre Familien versorgen. Die Bewohner*innen wollen nicht mit ihr gesehen werden: Wenn der Hausmeister mitbekäme, wie sie ihn bei der Bürgermeisterin anschwärzten, brächten sie sich und ihre Kinder in Gefahr, sie sind von ihm schon mit dem Messer bedroht worden. Sie bitten darum, sich lieber an der nächsten Straßenbiegung mit ihr zu treffen. Im Schutz eines Hauswinkels stehen sie um sie herum. Es beginnt, stärker zu regnen, die Bürgermeisterin will keinen Schirm, weil auch sonst niemand einen Schirm hat. Die Bewohner flüstern. Es gäbe auch unter ihnen schon Leute, die sich mit dem Hausmeister verbündeten, um nicht von ihm bedroht zu werden, die hätten die Information von dem Treffen auch weiter gegeben. Die Situation wäre sehr gefährlich.

Nach dem Gespräch sieht die Bürgermeisterin ohnmächtig aus, auch wenn sie willens ist, etwas zu verändern. Sie weiß, dass die Häuser auf einem kriminellen Sumpf stehen und dass die Bewohner*innen nichts als Marionetten in einem viel böseren Spiel sind. Erstarrung liegt über dem Haus, der Situation, den Bewohner*innen, der Stadt.

*

Ich möchte nicht anekdotisch sein. Ich denke über das Phänomen der gesellschaftlichen Abspaltung nach. Je virulenter Angst und Ohnmacht das Feld bestimmen, desto intuitiver scheint in solchen Momenten Abspaltung eine Lösung zu sein, um Entlastung zu schaffen. Sie erscheint als Überlebensstrategie. Das Existentielle an dieser Dynamik wird in der Pandemiesituation noch klarer, selbst wenn sie auch ohne Corona einen Teil der gesellschaftlichen Interaktion in Deutschland bestimmt: Es geht um Leben und Tod. Außerdem passt diese Lösung nur unter einer logischen Voraussetzung, die zweifelhaft ist: Dass

die lösungsorientierte Instanz des Ganzen auf der Seite der Gadsche liegt. Dass dort das System gesteuert wird.

Für die Ausführung dieses Gedankens bediene ich mich des schon allein deshalb hinkenden und schülerhaften Vergleichs mit einem psychosomatischen System: Wenn in einem menschlichen Organismus voneinander abgespaltene Anteile miteinander leben (entsprechend der Diagnose der multiplen Persönlichkeit), dann ist über das Leid der Gesamtpersönlichkeit, die es nur noch fragmentiert zu geben scheint, alles Mögliche und auch Anekdotische zu sagen, aber zur „Heilung“ braucht es eine Instanz, die allen Teilen verbunden ist und die auf sie einwirken kann.

*Gesellschaft und Organismus sind per se nicht vergleichbar. Der Vergleich dient einem Gedankenexperiment. Die Gesellschaftsanteile, die zum Wohle der Gemeinschaft, also der „Gesamtpersönlichkeit“ der Gesellschaft, integriert werden könnten, sind sichtbar als vermeintlich unvereinbare Teil-Identitäten, in unserem Falle „Gadsche“ und „Rom*nja“. In der semi-fiktiven ohnmächtigen Stadt mit den ohnmächtigen Häusern hätten in dieser Situation potentiell die „Sozialarbeiter*innen“ diese Instanz sein können, aber indem sie machtlos gehalten wurden, mussten sie die Spaltung in sich aufnehmen, sozusagen verkörpern, und damit verstärken. Macht hatten in der Stadt hingegen solche Instanzen, die sich unzugänglich hielten oder selbst ohnmächtig waren.*

In dieser Art von Struktur eröffnet sich also eine Dynamik, die Aggression hervorruft und nie konstruktiv sein kann. Die Grundfrage der über Autorität und Verantwortung verfügenden Instanz würde in etwa lauten (und in diesem Punkt hinkt der Vergleich nicht mehr): Wie können wir gemeinsam an Leib und Seele gesund bleiben?

*Im konkreten Fall der „Corona-Häuser“ hat man in anderen Städten an ihre Stelle muttersprachliche Ärzt*innen gesetzt: zwar noch keine*

übergeordnete Instanz, aber situativ mit Macht und Autorität ausgestattet und allen Beteiligten gleichermaßen verpflichtet.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Baumann, Thomas (2020): Sinti und Roma - Sündenböcke in unsicheren Zeiten. Bedrohte Räume der Vielfaltsgesellschaft. In Zeiten der Corona-Pandemie tritt der allgegenwärtige Antiziganismus in Europa ganz besonders deutlich zutage. Interkulturelle Woche. Online verfügbar unter <https://www.interkulturellewoche.de/node/1056>, zuletzt geprüft am 11.05.2021.

Lambrea, Diljana (2020): Roma unter Corona-Verdacht. Bulgarien. Bloß keine Provokation, die ein Pogrom auslösen könnte: In Bulgarien werden Roma, die aus Westeuropa zurückkehren, in Corona-Zeiten mit übermäßigem Misstrauen empfangen. In: *ZEIT Online*, 05.04.2020. Online verfügbar unter https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/bulgarien-coronavirus-roma-diskriminierung-infektion-covid-19?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, zuletzt geprüft am 11.05.2021.

Martens, Michael (2021): Roma-Slums als Impflücke Europas. Bürokratische Hürden. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.02.2021. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/roma-viertel-flaechendeckende-corona-impfung-notwendig-17220531.html>, zuletzt geprüft am 11.05.2021.

Verseck, Keno (2020): Corona-Krise und Roma: Die vergessene Risikogruppe. Coronavirus. In Mittel- und Südosteuropa leben Hunderttausende Roma in Elendssiedlungen - hier bahnt sich ein Corona-Desaster an. Doch statt den Betroffenen zu helfen, setzen Regierungen oft Polizei und Militär ein. In: *Deutsche Welle*, 04.04.2020. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/corona->

krise-und-roma-die-vergessene-risikogruppe/a-53010737, zuletzt geprüft am 11.05.2021.

o.A. (2020): Corona. Romani Chaji. Spotify. Online verfügbar unter <https://open.spotify.com/episode/5R8ONhL1239EanrMoOp8Vb>, zuletzt geprüft am 11.05.2021.

o.A. (2020): Zentralrat Deutscher Sinti und Roma warnt vor Rassismus in der Corona-Krise. Pressemitteilung. Online verfügbar unter <https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-warnt-von-rassismus-in-der-corona-krise/>, zuletzt geprüft am 11.05.2021.

Sozialpädagogische Familienhilfe mit Familien aus der Minderheit der rumänischen Rom*nja in Berlin. Eine Perspektive aus der Praxis

Mona Vintilă

Einleitung

Sozialpädagogische Familienhilfe gehört in Deutschland zu den Hilfen zur Erziehung, die vom Staat gesichert werden. Diese Hilfeform kommt Familien zugute, die aufgrund verschiedener Herausforderungen und Defizite auf externe Unterstützung bei den Erziehungsaufgaben angewiesen sind. Der Auftrag des Staates ist es das Wohl der Kinder zu sichern, indem durch gezielte Unterstützung der Familien ihre Selbstpotenziale gestärkt werden.

Auch eingewanderten Familien, die zu einem kleineren oder größeren Grad mit migrationsspezifischen Herausforderungen konfrontiert sind, kommt die Hilfe zugute. Ein Teil dieser Familien, die in der Hauptstadt Berlin von Familienhelfer*innen betreut werden, gehört der Minderheit der rumänischen Rom*nja an. Sie stehen im Mittelpunkt dieses Aufsatzes, der ausschließlich praxisorientiert ist und auf den Arbeitserfahrungen und den jahrelangen Beobachtungen der Autorin basiert.

Im Mittelpunkt des Beitrages steht die Vorstellung von vier anonymisierten Fallbeispielen, mit dem Ziel einen Blick auf den Inhalt und die Umsetzung der Familienhilfe im Zusammenhang mit der Lebensrealität von rumänischen Rom*nja-Familien in Berlin zu werfen. Dabei liegt der Fokus auf dem Thema Erziehung bzw.

Erziehungsfähigkeit¹⁵¹ der Eltern und wie Familienhilfe darauf hinwirken kann. Neben der subjektiven Sicht der Autorin auf das Thema fließen in den Aufsatz auch die Meinungen der Eltern ein, in Form ihrer hier zitierten Meinungen über das Konzept der Familienhilfe.

Familien aus der Minderheit der rumänischen Roma in Berlin – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Von den 25.719 rumänischen Staatsangehörigen, die am 31.12.2020 in Berlin einwohneramtlich gemeldet waren (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020: 14), sind ein Teil rumänische Rom*nja. Innerhalb der Minderheit gibt es zwischen den zahlreichen Familien, die der Autorin bekannt sind, eine Mischung aus Gemeinsamkeiten und Unterschieden, obwohl im Berliner öffentlichen Diskurs meistens undifferenziert die Rede von „Roma-Familien“ ist.

Sie stammen aus unterschiedlichen Orten und Regionen Rumäniens, zum Beispiel Bukarest, Bacău, Constanța, Craiova und weiteren Orten aus dem Süden Rumäniens, wie Alexandria und Roșiorii de Vede im Kreis Teleorman. Auch Familien aus der Minderheit der ungarischen Roma aus Siebenbürgen leben in Berlin, aber in kleinerer Zahl.

Wenn Familien aus dem selben Ort in Rumänien stammen, gibt es je nach historischer Region und sozio-ökonomischem Umfeld bestimmte Überschneidungen in Bezug auf deren Lebensumstände und Werdegänge. Im Folgenden werden zwei Beispiele von Familien mit gemeinsamer örtlicher Herkunft dargestellt, mit denen die Autorin im Laufe der Jahre intensiv zusammengearbeitet hat.

Das erste Beispiel ist die beträchtliche Gemeinschaft aus Fântânele, einem Dorf in der Nähe von Bukarest, die seit einigen Jahren in Berlin

¹⁵¹ Als Erziehungsfähigkeit kann im Sinne des SGB VIII, § 27 diejenige Fähigkeit von Eltern verstanden werden, eine dem Wohle der Kinder oder Jugendlichen entsprechende Erziehung auszuüben.

lebt. Die Kettenmigration nach Berlin hat vor zehn Jahren begonnen und mittlerweile ist die Fântânele-Community groß geworden. Diese Familien haben zum großen Teil als gemeinsames Element ihre Zugehörigkeit zur neoprotestantischen Pfingstbewegung.¹⁵² Sie leben auch hier ihre Religion aus, halten Gottesdienste in angemieteten Kirchen oder Räumen und folgen bestimmten gruppeninternen Normen, die aus ihrer Religion hervorgehen, wie das Verbot des Alkohol- und Tabakkonsums, das Verbot der Verhütungsmethoden für Frauen oder die Taufe im Erwachsenenalter. Es sind meistens kinderreiche Familien und in vielen Fällen stellt die Versorgung mit angemessenem Wohnraum eine der größten Herausforderungen dar.

Bei dem zweiten Beispiel handelt sich um eine größere Gemeinschaft von Rom*nja-Familien, die ursprünglich aus dem Kreis Teleorman im Süden Rumäniens stammen. In den meisten dieser Familien herrschen ein tradiertes Bild über die Rolle von Frau und Mann und patriarchalische Entscheidungsstrukturen; alte, historisch und sozial gewachsene Gewohnheiten werden generationsübergreifend weiterhin gepflegt, zum Beispiel ein bestimmter Kleidungskodex für die Frauen, die lange Röcke und langes Haar tragen, die arrangierte Frühverheiratung Minderjähriger eines Teils der Familien, die Tabuisierung bestimmter Themen wie Verhütung. Ein Teil der Familien aus dieser Community – darunter auch Minderjährige – fällt

¹⁵² Bei der Pfingstkirche handelt es sich um eine christliche Freikirche, die weltweit verbreitet ist. Im Zentrum steht der Glaube an die persönliche Errettung durch Umkehr („Bekehrung“) und eine persönliche Beziehung zu Jesus Christus. Pfingstlerischer Glaube legt Wert auf Keuschheit, Treue im Glauben, Laienpriestertum und freiere Formen des Gotteslobes („Anbetung“, „Lobpreis“).

Zum Pfingstglauben unter (rumänischen) Rom*nja vgl. u.a. Bănica (2021): 366-416.

durch Straftaten auf (Ladendiebstahl, Betrug mit Spendenlisten oder Taschendiebstahl in touristischen Orten in Berlin).¹⁵³

Ein Teil der Zuwandernden kommt aus dem rumänischen ländlichen Raum, der andere Teil aus dem städtischen. Für die erste Kategorie ist der Anpassungsprozess in der Metropole Berlin entsprechend schwieriger, weil das soziokulturelle Gefälle größer ist. Die Größe und die Dynamik der Familien sind heterogen, auch wenn oft große Familienstrukturen in Berlin als Folge sukzessiver Migrationsbewegungen vorhanden sind. Einige Familien hatten - laut eigenen Aussagen - bereits Migrationserfahrungen in anderen europäischen Ländern, bevor sie nach Berlin gezogen sind.

Manche Eltern sind alphabetisiert, andere nicht. Der überwiegende Teil der Eltern, mit denen die Autorin gearbeitet hat beziehungsweise arbeitet, verfügt – aus diversen Gründen (sozioökonomische Bedingungen, Abgelegenheit, strukturelle Diskriminierung) - entweder über eine geringe oder gar keine formelle Bildung im Heimatland. Je nachdem seit wann sie in Berlin leben und je nach Bildungsgrad, persönlicher Lernfähigkeit und Lebensbedingungen, kann ein Teil der Eltern mittlerweile Deutsch. Meistens sind es die Väter, die bürokratische Aufgaben erledigen, also die Kommunikation und den Schriftverkehr mit den Berliner Ämtern - dennoch gelänge das nicht ohne soziale Beratung von Beratungsstellen in rumänischer Sprache, die die Eltern aufsuchen. Kinder übernehmen außerdem oft die Aufgabe des Dolmetschens in Ämtern oder bei Arztbesuchen.

Manche Familien wohnen in regulären Mietverhältnissen mit genug Wohnraum, andere Familien leben in beengten Wohnverhältnissen; es gibt Fälle, in denen Eltern mit fünf bis zehn Kindern in 1-Zimmer-Mietwohnungen leben. Viele Familien „wohnen“ in so genannten

¹⁵³ Diese Information/Beobachtung hat die Autorin in ihrer Rolle als Familienhelferin im Rahmen des jahrelangen Austausches mit der Berliner Polizei als auch aus der Arbeitspraxis entnommen.

„ASOG-Unterkünften“¹⁵⁴, die von den bezirklichen Sozialen Wohnhilfen, bzw. Fachstellen für Wohnungsnotfälle zugewiesen werden. Oft müssen Menschen auch hilfsweise in Hostels und Hotels untergebracht werden, da kaum Plätze in den Obdachlosenwohnheimen vorhanden sind. Andere Menschen wiederum „wohnen“ in extrem armen und nicht regulären Verhältnissen, entweder in überfüllten Wohnungen oder in verlassenem Gebäuden.

Es sind vor allem die Väter, die arbeiten - oft im Baugewerbe, in Reinigungsfirmen oder in Fabriken, andererseits sind der Autorin auch Fälle bekannt, in denen die Frauen einen Arbeitsplatz haben, meistens in den selben Bereichen. Neben dieser Einnahmequelle sind die allermeisten Familien, auf die sich dieser Aufsatz bezieht, auf ergänzende Leistungen vom Jobcenter angewiesen.

Wenn man noch tiefer in die Familienstrukturen blickt, sind schließlich die Persönlichkeiten der Menschen anders als ursprünglich angenommen, aber auch ihre persönlichen Ressourcen. Dieser Aspekt ist relevant in der direkten Arbeitsbeziehung mit dem*der Familienhelfer*in. Trotz der geschilderten Unterschiede, die in der Praxis der Familienhilfe hochrelevant sind, haben die Familien neben der selben Muttersprache Romani eine weitere wichtige Gemeinsamkeit: die Überforderung angesichts der zahlreichen neuen Aufgaben, der Unkenntnis des Berliner sozialen Systems und der Probleme, die sich aus den migrationsbedingten Anpassungsherausforderungen ergeben. Darunter zählen die Beschaffung einer Existenzgrundlage, die Erledigung behördlicher Anliegen in einem stark bürokratisierten System bis hin zum Umgang mit Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen in der hiesigen Gesellschaft. Je nach verfügbaren Ressourcen in den

¹⁵⁴ Temporäre Unterkünfte in kommunaler, freier oder gewerblicher Trägerschaft für wohnungslose Menschen.

Zur ASOG-Unterbringung vgl. auch den Beitrag von Buzoianu in diesem Band.

Familien, auf die sie zurückgreifen können, können diese Aufgaben unterschiedlich große Herausforderungen für sie darstellen.

Ein solcher Bereich, der viele Eltern und Kinder stark überfordert, ist die Schule beziehungsweise der Schulbesuch der Kinder. „Hausaufgabenheft“, „Postmappe“, „Elternbriefe“, „Schulversäumnisanzeigen“, „Schulhilfekonferenz“, „Lernförderung und Förderplan“, das vergleichsweise komplexe Berliner Schulsystem mit seinen unterschiedlichen Arten von Abschlüssen – das sind Konzepte, die den Eltern fremd sind. Im Vergleich zu rumänischen Schulen sind Berliner Schulen deutlich stärker bürokratisch reguliert.

Außerdem kommt es in manchen Situationen zu Konflikten mit den pädagogischen Fachkräften aufgrund einer missglückten Kommunikation, teils wegen kultureller Unterschiede, teils wegen unterschiedlicher Kommunikationsmuster, oder weil sich Eltern an Verpflichtungen und Vereinbarungen nicht halten.

Ein Teil der Kinder ist oft von diesen Umständen in ähnlicher Weise betroffen: zu Hause erhalten sie eine eingeschränkte Unterstützung bei Schulaufgaben und sind in Bezug auf schulische Anliegen aller Art sich selbst überlassen. Daraus entsteht in vielen Fällen Schulfrust bei den Kindern, der oft zur Schuldistanz führt. Häufig werden Kinder verhaltensauffällig in der Schule, da sie komplett überfordert sind. In manchen Fällen ist Schuldistanz mit Delinquenz (mit Gleichaltrigen) verbunden, nicht immer mit Wissen der Eltern.

Auch die Frühförderung der Kleinkinder ist in vielen Familien mitunter nicht ausreichend aufgrund mangelnder Kenntnisse, Fähigkeiten und Ressourcen der Eltern. Der Mangel an Kindergartenplätzen in Berlin und das zeitintensive Suchverfahren eines Platzes lassen das Problem noch größer werden. Gesunde Ernährung, die pünktliche Wahrnehmung der zahlreichen Termine der Frühuntersuchungen von Kleinkindern beim Kinderarzt, Konzepte wie „Untersuchungsheft“, das Bewusstsein für Zahnhygiene, die Suche eines Kindergartenplatzes – diese und andere Themen stellen viele Eltern vor teilweise neue Anforderungen und Standards, die sie

aus ihrem Umfeld im Heimatland in dieser Form nicht kennen und nicht erlebt haben.

Vor diesem Hintergrund entsteht das Dilemma, die Bildungs- und Erfahrungslücke zwischen den Eltern und den Berliner Regeldiensten schließen zu müssen. Auf der einen Seite stehen die Elternteile, die während ihrer Zeit in Rumänien gar nicht oder kaum die Schule besucht haben und meistens kein Deutsch oder wenig Deutsch sprechen. Auf der anderen Seite stehen die Anforderungen des Berliner Gesundheits-, Sozial- und Schulsystems und die hier geltenden Standards der Erziehungsfähigkeit. In diesem Kontext wird sozialpädagogische Familienhilfe als Hilfe zur Erziehung relevant.

Was ist sozialpädagogische Familienhilfe?

Sozialpädagogische Familienhilfe ist nur eine der so genannten Hilfen zur Erziehung, die eingesetzt werden „wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist“ (§ 27 SGB VIII). Sie wird im § 31 SGB VIII definiert:

Sozialpädagogische Familienhilfe soll durch intensive Betreuung und Begleitung Familien in ihrem Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe geben. Sie ist in der Regel auf längere Dauer angelegt und erfordert die Mitarbeit der Familie.

Das Ziel ist es, die Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit zu stärken, damit das Kindeswohl gesichert wird. In akuten Fällen von Kindeswohlgefährdung, in denen auch das Familiengericht eingeschaltet wird, kann Familienhilfe von einem Richter angewiesen werden, als Vorstufe zu härteren Maßnahmen wie zum Beispiel der Inobhutnahme von Kindern, je nach Fall.

Die Hilfe wird vom Jugendamt finanziert und von freien Trägern der Jugendhilfe umgesetzt. Der*die Familienhelfer*in bekommt ein bestimmtes Stundenkontingent; durchschnittlich sind es sechs Stunden wöchentlich, aber je nach Komplexität der Lage können es auch mehr Stunden sein. Idealerweise spricht die*der Familienhelfer*in auch Rumänisch, damit es keine Sprachbarriere in der Arbeit mit der Familie gibt.

Die Probleme und Hilfsbedarfe der Familie werden in einer „Hilfekonferenz“ im Jugendamt erörtert, im Dialog zwischen Amt, Eltern und Helfer*innen. Daraus resultieren „Ziele“, die die Familienmitglieder erreichen sollen und in einem so genannten „Hilfeplan“ festgehalten werden. Der Hilfeplan und die Zwischenergebnisse der Arbeit werden alle sechs Monate im Jugendamt bei einer Hilfekonferenz gemeinsam analysiert und aktualisiert. Die Hilfe läuft in den meisten Fällen über einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Hinter dem Ansatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ aus dem Gesetzestext steckt eine der wichtigsten Arbeitsmethoden in der Familienhilfe: die Ressourcenanalyse der Familienmitglieder. Nur durch das Kennenlernen dieser Ressourcen und der Familiendynamik, also der Bindungen zwischen den Familienmitgliedern, kann die*der Helfer*in in einer systemischen Art die Umsetzung der Hilfe gemeinsam mit der ganzen Familie formulieren und umsetzen.

Familienhilfe ist Beziehungsarbeit. Durch wöchentlichen Kontakt in Form von Hausbesuchen und Begleitungen zu diversen Ämtern oder zu Schulen, Ärzt*innen, Beratungsstellen entsteht mit der Zeit eine enge Arbeitsbeziehung zwischen der*dem Familienhelfer*in und den Eltern und Kindern. Im besten Fall bildet sich allmählich eine gute Vertrauensbasis, als konstruktive Grundlage für die pädagogische Arbeit im Rahmen der Beratungsgespräche.

Die Arbeit ist emotional belastend und erfordert Geduld und Empathie auf beiden Seiten. Die*der Helfer*in muss es zum Beispiel „aushalten“, wenn manche Eltern Termine kurzfristig absagen oder

getroffene Vereinbarungen nicht einhalten, die Ursachen dafür analysieren und einen neuen Versuch starten. Auf der anderen Seite gilt es für die*den Helfer*in auch Grenzen zu ziehen und bei Bedarf konstruktiven Druck auf die Familie in Beratungsgesprächen zu üben, immer orientiert an den verfügbaren Ressourcen des jeweiligen Familienmitglieds und mit Blick auf den Hilfeplan, um die angestrebte Aktivierung der Eltern und Kinder zu bewirken. Die*der Helfer*in muss ziel- und ergebnisorientiert arbeiten und die Familien in diese Richtung mobilisieren.

Aufgrund der Erfahrungen eines jahrhundertelangen heiklen historischen Verhältnisses der Minderheit der rumänischen Rom*nja zum Staat (Rom*nja lebten in Sklaverei zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert; Massenmord an der Rom*nja-Minderheit im Zweiten Weltkrieg), die generationsübergreifend übertragen wurden und in den internen Narrativen mancher Familien noch präsent sind, sind viele Eltern skeptisch und ängstlich, wenn der Staat in irgendeiner Form in ihre Familien eingreift.

In Verbindung mit der Familienhilfe hat die Autorin in vielen Fällen eine Angst bei den Eltern beobachtet, dass „das Jugendamt ihre Kinder wegnimmt“. Die Autorin betrachtet es als Aufgabe der*des Helfer*in diese Angst gezielt anzusprechen und die Eltern über die Möglichkeiten und die Grenzen der Hilfe aufzuklären. Manchmal sprechen die Fachkräfte aus dem Jugendamt selbst dieses sensible Thema an. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen Eltern Familienhilfe genau aus diesem Grund ablehnen, obwohl ein Hilfsbedarf vorhanden ist.

Die Wirkung der Familienhilfe: Fallbeispiele und Interviews mit Familien

Welche Wirkung hat Familienhilfe? Sehen die Familien einen konkreten Nutzen dabei und wenn ja, welchen? Es werden im Folgenden vier Fälle unter die Lupe genommen, um die Familienhilfe

als Hilfsinstrument so realitätsnah und konkret wie möglich dem Leser nahe zu bringen.

Die Verfasserin hat diesen Familien offen gehaltene Fragen über „die Idee der Familienhilfe“ gestellt. Die Antworten der Mütter und Väter, die hier zitiert werden, sind als persönliche Meinungen zu betrachten.¹⁵⁵

Fallbeispiel 1 – Familienhilfe als Wegweiser junger Familien

In diesem Fall wurde die Familienhilfe Ende 2016 installiert, als Elvira Tudor¹⁵⁶, damals im Alter von 16 Jahren zum ersten Mal Mutter geworden war. Sie hatte mehrere Ladendiebstähle begangen und bettelte gemeinsam mit ihrem Baby. Sie wohnte bei der Familie ihres Lebenspartners. Weil Elvira eine minderjährige Mutter war, wurde gesetzgemäß für das Baby ein gesetzlicher Vormund eingesetzt.

Später, als sie volljährig wurde, bekamen sie und ihr Partner zwei weitere Kinder. Aus bürokratischen Gründen hat sie einen eigenen Antrag auf Leistungen nach SGB II für sich und die drei Kinder im Jobcenter gestellt und musste deswegen von ihrem Partner ausziehen und mit den Kindern alleine wohnen. Mittlerweile bekommt sie finanzielle Hilfe vom Jobcenter, weil sie einen Minijob als Reinigungskraft hat.

Seit 2016 mussten Elvira und die Kinder insgesamt sechs mal umziehen. Der Grund für die wiederholten Wechsel der temporären ASOG-Unterkünfte für Wohnungslose war die Nichteinhaltung der Hausordnung, vor allem, weil verschiedene Personen aus dem Großfamilienkreis des Vaters der Kinder dort unerlaubt - zum Teil aus Not - übernachtet hatten. Schulden kamen als Problem hinzu, vor

¹⁵⁵ Die Eltern haben ihre Antworten in rumänischer Sprache verfasst, die Autorin hat diese hier und an allen weiteren Stellen ins Deutsche übersetzt.

¹⁵⁶ Alle Namen hier und an allen weiteren Stellen wurden geändert.

allem hohe Geldstrafen für das Nutzen von öffentlichen Transportmitteln ohne Fahrkarte.

Elvira verfügt über gute persönliche Ressourcen, sie hat sechs Schuljahre in Turnu Măgurele in Rumänien abgeschlossen, kann sich gut artikulieren, ist sprachbegabt und hat dazu eine ausgeprägte Resilienz.¹⁵⁷

Die Familienhilfe lief viereinhalb Jahre lang und fokussierte sich auf die Unterstützung der Mutter bei der Frühförderung der Kinder und deren gesundheitlicher Vorsorge, vor allem der Durchführung der Frühuntersuchungen für kleine Kinder und der Zahnarzttermine. Die Mutter wurde auch in der Klärung ihrer Schuldenlage mit Hilfe einer fachlichen Schuldnerberatungsstelle unterstützt, mit dem Ergebnis, dass sie angefangen hat Monatskarten für die öffentlichen Verkehrsmittel zu kaufen und ihre Schulden in Raten abzuzahlen. Die wiederholten Umzüge haben manche Aufgaben der Familienhilfe wie die Kindergartenplatzsuche mehrmals unterbrochen und sowohl die Mutter als auch die Familienhelferin mussten oft neben den Zielen aus dem Hilfeplan andere Aufgaben erledigen, bezogen auf den Umzug.

Seit Sommer 2020 wohnen Elvira und ihre drei Kinder in einer ASOG-Unterkunft in zentraler Lage. Sie möchte gerne diese Unterkunft behalten und ist sehr bemüht die Hausregeln nicht mehr zu brechen. Mittlerweile braucht sie keine Hilfe mehr in der Kommunikation mit dem Personal aus der Unterkunft. Nach vielen Übungen mit der Familienhelferin, schafft sie es jetzt selbstständig die Kinderarzttermine als auch Beratungstermine telefonisch zu vereinbaren und wahrzunehmen. Obwohl sie anfangs die Idee der Nutzung einer E-Mail-Adresse wegen persönlicher Überforderung abgelehnt hat, kann sie jetzt E-Mails selbstständig abrufen und beantworten. Ihr ältestes Kind im Alter von 5 Jahren besucht eine Sprachfördergruppe in einem Kindergarten in der Nähe der Unterkunft

¹⁵⁷ Der Duden definiert „Resilienz“ als „Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen“.

und die Familienhelferin hat sie unterstützt auch für die anderen beiden Kinder Kitaplätze zu finden.

Die Mutter reflektiert über ihre mehrjährige Erfahrung mit Familienhilfe wie folgt:

„Meine Meinung über Familienhilfe ist... erstens – das ist das Wichtigste – sie öffnet deinen Kopf.¹⁵⁸ Zweitens: alles was du im Kopfhast, den ganzen Unsinn, wie das Stehlen, das Betteln, die Clique – du kommst da nur mit Familienhilfe raus. Sie kann deinen Kopf öffnen und dir beibringen was gut für dich ist, für die Zukunft deiner Kinder, für deine Familie. Ich habe gelernt Deutsch zu sprechen, habe gelernt nicht mehr zu stehlen, nicht mehr zu betteln, ich habe gelernt, dass die Erziehung der Kinder an erster Stelle kommt, dass man keine Angst haben soll mit einem Kleinkind zum Zahnarzt zu gehen, habe gelernt was ich einem Kind anbieten soll, wie ich mit ihm spielen soll, und habe gelernt mit meinem Partner strenger zu sein [...]

Am Anfang hatte ich Angst, ich dachte die Familienhelferin wird dem Jugendamt alles sagen und sie werden meine Kinder wegnehmen oder so was, damals war ich minderjährig, ich war 16 – man weiß ja auch nicht so viel mit 16 Jahren – und danach, im Laufe der Zeit habe ich erkannt, dass Familienhilfe deine Freundin sein kann, deine Mutter, also mehrere Sachen, denn sie bringt dir sehr viele neue Sachen bei und das, was gut für dich ist“.

Fallbeispiel 2 – Familienhilfe als Brücke zwischen Familie und Schule

Familie Popescu kommt aus dem bereits erwähnten Dorf Fântânele und lebt seit 2011 in Berlin. Der 40-jährige Vater hatte verschiedene

¹⁵⁸ Im rum. Original: „îți deschide capul“, was so viel bedeutet wie: „Es erweitert deinen Horizont“.

Arbeitsstellen als Hausmeister, Fahrer, Reinigungskraft; außerdem war die Familie auf ergänzende Leistungen vom Jobcenter angewiesen. Er hat in Rumänien die Grundschule besucht und verfügt über entscheidende persönliche Ressourcen: er spricht mittlerweile Deutsch, ist verantwortungsvoll und selbständig. Die Mutter, Hausfrau, leidet an einer Unterfunktion der Schilddrüse und an Migräne. Auf Anweisung des Jobcenters nahm sie für kurze Zeit an einem Alphabetisierungskurs in Berlin teil. Fünf von insgesamt sechs Kindern sind im Schulalter und besuchen drei unterschiedliche Schulen. Die Eltern haben Verwandte in Berlin und sind aktiv in der religiösen Pfingstgemeinde. In den ersten Jahren in Berlin hat Familie Popescu, damals zu sechst, in einer 1-Zimmer-Mietwohnung gewohnt, bis der Vater es schaffte, eine 3-Zimmer-Wohnung in einem anderen Stadtteil anzumieten.

Das Jugendamt hat sich Ende 2020 eingeschaltet, als eine der Schulen unregelmäßigen Schulbesuch, Verhaltensauffälligkeiten der Kinder und „ungesundes Frühstück“¹⁵⁹ dem Jugendamt gemeldet hat. Die Familienhilfe wurde anlässlich einer befürchteten Kindeswohlgefährdung installiert und sollte sich auf die schulische und gesundheitliche Lage der Kinder fokussieren.

Die schulische Situation der Kinder ist sehr divers. Während der 9-jährige Sohn und die 14-jährige Tochter gute Schüler*innen sind, fallen die anderen drei Söhne durch Schuldistanz, Regelverstöße und unangemessene Sprache im Schulalltag auf. Die Eltern kennen die Schulsituation ihrer Kinder nicht detailliert. Über seinen ältesten Sohn sagt der Vater beispielsweise, er habe keine Probleme mit ihm, weiß jedoch nicht, dass er vor den Abschlussprüfungen steht und dringend Nachhilfe braucht.

¹⁵⁹ Die Lehrkräfte kritisierten die Tatsache, dass die Kinder kein Obst und keine (von zu Hause) belegten Brote dabei hatten. Die Eltern geben den Kindern täglich Taschengeld und diese kaufen sich selber das Frühstück in einer Bäckerei in der Nähe der Schule.

Teilweise haben die Eltern die Berliner Schulregeln verstanden und internalisiert, zum Beispiel dass sie sich morgens telefonisch im Schulsekretariat melden sollen, falls ein Kind nicht zur Schule geht, bevor sie sich dann um ein Krankschreiben kümmern. Andere Sachen, die für den Schulalltag der Kinder wichtig sind, wie zum Beispiel die tägliche Kontrolle der Postmappe oder des Hausaufgabenheftes sind ihnen immer noch fremd und noch nicht in die Alltagsrituale der Familie übernommen worden.

Der Vater hat die Telefonnummern aller Lehrkräfte in seinem Handy gespeichert und hält den Kontakt zu den allermeisten von ihnen, fasst Kritik jedoch oft nicht konstruktiv auf, sondern wertet sie eher als Angriff. Er sagt, sie als Eltern seien sprachlich und inhaltlich überfordert in der schulischen Unterstützung ihrer Kinder und erwartet, dass die Lehrkräfte sich um die schulischen Anliegen der Kinder kümmern. Außerdem kann er nicht nachvollziehen, warum „die Deutschen nicht akzeptieren“, dass sie als Menschen aus Rumänien andere Essgewohnheiten haben und fühlt sich verletzt von der Kritik der Schule, dass die Kinder ungesund ernährt würden.

Im Rahmen der Familienhilfe gilt es die Eltern zu sensibilisieren, zu beraten und zu aktivieren, damit sie die gesundheitlichen und schulischen Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes wahrnehmen und die nötigen Hilfsmaßnahmen umsetzen. Dafür organisiert die Familienhelferin ein Elterngespräch mit der*dem Klassenlehrer*in für jedes der fünf Schulkinder, an dem beide Eltern teilnehmen sollen. Ein erstes solches Gespräch hat dazu geführt, dass der 7-jährige Sohn eine zusätzliche pädagogische Hilfe in der Schule in Form der Teilnahme an einer sozialen Lerngruppe bekommen hat.

Bei Hausbesuchen, wenn die Familienhelferin mit jedem einzelnen Kind über seine Schullage spricht, regt sie an, dass zumindest einer der Eltern daran teilnimmt. Die Lösungsansätze, zum Beispiel die Organisation von Nachhilfe werden mit den Eltern besprochen und dann umgesetzt. Gleichzeitig führt sie einzelne Beratungsgespräche mit den Kindern und unternimmt verschiedene

Freizeitbeschäftigungen mit ihnen, um sie stärker an ihr soziales Umfeld anzubinden, z.B. Stadtbibliotheken, Nachhilfestellen oder Mädchenclubs.

Die Lehrkräfte werden gleichzeitig über die Fortschritte oder die Hindernisse in der Familienhilfe informiert und sensibilisiert.

Auf die Frage, was er über die Idee der Familienhilfe denkt, äußert sich der Vater wie folgt:

„Mir gefällt die Idee der Familienhilfe, denn es ist eine Hilfe für unsere Familie, vor allem für die Kinder [...] Es gibt viele Sachen hier, bei denen wir, die Ausländer, die Gesetze nicht kennen, wie die Sachen in Berlin und in Deutschland laufen, denn bei uns in Rumänien ist es anders als hier in der Schule; hier gibt es andere Gesetze. Wenn die Kinder hier nicht zur Schule gehen, wenn sie mehrere Fehlzeiten haben, kann das Strafen zur Folge haben. Deswegen kriegen wir dann Probleme mit der Schule. Oder wenn die Kinder in Streitigkeiten in der Schule involviert sind. Dann ist eine Hilfe durch die Familienhelferin gut. Sie erklärt uns, was gut für die Kinder ist, für die Familie und wie die Kinder sich benehmen sollen“.

Fallbeispiel 3 – Familienhilfe bei Kinderdelinquenz

Im Falle dieser Familie, die aus Roşiorii de Vede im Süden Rumäniens kommt und zuvor einige Jahre in London gelebt hat, wurde die Familienhilfe 2018 im Rahmen eines Kindeswohlgefährdungsverfahrens installiert. Die beiden jüngsten Kinder der Familie, zwei Jungen, damals im Alter von 9 und 13 Jahren, waren in mehrere Ladendiebstähle verwickelt und besuchten unregelmäßig die Schule. Die 50-jährige achtfache Mutter konnte diese Gefahr nicht abwenden und der Vater fehlte, da er in Rumänien lebte. Zwei ältere Geschwister, die auch in Berlin lebten, waren auch in Straftaten verwickelt.

Im Rahmen des Kindeswohlgefährdungsverfahrens im Familiengericht wurde das Sorgerecht beiden Eltern entzogen und auf einen Vormund übertragen. Das Gericht prüft in solchen Fällen nach einiger Zeit, ob die Vormundschaft bestehen bleibt oder nicht, je nachdem wie sich die Situation der Kinder entwickelt hat.

Die Familienhilfe sollte die nicht alphabetisierte Mutter in ihrer Erziehungsfähigkeit stärken, mit dem Ziel, auf die beiden jüngsten Söhne einzuwirken und ihrer elterlichen Aufsichtspflicht nachzukommen, damit sie keine Straftaten mehr begehen und einen stabilen Schulbesuch haben. Konkret hieß das, die Mutter bei der Umschulung der Kinder zu unterstützen, bei der Kommunikation mit den Lehrkräften, bei der Organisation des Hortbesuches, bei der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Kinder und bei der Erziehung der Kinder, insbesondere mit Präventions- und Aufklärungsgesprächen. Allmählich wurden auch Ziele für die Kinder im Hilfeplan formuliert, zum Beispiel die Freizeitgestaltung durch die Anbindung an Jugendclubs und an Sportvereine.

Die Umsetzung der Familienhilfe war aus mehreren Gründen herausfordernd und problematisch. Durch vier Umzüge in den letzten drei Jahren, die grundsätzlich mit viel bürokratischem Aufwand verbunden sind, war die Mutter in erster Linie auf existentielle Sorgen fokussiert und weniger auf die Ziele der Familienhilfe. Die Erledigung der bürokratischen Anliegen war für sie mit extrem viel Aufwand und Stress verbunden, da sie aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse und begrenzten Wissens über die hiesige Gesellschaftsorganisation auf rumänischsprachige soziale Beratungsangebote angewiesen war. Vor diesem Hintergrund hat sie oft versucht die Familienhelferin für die Erledigung dieser Aufgaben einzubinden unter dem Anschein einer Kooperation im Sinne des Hilfeplans.

Hinzu kam die Tatsache, dass sie oft ortsabwesend war – manchmal auch mehrere Wochen lang, weil sie sich bei ihren drei Töchtern, die in Bremen leben und eigene Familien haben, aufhielt. In dieser Zeit waren die zwei Jungen auf ihre beiden erwachsenen älteren Brüder in

Berlin angewiesen. Durch die daraus resultierende defizitäre erzieherische Aufsicht und mangelnde Strukturierung des Alltags der Kinder war der Schulbesuch der beiden Jungen weiterhin instabil und Lernfortschritte waren kaum zu erkennen.

Ganz im Gegenteil – das jüngste Kind fiel in der Schule durch aggressives Verhalten auf, die Lehrkräfte begründeten das mit mangelnden Erfolgserlebnissen in der Schule und mit der Abwesenheit des Vaters. Gleichzeitig fingen einige seiner Mitschüler*innen an, es zu schikanieren und aufgrund seiner rumänischen Herkunft auszulachen. In individuellen Arbeitsterminen mit der Familienhelferin bei Hausbesuchen war der Junge andererseits lernbereit, freute sich über das Angebot der Familienhelferin ihn bei den Hausaufgaben zu unterstützen und arbeitete motiviert mit.

Nachdem sein Bruder 2019 strafmündig wurde und kurz danach in Diebstählen in Handygeschäften involviert war (zusammen mit Gleichaltrigen, die auf ihn eingewirkt hatten), rückte die Vermeidung der Kinderdelinquenz stärker in den Fokus der Hilfeplanung. Die Aufgabe der Familienhelferin war unter anderem ein freiwilliges Präventionsgespräch bei der Polizei zu organisieren, an dem die Familie, der Vormund der Kinder und mehrere Polizeibeamte teilnehmen sollten. Die Familie über den Verlauf und über die Wichtigkeit der Teilnahme an diesem Gespräch aufzuklären war auch Aufgabe der Familienhelferin.

2020 hatte der damals 15-jährige Tiberiu Varga seine ersten Gerichtsverhandlungen. Die Beratung und Unterstützung des Jungen im Strafverfahren in den folgenden Monaten kamen als neue Aufgaben in der Familienhilfe dazu. Die Familienhelferin hat ihn zu mehreren Terminen beim Träger begleitet, wo er 80 Stunden Freizeitarbeit leisten sollte, mit dem Ziel seine persönlichen Ressourcen zu aktivieren, damit er die Strafe erfolgreich absolviert, was er auch geschafft hat. Auch die Beratung des Jungen über seine Termine beim Bewährungshelfer, die zwei Jahre dauern sollten, wurde Teil der Hilfe. Dafür hat sich die Familienhelferin mit dem

Bewährungshelfer vernetzt und hat gelegentlich Treffen mit ihm und Tiberiu organisiert, nicht nur, um Präventionsgespräche mit dem Jungen zu führen, sondern auch, um sein Vertrauen in das Hilfesystem zu stärken.

Obwohl der Junge, ähnlich wie seine Mutter, nicht nachvollziehen konnte, warum das Jugendamt weiterhin „seine Familie nicht in Ruhe lässt“, zumal „so viele andere Kinder in Berlin klauen“, war Tiberiu bei diesen Gesprächen an der Verbesserung seiner schulischen und beruflichen Perspektiven interessiert. Gleichzeitig wurde die Familienhilfe in Bezug auf seinen Schulbesuch intensiviert, weil eine Umschulung gleichzeitig stattfand und weil er Hilfe bei der Nachhilfe-Organisation brauchte.

2020 wurde sein mittlerweile 11-jähriger Bruder erneut straffällig: gemeinsam mit Gleichaltrigen hatte er Handys in Läden geklaut. Die Mutter nahm die Vorladungstermine bei der Polizei wahr. Nachdem der Vormund in Absprache mit dem Jugendamt die Inobhutnahme des Kindes als angemessene Hilfemaßnahme zur Sicherung des Kindeswohls entschieden hatte, war der Junge am zweiten Tag aus der Einrichtung weggelaufen. Ein paar Tage danach hat ihn die Mutter nach Rumänien, zu seinem Vater gebracht.

In diesem Fall hat die Installation der Familienhilfe nicht die erhoffte Änderung in der Familiendynamik gebracht, vor allem die Erreichung des Zieles, dass die Mutter ihrer elterlichen Aufsichtspflicht nachkommt. Das Jugendamt hat deswegen die Hilfe nach drei Jahren beendet und mit einer Einzelfallhilfe für den inzwischen 16-jährigen Tiberiu ersetzt. Es wurde dieselbe Helferin behalten, da sie bereits mit der Familiendynamik vertraut war und auch über das nötige Vertrauen des betreffenden Jungen verfügte. Die Einzelfallhilfe fokussiert sich zur Zeit ausschließlich auf die schulische Unterstützung von Tiberiu, da er der Einzige in der Familie ist, der nicht nur Problemeinsicht im Hilfeprozess zeigt, sondern auch die nötigen persönlichen Ressourcen dafür hat, darunter die deutsche Sprache und Veränderungswunsch.

Fallbeispiel 4 – Familienhilfe als Entlastung der Eltern

Diese Familie aus einem Dorf mit 3.000 Einwohner*innen nahe der südrumänischen Stadt Craiova zog 2015 nach Berlin. Davor hatte die Familie ein paar Jahre in Italien gelebt. Der 40-jährige Vater hat vier Jahre die Schule besucht, die 38-jährige Mutter nie.

Das Jugendamt wurde 2020 durch die Schulfehlzeiten des Jungen aufmerksam. Valentin Lăzar ist 14 Jahre alt, besucht jedoch erst die 6. Klasse, wegen verschiedener Umzüge der Familie. Er fühlt sich unwohl in seiner Schule, hat dort keine Freund*innen gefunden und zu Hause verbringt er viele Nächte vor dem Rechner mit PC-Spielen. Die Eltern sind mit dieser Situation mittlerweile überfordert und können sich nicht mehr gegenüber ihrem Sohn durchsetzen und Grenzen setzen.

Die 17-jährige Tochter beendet bald die Schule und wird ein Abgangszeugnis bekommen. Sie spricht Deutsch und träumt davon Stewardess zu werden. Sie unterstützt die Eltern sprachlich, wenn sie Ämter anrufen oder begleitet sie zu Terminen.

Das jüngste Kind, ein Junge im Alter von zweieinhalb Jahren, wurde in Berlin geboren. Die Mutter hat früher verschiedene Reinigungsarbeiten gemacht, musste damit aufhören, weil sie keinen Kitaplatz für ihn gefunden hatte. Sie möchte gerne wieder arbeiten. Der Vater hat Hilfsarbeiten auf Baustellen gemacht, hatte dabei viele schlechte Erfahrungen mit der Bezahlung. Er ist technisch begabt, denn PC-Hardware war schon seine Leidenschaft als die Familie noch in Rumänien lebte. Am liebsten würde er in diesem Bereich arbeiten, zum Beispiel in einem technischen Geschäft, er spricht jedoch wenig Deutsch. Er wünscht sich die Sprache zu lernen, um den beruflichen Sprung zu schaffen. Immer wenn es behördliche oder familiäre Probleme und Stress gibt, leidet er an massiver Schlaflosigkeit. Ein eigener Versuch eine Psychotherapie in rumänischer Sprache in Berlin zu finden war erfolglos. Deswegen hat er gelegentlich Ärzte in Craiova besucht.

Die Familie bekommt finanzielle Unterstützung vom Jobcenter für die Existenzsicherung und ist durch die Soziale Wohnhilfe in einem Einzelapartment untergebracht. Mittelfristig wünschen sie sich eine eigene Mietwohnung zu beziehen.

Anders als in den anderen Familien, haben die Eltern dem Vorschlag des Jugendamtes, eine Familienhilfe anzunehmen, sofort zugestimmt. Der Hilfeplan wurde auf die zahlreichen Hilfsbedarfe der Familie zugeschnitten und berücksichtigt jedes Familienmitglied.

Der Vater wurde darin unterstützt, sich an einem Deutschkurs anzumelden, eine berufliche Beratung im Jobcenter zu bekommen und eine Psychotherapie auf Rumänisch zu finden. Die Mutter soll auch an einem Alphabetisierungskurs angemeldet werden, nachdem ein Kindergartenplatz für das Kleinkind gefunden wird. Die Eltern wurden außerdem im Rahmen der Hilfe an eine Schuldnerberatungsstelle angebunden, nachdem die Familienhelferin zusammen mit dem Vater die Unterlagen dafür sortiert hatte.

Die 17-jährige Tochter soll in der Entwicklung einer beruflichen Perspektive unterstützt werden. Dafür hat die Familienhelferin sie zum Jugendmigrationsdienst des Bezirkes begleitet und somit ihre institutionellen Ressourcen erweitert. Hier wurde sie wiederum an ein Projekt für berufliche Orientierung weitergeleitet. Durch die gezielte Kooperation mit ihrem Betreuer aus der Jugendberufsagentur, die die Familienhelferin in die Wege geleitet hat, wurde die junge Frau anschließend an ein Projekt für Jobcoaching angemeldet, da sie zur Zeit gerne arbeiten möchte.

Der 14-jährige Sohn Valentin soll in der Verbesserung seiner schulischen Leistungen unterstützt werden. Gleichzeitig sollen die Eltern die nötige Erziehungsberatung bekommen, um auf ihr Kind einwirken zu können. Mit Rücksicht auf die komplexe Problemlage des Jungen wird die Familienhilfe weitergestrickt, indem entsprechende Fachstellen (Sonderpädagogin der Schule, das Schulpsychologische Beratungszentrum des Bezirkes, die klinische Fachstelle „Videospielabhängigkeit und pathologische

Mediennutzung“) aktiviert werden. Die Familienhelferin holt sich dort den Rat von Expert*innen, den sie anschließend in vereinfachter Sprache an die Eltern und Kinder weiterleitet. Bei Bedarf begleitet sie das Kind und die Eltern dahin.

Gleichzeitig entdeckt sie schrittweise die Lebenswelt des Kindes durch Einzelgespräche. Dadurch entsteht allmählich eine wertschätzende und vertrauensbasierte Kommunikation.

Auf einer dritten Ebene tauscht sie sich mit der Klassenlehrerin des Jungen aus und fördert gezielt die Kommunikation zwischen ihr und den Eltern, durch die Initiierung von Elterngesprächen und Schulhilfekonferenzen.

In diesem Fall scheint die Familienhilfe eine Entlastung bei den Eltern zu bewirken, vor allem bei dem psychisch belasteten Vater, der sich in diesem Sinne äußert:

„Ich habe eine gute Meinung über Familienhilfe. Es kann dir helfen in mehreren Sachen, abhängig von dem Fall. Die Hilfe ist gut für mich persönlich. Man ist ruhiger, man hat bessere Gedanken. Als würde man ein neues Leben starten, mit guten Ideen [...] Familienhilfe hat mir geholfen mit meiner Tochter im Krankenhaus, auch mit meinem Jungen. Auch mir, mit dem Deutschkurs und mit den vielen Briefen, die ich bekomme. Wir brauchen noch viel Hilfe, denn es ist schwer für uns Deutsch zu reden. Es ist schwierig sich in Deutschland zu integrieren, wenn du die Sprache nicht sprichst“.

Fazit

Die vier Rom*nja-Familien aus den Fallbeispielen sprechen die selbe Muttersprache Romani und leben schon seit Jahren in Berlin. Auch wenn sie aus unterschiedlichen Orten Rumäniens kommen, stammen sie aus der selben benachteiligten sozialen Schicht der Gesellschaft. Sie kamen nach Berlin mit ähnlich knappen Ressourcen im Gepäck,

vor allem mit wenig oder gar keiner schulischen Bildung. Das Berliner Hilfesystem haben sie im Laufe der Jahre in ihrem eigenen Rhythmus schrittweise entdeckt und mit Hilfe von Beratungsstellen in rumänischer Sprache gelernt. Auch die deutsche Sprache haben sie im Laufe der Jahre mehr oder weniger gut gelernt. Die Erledigung zahlreicher bürokratischer Aufgaben in einer hochtechnischen Sprache bestimmt weiterhin den Alltag dieser Familien, da sie finanziell und existentiell vom Sozialsystem abhängig sind.

Im Bereich der Erziehung ihrer Kinder sehen sich die Eltern vor neue Standards und Anforderungen gestellt, die vom Berliner Schulsystem und von Institutionen wie dem Jugendamt vorgegeben werden. Um diesen Maßstäben gerecht zu werden und eine kindeswohlorientierte Erziehung ihren Kindern anzubieten, kann sozialpädagogische Familienhilfe als staatliche Hilfe zur Erziehung den Eltern unter die Arme greifen und sie in ihrem Lern- und Anpassungsprozess unterstützen.

Die vier Fallbeispiele zeigen unterschiedliche Familienkonstellationen, Lebenssituationen und Lebensmuster. Dementsprechend divers gestaltet sich auch die eingesetzte Familienhilfe, die in ihrem Aufgabenspektrum sehr breit gefächert ist. Gemeinsam ist die vertrauensvolle und wertschätzende Arbeitsbeziehung, die zwischen der HelferIn und den Familien entsteht: auch kleine Erfolge sind Erfolge und Veränderung kommt meistens langsam. Im Falle von Familien, die so stark von migrationsbedingten Herausforderungen betroffen sind und gleichzeitig vergleichsweise wenige institutionelle, finanzielle, soziale und persönliche Ressourcen haben, ist eine Hilfsmaßnahme wie Familienhilfe sinnvoll und notwendig. In diesem Sinne äußern sich auch die Eltern, die hier zitiert werden.

Die Fallbeispiele zeigen auch, dass Familienhilfe nicht immer zu der erhofften Verbesserung der Erziehungsfähigkeit der Eltern führt. Das passiert, wenn auf Seiten der Eltern entweder nicht die nötigen persönlichen Ressourcen zur Verfügung stehen oder wenn der Wille

mit der Familienhelferin zu kooperieren aus verschiedenen Gründen nicht vorhanden ist.

Die geschilderten Unterschiede in den Problemlagen der Familien aus den Fallbeispielen deuten darauf hin, dass es realitätsfremd wäre, über „die Rom*nja-Minderheit in Berlin“ in einer allgemeinen Art zu reden. Realitätsnäher ist es eher über „Familienbiographien“, „Ressourcen und Defizite in Familien“ und „Lebensumstände und Lebenserfahrungen von Familien“ zu sprechen.

Die Fälle zeigen die Komplexität der Familienarbeit und die Diversität der Lebensrealitäten der Familien.

Literatur

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hg.) (2020): Statistischer Bericht. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2020. A I 5 - hj 2 / 20. Potsdam. Online verfügbar unter https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/fa93e3bd19a2e885/a5ecfb2fff6a/SB_A01-05-00_2020h02_BE.pdf, zuletzt geprüft am 27.07.2021.

Bănică, Mirel (2021): Glück, Gott und Gaben. Kultur und Religion der Roma. Aus dem Rumänischen übersetzt von Larisa Schippel. Berlin: Frank & Timme (Forum: Rumänien, 44).

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz; Bundesamt für Justiz: (Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163). KJHG. Online verfügbar unter https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/BJNR111630990.html, zuletzt geprüft am 27.07.2021.

A View from the Other Side. Roma Male Sex Work in Berlin

Florin Căpîlnean

Introduction: Postcommunism and Roma discrimination in Romania

The fall of communism in Europe was received with great joy and hope, particularly in Romania, a country that suffered severe oppression under Ceaușescu's regime. What nobody knew and expected in those euphoric times was the rise of social inequality due to the turn to a wild form of capitalism.

The old infrastructure, the ineffective industrial giants were crashing one after the other skyrocketing the unemployment rate. The first to lose their jobs were the already marginalized Roma workers who were pushed into deeper levels of poverty and, ultimately, despair. All those combined with a low qualified labour force lead to long term unemployment with few solutions for survival, which were often not accepted in the wider society: seasonal work in agriculture or construction, begging, dealings with gold and money, prostitution, collection of scrap metal for money, second-hand car dealing and so on.

The already negative perception prevalent in society towards Roma became even worse. For example, the typical Romanian family would generally tend to avoid any social contact with Roma families. Marriages between the two ethnic groups were also very rare. This

ethnic segregation is still in force and shows the clear rejection of Roma by the majority society in Romania.

Europe

European integration in 2007 and the effects on Roma families

The year 2007 marked the entry of Romania into the European Union. Except for some countries that were not ready to offer access to their labour markets¹⁶⁰, there were no limits for general mobility of people and goods. As a marginalized ethnic group that was already struggling with poverty and discrimination, this was the best economic opportunity Romanian Roma could dream of. And they were the first to take advantage of it.

But how could you work in a country where you don't speak the language and you don't have the required skills for the labour market? The answer to this conundrum was to look for alternative ways of earning money at the margins of a society, this time in the wealthier, post-industrial countries of Middle and Western Europe, where Roma still weren't recognized as having a proper place in. These destination countries criticized Romania and Bulgaria for not having done enough to integrate the Roma minority into their societies, fearing that they would soon have to open their ill-prepared welfare systems for the less fortunate members of these two new member states.

As it turned out, the Roma in Romania were the most enthusiastic supporters of the European project and those who, in their own way, turned the country's accession to the EU into a big win on a personal level.

¹⁶⁰ As for instance Germany what restricted the access to its labour market for the maximum period of 7 years (2007-2013).

Cultural values in the Roma society: convergence and conflict with the European values

Our actions are an expression of our thinking process, but our thinking process is shaped by the material conditions in which we as human beings organize our collective way of life and by how we experience this way of life. It is out of this historical, dialectic process that values and systems of beliefs emerge. Understanding this key process of the emergence and continuous development of values within the confines of a given society or culture gives one access to its deeper levels of meaning and, hopefully, leads to their understanding.

We keep talking about “Roma integration” in our Western society. But much of this talking is done strictly from the point of view of our dominant “Western” culture, on the basis of which we have established the rules of the game. It took hundreds of years of historical change to integrate the majority populations of European national states in order for them to internalize these rules of the game to the point in which they have become something like a second skin, an almost invisible part of our everyday lives.

However this has taken different forms in different countries. For example, in the United Kingdom people waiting for a bus at a bus stop would normally queue up to board the bus, once it has arrived. If one would try to do the same in Berlin, the other people would find this very odd. Generally speaking, we expect everyone to think the same way we do and to act the same way we do. But the perception from the other side of the hill in the more socially relevant areas of life is “they want to assimilate us”. Depending on the degree of the social pressure to conform coming from the majority society and directed towards a minority group, the latter’s refusal to comply or “to integrate” in the dominant culture may be seen as a duty of cultural resistance.

Of course, across Western societies there are some values which are viewed in the public sphere as having universal status, to be accepted and followed by all, and there are other values which are nowadays

viewed as being obsolete and no longer acceptable. The former are usually seen as “modern” while the latter as “traditional”. However, the source of conflict between the two types of value lies mostly not in their strong opposition towards each other, as if the pursuit of some particular values were completely not acceptable, but in the different ways of prioritizing between them. To better understand this point, an example might be helpful.

We value security: security of our property, our future, our children, our job, and so we value to a lesser degree the sense of adventure, risks and risk-taking, the effort to discover new ways of doing things, and so on. Those who value risks or discovery more than security would have difficulties with holding down the same job for a long time and we would naturally consider them “hard to integrate”. As previously mentioned, the majority society with its dominant culture spends little time trying to understand the points of view of its minorities and their preference of values. Instead it tends to force these minority groups to comply with the general accepted way of doing things.

Let’s have a quick look at how Roma value the elements of their everyday lives without claiming we can definitively explore or know them. We are more interested in those values that can help put into perspective the phenomenon of prostitution among Roma boys and teenagers in Berlin.

We should pay attention to the “family first” value, because family always comes first. For us, when we say family, we think first of parents and their children. Well, in this case, we need to also make room for grandparents, nephews, uncles, and cousins because they play a much more significant role in Roma culture. It is not only a biological connection but a complex network of mutual support based on trust and shared duties, which sometimes takes the form of gathering together for important events. This feeling is so deeply rooted that it sometimes leads to unthinkable situations.

To illustrate the overbearing power of the family on its individual members, let's have a look at a real case we faced in our work¹⁶¹.

A Roma family with five children, two of them still minors, mother deceased. The father accompanies his children to Berlin and introduces all of them to prostitution. He assists his younger son, a 14 years old boy, in finding clients in a park in Berlin and teaches him how to deal with the clients. The father hides in the bushes so that the clients cannot spot him and takes pictures of the whole scene with the goal of catching the customers in illegal sexual acts with his son. He uses the pictures to blackmail the unknowing customers and asks for large amounts of money to delete them and not inform the police. The father is eventually arrested and the boy is sent to a foster family in a secret location. And now comes the shocking part of the story. The other minor from the family is doubling his efforts in prostitution to earn enough money needed for an expensive lawyer to save the father from a prison sentence. When we asked him why he was trying to “save” a father that destroyed their lives he answered with a high dose of certainty: “But he is my father, I have to do this”.

Freedom plays a major role in Roma life. If you want to make them suffer, take their freedom away, as was the case during the 500 years of Roma slavery in the Romanian space. From this perspective, the European idea of the free movement of goods and people found in the Roma communities the most enthusiastic supporters. Unfortunately,

¹⁶¹ *subway* is a social project that works with young male sexworkers in Berlin. We provide social counselling, medical assistance, accompaniment to authorities, and specific services for the homeless: food, opportunities to shower, emergency clothes, means of doing laundry, sleeping place, etc. At least three times a week we do streetwork as health prevention work for safe sex.

this freedom was transported to a very personal level that would conflict with the majority's lifestyle.

We often found it difficult for Roma living day to day in precarious conditions to commit to a fixed schedule, to sign up for a longer activity that requires a more serious amount of discipline. If a specific activity entails long-term benefits and conflicts with their short-term priorities (for example after getting a job, they cannot visit their home country unless they get some vacation time), they would tend to abandon that activity, which is seen as a serious limitation on their freedom (of movement, of taking decisions, etc.).

Strong Focus on the present to the detriment of future plans. What I find exceptionally interesting is their ability to fully live the present moment and enjoy at the maximum its benefits. This is a quality we are trained since childhood to deny. We now largely associate the need for instant gratification with children and younger people but this also applies to Roma adults as well.

The day-to-day pressure of making a living under conditions of homelessness and poverty requires their immediate action with quick tangible results. As shortly illustrated above, this makes the larger but at a later date benefits less desirable compared to smaller but rapid gains. We see this when we counsel teenagers looking for a job as an alternative to prostitution. If possible, they would avoid any bureaucracy and training and start working right away. But that is unfortunately not possible on the German labour market and therefore they would rather stick to other less complicated ways of earning the money needed to survive.

The importance of tradition as it was transmitted in the family environment. In our society, children get their early education mainly from the parents and the preschool education system. In Roma families with migratory experience, the educational role of the parents is often taken over by the grandparents as long as they are still young enough to assume this responsibility.

This is mainly because the parents are busy earning money far away from home, sometimes abroad, sometimes in other regions of Romania. A direct consequence of this is the slow transformation of the Roma society in general and stronger adherence to the traditional values and lifestyle. We see this for instance in the distribution of the family roles (the man is responsible for providing the financial support, the woman assumes the responsibilities of the household and of childrearing), in the strong stigma related to homosexuality, and so on.

Western countries as opportunities for income

The social service workers strive to integrate into our society the homeless people they meet on the streets. Our clients, who are involved with prostitution, are usually homeless too, but not all of them perceive themselves as being homeless and impoverished. They usually consider Berlin a workplace where the living conditions are not ideal, but acceptable as a temporary solution. Therefore, it is completely acceptable to live in a tent, in an old car or in abandoned houses. When they are in luck, they might stay at a hotel or even at the client's home. The main goal is to not spend their money unless when absolutely necessary: for food, minimal things for sleeping and hygiene. If there is some free social assistance on offer like drop-in social daycare centers, our clients use these social services to save more money.

This arrangement, even if not ideal, is still bearable for them because it is temporary. The real home is still where the rest of the family lives, where their children grow up and where they are no longer on the bottom rung of the social ladder, but respected members of their community.

To leave such a community for good is sometimes considered an act of treason. It doesn't matter where you go and what you do as long as you financially support your family and come back home. This way of

living makes them international commuters that come back home at least two times a year, for Christmas and Easter.

Not all of our clients but a large majority of them are not ready to completely give up on their roots and settle in a different country, and therefore they are not ready to commit to serious employment. That doesn't mean they don't want to work. They are well known as seasonal workers in Spain where access to the seasonal labour market is much easier in comparison to the Nordic countries. We meet many sex workers in Germany when there is no seasonal work in Spain or Italy.

In fact, for a young couple with limited formal education and even more limited language skills, the opportunities of having a reliable source of income are quite reduced. In Italy, Greece, and Spain they would find employment as seasonal workers in the agricultural sector. In France, they are already well known for collecting paper and metal scrap for recycling. Temporary jobs on construction sites or in cleaning services would complete the list of "official" types of employment they would typically get in order to make ends meet. Informal types of work would include everything from prostitution, car dealing, begging in front of supermarkets or in public transport, to some legally punishable activities like pickpocketing or introducing women (not their own partners!) to prostitution.

Male Prostitution

Social Work with a less known target group

The phenomenon of male prostitution is scarcely documented and even the protagonists are not so keen on talking about it.¹⁶² Nevertheless, it is real and still profitable enough to attract every year

¹⁶² Editors note: According to the Federal Criminal Police Office (BKA) in Germany around 5 percent out of the victims of sexual exploitation are males (see BKA 2020: 8).

new boys. With some exceptions, the early age threshold of men active in this field typically varies between 16 and 26 years with a tendency over the past years of it dropping even lower. Since we started to precisely document our contacts with the minors active in prostitution, the year 2018 set a record in terms of absolute numbers with a total of 115 contacts. The number of unique individuals is actually impossible to determine with precision because of its inherent dynamic. The boys might be off the scene for a while to spontaneously return together with a new candidate.

In our project we do streetwork two or three times a week. That means a large part of the week remains uncovered and undocumented. Still, our estimations in the case of Berlin remain one of the best indicators of the phenomenon of male prostitution in the city. In 2019 the average number of contacts during a streetwork shift was 44. The absolute record for that year was 84 contacts, who we met on a single round of the streets of Berlin despite a cold winter day of early December.

The scene consists of a few bars in a well-known established gay district of Berlin, some sex-cinemas and a few parks, mainly the centrally located park of Tiergarten. The activity starts to intensify after sunset and lasts until late in the night, sometimes until dawn. The newer and younger the boy is, the bigger are his chances to earn a significant amount of money. The average earnings per month range somewhere between 500 and 1,500 Euros, sometimes even more if they had a lucky month. The sexual acts are in 90 percent cases consumed in the toilet of the bar or in the bushes of the park where they met.

As mentioned above, their living conditions in Berlin are extremely precarious: abandoned houses, tents, old cars, in hotels when the client has paid for the room or sometimes with the client himself. For access to showers and minimal hygiene facilities they often sneak into restaurants and bars, sometimes with the permission of the staff. From the perspective of the social security system, they don't exist. They are not registered with an official residence, nor are they registered in the

health insurance system in Germany or in the origin country. Paying rent here is not an option. They focus all their efforts to avoid unnecessary spending in Germany in order to send money immediately home to their families. For them, Germany is exclusively an opportunity of earning an income, a place for “work”, but not the place where you have fun. Real life is always at home, where their roots are, where the rest of the family lives, where they do have a house, friends and even children.

Male-male sex and sexual identity of young Roma

The young boys spend their time in the bars where they meet potential customers. With an over-sexualized but often naive behaviour, the lack of basic language skills makes them often a victim of misunderstandings and even of sexual violence. A story we hear often: the client asks for various sexual practices the boys don’t understand, but verbally accept. When they are about to have sexual intercourse, the boys finally understand what the client asked for and don’t accept it. And even if they have sexual intercourse, the boys might not get paid or they may receive less money than initially agreed upon.

Sometimes they limit the dialogue to a minimum, and offer limited sexual practices not because they wouldn’t do more, but because they cannot express themselves properly. The lack of the language skills is often compensated with non-verbal communication: gestures suggesting sexual practices, which are not welcomed in the public space, and which tend to disturb the potential customers.

Many of the boys we meet don’t identify themselves as gay or bisexual despite the exclusively male targeted clientele. To keep their sexual identity as straight, they do not accept any roles in the sexual act that are traditionally considered as being “female”¹⁶³. This is the most

¹⁶³ Considering the main most encountered sexual practices between men, from the most accepted to the least accepted sexual services are the following:

common misunderstanding which develops between them and their clients.

To help us better understand our target group, we sometimes ask all the boys we meet a short set of questions related to their work and living conditions in Germany. One of the questions is the following: “What is for you the hardest, the most unpleasant thing in Berlin?”. Most often the answer was not the living or hygiene conditions, not the separation from their families, but the requirement of having sex with men.

Partly to cope with this, partly due to their lack of experience, they take drugs together with their clients and become a part of the infamous chemical sex scene of Berlin. Marijuana and gamma-Butyrolactone¹⁶⁴ are usually the entry doors in the drug scene, followed by Crystal Meth, Cocaine and even Heroin. Game addiction (they lose their money at electronic games installed in bars) completes the addiction spectrum.

In time we noticed a slight change in their behaviour. From the innocent boys who discover male prostitution with all its benefits and issues, in time they become more comfortable, more aggressive or rude. Their behaviour is basically a response to the traumatic experiences they had to face. It starts with fun and a lot of money and, if they stay long enough in business, it ends up in depression, addiction, loss of perspective, criminal activity and sometimes in prison.

receiving a blowjob, anally penetrating the partner, actively giving a blowjob, and accepting to be anally penetrated. From our estimation, 75-80 percent of earnings are gathered from the first practice only.

¹⁶⁴ Gamma-Butyrolactone or GBL is a chemical substance with psychoactive effects used in solvents and cleaning agents (e.g. nail polish). For more info see <https://www.drugcom.de/drogenlexikon/buchstabe-g/gbl/> [Last accessed on 10.01.2022].

The Craiova-Berlin axis: A bridge of poverty

It is hard to tell how it started. The streetwork in male prostitution started more than 25 years ago but no statistics were recorded at that time. In a talk with the social workers that were on the streets scanning the scene, we found out that the crowd was pretty mixed. Boys from Germany, Poland and other western countries were dominating the landscape. Just a tiny fraction of them were from Romania and Bulgaria. But this group had continuously developed itself in time.¹⁶⁵

If we don't know exactly how it started, at least we do know how it grew. A big role was played by the perpetual commuting between Germany (the money source) and Romania (where lies the home and family). The success stories were listened to by others from the Roma community in the origin country who found out about the potential market and decided to profit from it. At home, they definitely wanted to show off their success: they probably returned home with a second hand car of German make, threw a party for relatives and told everyone they got rich in Germany without explaining exactly how they accomplished this feat.

But for the trusted relatives (usually members of the extended family) they would have explained it in more detail and invite them to join their next trip to Berlin. It is even possible that they make a little business out of it: "I can tell you how to make money but... it will cost you this amount"; this type of deal is most probably secret and the costs of intermediating the access to the new source of income would likely be paid from the first earnings of the "apprentice".

In turn the "guide" was responsible for finding him a place to sleep, for introducing him to the scene, for teaching him some basic words

¹⁶⁵ Editors note: Latest statistical data show that around one quarter out of all victims of sexual exploitation in Germany are of Romanian origin (reported cases) (see BKA 2020: 8). The quota of suspects is similar: around 20 per cent out of the suspects are of Romanian nationality (see *ibid.*: 13).

and how to deal with the clients. In a few months time, the apprentice is already a guide himself, earning money from prostitution and from similar guidance of other boys. In 2019, the year before the Covid-19 Pandemic, the contacts with boys from Romania in the male street prostitution scene accounted for 54 percent of overall contacts in our streetwork statistics. They didn't come to Berlin out of a sense of adventure, but because of the pressure of poverty, the need to support their families and to pay their increasing debts.

Minors in the prostitution and the family pressure

How is it possible that boys at such an early age are under such a large pressure of earning money? Are their parents not able to provide the material resources anymore? And why the boys, but not their wives? To understand the phenomenon, we need to go back to the root of the problem, primarily to the rural local traditions in the Roma families. Marriage has a completely different meaning compared with our own expectations of it.

In the Roma culture, a marriage is an agreement between the parents of the young couple. The parents of the groom will make a financial agreement with the family of the bride. Usually, they are required to pay an amount that varies between 5,000 and 15,000 EUR. Sometimes they don't pay this in cash, in which case they are required to organize an extremely expensive wedding, with famous live singers and luxury goods. The prices vary according to the status of the bride: is she still virgin and good looking? If so, there are better chances to get a higher price. Are there more interested families? The price rises even higher.

Unfortunately, the family of the groom usually has no savings and cannot afford the bride price. But the family comes first no matter what and the young boy cannot remain unmarried. Therefore his family members ask local moneylenders for financial support; these in turn are always ready to help with loans, but at high interest rates. If the family is not able to pay back the loan, they risk severe consequences

from the (criminal) moneylenders who cannot accept such a high loss, which can put the entire family in a serious danger.

Once the wedding has taken place, and the new family has been established, the parents of the groom will usually transfer the debt of the bride price on their son. This attitude can be summed up as: “Well, son, you are now the head of your own family, you need to pay your debts. You have to go earn some money, no matter how you do it, otherwise you risk putting us all in danger”. So, the young father, sometimes still a minor, is forced to look for sources of quick and easy money.

In Romania, the age of 14 has some specific legal meanings. It is the age when children receive their first personal identity card. Furthermore, up to the age of 14 children can travel outside Romania (which is not part of the Schengen space and still has minimal border control), but only if they appear in the passports of their parents. A passport has its own costs, it takes time to apply for it and entails some measure of stress from bureaucratic procedures. Only those who really need it, apply for it. But with the personal identity card, everything is easier and more affordable for the minor and his family.

The age of 14 also marks the end of the mandatory school period of eight years. Having grown up in families with traditionally no access to education, they are more than happy to enjoy the long awaited freedom. In the Roma culture and tradition, after the age of 14 the boys are considered to be adults - with less experience, but adults nonetheless. They are ready to be married, and found their own families. The development of sexual drives puts extra pressure on young people and on the family, and the marriage is usually the socially acceptable solution to cope with it. But to marry you need money and hence the presence of minors in the field of work.¹⁶⁶

¹⁶⁶ Editors note: As BKA records, in around 10 percent of the cases of human trafficking for sexual exploitation the family plays an important role in convincing or forcing the girl or boy to prostitute her-/ himself (see BKA

Access to the German labour market and prostitution as an alternative

90 percent of the boys we get in contact with would love to have formal employment. They are not afraid of hard work, but of the associated bureaucracy and legal paperwork they don't understand. Most of them have already worked on construction sites for a week or two, sometimes even longer. The problem is not the work itself, but the complicated way of getting it. To access formal employment, you need an address, a tax number, a bank account, a resume and whatever additional documents the potential employers decide to ask for. And most of these documents must be requested from various local authorities, which in many cases claim to be "not responsible" for whatever kind of paper the boys need, and so the local authorities send them to another municipal office.

The "who is doing what" of bureaucratic jurisdiction is a complete puzzle for boys who are simply looking for a less complicated way of earning money. They often abandon the search for a job because of the many language barriers, and gross indifference of the hired staff, who are supposed to ease their chances of get one. Quite often, their level of education is at a bare minimum, and so they barely manage to read and write simple sentences in their mother language. A large number of the clients we met were completely illiterate and not even able to sign an application form we had already filled out for them.

In contrast with this, prostitution appears as an alternative where you don't need any kind of studies, where body language is already enough to communicate, where there are no papers to be filled out, and no taxes to be paid. It is the world of "what you see is what you get" in contrast with the brutto/netto type of income. It is the world of "pay me now and work later" instead of "work now and pay me next month". Financially, it is also hard to beat: what other type of job pays

2020: 10). Data upon the suspects show that around 5 per cent of the suspects are relatives (see *ibid.*: 13).

somebody 100 EUR netto per hour? And could we really blame or judge a young boy who never had a serious long-term job that he is not 100 percent committed to integrating himself in our style of living?

It has been always our role as social workers to open their eyes to health risks, to the lack of future perspectives, and to the legal implications of their work. According to the prostitution safety law¹⁶⁷, the law that regulates prostitution in Germany, they should register themselves as sex workers at the local authorities, and have a regular health check. Disrespecting the law could theoretically bring a fine, but from our experience, that has never been the case. The group itself is so volatile on the streets that it would disappear from the scene in less than a minute if police would come.

Conclusion: Perspectives for future integration

Despite the visible short term advantages, we managed to help enough young families to secure a future through work. Getting a stable job and proper living conditions is for many an ideal worth pursuing. But is this enough? Many of the boys don't consider Germany the place where they want to live out their lives. This is because of the social network and families that still exist in their home country, because of the lack of language skills and the general insecurity they have already experienced here. They have little interest in learning systematically something new (taking up a language course, getting qualified in a profession), because of the pressure to earn money NOW.

We had countless situations when we tried to explain and show the advantages of having a profession and education, how these might lead to a better paid job, better opportunities on the labour market as well as more financial security and overall stability in their lives, but we were never successful getting them back into school or a training

¹⁶⁷ Prostitutionsschutzgesetz (ProstSchG).

course. What are their other options then? We have noticed a preference for “hard work - well paid” jobs, and a clear focus on short term kind of work. They would also often accept to receive a smaller payment if that meant having nothing whatsoever to do with local authorities.

The ideal solution to integrate them into regular jobs would be staff rental companies with at least one team leader who already speaks Romanian, which would ease communication at the workplace, and could therefore offer them employment. Easy access to seasonal work seems to work in countries like Spain and Italy; in those cases they quite often also receive some very basic living conditions in exchange for low rent prices. If the burden of bureaucracy would fall completely on companies instead of employees, that would further lead to less cases of undeclared work.

However, we have found extremely few and overcrowded counselling centres in Berlin where the boys could get the much needed long-term and comprehensive support from social workers in their own language to help them get out of homelessness and into employment.

To sum up, we firmly believe that unregistered prostitution will remain more attractive for many. But we also believe that if the path to formal employment would be made easier by the local authorities, then many would be willing to take advantage of that opportunity.

Bibliography

Bundeskriminalamt (2021): Menschenhandel und Ausbeutung. Bundeslagebild 2020. Online verfügbar unter https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Menschenhandel/menschenhandelBundeslagebild2020.pdf;jsessionid=D64889899ABD1F1B4CC082B1E8683228.live601?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt geprüft am 22.10.2021.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz; Bundesamt für Justiz (21.10.2016): Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen. ProstSchG. Online verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/prostschg/ProstSchG.pdf>, zuletzt geprüft am 19.06.2021.

Zwischen Migrationsberatung, Armutsprävention und Wohnungslosenhilfe. Über den Aufbau der *Mobilen Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen und Roma in Berlin*

Annette Schymalla

Einleitung: Ausgangslage und Hintergrund

Seit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur Europäischen Union im Jahre 2007 und seit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Angehörige dieser beiden Staaten in 2014 verzeichnete das Land Berlin einen wachsenden Zuzug aus diesen Ländern. Die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien betraf die Berliner Bezirke in unterschiedlichem Maße; bei den Zuwandernden beliebte Bezirke waren Mitte, Neukölln, Reinickendorf und Friedrichshain-Kreuzberg. Im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf hatten sich bereits ab 2010 viele polnischsprachige Rom*nja-Familien niedergelassen.

Zu den Herausforderungen, mit denen sich manche Berliner Bezirke durch den wachsenden Zuzug aus Rumänien und Bulgarien konfrontiert sehen, gehören Arbeitslosigkeit, Scheinselbständigkeit, Arbeitsausbeutung, existentielle Not ohne Anspruch auf Sozialleistungen, Mangel an formaler, bzw. schulischer Bildung und gesundheitlicher Versorgung und in besonderem Maße die Wohnsituation und Konflikte im öffentlichen Raum.

Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt war bereits vor der Wanderungsbewegung aus Rumänien und Bulgarien sehr angespannt; die Wohnsituation der Neuzuwandernden in Berlin war und ist gekennzeichnet durch prekäre bis ausbeuterische Mietverhältnisse.

Auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bildeten sich kriminelle Strukturen, in denen häufig Arbeitgeber*in und Wohnungsgeber*in die gleiche Instanz waren und doppelte Abhängigkeiten schufen. In sogenannten „Schrottimmobilien“ wohnten zum Teil so viele Personen oder Familien, dass es zu Lärmbelästigung, Müll, Ungezieferbefall und in der Folge häufig zu Nachbarschaftskonflikten kam.

Ein in Berlin neues Phänomen waren die Obdachlosigkeit ganzer Familien und ein „Campieren“ im öffentlichen Raum, z.B. in großen Parks, an Bahndämmen, unter Brücken oder in Autos. In der öffentlichen Meinung und in der medialen Darstellung schien der soziale Friede in diesen Nachbarschaften gefährdet (vgl. Schlesier und Meyer-Heuer 2015).

Die neu Zuwandernden überforderten zunächst alle Systeme - die Behörden, die Träger, die Berliner*innen. Die mitgebrachte Armut und ein nie gesehenes Elend brachten auch gestandene Helfer*innen an ihre Grenzen. Dazu kam der Mangel an passgenauen Angeboten und das Fehlen durchsetzbarer Sozialleistungsansprüche. Diese Gemengelage löste bei vielen Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit aus.¹⁶⁸

¹⁶⁸ Zu den Anfängen der Arbeit der *Mobilen Anlaufstelle* in Berlin siehe auch o.A. (2013): Soziale Arbeit von und mit Roma - eine selbstkritische Reflexion der Arbeit der Anlaufstelle für rumänische und bulgarische Roma bei Amaro Drom e.V..

Der Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Rom*nja

Die Europäische Kommission hatte 2011 die Mitgliedsstaaten aufgefordert, umfassende Strategien zur Einbeziehung der Rom*nja zu beschließen, um deren Lebenssituation in allen Mitgliedsstaaten spürbar zu verbessern (vgl. Europäische Kommission 2011). Vor diesem Hintergrund beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus 2012 die „Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“, die die Entwicklung eines mittelfristigen Aktionsplans beinhaltet (Abgeordnetenhaus von Berlin 2012). Dieser Aktionsplan sollte den durch die zunehmende Einwanderung von Rom*nja nach Berlin bedingten neuen Bedarfslagen begegnen.

Der *Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma* - kurz *Aktionsplan Roma* - wurde 2013 beschlossen und verfolgte zwei übergeordnete Ziele: mit der ressortübergreifenden Bündelung von Maßnahmen sollte den zuwandernden Rom*nja der Zugang zu den staatlichen Regelsystemen erleichtert werden und der Antiziganismus sollte bekämpft werden. Die Maßnahmen wurden in vier Handlungsfeldern organisiert. Dazu gehörten Bildung, Jugend und Ausbildungschancen, Gesundheitliche Versorgung und Soziales, Wohnen und Konflikte im Stadtraum sowie Integration – Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (Abgeordnetenhaus von Berlin 2013).

Über die Umsetzung des *Aktionsplans Roma* wird alle zwei Jahre Bericht erstattet.

In 2018 und 2019 wurde der Aktionsplan evaluiert (vgl. Pfeffer-Hoffmann et al. 2019). Als Ergebnis der Evaluation wurden Empfehlungen zur Weiterentwicklung herausgegeben, um die übergeordneten Ziele besser verfolgen zu können.¹⁶⁹

¹⁶⁹ Seit 2020 wird der *Aktionsplan Roma* u.a. im Rahmen von Dialogveranstaltungen weiterentwickelt, Anm. d. Hg..

Die Arbeit des Berliner Caritasverbandes mit der Zielgruppe zugewanderter Rom*nja

Zum Zeitpunkt der „Berliner Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“ 2012/ 2013 hatte der Berliner Caritasverband bereits viele Erfahrungen in der Arbeit mit der Zielgruppe der Rom*nja gesammelt, insbesondere im Migrationsberatungszentrum Marzahn-Hellersdorf und im Interkulturellen Familienberatungszentrum Friedrichshain-Kreuzberg. Bereits ab 2010 förderte der Bezirk Marzahn-Hellersdorf die Arbeit mit polnischsprachigen Rom*nja. Um die aus Polen kommenden Familien in die Regelberatung zu integrieren, entwickelte der Caritasverband eine Gruppenberatung mit gesonderter Sprechzeit und Übersetzung, bis sich die Familien an die Anforderungen und an die Struktur der Beratung gewöhnt hatten. Seitdem sind sie im Regelsystem integriert.

Von 1995 bis 2011 war der Berliner Caritasverband für die Stellplatzbetreuung am ehemaligen Grenzübergang Dreilinden zuständig und bot den dort lebenden Sinti*zze und Rom*nja soziale Beratung und Kinderbetreuung an. In 2011 wurde diese Platzbetreuung an eine Rom*nja-Selbstorganisation abgegeben.

Von 2013 bis 2014 betrieb der Caritasverband das Kiezbüro in der Harzer Straße, einer Wohnanlage in Neukölln, die durch den Zustand der Immobilie und den Zuzug von Rom*nja aus Rumänien Schlagzeilen gemacht hatte (vgl Haak 2012). Ab 2014 bot das Projekt *BildungsWege* Alphabetisierung und Sprachförderung für Jugendliche und junge Erwachsene an, um sie in Schule und Berufsausbildung zu bringen.

Auf der Grundlage dieser vielfältigen und langjährigen Erfahrungen gab der Berliner Caritasverband im Herbst 2014 eine Interessenbekundung für die ausgeschriebene *Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen sowie Roma* ab und übernahm ab Februar 2015 die Trägerschaft für dieses Beratungsangebot im Handlungsfeld IV: Integrationsperspektiven – Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Wie der Name der Beratungsstelle

zeigt, ging man zu dieser Zeit noch von einer temporären Wohnsitznahme in den Sommermonaten aus. Doch konnte bald von einem dauerhaften Zuzug aus Süd- und Südosteuropa gesprochen werden.

Von 2016 bis 2020 konnte die *Mobile Anlaufstelle* durch Mittel aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) vergrößert werden. Mehr finanzielle und personelle Ressourcen ermöglichten eine Ausweitung der Beratungsarbeit, die im Rahmen von *MOBI.Berlin* fortgesetzt wurde. Inhaltlich orientierte sich das Projekt an den Zielvorgaben des für die Bundesrepublik geltenden Operationellen Programms des EHAP (Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017). 170 Dessen (Einzel-)Ziele blieben stellenweise hinter den Zielen des Berliner Aktionsplans Roma zurück.

Mit neuer Leitung und einem neuen Projektteam setzt die Caritas seit dem Jahr 2021 die Arbeit der Mobilen Anlaufstelle fort. In einem neuen Konzept werden bewährte Methoden und Angebote weitergeführt, gleichzeitig werden neue Impulse gesetzt, die sich aus den Erfahrungen in der Corona-Pandemie ergeben haben. Die Arbeit wird digitaler, flexibler und niedrighschwelliger. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Projekt-Phasen zwischen 2015 und 2020.

¹⁷⁰Zu Arbeit und Erfahrungen von sog. EHAP-Projekten in Berlin vgl. auch den Beitrag von Buzoianu in diesem Band, Anm. d. Hg..

Ziele, Aufgaben und Arbeitsweise der Mobilen Anlaufstelle

Das Leitziel aller Aktivitäten der *Mobilen Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen und Roma* bestand über alle Jahre in der Verbesserung der Integrationschancen für Rom*nja-Familien und Wanderarbeiter*innen. Das Land Berlin setzte von Anfang an auf Integration als Ziel aller Maßnahmen.

Für eine gelingende Integration in die Regelstrukturen wie auch in die hiesige Gesellschaft müssen sowohl die zugezogenen Personen und Familien als auch die aufnehmende Gesellschaft Integrationsleistungen erbringen, bei denen sie Unterstützung benötigen. Daraus ergaben sich für die Arbeit der *Mobilen Anlaufstelle* folgende Handlungsziele:

- Kontakt und Vertrauen zur Zielgruppe aufbauen
- Erstinformation und Aufklärung der neu Zugezogenen
- Vermittlung und Begleitung der Zugezogenen in die Regelstrukturen
Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung der lokalen Öffentlichkeit

Dabei versteht sich die *Mobile Anlaufstelle* als ein niedrighschwelliges und flexibles Instrument, das durch zielgruppenadäquate Ansprache, Mobilität im Stadtgebiet und den Einsatz von muttersprachlichem Personal in der Lage ist, Kontakt zur Zielgruppe herzustellen. Im Unterschied zu den vorhandenen Beratungsstellen, die mit einer Komm-Struktur arbeiten, bietet die *Mobile Anlaufstelle* eine Geh-Struktur in Form eines mobilen Beratungsangebotes an. Die Anlaufstelle verfügt über sehr gute Kenntnisse der Regelstrukturen in den Bereichen Migration, Aufenthalt, Wohnen, Existenzsicherung, Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit und kann entsprechend vermitteln.

Durch eine enge Kooperation mit den relevanten Akteuren in den Berliner Bezirken und den Migrantenorganisationen werden die Angebote und Ansprechpartner*innen der *Mobilen Anlaufstelle* bekannt gemacht. Durch die Vernetzung mit bundes- und

landesfinanzierten Migrationsberatungsangeboten, den Integrationsbeauftragten der Bezirke und mit dem bezirksorientierten Programm (des *Aktionsplans Roma*)¹⁷¹ ist hier eine Vermittlung in professionelle und langfristig angelegte Beratung möglich, zu der die *Mobile Anlaufstelle* ihre Zielgruppe motiviert und begleitet.

Folgende Methoden der sozialen Arbeit kamen im Projekt *Mobile Anlaufstelle* zum Einsatz:

- Aufsuchende Arbeit
- Clearing¹⁷²
- Erst- und Folgeberatung zu allgemeinen Fragen von Aufenthalt, Arbeit, Wohnen, Existenzsicherung, Gesundheit, Bildung und Familie
- Begleitung und Vermittlung
- Familienberatung/aufsuchende Familiensozialarbeit
- Vernetzung und Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit

Die Beratungsangebote wurden mobil und am Projektstandort angeboten und je nach Bedarf eingesetzt, ebenso wie die methodische Bandbreite und die Gewichtung der einzelnen Aufgaben jährlich überprüft und angepasst wurden.

¹⁷¹ Im Rahmen des sog. *Bezirksorientierten Programms* wird Sprach- und Kulturmittlung im Kontext Schule, sowie eine Einführung der neuzuwandernden Rom*nja-Familien in die deutschen Gesellschaftsverhältnisse angeboten (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin 2013).

¹⁷² Damit ist in der Sozialen Arbeit der erste Schritt im Beratungsprozess gemeint. Hier geht es darum, die Situation des*der Hilfesuchenden möglichst genau zu erfassen, Ressourcen und Bedarfe zu erkennen, um dann entsprechende Hilfen anbieten zu können.

Tätigkeitsfelder, Entwicklungen und Ergebnisse

Beratung, Begleitung und Vermittlung

Das Angebot der *Mobilen Anlaufstelle* wurde ab Projektstart sehr gut angenommen. Es gab keine Schwierigkeiten, Kontakt zur Zielgruppe aufzubauen und qualifizierte muttersprachliche Beratung anzubieten. Durch Mundpropaganda kamen täglich Ratsuchende, während gleichzeitig die Berliner Regeldienste angingen, in die *Mobile Anlaufstelle* zu vermitteln.

Es kostete einige Anlaufzeit, bis sich die *Mobile Anlaufstelle* methodisch und strukturell so aufgestellt hatte, dass die Beratungsarbeit in ruhigen Bahnen verlief, kurze und unkomplizierte Anliegen sofort und schnell bearbeitet werden konnten und, wo nötig, juristische Unterstützung in Anspruch genommen wurde. Dazu gehörte auch die Unterscheidung zwischen echten Notfällen, bei denen sofort gehandelt werden musste, und „normalen“ Beratungsfällen ohne Dringlichkeit.

Im Durchschnitt wurden pro Jahr in der *Mobilen Anlaufstelle* 1.000 Personen beraten, von denen rund 70% Erwachsene über 16 Jahren und rund 30% Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren waren. Das Geschlechterverhältnis zwischen Männern und Frauen war ausgeglichen. Mit den erwachsenen Ratsuchenden wurden rund 3.000 Beratungsgespräche pro Jahr geführt. Die wichtigsten Anliegen, mit denen sich Ratsuchende an die *Mobile Anlaufstelle* wandten, umfassten die Grundbedürfnisse Wohnen, Lebensunterhalt und Gesundheit. Erst danach wurden Anliegen wie Bildung, Schule und Sprachkurs wichtig. Weitere Themen der Beratung waren Ordnungswidrigkeiten, Schulden und die Rückreise ins Herkunftsland.

Nach dem Erstgespräch und dem dabei erfolgenden Clearing entschied sich die Frage, ob die Ratsuchenden eine Begleitung brauchten, in eine andere Beratungsstelle oder Behörde vermittelt

werden sollten oder ob ein längerer Beratungsprozess beginnt. Die meisten Personen und Familien brauchten deutlich mehr als ein Beratungsgespräch. Die Anzahl der Folgeberatungen war im Schnitt dreimal so hoch wie die der Erstberatungen.

Da die Zielgruppe von den Regelstrukturen häufig nicht erreicht wurde, gehörten die Begleitung und die Vermittlung in die Regelstrukturen von Beratung, Spracherwerb, Leistungsbezug, Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit zu den vordringlichen Aufgaben der *Mobilen Anlaufstelle*. Die Begleitung wurde sehr gern in Anspruch genommen, erleichterte sie doch beiden Seiten die Kommunikation. Die meisten Begleitungen fanden ins Jobcenter, in die Soziale Wohnhilfe, ins Schulamt, ins Wohnungsamt und in die Gesundheitsdienste statt. Die Zusammenarbeit mit diesen Behörden und Institutionen funktionierte in den allermeisten Fällen sehr gut. Durch ein bis zwei Begleitungen konnten die Ratsuchenden gut dorthin vermittelt werden und anschließend allein dorthin gehen. Durch die Möglichkeiten der telefonischen Rückfrage sowohl für die Klient*innen als auch für die Behörden gab es ein Backup, wenn Verständigungsschwierigkeiten auftraten.

Auch wenn die Zusammenarbeit mit den Behörden und Regeldiensten in den meisten Fällen sehr gut funktionierte, gab es Fälle und Situationen, in denen Beratung und Begleitung allein nicht zum Erfolg führten. Strukturelle Diskriminierung in Behörden und Diensten begegneten den Mitarbeitenden der *Mobilen Anlaufstelle* immer wieder. Manche Behörden wollten die Anträge nicht annehmen, andere forderten Unterlagen, die von deutschen Antragstellenden nicht gefordert werden. Hier mussten Anwälte eingeschaltet oder vor dem Sozialgericht geklagt werden.

Eine enge Zusammenarbeit mit den Integrationsbeauftragten oder Beauftragten für Chancengleichheit war Teil unserer Arbeit. Die vermittelnde Tätigkeit der *Mobilen Anlaufstelle* war auch als ein Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Berliner Regeldienste zu verstehen. Dem Hilfebedarf auf der Seite der Regeldienste konnte durch einzelfallbezogene Zusammenarbeit wie auch durch die

Bereitstellung von Informationen allgemeinerer Art begegnet werden. Vermittlung ist, wie der Integrationsprozess im Allgemeinen, nicht als eine einmalige Handlung, sondern eher als Prozess zu begreifen.

Laut Konzept sollte die Vermittlung in andere Beratungsstellen nach einer Erstorientierung und -beratung sofort erfolgen, gelang allerdings nur in Einzelfällen. Das Konzept der *Mobilen Anlaufstelle* funktionierte in diesem Punkt nicht optimal. Es gab Vermittlungshemmnisse auf beiden Seiten. Der Widerstand auf Seiten der Zielgruppe war sehr groß. Die Ratsuchenden wollten ungern die Beratungsstelle wechseln, wenn sie Vertrauen gefasst hatten und sich erste Erfolge einstellten. An dieser Stelle wird die erfolgreiche Beratung zum „Pferdefuß“. Außerdem ist damit nicht nur ein Wechsel der Vertrauensperson, sondern meist auch der Beratungssprache verbunden. So sind viel Überzeugungsarbeit und persönliche Begleitung nötig. Manchmal gelang der erste Schritt der Vermittlung, aber dann wurden die Klient*innen nicht wirklich angebunden und fingen bald wieder ein „Beratungsstellen-Hopping“ an.

Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, dass die Regeldienste an die *Mobile Anlaufstelle* verwiesen. Da in der *Mobilen Anlaufstelle* Sprach- und Kulturkenntnisse, Rechtskenntnisse und Erfahrung mit der Zielgruppe vorhanden waren, wurde gern hierher vermittelt. Die Regeldienste sahen das Projekt, nicht zuletzt durch die sehr lange Laufzeit von sechs Jahren, als ein spezialisiertes Regelangebot, zu dem sie Klient*innen verweisen konnten, die sie selbst nicht adäquat versorgen konnten. Hinderlich auf Seiten der Regeldienste waren mangelnde Sprach- und Kulturkenntnisse und eine damit verbundene Scheu, sich der Zielgruppe anzunehmen.

Hier bestand ein grundsätzliches Problem im Konzept der *Mobilen Anlaufstelle*, die zu keinem Zeitpunkt so funktionierte wie ursprünglich geplant. Eine „Anlaufstelle“ sorgt für Erstorientierung und kümmert sich um Notfälle. Die weitere Betreuung und ein länger dauernder Beratungsprozess müsste dann von einer Regelberatung übernommen werden. De facto aber arbeitete die *Mobile Anlaufstelle*

in den ersten Jahren ihres Bestehens wie eine Beratungsstelle des Regelsystems.

Aufsuchende Arbeit, öffentlicher Raum und Immobilien

Die aufsuchende Arbeit im öffentlichen Raum, in Parks und an Bahnanlagen sowie in schwer zugänglichem Gelände hat sich über die Jahre zu einem eigenständigen Arbeitsgebiet entwickelt. Die aufsuchende Arbeit erfolgte niedrigschwellig in der Muttersprache der Zielgruppe und vermittelte den Angetroffenen Informationen zum Beratungsangebot der *Mobilen Anlaufstelle*. Unsere Fachkräfte der Anlaufstelle begaben sich an die Orte, an denen sich die Zielgruppe aufhält: Parks, Plätze, Brücken, Bahnanlagen und Ähnliches. Bei erfolgreicher Kontaktaufnahme fand sofort die Erstberatung zu Fragen des Aufenthalts und aktuellen Problemen statt. Bei Bedarf wurde muttersprachliches oder deutsches Informationsmaterial ausgehändigt und auf niedrigschwellige Angebote der Wohnungslosenhilfe wie Suppenküchen, Kleiderkammern und Duschmöglichkeiten sowie kostenlose medizinischer Versorgung hingewiesen.

In der ursprünglichen Projektplanung und in den ersten Jahren der Projektarbeit gingen wir davon aus, dass die bei der aufsuchenden Arbeit angetroffenen Personen und Familien mit Beratungsbedarf in die Beratung vermittelt würden. Schnell stellten wir fest, dass nur vereinzelt Ratsuchende den Weg dorthin fanden und dass viele „Campbewohner*innen“ keine Integrationsberatung oder -begleitung im klassischen Sinne wünschten.

In dem Maße, wie die Kolleg*innen der aufsuchenden Arbeit die Zielgruppe, ihre Motivation, ihre Wünsche und Gewohnheiten besser kennenlernten, wurde die strukturelle und personelle Aufstellung angepasst. Im Team „aufsuchende Arbeit“ waren zwei bis drei Fachkräfte tätig, die Deutsch, Englisch und Rumänisch sprachen. Bei Bedarf wurden auch die Sprachen Türkisch und Bulgarisch hinzugezogen.

Durch die bessere Kenntnis der bevorzugten Orte und ihre turnusmäßige Begehung vergrößerte sich der Umfang der aufsuchenden Arbeit. Das bedeutete nicht, dass mehr Personen der Zielgruppe obdachlos in Berlin leben, sondern eher, dass sich die Mobile Anlaufstelle gut auf die Bedarfe und Gewohnheiten eingestellt hat. Der Zuzug nach Berlin unterliegt bestimmten Rhythmen, ab Ostern und insbesondere in den Sommermonaten steigt er an; wenn es im Herbst kalt wird, nimmt er ab. Es gibt auch ganzjährige Camps, deren Bewohner*innen im Winter manchmal Angebote der Kältehilfe nutzen.

Für die „Campbewohner*innen“ gab es wenig Vermittlungsmöglichkeiten: Viele der in den Camps und im öffentlichen Raum lebenden Personen wollten gern einen Job finden, schafften das aber nicht alleine. Ein weiterer Teil dieser, meist leseunkundigen Menschen, wussten um ihre Chancenlosigkeit am Arbeits- und Wohnungsmarkt. Ihnen hätte es genügt, wenn man sie in Ruhe gelassen hätte und sie mit Betteln, Flaschensammeln, Straßenzeitungsverkauf und (Sperr)müllsortierung ein Mehrfaches von dem hätte „verdienen“ lassen als sie im Herkunftsland hätten erwirtschaften können.

Eine Beratungsstelle zur niedrigschwelligen Vermittlung in Arbeit, ggfs. auch in andere Bundesländer, wo günstiger Wohnraum zur Verfügung steht, könnte eine sehr gute Ergänzung zur Arbeit der *Mobilen Anlaufstelle* sein.

Neben der aufsuchenden Arbeit im öffentlichen Raum gab es auch Hausbesuche. Dazu gehörten Begehungen in so genannten Schrott- oder Problemimmobilien, aber auch bei Nachbarschaftskonflikten. Diese Arbeit ist sehr mühselig und kleinteilig, die Bewohner*innen haben oft Angst, weil Abhängigkeiten zum*zur Wohnungsgeber*in bestehen. In manchen Fällen waren Wohnungsgeber*in und Arbeitgeber*in die gleiche Person bzw. die gleiche Firma. Hier gingen häufig illegaler Wohnungsmarkt und Arbeitsausbeutung Hand in Hand, zum Teil waren ganze Hausgemeinschaften betroffen. An dieser

Stelle ist die Grenze Sozialer Arbeit erreicht. Hier sind die Ressorts Wohnen, Bauen und Kriminalitätsbekämpfung gefragt.

Nach anfänglichen Rollenklärungen funktionierte die Zusammenarbeit mit den Berliner Bezirksämtern sehr gut. Die Hotspots waren bekannt, und die Routen wurden routinemäßig geplant und abgegangen. Es gab eine strukturierte Kommunikation mit den Ansprechpartnern der Bezirke. Bei neu auftretenden Situationen oder Orten wurde die *Mobile Anlaufstelle* vom Bezirk informiert. Je nach Problemsituation erfolgten die Begehungen gemeinsam mit den Bezirksvertreter*innen oder allein. Für die *Mobile Anlaufstelle* war es besonders wichtig, nicht als Behördenvertreterin wahrgenommen zu werden, denn der Kontakt und das Vertrauen zur Zielgruppe waren unsere Arbeitsgrundlage.

Umgekehrt war im Kontakt mit der Zielgruppe immer wieder wichtig zu betonen, dass wir als *Mobile Anlaufstelle* nicht im luftleeren Raum agieren und einseitig die Interessen der Zielgruppe vertreten. Es wurde regelmäßig darauf hingewiesen, dass die *Mobile Anlaufstelle* in Kontakt mit den Behörden steht, geltende Regeln und die Rechtslage wurden erklärt. Räumungen wurden angekündigt und gemeinsam wurde nach Lösungen gesucht. Bei freiwilligen Rückreisen größerer Gruppen arbeiteten Bezirksamt und *Mobile Anlaufstelle* Hand in Hand, in Fällen von Kinderschutz hielten wir engen Kontakt mit dem Jugendamt.

Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung und Netzwerkarbeit

Im Land Berlin und in den Berliner Bezirken wurde innerhalb weniger Jahre ein Netzwerk aus bezirklichen Einrichtungen, Trägern der Rom*nja-Arbeit und den Migrationsdiensten aufgebaut, das zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit mit der „neuen“ Zielgruppe beitrug.

Die *Mobile Anlaufstelle* beteiligte sich an den Arbeitsgemeinschaften der Bezirke und in anderen relevanten Gremien sowohl in den Bezirken als auch bezirksübergreifend. Dazu gehörten die AG's Roma (später: „AG EU-Zuwanderung“), das EU-Berater*innen-Netzwerk, das Netzwerk wohnungslose Familien, die AG Migration der Landesarmutskonferenz sowie die Caritas-internen Gremien von Migration und Wohnungslosenhilfe. Hier fand ein regelmäßiger fachlicher und persönlicher Austausch statt, der Unterstützung und fachliche Beratung bot.

Nach etwa drei Jahren Projektarbeit waren eine schnelle und effektive Kommunikation, regelmäßiger Austausch und strukturierte Fallarbeit erreicht. Entsprechend den am häufigsten in der Beratung vorgebrachten Anliegen waren diese kennzeichnend für die Kooperation mit den Gesundheitsdiensten, den Schulämtern, den Jugendämtern, den JobCentern und zum Teil mit den sozialen Wohnhilfen. Einen engen Kontakt gab es mit den Integrationsbeauftragten der Bezirke, mit dem Quartiersmanagement und mit anderen Projekten des EHAP und des bezirksorientierten Programms.

Überbezirklich verband uns eine enge Zusammenarbeit mit der zweiten Mobilen Anlaufstelle des Landes Berlin in Trägerschaft von Amaro Foro e.V.¹⁷³, die für die anderen Berliner Bezirke zuständig

¹⁷³ *Amaro Foro e.V.* ist der im Land Berlin aktive transkulturelle Jugendverband von Rom*nja und Gadsche. „Amaro Foro“ ist Romanes und bedeutet „Unsere Stadt“. Der Verein gehört zum bundesweit tätigen Verein *Amaro Drom e.V.* (rom.: „Unser Weg“).

war. In der regelmäßigen strukturierten Kommunikation ging es darum, Doppelbetreuung zu vermeiden, eine transparente und schnelle Klientenübergabe zu organisieren und sich über Entwicklungen in Berlin, im EHAP und in der Rechtslage auf dem Laufenden zu halten.

Bei der Arbeit im öffentlichen Raum ist unsere gute Zusammenarbeit mit den Trägern FixPunkt e.V.¹⁷⁴, Gangway e.V.¹⁷⁵ (niedrigschwellige Suchthilfe, Streetwork) und Amaro Foro e.V. hervorzuheben. Auch hier gab es einen regelmäßigen Austausch über bezirkliche und berlinweite Entwicklungen, und Klient*innen wurden vermittelt. So konnten wir das soziale Netz engmaschiger halten und Doppelbetreuung reduzieren, was zur weiteren Professionalisierung beitrug.

Aus der umfangreichen Netzwerkarbeit und der berlinweiten Bekanntheit der *Mobilen Anlaufstelle* entstanden weitere zusätzliche Angebote mit anderen bezirklichen oder Berliner Verwaltungen. Dazu gehörten die „Konfliktintervention Kreuzberg“, ein Projekt für in Parks lebende Familien vom Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg in 2015, sowie die „muttersprachliche Entlassungsvorbereitung für Rom*nja“ mit der Justizvollzugsanstalt für Frauen in 2017 und 2018.

Eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und die Sensibilisierung für die Belange der zuwandernden Rom*nja-Familien war von Beginn an eine der Hauptaufgaben der *Mobilen Anlaufstelle*. Sie war der finanzierenden Senatsverwaltung immer besonders wichtig. So gab es projektbegleitend immer wieder die Frage, wie die Zielgruppe gut informiert werden kann, welche Informationen relevant sind und wie sie gut vermittelt werden können, welche Sprachen oder Formen dafür geeignet sind. Presseanfragen von regionalen und überregionalen Printmedien, Rundfunk und auch Fernsehen wurden, wenn möglich, beantwortet. Dazu musste immer wieder das Bedürfnis nach

¹⁷⁴ *Fixpunkt e.V.* ist ein Berliner Träger der Drogenhilfe und Gesundheitsförderung.

¹⁷⁵ *Gangway e.V.* ist ein Träger der Straßensozialarbeit, dessen Angebote sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene in Obdachlosigkeit richten.

Information und der Schutz der Zielgruppe sensibel gegeneinander abgewogen werden.

Eine neue Herausforderung für die Fachkräfte der Sozialen Arbeit war die Aufklärung von Analphabet*innen, da hier die Arbeit mit der Schriftsprache nicht weiterhalf, selbst wenn es die Muttersprache war. Die Unterstützung von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und von Grafikdesignern führte die Anlaufstelle zur Entwicklung von Piktogrammen und Bildsprache als neuem Arbeitsinstrument.

Darüber hinaus gab es regelmäßig Projektbesuche und Austausch auf nationaler und internationaler Ebene. Für Besuche von Student*innen der Sozialen Arbeit und anderer Fachrichtungen stand die Anlaufstelle gern zur Verfügung, ebenso für Fragen innerhalb von Master- oder Doktorarbeiten. Für die Weiterentwicklung der Projektarbeit waren diese Besuche sehr hilfreich, denn sie gaben die Möglichkeit zur Reflexion der eigenen Arbeitsweise.

Der Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit war ein Fachtag für alle Akteur*innen des Landes Berlin im Frühjahr 2018 unter der Schirmherrschaft der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales. Neben fachlichen Inputs aus Berlin und aus dem Bundesgebiet, interessanten Fachgruppen und der Möglichkeit eines umfassenden Austausches zeigte der Fachtag die Relevanz des Themas, die Größe des inzwischen entstandenen Netzwerks und die in der gemeinsamen Arbeit bereits erzielten Erfolge.

Auf dem Fachtag wurde die Idee einer gemeinsamen Dienstreise von bezirklicher Verwaltung und Projekten zu den Herkunftsorten der im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg lebenden Rom*nja-Familien geboren. Und tatsächlich fand anderthalb Jahre später, im Herbst 2019, eine Reise nach Rumänien mit Vertreter*innen des Bezirksamtes und der im Bezirk tätigen Projekte statt. Die Reise brachte eine Fülle von Informationen und Einsichten in das dortige Leben und mögliche Gründe für die Auswanderung nach Berlin, aber vor allem verbesserte sich die Zusammenarbeit der Ressorts der

Bezirksverwaltung. Durch den engen persönlichen Austausch auf der Reise und die gemeinsamen Erkenntnisse funktioniert die gemeinsame Arbeit in Friedrichshain-Kreuzberg seitdem noch besser als zuvor.

Besonderheiten, Herausforderungen und Erfolge

Als hervorstechendes Merkmal in der Arbeit der *Mobilen Anlaufstelle* ist sicher der Methodenmix zu nennen. Die *Mobile Anlaufstelle* arbeitete gleichzeitig mit niedrigschwelligen und hochschwelligen Methoden, sie nutzte Ansätze aus der Wohnungslosenhilfe (aufsuchende Arbeit) aus der Migrationsberatung (Clearing, Kurzberatung, Case Management), aus der Jugend- und Familienhilfe (Familienberatung, aufsuchende Familiensozialarbeit) sowie aus der Gemeinwesenarbeit. Gremien- und Netzwerkarbeit sowie eine umfassende Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit vervollständigten das Methodenspektrum.

Auch die Netzwerkarbeit umfasste deutlich mehr Partner*innen als in der Migrationsarbeit üblich. Das war der Breite der Aktivitäten und Tätigkeitsfelder geschuldet. Der Bereich Beratung und Vermittlung kooperierte mit den Sozialen Wohnhilfen, den JobCentern, den Migrationsberatungsstellen, der zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot, den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten, den Schulämtern und dem Bereich Gesundheit/ Krankenversicherung. Ein wichtiger Partner waren die Berliner Beratungsstellen zum Thema Arbeit. Das entsprach den in der Beratung am häufigsten vorgebrachten Anliegen und umfasste die für die Bearbeitung dieser Anliegen nötigen Partner. Umgekehrt wandten sich diese Behörden und Beratungsstellen an die *Mobile Anlaufstelle*, wenn sie Fragen hatten oder Unterstützung in der Fallarbeit brauchten.

Durch die aufsuchende Arbeit im öffentlichen Raum und in Immobilien kooperierte die *Mobile Anlaufstelle* auch mit den Bereichen Bauen und Wohnen, Wohnungsaufsicht, Umwelt,

Ordnungsamt und Polizei, was für eine Migrations-/Integrationsberatungsstelle eher unüblich ist. Hier mussten sich beide Seiten (bezirkliche Verwaltungen wie Soziale Arbeit) erst aneinander gewöhnen, bevor eine produktive Zusammenarbeit entstehen konnte. Zunächst gab es von Seiten des Ordnungsamtes die Vorstellung, dass wir als *Mobile Anlaufstelle* „als verlängerter Arm“ der Behörde agieren und ihre Informationen bzw. Forderungen überbringen. Dass wir eine andere Rolle haben, Vertrauen unsere Währung ist und wir beim Verhandeln und Vermitteln behilflich sind, mussten wir den Behördenmitarbeitenden erst vermitteln. Diese Problematik hat es in der Zusammenarbeit mit den Bereichen Jugend, Bildung oder Gesundheit niemals gegeben. Das doppelte Mandat, also anwaltschaftliche Vertretung der Klientenseite und gleichzeitige Vermittlung und Verhandlung mit der Behördenseite, ist im Jugendamt bekannt und vertraut, im Ordnungsamt eher nicht. Nach anfänglicher Rollenklärung war hier aber eine gute Kooperation und Arbeitsteilung möglich.

Die Grundhaltung der *Mobilen Anlaufstelle* war dabei die Position eines Vermittlers. Das entsprach dem Bild einer Brücke, die den Weg zwischen den Zuwandernden und den Regeldiensten der Aufnahmegesellschaft symbolisiert. Die *Mobile Anlaufstelle* befindet sich auf keiner Seite der Brücke und vertritt nicht die Interessen der einen gegen die der anderen. Ihre Aufgabe ist es, den Weg in die Regelstruktur zu ermöglichen oder zu erleichtern. Dafür muss sie in Kommunikation und Kooperation mit beiden Seiten stehen.

Im Land Berlin ist es gelungen, innerhalb weniger Jahre ein großes Netzwerk von Akteur*innen aufzubauen, die sich gemeinsam für die Integration der zuwandernden Rom*nja und aller anderen EU-Bürger*innen engagieren. Dazu gehörten Behörden des Landes und der Berliner Bezirke ebenso wie Wohlfahrtsverbände und Träger Sozialer Arbeit, Vereine und Verbände. Durch die multiplen Problemlagen, die in der Arbeit mit der Zielgruppe zu bewältigen waren, ging die Vernetzung über die sonst üblichen Grenzen der Fachressorts deutlich hinaus. Die Bereiche Migration/ Integration und

Wohnungslosenhilfe/ Soziales sind enger zusammengerückt, zum Gesundheitsbereich (Medizinische Versorgung Nicht-Versicherter, Schwangerschaft und Geburt), zu Jugend und Bildung sind sehr enge Arbeitsbeziehungen entstanden. Behörden und Träger arbeiteten Hand in Hand.

Wie bei jeder Wanderungsbewegung, die die Versorgungsstrukturen zunächst vor neue Herausforderungen stellt, passen sich die Dienste, Behörden und Beratungsstellen mit der Zeit an. In den letzten sechs Jahren ist das auch in Berlin passiert. Im Berliner Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, wo nicht-versicherte Schwangere bis zur Geburt betreut werden, wurden Sprechzeiten mit rumänischer und bulgarischer Sprachmittlung eingeführt. Die beiden großen niedrigschwelligen Berliner Programme für die Begleitung und Betreuung von Familien mit Migrationshintergrund, das Landesrahmenprogramm Integrationslots*innen und die Stadtteilmütter, bemühten sich um rumänisch- und bulgarischsprachige Kolleg*innen. Inzwischen sind diese beiden Sprachen in beiden Programmen vertreten, so dass Rom*nja-Familien im Regelsystem versorgt werden. Einige Berliner Sozialämter halten in den Sprechzeiten der Sozialen Wohnhilfe Sprachmittlung vor oder organisieren sie bei Bedarf.

Im Integrierten Sozialprogramm des Landes Berlin (ISP) wurden Mittel für ein Projekt zur aufsuchenden mehrsprachigen Beratung eingestellt, welches inzwischen für wohnungslose und obdachlose EU-Bürger*innen aufsuchende Sozialberatung anbietet. Es gibt eine AG EU-Bürger*innen im Rahmen der Berliner Strategiekonferenz Wohnungslosenhilfe. Die Praxis der Berliner Bezirke bei der Unterbringung nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) hat sich verändert. Es gibt viele weitere Beispiele dafür, dass die Regeldienste für Soziales, Gesundheit, Bildung und Jugend sich auf die neue Zielgruppe eingestellt haben und Strukturen geschaffen wurden.

Diskriminierung in Ämtern und Behörden bleibt auch weiterhin eine Herausforderung. Insbesondere in den JobCentern scheint das ein Thema zu sein, wird es doch immer wieder in entsprechenden Gremien adressiert. Einschlägige Forschung (vgl. Ratzmann 2018) zeigt, dass es hier ein grundsätzliches Problem gibt.

Eine andere Form der Diskriminierung stellt die Kulturalisierung sozialer Problemlagen dar. „Roma schlafen gern draußen“, „Die wollen sowieso nicht arbeiten, sondern nur Leistungen kassieren“ oder „Bei denen ist es normal, früh Kinder zu kriegen“, sind Vorurteile, die unseren Klient*innen immer wieder begegnen. Wenn Obdachlosigkeit, Teenager-Schwangerschaften oder ein Antrag auf Kindergeld mit kulturellen Eigenarten erklärt werden, kann man Ausgaben sparen und muss sich nicht mit komplexen Fragen von Armut, Migration und Europa befassen. Auch eine positive Diskriminierung in Form von romantisierenden Rom*nja-Bildern verschleiert die Fakten und wird vor allem der Heterogenität der Zielgruppe nicht gerecht.

Das Dilemma um die Kinderschutzthematik zeigte in all den Jahren immer wieder, wie komplex die Problemlagen waren, wie wenig sie zu den vorhandenen Instrumenten passten und dass Schwarz-Weiß-Malerei nicht hilfreich ist. Zum Teil wurde mit zweierlei Maß gemessen: während das Jugendamt bei Teenagerschwangerschaften in der Regel engmaschig betreut und ggfs. auch Mutter und Säugling unterbringt, wurde diese Frage regelhaft bei jungen Romnja nicht gestellt. Auch eine Verheiratung im minderjährigen Alter und eine damit verbundene „Übergabe“ an die Schwiegereltern inklusive Schulabbruch ist in unserem Rechtssystem nicht vorgesehen. Babies und Kleinkinder, die in Autos oder im Park schlafen, waren ein vollkommen unbekanntes Problem, das nicht wenigen Fachkräften schlaflose Nächte bereitete und für das niemand eine gute Lösung parat hatte.

Die vorhandenen Instrumente wurden zum Teil nicht angenommen, wie z.B. die Unterbringung (minderjähriger) Mütter mit ihren

Kindern, aber ohne Partner oder Familie. Eine Inobhutnahme von Kindern, die in Parks leben, hätte zwar die Obdachlosigkeit beendet, aber Kinder wie Eltern möglicherweise traumatisiert. Einfache Lösungen gab es nicht. Die Unterscheidung zwischen Obdachlosigkeit bei ansonsten gut funktionierenden familiären Beziehungen und Obdachlosigkeit in Kombination mit mangelnder Erziehungsfähigkeit musste jeweils im Einzelfall abgewogen werden, um dann eine Entscheidung zu treffen. In der Regel wirkten bei solchen Problemlagen die Bereiche Jugend, Gesundheit, Polizei oder Ordnungsamt (im Park) und Sozialarbeiter betreuender Projekte eng zusammen. Oft fanden die Familien dann selbst eigene Lösungen, wenn sie in die Entscheidungsfindung eingebunden waren. Sozialpädagogische Familienhilfe war eine weitere Möglichkeit, Familien zu begleiten, die zunehmend angewandt wurde.¹⁷⁶ Es war immer wieder ein Ringen um die beste Entscheidung in schwierigen Lagen.

Eine Besonderheit besteht in der administrativen Struktur Berlins. Berlin ist Bundesland und hat 12 Bezirke, die eigene kommunale Einheiten mit eigenem*eigener Bürgermeister*in und eigener Verwaltungsstruktur sind. Jeder Berliner Bezirk ist so groß wie eine Großstadt, z.B. Berlin-Mitte mit 383.360 Einwohner*innen oder Berlin-Neukölln mit 327.945 Einwohner*innen (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020: 5). Die konkrete Umsetzung der Maßnahmen des Landes, wie z.B. des *Aktionsplans Roma*, geschieht in den Bezirken. Jeder Bezirk hat seine eigene Bezirkspolitik, die scheinbar oft nicht mit den Nachbarbezirken abgestimmt wird, z.B. bei der Frage, wie mit obdachlosen Zuwandernden umgegangen wird, ob Camps im öffentlichen Raum geräumt werden oder man sie gewähren lässt, wie das ASOG¹⁷⁷ angewendet wird - dies alles wird in jedem Berliner Bezirk anders gehandhabt. Diese administrative Besonderheit trifft auf eine mobile und flexible Zielgruppe, die sich

¹⁷⁶Vgl. dazu auch den Beitrag von Vintilă in diesem Band, Anm. d. Hg..

¹⁷⁷Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin. Vgl. dazu auch die Beiträge von Buzoianu und Vintilă in diesem Band, Anm. d. Hg..

schnell durchs Stadtgebiet bewegt, bezirkliche Grenzen überquert und sehr gut vernetzt ist.

Wird ein Camp in einem Berliner Bezirk geräumt, verteilen sich die „Campbewohner*innen“ auf die anderen Bezirke. Für die Fachkräfte, die diese Gruppen betreuen, ist es dann zum Teil schwierig, die Betreuung fortzusetzen. Das Problem der Obdachlosigkeit wird damit nicht gelöst, sondern in andere Bezirke verschoben. Zum Teil kehren die Leute nach einer kleinen Weile an ihre alten Orte zurück, zum Teil kehren die gleichen Personen oder Gruppen in jedem Jahr an die gleichen Orte zurück. Je nach politischer Couleur des Bezirks fällt die Antwort darauf anders aus.

Einfache Lösungen für immer gleiche Probleme im Zusammenhang mit den Camps im öffentlichen Raum, wie z.B. das Aufstellen einer Toilette oder eines Müllcontainers, werden von Politik und Verwaltung nicht gewählt. So könnte man der Belästigung durch den Geruch von Fäkalien, durch Müll und die Anziehung von Ratten Einhalt gebieten und den sozialen Frieden erhalten. Aber die Angst der bezirklichen Politik vor einer Sogwirkung war und ist groß. Das Aufstellen eines Müllcontainers könnte – so die Argumentation mancher Bezirke - bereits als Anziehungsfaktor (pull factor) interpretiert werden, und das wolle man vermeiden.

Für die Fachkräfte auf der Straße und im Beratungsbüro stellten unterschiedliche Botschaften und eine veränderte Rechtslage im Laufe der Projektarbeit eine weitere Schwierigkeit dar. Während das Land Berlin (*Aktionsplan Roma*) und die Europäische Union (EHAP) Projekte mit dem Ziel der Integration auflegten und finanzierten, beschloss die deutsche Bundesregierung 2016 das sogenannte „Unionsbürger-Ausschlussgesetz“ (Deutscher Bundestag 2016). Die mit diesem Gesetz verbundene Botschaft leistete den Kräften in Behörden und Presse Vorschub, die die Wanderungsbewegung aus Süd- und Südosteuropa kriminalisierten, alte Klischees und Vorurteile neu belebten und die „Armen“ möglichst ausweisen wollten.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist allerdings allen klar geworden, dass Leute aus Rumänien und Bulgarien hierherkommen und sich nicht abschrecken lassen. Insofern werden die Fragen des Umgangs und die Suche nach Lösungen weiter Politik wie Fachkräfte beschäftigen. Die Entscheidung, wie Berlin mit armen und wohnungslosen EU-Bürger*innen und Rom*nja umgehen möchte, die ihr Recht auf Freizügigkeit nutzen und Arbeit sowie ein Leben ohne Diskriminierung suchen, muss das Land Berlin und jeder Berliner Bezirk auf politischer Ebene treffen.

Fazit

Die wichtigste Erkenntnis aus der langjährigen Projektarbeit ist sehr einfach: Soziale Arbeit mit Rom*nja-Familien funktioniert genauso wie die Arbeit mit anderen Migrantengruppen auch. Sie muss sich am vorhandenen Bedarf orientieren und, von diesem ausgehend, eine angepasste Arbeitsweise entwickeln. Außerdem braucht sie ein großes Netzwerk, Durchhaltevermögen, Professionalität und qualifiziertes Personal. In unserer Anlaufstelle hat sich ein Methodenmix bewährt, der immer wieder überprüft wird.

Versucht man, die Arbeitsweise mit der Zielgruppe an der vorhandenen Berliner Struktur auszurichten, wird man dem Bedarf kaum gerecht. Versucht man, die Ziele der Arbeit an den hier geltenden Werten auszurichten, machen die Ratsuchenden nicht mit. Jeder Teilbereich der Sozialen Arbeit kann von diesen Erfahrungen berichten. In der Wohnungslosenhilfe, der Suchthilfe, der Jugendhilfe und in der Migrationsarbeit werden Hilfepläne oder Case Management an der Ausgangssituation des*der Klient*in ausgerichtet, die dafür genau zu erfassen ist. Ziele des Systems, der Verwaltung, der Politik sind nicht unbedingt deckungsgleich mit den Zielen des*der Klient*in. Die Grundhaltung Sozialer Arbeit, die Selbstverantwortung immer beim Ratsuchenden zu belassen, darf durch den Druck von beiden Seiten nicht aufgegeben werden. Integration muss auch

beinhalten, keine bevormundende Haltung gegenüber der Zielgruppe einzunehmen.

Soziale Arbeit kann nur auf der Basis der geltenden gesetzlichen Grundlagen handeln. Sie ersetzt kein politisches Handeln und keine Verwaltungsentscheidungen. Soziale Arbeit im Rahmen von Projekten kann Erfahrungen und Erkenntnisse weitergeben und Politik und Verwaltung beraten. Aber sie löst keine Probleme, die in der Zuständigkeit der Kommune liegen.

Soziale Arbeit zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Integrationschancen sollte von politischer Arbeit zur Vertretung der Zielgruppe (Verbandsarbeit, Lobbyarbeit) getrennt werden. Das kann gemeinsam gedacht, muss aber nicht gemeinsam gemacht werden. Die Kernkompetenzen der Träger sollten beachtet und so die Überforderung einzelner Träger vermieden werden. Die Politisierung Sozialer Arbeit gerät schnell zu einem Kampf um die Deutungshoheit und geht dann an den Nöten der Ratsuchenden vorbei.

Die Frage nach der Notwendigkeit einer regulären Beratungsstelle sollte nach den Erfahrungen der letzten Jahre noch einmal neu und anders gestellt werden. Die prinzipiell richtige Idee einer Anlaufstelle, die den Weg in das vorhandene Regelsystem ebnet, kann nur funktionieren, wenn das Regelsystem frei von struktureller Diskriminierung ist und über die (Sprach-)Kompetenzen zur Beratung der Zielgruppe verfügt.

Anknüpfend an die Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Aktionsplans Roma plädiere ich für die Einrichtung einer regulären Sozialberatungsstelle, die sich explizit, aber nicht exklusiv an Rom*nja und EU-Bürger*innen wendet. Vermieden werden sollten der Aufbau einer Parallelstruktur zum vorhandenen Regelsystem wie auch die Ethnisierung sozialer Problemlagen. Sinnvoll wäre aus meiner Sicht ein Fachzentrum, das in einer großen methodischen Bandbreite die Integrationsberatung für die Zuwandernden durchführt und gleichzeitig Sensibilisierung und fachliche Beratung für die Berliner Regeldienste anbietet. Dieses Fachzentrum an der

Schnittstelle von Migrationsberatung, Armutsprävention und Wohnungslosenhilfe sollte in ein Berliner Landesprogramm eingebettet sein.

Quellen und Literatur

Abgeordnetenhaus Berlin (08.08.2012): Berliner Strategie zur Einbeziehung von ausländischen Roma.

Abgeordnetenhaus Berlin (19.07.2013): Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hg.) (2020): Statistischer Bericht. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 30. Juni 2020. Potsdam. Online verfügbar unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2020/SB_A01-05-00_2020h01_BE.pdf, zuletzt geprüft am 30.04.2021.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Operationelles Programm zur sozialen Inklusion der am stärksten benachteiligten Personen. FEAD Deutschland 2014-2020.

Deutscher Bundestag (22.12.2016): Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch. In: *Bundesgesetzblatt* 2016 Teil I Nr. 65, S. 3155–3158. Online verfügbar unter http://ra-genge.de/wp-content/uploads/2017/01/BGBI_SGB_II_XI_AendG_Unionsbuerger.pdf zuletzt geprüft am 30.04.2021.

Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Online verfügbar unter <http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0173:FIN:DE:PDF, zuletzt geprüft am 23.03.2018.

Haak, Julia (2012): Roma in Berlin: Ein Zuhause für Fremde. In: *Berliner Zeitung*, 01.09.2012. Online verfügbar unter <https://www.berlinerzeitung.de/mensch-metropole/roma-in-berlin-ein-zuhause-fuer-fremde-li.38953>, zuletzt geprüft am 23.09.2020.

Pfeffer-Hoffmann, Christian; von Oswald; Anne; Maksuti, Medina (2019): Abschlussbericht der Evaluation des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma. Übersicht über die im Rahmen der Evaluation des Aktionsplans Roma zwischen 01.01.2018 und 31.12.2019 erfolgten Tätigkeiten durch Minor Wissenschaft Gesellschaft mbH. Hg. v. minor Wissenschaft Gesellschaft. Online verfügbar unter https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2020/03/Minor_EVP_Abschlussbericht_2019.pdf. zuletzt geprüft am 17.09.2020.

Ratzmann, Nora (2018): Gleichberechtigt, aber auch diskriminiert. Für EU-Bürger gibt es spezifische Zugangsbarrieren zur deutschen Grundsicherung. In: *WZB Mitteilungen* (159), S. 10–13.

Schlesier, Vanessa; Meyer-Heuer, Claas (2015): Das Horror-Haus von Berlin. Leben zwischen Dreck und Urin. Die Grunewaldstraße 87 in Berlin-Schöneberg ist eigentlich ein Juwel, ein schöner Altbau in einer gutbürgerlichen Gegend. Doch der Eigentümer hat dafür gesorgt, dass aus dem Mietshaus ein Horrorhaus wurde. Spiegel TV Magazin. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/video/horrorhaus-von-berlin-schoeneberg-video-99011084.html>, zuletzt geprüft am 30.04.2021.

o.A. (2013): Soziale Arbeit von und mit Roma - eine selbstkritische Reflexion der Arbeit der Anlaufstelle für rumänische und bulgarische Roma bei Amaro Drom e.V. In: Alexandra Bartels, Borcke, Tobias, Tobias von, Markus End und Anna Friedrich (Hg.): *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse*. 1. Aufl. Münster: Unrast-Verlag (*Antiziganistische Zustände, 2*), S. 291–312.

Teil IV

Europa: Komplexe (sozial-)politische Herausforderungen

Part IV

Europe: Complex (Social) Political Challenges

Migration jenseits der Systeme: Eine Annäherung an die Soziale Frage im heutigen Europa

Janka Vogel

Einleitung

„[...] Gerade die soziale Frage ist längst eine transnationale Frage geworden [...]“, meinen Oliver Eberl, David Salomon und Tobias Quednau in einem Beitrag für das Forschungsjournal Soziale Bewegungen (2014: 6). Zu diesem Schluss bringt sie ihre Analyse des Zusammenhangs von postdemokratischen Tendenzen und neoliberalem Kapitalismus. Für den folgenden Beitrag lautet die These in umgekehrter Form: Die transnationale Frage im heutigen Europa ist zu einer sozialen Frage geworden.

Insbesondere seit es engere transnationale Verbindungen innerhalb Europas gibt, verschärfen sich die Verteilungskonflikte. Im kompetitiv angelegten Spätkapitalismus unserer Tage sind nahezu alle Teile unserer Gesellschaften im ständigen Konkurrenzkampf. Die fast vergessenen wie die aktuellen Krisen beschleunigen dabei noch den weiteren Abbau dessen, was einmal Sozialstaatlichkeit war. Dieser neoliberale Ort der Kämpfe um Ressourcen und Märkte – Europa – wird immer mehr auch zu einem Migrationsraum der Abgehängten.

Die Soziale Frage unserer Zeit ist also die Frage: Wie können Menschen, die an die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Ränder gespült wurden, zurückgeholt werden – und zwar unabhängig davon, wo sich der geographische Ort befindet, an dem sie waren, sind oder sein werden? Das Versprechen vom „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) galt noch nie für alle, sondern immer nur für alle

Sichtbaren. Im folgenden Beitrag geht es um die Anderen, die Unsichtbare(re)n.¹⁷⁸

Rumäniens Platz in der EU - und was das für die rumänische Bevölkerung bedeutet

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Europäische Union in ihrem Werden, ihrem Wachsen, ihren Werten, ihrer Wirkung und den Möglichkeiten und Grenzen ihrer Institutionen. Die Europäische Union ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem nahezu gesamteuropäischen Projekt geworden. Rumänien gehörte zu jenen Ländern, in denen man schon seit den frühen 1990er Jahren den „Weg zurück nach Europa“ (Iliescu, zit. nach Dahmen 2014: 296) eingeschlagen hatte.¹⁷⁹ Die Migration der rumänischen Bevölkerung gen Westen begann unmittelbar nach 1989.

Der EU-Beitritt 2007 markierte dann den Zeitpunkt, an dem rumänische Staatsangehörige zu Unionsbürger*innen wurden. Seither ist ihnen Reisen, Arbeiten und Wohnsitznahme in allen Staaten der Europäischen Union voraussetzungslos möglich. Zu den Werten der Europäischen Union gehört es, dass Unionsbürger*innen den Staatsangehörigen des Staates, in dem sie (als Arbeitsmigrant*innen) leben, vollumfänglich gleichgestellt sind.

Der EU-Beitritt 2007 markierte aber auch den Zeitpunkt, an dem Firmen aus den bisherigen EU-Mitgliedsstaaten (allen voran Deutschland) vollen Zugang zu den Märkten in den neuen Mitgliedsstaaten erhielten. Handel, Produktion, Dienstleistungen, Wertschöpfung waren vorher mit hohen Kosten und bürokratischem Aufwand verbunden, der nun entfiel.

¹⁷⁸ Angelehnt an das berühmte Brecht-Wort: „Denn die einen sind im Dunkeln. Und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte. Die im Dunkeln sieht man nicht“ (Bertold Brecht).

¹⁷⁹Zur zeitgenössischen politischen Programmatik vgl. u.a. Iliescu 1995.

„[...] Im Saldo – auch diese Wahrheit muss genannt werden – profitieren wir wirtschaftlich und politisch von der Erweiterung [der EU, JV] deutlich mehr, als wir – gelegentlich – Schaden dadurch nehmen [...]“, prophezeite Michael Stübgen, seinerzeit Mitglied der CDU-/CSU-Fraktion in der damaligen Plenardebatte zum Beitritt Rumäniens und Bulgariens (Deutscher Bundestag 2006: 5854). Auch in anderen Fraktionen war der Jubel über die Aussichten auf die Erschließung neuer Märkte und eine weitere Steigerung des deutschen Exportüberschusses an diesem Tag groß.

Rumänien ist ein politisch fragiler Staat mit wenig gefestigten demokratischen Strukturen, Günstlingswirtschaft, Vorteilsnahme, einem innenpolitischen Dauerkonflikt zwischen Präsident*in und Premierminister*in, bzw. zwischen Premierminister*in und Regierungsparteien,¹⁸⁰ zahllosen völlig ungeeigneten Politiker*innen auf allen Ebenen und einer in Teilen fragwürdigen Gewaltenteilung. Dieser Staat hat der Übermacht an Geld, Macht und Einfluss aus Westeuropa so gut wie nichts entgegen zu setzen. Er schafft es kaum, seinen Bürger*innen ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, Zukunftsperspektive und Lebensqualität zu ermöglichen.

Löhne bleiben – auch wegen des massiven Drucks (potentieller) Investor*innen - auf niedrigstem Niveau,¹⁸¹ das Gesundheitssystem ist nicht nur dysfunktional, sondern mittlerweile immer öfter tödlich,¹⁸²

¹⁸⁰ Bsp.: Während Präsident Klaus Johannis (PNL) im Oktober 2021 in Aachen den Karlspreis verliehen bekam zerfiel zu Hause in Rumänien die Regierung um ihren umstrittenen und von Johannis ins Amt gebrachten damaligen Chef Florin Cîțu (PNL).

¹⁸¹ Die damalige Arbeits- und Sozialministerin Raluca Turcan sorgte im Juli 2021 bei einem Besuch in Slatina (Kreis Olt) für Aufsehen, als sie einem Bürger, der darüber klagte, dass er trotz Vollzeitjob von seinem Lohn nicht leben könne, empfahl, doch noch eine Teilzeitbeschäftigung (rum.: „part-time“) aufzunehmen (vgl. Radu 2021).

¹⁸² Die Formulierung ist angelehnt an die Kampagne „Corupția ucide“, mit der seit 2015 Hunderttausende die tödlichen Folgen von Korruption nicht nur im Gesundheitssystem anpranger(te)n.

die Zahl funktionaler Analphabet*innen und Jugendlicher ohne Schulabschluss steigt weiter, in den ländlichen Regionen ist das Trinkwasser mit Fäkalien verunreinigt und schwere Gesundheitsschäden sind die Folge, Teile der Bevölkerung leben in Ghettos und Hützensiedlungen unter der Armutsgrenze, die öffentliche Verwaltung ist politisiert, Führungspositionen haben nicht Fachleute, sondern Parteimitglieder inne,¹⁸³ häusliche und/oder sexualisierte Gewalt sind ein massives gesellschaftliches Problem, Polizei- und Ordnungskräfte sind teils in organisierte Kriminalität verwickelt, Schienen, Straßen und Brücken sind dermaßen veraltet, dass Mobilität und Verkehr viel Zeit in Anspruch nehmen¹⁸⁴ und teils lebensgefährlich sind. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Die Fliehkräfte im sich beschleunigenden neoliberalen Kapitalismus in Rumänien verbunden mit einem schwachen, überforderten und in weiten Teilen unfähigen Staatsapparat und fast völlig fehlender

Zuletzt gab es mehrfach Brand-Unfälle in rumänischen Krankenhäusern, da die elektrischen Anlagen stark veraltet sind und Brand-schutzvorschriften mangels materieller Ressourcen – auch bedingt durch massive Einsparungen in den letzten Jahren – nicht umgesetzt werden können. Zum Gesundheitssystem Rumäniens vgl. u.a. die umfassende und kritische Reportage von Delcea / Voinea 2021.

¹⁸³ Beispielhaft seien hier die Skandale um Posten bei den Gesundheitsämtern, Forstbehörden und Wasserwerken genannt, die das Medienportal *Recorder* zuletzt aufgedeckt hat. In diesen Fällen hatte die Regierungspartei PNL (Nationalliberale) treue – aber ungeeignete – Parteimitglieder auf Führungspositionen lokaler Verwaltungsbehörden gehievt. So war etwa eine junge Frau Abteilungsleiterin in einem ostrumänischen Wasserwerk geworden, die zuletzt in einem Nagelstudio und einer Bar gejobbt hatte. Die studierte Chemikerin, die seither u.a. für den Hochwasserschutz in einer Hochwasser-gefährdeten Region zuständig ist, konnte beim Vorstellungsgespräch das linke nicht vom rechten Ufer eines Flusses unterscheiden (vgl. Nedeia und Muntean 2021).

¹⁸⁴ Für die 472 km lange Strecke Bukarest Nord – Cluj Napoca beispielsweise benötigt man mit dem Zug zwischen 8:55 und 12:42 Stunden, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit zwischen 37 und 53 km/h entspricht.

demokratischer Kontrolle schleudern immer mehr Menschen ins Abseits. Rumän*innen, die der Rom*nja-Minderheit angehören, waren vielleicht vor 1989 einmal so etwas wie ein Teil dieses Staates, danach jedoch nicht mehr. Und niemand unternimmt – angesichts der alltäglichen Katastrophe(n) - überhaupt den Versuch, sie hineinzuholen ins System; hinein in die Schulen, die Dörfer und Städte, die Krankenversicherung, das Arbeitsleben, die Renten, die Wertschöpfung, die Kulturbranche, die Trinkwasserversorgung – hinein in etwas, was man „Zivilisation“ nennen könnte.

Die Unsichtbaren sichtbar machen

Es ist ein grauer, kalter März morgen in Rostock. Die ostdeutsche Hansestadt erwacht, um 10 Uhr öffnen die Geschäfte. In der zur Shopping-Meile mutierten Altstadt schlendern die Menschen, an Schuh- und Modegeschäften warten maskiert die ersten KundInnen. Eine Gestalt setzt sich aufs Kopfsteinpflaster am Rande der Schlendernden.

10 Uhr. Dienstbeginn. Die junge Frau hat langes, schwarzes Haar, das sie unter einem Kopftuch zum Zopf gebunden trägt. Ein Arafat-Tuch um den Hals und in mehrere Schichten Kleidung gehüllt sitzt sie auf dem Boden. Sie kommt aus Tulcea, einem Kreis im Südosten Rumäniens. Da, wo die Donau im weit verzweigten Delta das Schwarze Meer erreicht.

Sie ist nicht älter als 20, eher jünger. In den Händen hält sie ein Foto, was Kinder zeigt, die Familie zu Hause. Das auf A4-Format vergrößerte und ausgedruckte Foto ist laminiert. Auch ihre Mutter sei da, sagt sie. Vor sich hat sie einen Pappbecher, einen Kaffee-to-go-Becher. Das Symbol der digitalisierten, flexibilisierten, Ständig-in-Bewegung-Gesellschaft. Hoffentlich schmeißen die Passant*innen heute ein paar Münzen hinein.

Diese Becher erhalten ein zweites Leben, und das im ganzen Rest von Europa. Seit vielen Jahren. Am Kaffeebecher scheiden sich die

Welten: die Wegwerf- und die Mangelgesellschaft, die urbane und die rurale Bevölkerung, die Alleskönner und die Habenichtse, die StaatsbürgerInnen und die Nicht-StaatsbürgerInnen, die „Weißen“ und die „Schwarzen“,¹⁸⁵ die Gebildeten und die Ungebildeten, die, die ihren Platz haben und die, für die es keinen Platz gibt.

Darüber müssen wir sprechen: über die, die unterwegs sind, um ein besseres Leben denen zu ermöglichen, die noch nicht unterwegs sind. Menschen aus den ländlichen Gegenden Rumäniens, aus selbst errichteten Siedlungen und verfallenden Plattenbauten der kommunistischen Diktatur gehen dort hin, wo sie sich ein besseres Leben für ihre Familien erhoffen: nach Süd-, West- und Nordeuropa, nach „Geldeuropa“ (Kapitelman 2021: 72). Dieser Beitrag richtet den Blick besonders auf diejenigen, die nach Deutschland kommen, und auf die damit verbundene Soziale Frage dieses Europas.

Vom Land in die Stadt

Ortswechsel: Berlin-Tiergarten, 10 Uhr. Der damalige Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Bündnis 90/Die Grünen) steht umrundet von einigen Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes und freier Träger vorm Rathaus und spricht anlässlich des Internationalen Tages der Rom*nja. Der Tag jährt sich im Jahr 2021 zum 50. Mal. Die Fahne, die gehisst wird – grün-blau mit rotem Chakra – ist riesengroß. Sie weht zum ersten Mal vorm Rathaus Tiergarten. Eine kleine Ausstellung aus einem Kiezprojekt mit jungen Romnja¹⁸⁶ ziert die tristen Fassaden mit den vergitterten Fenstern dahinter.

Von Dassel sagt: „Es hat lange gedauert bis es zu so einer Aktion kam. Aber manchmal dauern die Dinge eben etwas länger“. Das Thema

¹⁸⁵ Zum reflektierten, kritischen Weißsein vgl. u.a. Saad 2021.

¹⁸⁶ *Zurale Phenja* von *Kulturen im Kiez e.V.*, einem Träger, der u.a. Sozialberatung für Migrant*innen aus Südosteuropa im Berliner Stadtteil Wedding anbietet.

„Camps“ möchte eine Vertreterin einer Berliner Rom*nja-NGO, die seit vielen Jahren für die sozialen Rechte der neuzugewanderten Minderheitsangehörigen kämpft, heute nicht ansprechen. Heute werde gefeiert, heute wolle sie den Bürgermeister nicht behelligen – und sie habe viele Themen für ihn.

Denn der Berliner Bezirk Mitte hat mehr als andere Bezirke Fälle von Rom*nja (und Nicht-Rom*nja), die als Pendelmigrant*innen in selbst gebauten Hütten und Camps im Stadtgebiet leben. Oder die in „Schrottimmobilien“ - im offiziellen Diskurs „Problemimmobilien“ - festsitzen, abgezockt werden und denen gesellschaftliche Teilhabe weitestgehend ebenso verwehrt bleibt wie denjenigen, die ganz ohne Obdach sind.

Die Überforderung der Berliner Politik und Verwaltung mit obdachlosen rumänischen Rom*nja-Familien hat schon Tradition. So beschreiben Baiersdorf und Băltăgescu (2004) für die Nachwendezeit: „[...] Kurz nach der Wende verzeichnete man einen starken Zustrom rumänischer Rom*nja nach Berlin. Sie kamen mit dem Zug in Berlin-Lichtenberg an, der damaligen Endstation für Züge aus Osteuropa, und kampierten in der Halle [...]“ (62). Damals wurde das Problem der unerwünschten Zuwanderung auf Bundesebene durch die Wiedereinführung der Visumpflicht für rumänische Bürger*innen, eine Verschärfung des Asylrechts und das sog. Deutsch-Rumänische Rückübernahmeabkommen (1992) „gelöst“.

Doch nach der Visaliberalisierung (2002), dem EU-Beitritt Rumäniens (2007) und mitten in der dort verheerenden Wirtschafts- und Finanzkrise (2008/09) nahm die Zuwanderung nach Berlin wieder zu. An 110 Personen wurde im Juni 2009 ein „Entgrüßungsgeld“ (Rahe 2009) gezahlt, damit diese freiwillig zurück nach Rumänien reisten. Pro Erwachsenem hatte der Bezirk Mitte 250€, pro Kind 150€ gezahlt (vgl. Rahe 2009). „[...] Wie wenig nachhaltig dieser Ansatz ist, hat sich europaweit inzwischen herumgesprochen. Die Leute, die man loswerden möchte, nehmen das Geld und gehen, sind aber in einer Woche wieder zurück [...]“, resümiert dazu der Ethnologe und

Kulturanthropologe Max Matter in seiner Studie zur „Armutsmigration“ aus Zentral- und Südosteuropa (2015: 169).

Bis heute haben die Berliner Bezirke – wie auch andere deutsche Kommunen – keine Antwort auf eine Migration gefunden, die nicht im europäischen Freizügigkeitsregime vorgesehen ist, deren Folgen sie aber unmittelbar erfahren. Die sogenannten „Camps“ von rumänischen und anderen Armen haben sich fest in der Stadt etabliert. Die Zahl ihrer Bewohner*innen unterliegt saisonalen Schwankungen und auch der genaue Ort verändert sich je nach Räumungsgebaren des*der Grundstückseigentümer*in. Zwei Dinge aber bleiben konstant: die Unerwünschtheit dieser Gruppen und der Begleiterscheinungen (Müll, Ratten, Fäkalien, Lärm, offenes Feuer, Kleinkriminalität, Bettelei, Belästigungen) und die Ohnmacht von Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

Dabei ist das Phänomen entwurzelter Bevölkerungsgruppen in unseren Städten kein deutsches oder rumänisches, ja auch kein europäisches, sondern ein weltweites Phänomen. Der Journalist Doug Saunders (2013) hat in seinen Fallstudien zur Migration aus dörflichen Regionen in die Groß- und Megastädte einige wichtige Faktoren herausgearbeitet, die auch für die obdachlosen rumänischen Rom*nja(-Familien) in den (Innen-)Städten Europas gelten dürften:

„[...] Die[...] Menschen leben nicht auf dem Land, weil es dort besser ist, sondern weil sie festsitzen [...]“ (39).

„[...] Menschen, die sich in der Stadt niederlassen oder in stärker urbanisierte Länder abwandern, kehren so gut wie nie zurück [...]“ (40).

„[...] Dies ist das gängige Verlaufsmuster in Ankunftsstädten in aller Welt: Menschen aus bestimmten Regionen und Dörfern machen sich auf den Weg, keine ganzen Nationen [...]“ (52).

„[...] Insgesamt sieht es so aus, als verschaffe das informelle, auf Selbständigkeit beruhende Wirtschaften, auch wenn es

chaotischer und bei Steuerbehörden oft nicht gemeldet ist, den Migranten vom Land einen besseren Lebensunterhalt als die alte, auf lebenslanger Festanstellung basierende Ökonomie [...]“ (72).

Die Ankömmlinge sitzen häufig in einer „Unterwelt der ‚halben Ankunft‘“ fest, obwohl sie am Wirtschaftsleben teilnehmen (145).

„[...] [D]ass Armut nicht durch einen Mangel an Geld oder Besitz oder fehlende Begabung und zu wenig Ehrgeiz, sondern durch einen Mangel an ‚Verwirklichungschancen‘ bedingt ist [...]“ (456).

Überleben und überleben lassen: Strategien zur Einkommensgenerierung

Die meist temporäre Migration in die (Groß-)Städte Westeuropas ist im Wesentlichen ökonomisch begründet. Sie ist eine Armuts-Bekämpfungs-Migration, deren Akteur*innen ständig neue Wege der Existenzsicherung finden. Auf welche Weisen genau Einkommen generiert wird, bleibt für Außenstehende meist im Dunkeln. Fest steht nur, dass die Zuwandernden aller sozial-, aufenthalts- und strafrechtlichen Grenzsetzungen zum Trotz Strategien zur Generierung von Einkommen entwickeln.

Aufgrund fehlender Schul- oder Berufsabschlüsse bleibt den meisten rumänischen Rom*nja in Deutschland der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt verwehrt. Außerhalb dessen findet sich jedoch ein großes Spektrum an Betätigungsfeldern: von undokumentierten Tätigkeiten in Bereichen, wo ein vertraglich abgesichertes und angemeldetes Beschäftigungsverhältnis durchaus realisierbar wäre (u.a. Bau- und Reinigungsgewerbe), aber aufgrund ausbeuterischer Subunternehmerstrukturen und der hohen Ausbeutbarkeit der Zugewanderten nicht erreicht wird, bis hin zu behelfsmäßigen dienstleisterischen Tätigkeiten, die in Rumänien praktiziert werden

und die versucht werden, auch in Deutschland zu etablieren (z.B. Autoscheiben-Putzen und „fliegende Händler*innen“ in der Bahn).

Für die traditionellen Handwerke der Rom*nja war schon im kommunistischen und vor allem im nachkommunistischen Rumänien kaum mehr ein Platz gewesen. Korbflechten, Zinnhandwerk, Löffelmacherei, Bärenanz, Pferdezucht, Tierhandel, Wahrsagerei, Minenarbeit, Goldwäscherei, Kesselherstellung, Siebmacherei (vgl. u.a. Kahl 2011) und viele andere Dienstleistungen, mit denen oft in mobiler Weise das Familieneinkommen generiert worden war, sind im heutigen Rumänien fast ausgestorben.¹⁸⁷ Sie auf dem durchkapitalisierten, hochspezialisierten und längst gesättigten (Dienstleistungs-)Markt Westeuropas zu etablieren, daran scheinen die Zuwandernden zu Recht kaum zu denken.

Einzig das Musizieren und das Betteln sind Tätigkeiten, die mit gewissem Erfolg hier wie da praktiziert werden. Wobei das Einkommen, was auf diese Weise generiert werden kann, in Deutschland um ein Vielfaches höher liegt, als im Niedriglohnland Rumänien, wo die Mittelschicht zwischen der riesigen Schicht der Armen¹⁸⁸ und der wachsenden Schicht der Reichen eine verschwindende Größe ist. Rumänische Rom*nja, die in deutschen Innenstädten betteln, können deshalb im weitesten Sinne auch als

¹⁸⁷ Nur im Tourismus-Sektor gibt es ein paar Anknüpfungspunkte. So verkauft beispielsweise ein Lingurar-Rom seine Holzwaren auf dem Markt von Biertan/Birihalm. Im Winter sei er auf Weihnachtsmärkten in Deutschland, berichtet er (vgl. Vogel 2021).

¹⁸⁸ Die ärmsten zehn Prozent aller EU-Bürger*innen verfügen im Jahr über rund 8.902€; das ärmste Prozent hat ein Jahreseinkommen von 2.851€. Das Jahreseinkommen der ärmsten zehn Prozent der rumänischen Bevölkerung lag 2019 bei 1.386€, d.h. bei monatlich 116€. Das ärmste Prozent der rumänischen Bevölkerung lebte von nur 271€ im Jahr, was ein Monateinkommen von 23€ bedeutet. Die zehn Prozent ärmsten rumänischen Staatsangehörigen verfügen über weniger Einkommen als die zehn Prozent ärmsten Staatsangehörigen jedes anderen EU-Landes – und zwar mit Abstand (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2021).

„Arbeiter*innen“, ja als „Wanderarbeiter*innen“, bezeichnet werden. Denn sie gehen einer Tätigkeit nach, von der sie aus Erfahrung wissen, dass damit Einkommen generiert werden kann.

Tabuthema Betteln

Das Betteln wird oft als lästig empfunden; zuweilen versuchen Politik und Verwaltung durch sogenannte „Bettelverbote“ diese Einkommensquelle trocken zu legen. Dabei dürften die Zahlen bettelnder Zugewandeter relativ gering sein. Bei der Evaluation der deutschen EHAP-Projekte¹⁸⁹ im Förderzeitraum 2015 – 2020 etwa gaben fast alle Projekte im Unterstützungsschwerpunkt I (Besonders benachteiligte EU-Zugewanderte und ihre Kinder) an, dass nur in wenigen Fällen das Einkommen durch Betteln generiert werde (vgl. Schieman 2020: 53).

Oft wird das Betteln auch in Zusammenhang mit Menschenhandel und Kriminalität gebracht, beispielsweise indem von der sogenannten „Bettelmafia“ gesprochen wird.¹⁹⁰

Freilich stellt die Ausbeutung bei der Ausübung der Betteltätigkeit seit der Neufassung des Strafrechts in Sachen Menschenhandel im Jahre 2016 einen Straftatbestand dar. Laut Bundeskriminalamt ist dies dann

¹⁸⁹ EHAP = Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen.

¹⁹⁰ Ein populäres Beispiel für die Gleichsetzung von Bettelei mit Kriminalität, bzw. den Vorwurf, dass hinter den Bettelnden Geschäftemacher*innen stecken, ist etwa die 1.005. Folge der TV-Serie *Tatort*, die zu Weihnachten 2016 unter dem Titel „Klingelingeling“ ausgestrahlt wurde. Im Beschreibungstext dazu heißt es: „Batic und Leitmayr stehen fassungslos vor einem toten Baby, das anonym in einer Kirche abgelegt wurde. Am selben Tag wurde eine junge Rumänin, die kurz zuvor entbunden hatte, nach einem Zusammenbruch auf der Straße in eine Klinik gebracht. Die Ermittler kommen einem Bettlerclan auf die Spur“ (Imboden 2016).

der Fall, „[...] wenn Personen zum Betteln und zur Abgabe ihrer Einkünfte gezwungen werden [...]“ (BKA 2020: 17).

Da dies bisher nicht in ausreichendem Umfang nachgewiesen werden konnte – in 2020 wurden vier Ermittlungsverfahren geführt – muss weiter angenommen werden, dass das Betteln und auch die Zuwanderung zum Betteln keinem unmittelbarem Zwang unterliegt oder somit auch nicht illegal ist.

Das umstrittene Image des Bettelns macht es allgemein sehr schwer, die Gründe und Strategien dieser Art der Migration näher zu ergründen.

Dabei war und ist das Betteln ebenfalls eine vielfältige Tätigkeit. Mitunter ist sie mit einer auffälligen Performance verbunden, die auf der Erfahrung beruht, dass Kranke, Alte und Menschen mit Behinderungen mehr Einkommen beim Betteln generieren können, da ihnen – zumal im protestantischen Westeuropa – weniger der (antiziganistische) Vorwurf der Arbeitsscheue gemacht werden kann - oder das zumindest von den Bettelnden angenommen wird.¹⁹¹ Die wahrscheinlich häufigste Variante des Bettelns dürfte hierzulande das stark gekrümmte, oft humpelnde Gehen an einer viel zu kurzen Krücke sein; mitunter gehen der Betteltätigkeit auch erwachsene Menschen mit spastischen (Teil-)Lähmungen oder fehlenden Gliedmaßen nach. Im Gegensatz zu den Varianten des Bettelns in Rumänien – ausgeführt durch Menschen mit Verstümmelungen, Frauen mit Babies und Kindern - scheint hier eine Adaption an „westliche“ Konventionen erfolgt zu sein.

In Berlin ist das Betteln mit Kindern seit einigen Jahren strafbehaftet, sodass dies hier nur noch sehr selten zu beobachten ist. Stattdessen hat sich im Kampf um ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Akzeptanz und Spendenbereitschaft u.a. das Betteln in Form des Straßenzeitungs-„Verkaufs“ etabliert. Dabei gehen vor allem Teenager durch S- und U-

¹⁹¹ Zum antiziganistischen Stereotyp im Zusammenhang mit der „Protestantischen Ethik“ (Weber) vgl. u.a. End (2014): 39f.

Bahnen, zeigen ein Straßenmagazin und strecken dabei einen Pappbecher vor, in den eine Spende gegeben werden soll. Zeigt man sich kaufinteressiert, wird das Überreichen einer – der meist einzigen - Zeitung von den „Verkäufer*innen“ allerdings verweigert.¹⁹² Am Berliner Hauptbahnhof hat sich seit einigen Jahren eine relativ feste Gruppe von Menschen – überwiegend aus Rumänien – etabliert, die im gesamten Bahnhofsgebäude und vor allem an den Bahnsteigen selbst dem Betteln mit Zeitungen nachgeht. Unweit des Bahnhofs haben diese Menschen ein Zeltlager errichtet, was großen Unmut bei Anrainer*innen und Besitzer*innen hervorruft.

Eine andere Praxis, die von manchen im Bereich der Kriminalität verortet wird, ist das Erbetteln von „Spenden“ mithilfe von Klemmbrettern, auf denen die Spender*innen sich in eine Liste eintragen sollen. Die Schreiben enthalten Symbole, die vermuten lassen, es würden Spenden für Menschen mit Behinderungen gesammelt; die sammelnden Teenager geben dabei mitunter vor, taubstumm zu sein. Die Spenden können nur bar entrichtet werden. Schon vorab eingetragene (fiktive) Spendernamen und vor allem die gespendeten Summen (z.B. „40€“) gaukeln dem*der Angesprochenen vor, er*sie sei nicht der*die Erste, der*die hier spende. Diese Strategie kommt vor allem an touristischen Plätzen in Berlin vor, z.B. im Mauerpark.¹⁹³ Die Polizei verfolgt diese Bettelpraxis als Betrugsstraftatbestand.

¹⁹² Diese Beschreibung beruht auf eigenen Erfahrungen der Autorin, die den „Verkäufer*innen“ insofern besonders „nah“ kam, als dass sie sie freundlich auf Rumänisch ansprach und Offenheit/Gesprächsbereitschaft signalisierte.

¹⁹³ Auch diese Beschreibung beruht auf eigenen Beobachtungen und Gesprächen der Autorin.

Übernachtungsorte: Selbstbestimmtes „Wohnen“ auf Zeit

Ähnlich wie die Strategien zur Generierung von Einkommen sind auch bei der Gestaltung des kurzfristigen, bzw. vorübergehenden Aufenthaltes viele verschiedene Formen zu beobachten. Freilich sind die Arten der Existenzsicherung durch bestimmte Zwangslagen und strukturelle Ausschlüsse aus den sozialen Sicherungssystemen vorgezeichnet. Es zeigt sich jedoch auch, dass manche Arbeitsmigrant*innen/Wanderarbeiter*innen, die sich auf den Weg nach Berlin machen, ihre Existenz bewusst unabhängig von vorhandenen (Hilfe-)Strukturen realisieren. Das zeigt sich etwa an den sogenannten „Camps“, die vor allem in den Innenstadtbezirken regelmäßig selbst errichtet und - auf Veranlassung der Ordnungskräfte - geräumt werden.

Überall in Berlin leben Menschen in Zelten¹⁹⁴ - selbst im Winter. Wenn Bäume und Büsche kahl sind, fallen die grünen, einfachen Zwei-Personen-Zelte besonders auf. Sie stehen im Wald, auf Grünflächen neben und zwischen mehrspurigen Straßen, zwischen Sträuchern und Bäumen auf Hafengelände, in Einflugschneisen, unter Brücken, an verlassenen Bahnanlagen, in Parks, auf Brachland. In der wärmeren Jahreszeit sind die Zelte mitunter schwer zu sehen. Nahezu unsichtbar leben Menschen im halbwildem Niemandsland mitten in der Großstadt.

So hatte sich beispielsweise 2019 eine Gruppe von ca. 30 Erwachsenen aus dem südrumänischen Kreis Craiova auf einem verwilderten Grundstück am westlichen S-Bahn-Ring angesiedelt. Die Menschen hatten das Baumaterial teilweise aus Rumänien mitgebracht und auf einer ebenen Fläche umgeben von Bäumen und Büschen ein „Camp“ errichtet. Nebeneinander waren mit Sperrmüll, Holzresten, Plastikplanen und Bauresten Hütten errichtet worden, die

¹⁹⁴So berichtete etwa der damalige Berliner Sozialstaatssekretär Alexander Fischer anlässlich der 5. Berliner Strategiekonferenz Wohnungslosenhilfe am 31.05.2021, er habe auf dem Weg zur Arbeit mit dem Fahrrad ein Zelt direkt auf dem Weg vorgefunden und entsprechend umfahren müssen.

von jeweils ein bis zwei Personen bewohnt wurden. Die Matratze füllte die jeweilige Hütte meist ganz aus. Kleidung, Gepäckstücke, Kochutensilien und Lebensmittel lagen verstreut herum.

Allabendlich, wenn sie von der Arbeit an ihren selbst geschaffenen Ort zurück kehrten, kauften die Bewohner*innen für einen Teil des erwirtschafteten Geldes Lebensmittel bei einem nahe gelegenen Discounter ein. Im Schnitt hätten sie 10 Euro täglich beim Discounter gelassen, erzählen die Menschen. Was sie nicht wissen, ist, dass dieser Discounter längst seine Anwält*innen eingeschaltet hat, um das „Camp“ räumen zu lassen – denn es wurde auf seinem Grundstück errichtet. Ratten und Fäkalien am Rande der Siedlung sind erste Anzeichen für einen Zustand, der so langfristig nicht haltbar ist.

Am Tag der Räumung haben die Menschen eine halbe Stunde Zeit, um ihre Sachen zu packen. Um 7 Uhr kamen sie: die Vertreter*innen des Bezirksamtes, der Anwalt des Discounters, die Polizei, die Bagger. Angebote sozialer Unterstützung hatten diese Menschen schon im Vorfeld mehrmals abgelehnt, auch weil sie eine Trennung befürchteten. Dabei bleibt es auch an diesem Tag. Sie packen das Nötigste zusammen und verlassen das Gelände über einen Trampelpfad Richtung Autobahnausfahrt. Die Hütten, denen Sturm, Gewitter und Starkregen der letzten Nacht nichts anhaben können, werden noch am gleichen Tag von schwerem Gerät entfernt. Ein neu errichteter Zaun soll verhindern, dass die Menschen zurückkommen.¹⁹⁵

¹⁹⁵ Die Autorin war als aufsuchende Sozialarbeiterin und Dolmetscherin für die rumänische Sprache anlässlich der bevorstehenden Räumung vor Ort.

Obdachlosenmigration?

Die rumänischen Staatsangehörigen, die in deutschen Innenstädten und anderswo in Europa im Auto, in Hütten, Zelten, verlassenen Gebäuden oder Baustellen schlafen, waren mitunter bereits in Rumänien obdachlos. Entweder, weil sie dort ebenfalls zwangsgeräumt wurden, wie das oft mit fragwürdiger Methode, rabiater Polizeigewalt und fehlender Rechtsgrundlage in begehrten Lagen in Bukarest (vgl. Wagner und Roșca 2017) und anderen Städten (vgl. u.a. Meseșan und Chirea 2021 oder Dîrzu et al. 2014) gemacht wird.¹⁹⁶ Oder weil sie mit Vollendung des 18. Lebensjahres aus der staatlichen Fürsorge oder nach einer Haft in die Obdachlosigkeit entlassen wurden. Oder weil sie wegen ungeklärter Besitzverhältnisse auch in Rumänien in selbst errichteten Hüttingsiedlungen am Rande oder jenseits der Städte und Dörfer lebten.

Laut einer Studie der Stiftung *Parteneriat pentru Acțiune Comunitară și Transformare (PACT)*¹⁹⁷ leben auf dem ganzen Gebiet Rumäniens über 60.000 Rom*nja-Familien in informellen Wohnverhältnissen – an den Peripherien der Dörfer und Städte, ohne Besitzurkunden, ohne Baugenehmigung und in einigen Fällen ohne Ausweisdokumente (vgl. Fundația PACT 2018: 6). „Tatsächlich ist es in den meisten Fällen gesetzlich verboten, in diese Gegenden zu investieren – selbst für die Bürgermeister“, stellen die Autor*innen fest (ebda.).

In der *Strategie der rumänischen Regierung zur Einbeziehung rumänischer Bürger*innen, die der Rom*nja-Minderheit angehören* spielt das Thema „Wohnen und kleine Infrastruktur“ zwar eine

¹⁹⁶ Zum Zusammenhang von Zwangsräumungen, auf Rumänisch beschönigend „Evakuierung“ genannt, vgl. u.a. den Bericht von Meseșan und Chirea 2021: „[...] Ein Teil der Evakuierten ist ins Ausland gegangen, andere haben bei Verwandten um Hilfe gebeten [...]“ (Übersetzung hier und an allen weiteren Stellen durch die Autorin). Im hier berichteten Fall wurden ca. 200 Personen – fast ausschließlich Rom*nja - aus Sozialwohnungen in Alba Iulia zwangsgeräumt; der Wohnblock soll einem Parkplatz weichen.

¹⁹⁷ Dt.: Partnerschaft für gemeinschaftliche Aktion und Transformation.

Rolle,¹⁹⁸ wird jedoch nicht als ein Problem der Teilhabe oder Versorgung mit Wohnraum interpretiert. Nicht einmal von Obdachlosigkeit ist die Rede. Die Autor*innen des Strategiepapiers vermeiden es, nach den Ursachen der Wohnungsmisere zu fragen und belassen es bei der Aufzählung einiger Indikatoren wie z.B., dass etwa ein Drittel aller Rom*nja-Haushalte keinen Kauf- oder Mietvertrag für die Unterkunft besäße, in der es wohne.

Dass es sich um illegalisierte, bzw. nicht legalisierte Siedlungen handelt, wird nicht erwähnt. Auch die Tatsache des beengten Zusammenlebens wird nicht als eine Folge von Raum-Mangel erkannt, sondern umgekehrt als Ursache der Marginalisierung der Rom*nja benannt: „[...] Wegen fehlenden Human- und materialien Kapitals [sic] funktionieren die kompakten Rom*nja-Gemeinschaften und die staatlichen Versorgungsinstitutionen – Schule, medizinische Zentren – mit verminderten Ressourcen in fortdauerndem Krisenmodus [...]“ (Guvernul României 2014: 15).

Immerhin erklärt die Regierung ihre Absicht, informelle Siedlungen zu identifizieren, um „adäquate Politiken“ zu entwickeln (ebda.: 23f).

Unklar ist, wie viele der Menschen, die in Rumänien in unterschiedlicher Form obdach- oder wohnungslos sind, sich auf den Weg in andere europäische Länder machen. Schon die Tatsache, dass viele, die im Wald, an Müllkippen, unter Hochspannungsmasten oder auf Bahnanlagen leben, gar keine Personenstandsdokumente haben, zeigt, wie unwahrscheinlich es ist, dass die Ärmsten der Armen überhaupt emigrieren können (vgl. Carens 2019: 26).

Dennoch dürfte Wohnungsnot ein gewichtiger Emigrationsgrund sein. Darauf deutet jedenfalls die Tatsache hin, dass rumänische Migrant*innen und Rückkehrer*innen in den letzten zwanzig Jahren massiv in den Hausbau investiert haben (vgl. Anghel 2016: 58).

¹⁹⁸ Die sechs Handlungsfelder der rumänischen Strategie sind Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Kultur und Infrastruktur/soziale Dienste.

Fazit

„[...] Den nationalen und lokalen Entscheidungsträgern ist gemein, dass sie die Migration der Roma bisher nicht als selbstverständliche Erscheinung eines vereinten Europas, sondern als Problem oder sogar Bedrohung wahrnehmen [...] Die Migration der Roma wird systematisch kriminalisiert [...]“, stellten Manuela Kropp und Anna Striethorst (2012) schon fest bevor wir in Deutschland die Debatte um „Armutszuwanderer“ hatten. Und sie sollten Recht behalten.

Die Analysekategorie „Armutsmigration“, mit der hierzulande seit vielen Jahren versucht wird, die Migration rumänischer Rom*nja, bzw. rumänischer Staatsangehöriger, die als „Rom*nja“ gelesen werden, zu verstehen, greift allerdings zu kurz. Ein genaueres Untersuchen der Ursachen, Umstände und Folgen der Zuwanderung wird meist schon durch die Ethnisierung dahinter stehender sozialer Problemlagen verhindert. Die Tatsache, dass im Europa des 21. Jahrhunderts, ja in der EU, Menschen jenseits jeder staatlich organisierten Versorgung und Struktur leben (müssen), scheint für Medien, Politik und Verwaltung erträglicher zu sein, wenn sie mit dem Label „Rom*nja“ verbunden ist. „Die Roma eignen sich [...] besonders gut für Projektionen“, meint in diesem Sinne auch Norbert Mappes-Niediek (2013: 202).

Die Lösung der Problemlagen, die als Folgen von „Armutsmigration“ missgedeutet werden, liegt jedoch darin, danach zu fragen, welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren hier wirkmächtig sind. Wir müssen uns einerseits klarer darüber werden, in welcher desaströsen Lage die europäische und vor allem die deutsche Politik Rumänien gebracht haben. Andererseits müssen wir lernen, die Unsichtbaren und ihre Strategien zu sehen und die Art, wie sie ihr (Über-)Leben meistern, nicht länger zu ethnisieren.

Literatur und Quellen

Anghel, Remus Gabriel (2016): Prestige or Economic Calculus? Reflections on Migrants' Houses in Romania. In: Raluca Betaea und Beate Wild (Hg.): Brave new world. Romanian migrants' dream houses, S. 58–66.

Baiersdorf, Paul; Băltăgescu, Ingrid; Wagner, Richard (2004): Wege zwischen Rumänien und Berlin. Berlin: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration.

Bundeskriminalamt (2021): Menschenhandel und Ausbeutung. Bundeslagebild 2020. Online verfügbar unter https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Menschenhandel/menschenhandelBundeslagebild2020.pdf;jsessionid=D64889899ABD1F1B4CC082B1E8683228.live601?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt geprüft am 22.10.2021.

Carens, Joseph H. (2019): Fremde und Bürger. Weshalb Grenzen offen sein sollten. In: Andreas Cassee (Hg.): Fremde und Bürger. Weshalb Grenzen offen sein sollten. Ditzingen: Reclam ((Was bedeutet das alles?), Nr. 19562), S. 7–48.

Dahmen, Wolfgang (2014): Rumänien nach 1989. In: Uwe Hinrichs, Thede Kahl und Petra Himstedt-Vaid (Hg.): Handbuch Balkan. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag (Slavistische Studienbücher, neue Folge Band 23).

Delcea, Cristian; Voinea, Mihai (2021): Sistemul medical. Documentar Recorder. Online verfügbar unter <https://recorder.ro/documentar-recorder-sistemul-medical/>, zuletzt geprüft am 13.07.2021.

Deutscher Bundestag (2006): Stenografischer Bericht 60. Sitzung. Plenarprotokoll 16/60. Berlin.

Dîrzu, Cătălin; Furtună, Adrian-Nicolae; Herțanu, Margareta; Vincze, Enikő; Hossu, Iulia Elena (2014): Marginalizarea socio-teritorială a comunităților de romi din România. Studii de caz în județele Alba, Arad, Călărași, Dolj și Iași. Cluj: Editura Fundației pentru Studii Europene.

Eberl, Oliver; Salomon, David; Quednau, Tobias (2014): Soziale Kämpfe in der Postdemokratie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 27 (1), S. 2–7. Online verfügbar unter <http://forschungsjournal.de/jahrgaenge/2014heft1>, zuletzt geprüft am 17.03.2015.

End, Markus (2014): Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation ; Studie für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

Friedrich-Ebert-Stiftung; Starea Nației (2021): Starea Muncii. Cât de săraci sunt cei mai săraci români? Campania Viața și Muncă Decentă. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=9JICRXqZNRE>, zuletzt geprüft am 08.04.2021.

Fundația PACT (2018): Locuire informală în România. Raport de cercetare.

Guvernul României (2014): Strategia Guvernului României de Incluziune a Cetățenilor Români aparținând Minorității Rome. Pentru perioada 2014-2020. Anexa 1.

Iliescu, Ion (1995): Aufbruch nach Europa. Rumänien - Revolution und Reform 1989 bis 1994. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag.

Imboden, Markus (2016): Klingelingeling. Tatort. Deutschland. ARD.

Kahl, Thede (2011): Die Zigeuner und das Rumänische. Zur Sprache und Kultur der Vlach-Roma, Bajeschi und Rudari. In: Max

Doppelbauer, Georg Kremnitz und Heinrich Stiehler (Hg.): Țigan, Zingaro, Gitane, Gitano, Cigano. Die Sprache der Roma in der Romania. Bonn, Barcelona, S. 190–222.

Kapitelman, Dmitrij (2021): Eine Formalie in Kiew. 1. Auflage. München: Hanser Berlin in Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG.

Kropp, Manuela; Striethorst, Anna (2012): Die Migration der Roma in der Europäischen Union. Eine ethnische Minderheit als Spielball europäischer Politik. Hg. v. transform! europe. Online verfügbar unter <https://www.transform-network.net/de/publications/jahrbuch/overview/article/journal-102012/the-migrations-of-roma-in-the-european-union-an-ethnic-minority-as-the-sport-of-european-politics/>, zuletzt geprüft am 16.03.2018.

Mappes-Niediek, Norbert (2013): Arme Roma, böse Zigeuner. Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt. 3., durchges. Aufl. Berlin: Links.

Matter, Max (2015): Nirgendwo erwünscht. Zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verl. (Reihe Rat für Migration).

Meseșan, Diana; Chirea, Vlad (2021): Evacuați și lăsați să trăiască în câmp. In: Libertatea, 19.02.2021. Online verfügbar unter <https://www.libertatea.ro/stiri/copiii-care-traiesc-de-3-ani-in-camp-evacuati-din-blocul-din-alba-iulia-propus-pentru-demolare-ne-o-lasat-numai-sa-facem-o-baracuta-3420694?fbclid=IwAR3Iw2ei2crIQTMbLe3FLEzjpnvx2d9yRuceRGifOiRFc1iztZnZkzPYVxg>, zuletzt geprüft am 19.10.2021.

Mihăilescu, Vintilă; Matei, Petre; Schippel, Larisa (2020): Roma – Der Diskurswandel. 1. Auflage (Blickpunkt Rumänien).

Nedeia, Alex; Muntean, David (2021): Noi dezvăluiri despre politizarea Apelor Române: un „animal politic” și o chelneriță pe post de inginer. Investigații. Online verfügbar unter <https://recorder.ro/noi-dezvalui-ri-despre-politizarea-apelor-romane-un-animal-politic-si-o-chelnerita-pe-post-de-inginer/>, zuletzt geprüft am 13.07.2021.

Radu, Cristian: Raluca Turcan, către un cetățean care spune că nu se poate trăi din salariul minim: "Să ne concentrăm și pe part-time-uri". Hg. v. Gândul. Online verfügbar unter <https://www.gandul.ro/stiri/raluca-turcan-catre-un-cetatean-care-spune-ca-nu-se-poate-trai-din-salariul-minim-sa-ne-concentram-si-pe-part-time-uri-19654647>, zuletzt geprüft am 13.07.2021.

Rahe, Regina (2009): Be Berlin, don't be Rom: Neunzig Roma "überfordern Berlin". In: Bell Tower- Netz für digitale Zivilgesellschaft, 16.06.2009. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/be-berlin-dont-be-rom-neunzig-roma-ueberfordern-berlin-30908/>, zuletzt geprüft am 27.08.2019.

Saad, Layla F. (2021): me and white supremacy. Warum kritisches Weißsein mit dir selbst anfängt. Bekämpfe Rassismus und verändere die Welt. München: Penguin Verlag.

Saunders, Doug (2013): Die neue Völkerwanderung - Arrival city. Pantheon-Ausg. München: Pantheon.

Schiemann, Frank (2020): Monitoring und Evaluation des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP). Abschlussbericht. Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen. Berlin.

Vogel, Janka (2021): Interview mit einem Lingurar-Rom in Biertan / Birtihalm, 10.09.2021.

Vogel, Janka (2021): Die Geschichte der Roma Rumäniens und ihrer Migration nach Deutschland. In: Hildegard-Lagrenne-Stiftung (Hg.) (in Veröffentlichung).

Vogel, Janka (2018): Die rumänische Diaspora in Berlin. Ein Beispiel für neue Formen migrantischen Lebens: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften (Europäische Hochschulschriften / European University Studies / Publications Universitaires Européennes, 629).

Vogel, Janka (2013): Roma aus Rumänien in Deutschland. München: Grin Verlag GmbH.

Wagner, Paul Arne; Roșca, Mădălina (2017): Noaptea ca hoții. Bukarest. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=NVHz9Cac62g>, zuletzt geprüft am 13.10.2019.

Weber, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Max Weber (Hg.): Schriften zur Religionssoziologie. Online verfügbar unter <http://www.zeno.org/Soziologie/M/Weber,+Max/Schriften+zur+Religionssoziologie/Die+protestantische+Ethik+und+der+Geist+des+Kapitalismus>, zuletzt geprüft am 10.06.2014.

Under the Pressure of the Family. A Case Study on Transnational Exploitation of Roma Minors in France

Olivier Peyroux

Introduction

After the fall of the Iron Curtain, Eastern European minors began appearing on the streets of Western Europe. Child protection professionals, journalists, politicians and other members of the public became concerned about their situation. Some were unaccompanied children, others were Roma children dressed in ragged clothing and begging, sexually exploited young girls, and child pickpockets operating on public transport systems.

Despite the progressive integration of some Eastern European countries into the European free-movement zone, these situations have not disappeared; rather the geographical area of migration has simply expanded. Judging by the evolving response to their presence – including the absence of care for street children, the imprisonment of children over 14 for minor theft, the tolerance for sexual exploitation of young girls (as long as they declare themselves to be of lawful age), the absence of schooling – these children seem to be increasingly misunderstood and rejected by the authorities charged with protecting them. Deteriorating child protection standards are evidence of both persistent prejudice against these children, and a sense of helplessness on the part of the responsible agencies in their country of origin as well as in the countries where the children migrate.

This study is about a group of Roma families using their children for pickpocketing in different European countries. The article will focus on several issues. What are the causes of this pattern of migration? Why is it continuing? Do these children share a common profile? What is the role of the family? Why do these children seem to reject the educational opportunities that are offered to them? The answers that follow are based on a two years long field research in France and in Romania, including more than seventy interviews with minors, families and professionals (social workers, magistrates, police officers, etc.). My goal is to provide key elements for a better understanding of the risks these children face and an idea on how to improve their protection by child protection services and the judiciary system.

General description of the child trafficking groups in France

The interviews conducted in the course of research with the *Brigade for the Protection of the Family (BPF)*¹⁹⁹, the *Unit for the Fight Against Illegal Immigration (UCLIC)*²⁰⁰, and the French non-profit association *Hors la Rue*²⁰¹ confirm the hypothesis that the number of criminal groups from Romania, who use a significant number of minors for theft actions, is limited to four or five. Their common features are:

¹⁹⁹ Original name in French: *Brigade de Protection de la Famille*. More information available in French under: <https://www.police-nationale.net/brigade-protection-famille/> (last accessed on 03.06.2021).

²⁰⁰ Original name in French: *Unité de lutte contre l'immigration illégale*.

²⁰¹ Loosely translated into English as “Off the Street”. More information is available in French under: <https://horslarue.org> (last accessed on 03.06.2021).

- a precise geographic origin limited to a few neighbourhoods or to a limited number of neighbouring villages
- a family and community on the basis of which the psychological subjugation of the victims for money-making purposes is used
- a modus operandi specific to each group (theft at ATMs for money withdrawal, mobile phones theft, pick pocketing by using false petitions, etc.)
- branches in different Western countries enabling the cross-border transportation of children.

In France, the activity of these child trafficking groups is predominantly concentrated in the Paris region due to the large numbers of tourists who visit the city. The minors and the persons exploiting them (the family-in-law, the family-by-marriage, the family, an uncle, etc.) tend to live in makeshift camps shared with poor families with no record of criminal activity in an effort to hinder the police investigations. This method tends to incur public stigma on the people living in such camps and, especially, on the Roma immigrants.

Since 2009 four groups of child traffickers and minors have been particularly active in the Paris region of France:

- the minors from Videle and from the surrounding municipalities (Teleorman county), who have been present in the Paris region since 2000. The adults in this group have developed skills in searching for and managing their activities in areas associated with high crime rates, especially in Seine-Saint-Denis, imposing a “tax” for the occupants they place there. The young girls are forced to steal from tourists, most of them posing as deaf or mute who are raising money for a fictitious association based on a petition

- the minors from Țândărei (Ialomița county), also present in the UK, Spain, Portugal and Germany, who are known in France mainly for their practice of theft by deception (rather than through violence) on the people who withdraw money from public ATMs
- the minors from Brăila who are used for the theft of mobile phones, and who are the subject of the research in this article
- the minors from Constanța who are used for the theft of mobile phones, and who are also covered by the research presented in this article.



Map 1: The regions of origin of the Romanian groups which use minors in France. Source: Division Géographique de la Direction der Archives du Ministère des Affaires Etrangères 2004

In addition to the four groups of traffickers and minors, whose regions of origin are represented above in Map 1, there are other criminal organizations using children, but which are only occasionally active, and for limited periods of time. The most recently publicized group in this category is the one from Iași, which uses children for pick pocketing in the Louvre museum.

The origin of the groups using minors for stealing mobile phones in Paris

According to the information provided by *UCLIC*, *BPM* and the *Hors la Rue association*, which monitors children on the streets, the minors used for stealing mobile phones come mainly from the Romanian municipalities of Brăila, Constanța, and to a lesser extent from Galați and Iași. Considered to be separated from the other Roma groups, they belong to a group called *Pletoși*²⁰² and are perceived to be socially inferior by the other groups.²⁰³ Furthermore, the *Pletoși* are considered the bearers of a tradition that is not longer followed by the other Roma people. This is the reason given by the adults in order to justify keeping the strict rules of endogamy in place, which means that marriage alliances are limited to those within one's own group.

²⁰² Romanian word for „(shaggy) long-haired“ (people).

²⁰³ This information was collected during the interviews conducted for the incursions into camps where these minors live (Saint-Denis and the Courneuve).

The *Pletoși* communities in Romania

Heterogeneity of the Roma groups and processes of community development

For a better understanding of the heterogeneity of the Roma groups discussed in this article it is necessary to briefly evoke their history. The first arrivals of the Roma people in Europe date back to the fifteenth century. The migratory movements continued for more than a century, between 1400 and 1550. These first populations had previously left India sometime before the fifth century, and ended up settling in almost all European countries, with higher numbers of people concentrating in the Balkans and in Southern Europe.

Their arrival on the continent is thus very old, and their traditions, culture and religions are related to the history of territories and regions where they have settled. Therefore, we can talk about the Roma communities in the plural, distributed across all European countries, and not about a single Roma people, bearer of one unified tradition.

This is evident in the case of the Roma people living in Southern and Western Romania, whose way of dressing and internal group rules differ significantly from those of Roma in other countries. These customs were born from the local customs of the Romanian majority population in the region, which were transformed and reinterpreted by the Roma people. Therefore there is no such thing as a social organization specific to Roma people. There is also no particular “Roma culture” that would instill in its members a preference for criminal activities and the exploitation of minors.

The Roma people from Romania and, in general, those from Europe, can be therefore divided into different groups according to common geographic origins, family ties and the practice of traditional crafts. Each group promotes a specific identity by way of distinct community practices, constantly adapting them to the changes in the majority community and mainstream culture. The *Pletoși* group falls under this

category: the group's current social and cultural practices are claimed by its members to be traditional, but are in fact relatively recent developments in their group history.

Establishment of the *Pletoși* in Brăila and Constanța

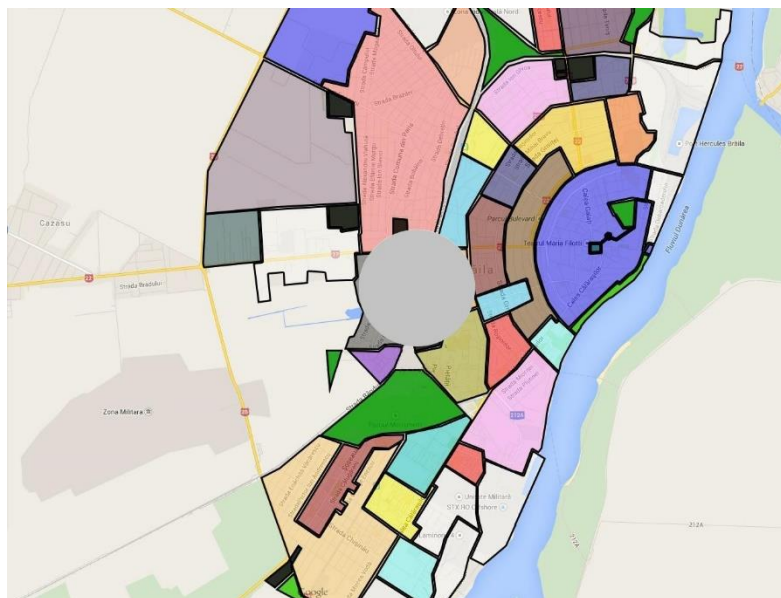
The *Pletoși*, so called due to the long-hair worn by the men, were originally making a living out of itinerant craft activities throughout the Moldovan region of Romania (Focșani, Vaslui, etc.). However, in 1976 the Communist government lead by Nicolae Ceaușescu passed a law²⁰⁴ for the forced sedentarisation of the itinerant populations living in Romania. As a consequence of this law, the *Pletoși* were assigned social housing (hereinafter referred to as “Nato blocks”) in Brăila, Galați and Tulcea, cities with a high demand for workforce due to the various industrial plants in their areas (SIDEX, ICPCM, etc.).

In the 1990s, after the fall of the Ceaușescu regime, these large industrial plants were no longer financially supported by the government by means of a planned economy, and their low profitability levels almost led to their bankruptcy. This meant that lay offs were carried out among the employees, which in turn led to high rates of unemployment, and the economic decline of the entire area, which forced a large number of families to live in poverty. Roma people were among the first categories of people who had been fired.

The apartment blocks in the city districts where the Roma people had settled in prior years also underwent a process of redistribution among the population. Especially the Nato blocks with *Pletoși* residents, which were initially mixed from a social point of view, were emptied, the majority of the population abandoning them. This created pockets of poverty in the city, which for all intents and purposes were

²⁰⁴ Law 25/1976 for the employment of the people of working age in useful work.

abandoned by public authorities. Some neighbourhoods of Brăila (see Map 2 below), where most of the families are still living, turned to the grey economy in order to survive: collecting and selling scrap metal, begging, etc. Some families turned to petty crimes and became skilled during their travels abroad. The children exploited in Paris are the product of this process.



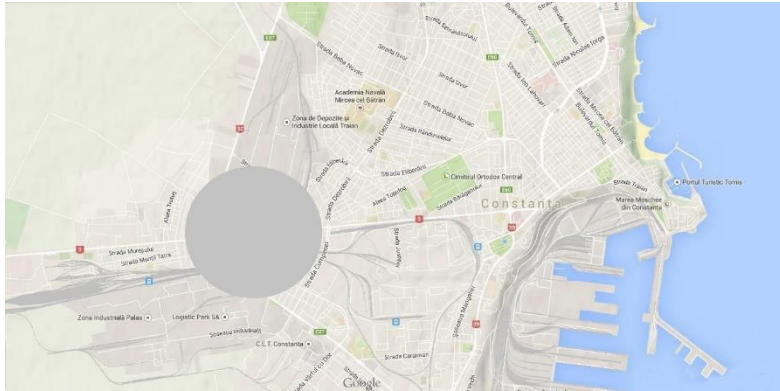
Map 2: Districts in Brăila inhabited by the Pletoși. Source: Division Géographique de la Direction der Archives du Ministère des Affaires Etrangères 2004

Among all the different groups of Roma people living in these neighbourhoods, the *Pletoși*, who are in bad relations with the rest of the Roma people due to their recent arrival in the area, kept to their own group and have developed specific community practices. Marriages started to take place at much younger ages (even starting at

the age of eight), increasingly fewer girls attended school (not even the level of primary school), and the traditional tribunal called “Stabor”²⁰⁵ was imposed as the central institution for the regulation of social life among the families. From the economic point of view most of the families are unemployed and have become dependent on social benefits.

In the case of Constanța the arrival of the *Pletoși* people is recent. These families settled here during the 1990s. According to the interviews carried out with members of the community, their arrival has occurred as a result of a judgment ruled by a “Stabor”. In order to end the regular disputes between the families in Brăila, the “Stabor” decided that some of them would have to leave the city. These families had then tried to settle in Constanța, which was much more economically prosperous than Brăila. They had a hard time being accepted by the other Roma people though, and they were forced to disperse in three districts on the outskirts (see Map 3 below).

²⁰⁵Also called the “Gypsy court”, this customary law court is present in certain Roma groups. Its main purpose is to arbitrate civil matters among the Roma, but rarely criminal ones, except in cases of theft. It also has jurisdiction in all matters concerning the family: marriage, virginity, etc. Originally the court was meant to avoid the circle of violence brought about by feuding among families, instead offering a peaceful settlement in cases of conflict. The judges are important members of the community. They must be accepted by both parties and are paid by the plaintiffs. Once a decision is ruled, there is no possibility for an appeal.



Map 3. Districts in Constanța inhabited by the *Pletoși*. Source: Division Géographique de la Direction der Archives du Ministère des Affaires Etrangères 2004

As in the case of Brăila, the families of *Pletoși* who were isolated in their neighbourhood took refuge in a communal way of life. At the time of the field research (December 2014), a school mediator working in the three districts told us that no girl from *Pletoși* families was attending school.

Migration and the contexts of exploitation

The situation in Constanța

Constanța is the 5th-largest city in the country (it has more than 300.000 inhabitants) and is the main port city of Romania. This has played a part in the continued existence of prostitution in the city. With the further development of tourism this activity has only increased, especially during the summer holiday period. In this context it is also important to mention that a U.S. Air Force Base operates just north of the city, on the site of the *Mihail Kogălniceanu airport*.

At the moment, according to the findings of the *Hors la rue association* and the French police unit tasked with combating the trafficking in human beings, the main target of sexual exploitation is underage girls in love (the so called “lover boy” technique). Prostitution takes place in an almost official manner, either through numerous massage salons in the city or through the very explicit advertisements published in an online local newspaper.

Since the late 1990s many young women have left the city and surrounding region to try their luck for a better life abroad in Italy, where they look for work in the hotel industry, catering, and personal services. Some of them were recruited through false ads published in local newspapers and ended up being sexually exploited in Bosnia, Kosovo and Italy.

Starting with 2005 the Albanian criminal networks, which were previously very active in the sexual exploitation racket, shifted its focus of activity towards drugs trafficking. This change in priorities offered the opportunity for Romanian criminal networks to take up organized sex trafficking. The recruitment and constraint methods are no longer based solely on violence though, but also on dividing the earnings with the victims of sexual trafficking themselves. The goal of this practice is to avoid denunciations to the police by the young women and/or underage girls by creating financial incentives coupled with the amorous constraint to make them cooperate with the traffickers. At the same time, in order to deter any attempt to flee, they are threatened regarding their families left in Romania.

As noted in our interviews, the *Pletoși* group kept away from the sexual exploitation networks in Western Europe. Upon their arrival in Constanța during the 1990s however, some families of *Pletoși* people did develop economic strategies based on the exploitation of children for begging and, more rarely, for theft. This strategy continues to the present day, especially in Mamaia²⁰⁶ and Constanța during the tourist

²⁰⁶ Resort on the Romanian Black Sea shore and a district of Constanța.

season. Children between the age of four and eight years old are generally supervised by their mothers, who ensure that they bring in money by directly addressing the passersby.

Regarding migration to Western Europe after 2002²⁰⁷, many *Pletoși* families at first tried their luck in Italy (Turin, Milan, Florence). After several years spent in the Italian peninsula some of the families understood that there is a financial gain to be had in using minors for pickpocketing activities. In order to conceal their activities from the local justice officials and the police, the families developed several strategies of deception to prevent the identification of the children, should they be caught. The families were probably inspired by techniques used by other Roma groups²⁰⁸, which by that point had been active in Italy for a longer time.

The situation in Brăila

Although economically still relatively important, Brăila (180,000 inhabitants) has never recovered after the industrial decline during the 1990s. The first emigration waves of unskilled labour began in the late 1990s, and were directed towards countries such as Spain, Italy, Portugal, Greece and Cyprus, predominantly in the fields of agriculture and construction. Once Romania joined the European Union in 2007, the phenomenon of emigration increased as it extended to include the poorest Roma and non-Roma families. Young girls who

²⁰⁷ Date coinciding with the suppression of short-stay visas in the Schengen Area.

²⁰⁸ In Milan and Turin some groups of Roma from Bosnia as well as a few Roma families from the neighbourhoods of “Fața luncii and “Romanești“ in the Romanian city of Craiova were using young girls for pickpocketing and theft. This in addition to the cases of sexual abuse and ill-treatment otherwise occurring in this situation.

were resigned to a life of prostitution were recruited for sexual exploitation in Italy and Spain, and later in France and Britain.

Among the *Pletoși* families, the emigration started especially in 2007 to countries such as Italy, Spain, Greece and Portugal. As in the case of Constanța, some of them would resort to the exploitation of children for begging and theft. However, no matter what home town the *Pletoși* hailed from, there were no registered cases of sexual exploitation among their ranks. Roma mediators interviewed for this study explain this by the existence of strict rules of group control regarding the sexuality of the young girls. If a family prostituted their daughter-in-law, the “Stabor” would immediately condemn such a practice.

Arrival in France

In France, the first cases of exploited minors coming from Brăila and Constanța were reported in 2009. In 2011 their mobile phone theft activity had increased. It is difficult to know the exact reasons that brought these groups to France, but since their arrival in the country the majority of the children, boys and girls alike, were used for the theft of mobile phones (especially iPhones), mostly in the Parisian cafe terraces. Depending on the family and the status of the minor (own child, daughter-in-law, etc.), the pressures on the child regarding the number of phones to be stolen every day is different and consequently also the degree of ill-treatment these children are subject to. Few of the minors in Paris seem to have ever attended school. Some children seem to have poor health and regularly complain about the physical violence inflicted upon them by the adults. Ever since their arrival in 2009, the minors have also been frequently traveling between Romania, Italy and Spain, where other parts of their families seem to live.

Community practices regarding traditional marriage

Several sources close to the community in Romania explained to us that the young girls from the *Pletoși* group are perceived since their birth as being one of the family's main sources of wealth. This may explain the reason why they are subjected to such strict controls since an early age. The symbolic and material value of the young girl is realized with the wedding. In Eastern European Roma communities, the ritual regarding marriage takes the form of local traditions present in the Balkans. In short, one or more of the following practices may be encountered:

- marriage in exchange for a dowry or marriage dowry
- counter-dowry system in which the bride is symbolically traded for an amount of money or goods
- mixed systems that combine the bride's dowry (the equivalent of a trousseau) and counter-marriage dowry of the groom (for example, money or jewelry)
- bride kidnapping, which involves the couple disappearing for a moment to presumably have sexual intercourse, only to return, formalize their union, and continue the celebrations.

In the *Pletoși* communities the last three variants are common. Bride kidnapping is more rare, given the risks for the young girl. In fact, in case of difficulties with her husband, returning to her own family would be a sign of her being socially “compromised”. However, this variant can also be an escape route for teenagers who reject the marriages settled beforehand, and can be accepted as such by the community.

In the case of the *Pletoși* in Brăila and Constanța, the negotiations for the traditional marriage can start as soon as children reach the age of seven. The parents agree on the future union between two families, which generally have a similar social status. The marriage provides an

opportunity for a counter-dowry payment, which takes the form of an amount of money paid by the wife's family to her husband's family. If a girl is promised to a family, and the father of the groom does not keep his promise to accept her as a bride to his son, the “Stabor” is convened, and large sums of money are paid as compensation to the family of the young girl.

Moreover, a kind of chastity control is performed at the wedding in front of the women of the community, which takes the form of the so-called “shirt” ceremony during the sexual intercourse of the young spouses. If the girl is not a virgin, her family's reputation is stained, and the young girl is at risk of being repudiated by her husband's family. The “Stabor” will then be convened to decide on the financial consequences resulting from the marriage annulment. Once married, the young girl is regarded as belonging to her husband's family. From then on she owes obedience to all the members of her new family. It is also understood within the family that her mother-in-law will take care of her education.

These different aspects explain the control practiced on young girls from childhood, and why they do not attend school. They also illustrate the pressures these minors are subjected to in order to comply with the community customs and to not embarrass the families.

The methods and subjects of exploitation

Recruitment, characteristics and number of children at risk

The recruitment takes place along the lines of the family structures within the group of *Pletosi*, although the extent to which families take part in the exploitation of their children differs. Their number remains difficult to quantify precisely. Based on the children encountered in Paris by the police and non-profit associations between 2009 and 2014 there would be about 30 to 50 families. This represents a total of 150

to 250²⁰⁹ exploited children. There are also a few alliances between families in Brăila and families in Constanța based on the existence of family ties. The group is not hierarchically structured, and the influence of the “bulibașa” or community leaders has weakened. However, while some families have more power than others, each remains independent.

Furthermore, according to the field observations of the *Hors la Rue* association and the *BPM*, the young girls, and especially the daughters-in-law, are among the most exploited categories of minors. As explained in the preceding section, the young girls who belong to the *Pletoși* group are, from an early age, submitted to and controlled by their parents and then by their husband’s parents. This makes them even more vulnerable to exploitation.

Initiating the young girls

As shown by the cases studied in Constanța, Brăila and Paris some of the young girls exploited abroad were first used by their own families for begging activities starting with the age of four in their home city in Romania. For example, in Brăila young girls, who are usually under the control of their mothers or a family member, are forced to beg at supermarket exits. In Constanța we find them among the cars stopped in front of traffic lights at road intersections or in the tourist resorts on the Black Sea shore.

Some of them were initiated in theft activities already around the age of seven or eight in Romania, though, for most of them, their “thieving career” begins abroad (Italy, Spain, France) around the age of nine or ten. During this period, the young girl internalizes the social role she

²⁰⁹ This calculation is based on an average number of children per family, which lies between three and four, and requires that all children in the family are exploited. Minors known around the Parisian region are around 80 in number.

is placed in, which consists in bringing money daily to her family or the family of her husband.

Exploitation of the daughters-in-law on the basis of psychological subjugation

The community rules of traditional marriage allow for the psychological subjugation of the daughters-in-law, which in turn serves to have them steal mobile phones from the Parisian cafe terraces. However, unlike traditional classic marriage, the profitability of the future daughter-in-law is a main criterion in choosing the future bride. The dowry loses its symbolic function and turns into the “bride price”, which can entail significant amounts of money, even up to 10,000 EUR. Once the marriage is officiated, the husband's family symbolically converts the amount of money spent for the wedding ceremony in a debt which the daughter-in-law must repay by means of theft.

This form of marriage as a financial transaction between two families, with the bride as the main object of the transaction, increases the pressure on the daughters-in-law to conform to the wishes of their new families. This pressure amounts to the family of the husband forcing the daughters-in-law to produce a fast and high “return on the investment“ or to increase their current rate of “earnings” from theft. For example, if before marriage some young women had to steal for their parents one or two mobile phones a day, after marriage they are expected to be even more “profitable“. As investigations in Paris have shown, some of the daughters-in-law were forced to steal up to nine mobile phones per day under threat of ill-treatment by their husband's family.

This “profit-oriented” link between family ties and exploitation of underage or young women can lead to even more extreme practices.

One such example is the case of Gabriela and Radu²¹⁰. Their marriage had been arranged by two families of *Pletoși* from Constanța, who were using their children for stealing mobile phones in Paris. However, because Gabriela's older sister was more skilled than her when it came to stealing, Radu's mother arranged to have him marry her instead of Gabriela. This was done in the form of a "bride kidnapping": incited by his mother, Radu kidnapped and had sexual intercourse with Gabriela's sister (similar to rape). Once the sexual intercourse had been recognized by the two families, the marriage was formalized. From then on, Gabriela's sister was forced to steal for her husband's family.

As the above case shows, if the young woman is deemed as being not sufficiently "profitable", she can be replaced before the arranged marriage takes place. If she decides afterwards to return to her family, she runs the risk of physical retaliation from the family-in-law. Her family too can be sentenced by the "Stabor" to repay part of the dowry received. The subjugation strategy of the daughters-in-law is therefore a mixture of physical violence and tradition-based community practices perverted by money.

The situation of boys used for theft

If there are any boys at all in the group of minors used for the theft of mobile phones, then the pressures they are subjected to by their families are lower than the ones exerted on girls. In general, boys are more independent and are allowed to attend school in Romania. During field research sessions we could note that most of the boys exploited by their families in France, and who have been identified as coming from Brăila and Constanța, had attended or were attending school between multiple stays abroad. Some were even enrolled in the

²¹⁰ All names have been anonymized.

program *A doua şansă*²¹¹, which allows the fast recovery of gaps in school attendance. In Paris, their role is usually to “help” or “supervise” their wives in the theft of mobile phones.

The most worrying situations are those concerning the boys who come from violent family contexts. Their profile is similar to the profile of physically abused children, whose every perceived “failure” is a pretext for adult family members to inflict physical violence upon them. Moreover, after the verifications carried out between France and Romania, the minors are entrusted to their uncles and aunts in order to steal. The latter must regularly send money to the minors’ families. The degree of constraint over their shoulders and the “profitability” requirement imposed by the family and the members whom they are entrusted to, put them in a situation which is similar to the subjugation or slavery of the girls.

Using the system of laws to prevent identification

Over the years, the families of *Pletoși* who exploit minors have developed a system that makes it difficult on the part of the authorities to identify children, and to find solutions for their protection. As noted in the interviews and field investigations carried out, the main stratagems used are as following.

Lack of birth registration in Romania

Both in Brăila and Constanța, mediators and social workers found that many children do not have a civil status because their birth was never officially declared by their parents. Although this situation is mainly due to the degradation of social conditions in Roma neighbourhoods, the families who exploit their children abroad take advantage of these

²¹¹ Translates into English as “second chance”.

institutional weaknesses of local state authorities in Romania to prevent any identification of the children. The case of Aurora, known in Paris for theft and temporarily monitored by the social assistance services in Constanța, illustrates this situation.

Aurora, aged 14 and married according to tradition, arrived in Romania to give birth in August 2014. She was accompanied by her mother-in-law, who according to investigators was at the time exploiting her in France. Of everything went according to plan, the newborn would be entrusted for the first years of its life to Aurora's aunt in Romania. According to the Police, the husband's family usually takes steps to ensure that the girls' children are taken care of in Romania, so that the young girls are able to continue their theft activities abroad.

In this case however, Aurora's baby unfortunately died at birth. According to the legal procedure in place for such cases, the Local Public Administration Department for Child Protection (DGASPC)²¹² was notified in order to draft an official report of the circumstances surrounding the event. After verifying the official "Registry of Births, Deaths and Marriages", social assistance services found that Aurora, although born in the hospital, had never been registered in the official registry by her parents. In France, this girl was known under several false identities, which were based on fictitious filiation links which further complicated the investigators' task.

The deprivation of schooling of young girls in Romania

As already mentioned above, the research conducted by the school mediator from Constanța in the three neighbourhoods inhabited by the families of *Pletoși* shows that no girl was at the time enrolled in

²¹²In the original Romanian: *Direcția Generală de Asistența socială și Protecția copilului*.

school. Although this finding applies to all the families, not just to those who exploit their children, the lack of access to education ensures that these young girls remain dependent on their families and on the families of their husbands. In addition, we could also observe in Brăila (as well as in Constanța) that, unlike boys, girls are rarely known to social assistance services. The lack of school records, and sometimes of a proper civil status, means that the system of social assistance services in Romania has no knowledge about the existence of the girls.

False addresses related to the illegal construction of houses in Romania

During our research we were also able to learn that the addresses found by the French Police on genuine identity cards of some minors (aged over 14)²¹³ were false. While this strategy may be deliberate, we found this situation also in the case of minors who were not exploited. In fact, in the neighbourhoods in Constanța where the *Pletoși* lived, most recent constructions are illegal. They were never registered in the cadastre. Therefore, the families declare their official residence at the address of a neighbour or at a family member who is legally registered. This hampers the efforts to identify and locate the families and compromises the procedure of confiscating the goods obtained from criminal offenses.

Undocumented border crossings

The negotiations on Romania's accession to the Schengen Area had contradictory effects in terms of borders surveillance. In 2009, the unit combating human trafficking within the Romanian Border Police was

²¹³ In Romania, personal identity cards are issued only starting with the age of 14.

shut down. Since then the number of human trafficking cases reported at the point of exit from the country has declined steadily. Instead, the powers of attorney²¹⁴ or the authorization necessary for traveling abroad with minors without their accompanying parents have been subjected to increased vigilance at the border. Recently, these authorizations can be electronically scanned and checked, which allows for quick data verification of travelers at border crossing points, of the vehicle occupants, etc.

Unlike other criminal groups, it seems that *Pletoși* families who use minors did not appeal to powers of attorney or powers to cross the border in order to avoid any possibility of identification. If it is difficult to know the exact ways in which they cross the borders because, according to the criminal investigators, the objective of these families is to avoid any form of official registration to begin with. Several hypotheses can thus be formulated:

- Regarding children whose birth was officially registered and declared, it is possible that they travel accompanied by both parents (in which case when the border crossing is not documented by the authorities).
- Regarding children without civil status, they can be hidden in the cars or identity documents of other minors can be used to cross the border with their parents, in exchange for a previous payment.

²¹⁴ The equivalent of leaving the territory in France, which has recently been suppressed. If a third party or one of the parents from Romania wishes to travel abroad with a minor, that person must first go to a notary to verify that he*she is authorized by the child's parents (if the person is a third party) or that the other parent has given his*her consent to do so (if the person is the other parent). This powers of attorney clause has given rise to a real market. At the moment, negotiations for such powers of attorney starts at 20 EUR.

Aliases in France

To thwart the efforts of the police and justice services, the minors use aliases (false names) when they are intercepted by the authorities. This is in fact a very old technique used by the majority of criminal groups discussed in this article, and has since been counteracted by the Romanian liaison officers in Paris, who go in person to French commissaries to identify the detained minors. In order to evade this and other identification methods practiced by other European police services (in Italy, Spain, Germany), the criminal groups have gradually started forging the identity documents of minors.

False filiation and identity cloning in France

According to our information, it is possible that, once in France, the minors receive false identity documents produced on the spot. This means a false birth certificate, very easy to forge, or false Romanian identity cards, which are traded for around 200 euros. During our research, the Police in Constanța showed us Romanian documents forged in France. Since 2007 this trade has been booming because Romanian identity documents entitle to free movement and stay throughout the entire European Union.

In case of the exploited minors, these forged documents serve to establish false filiation or kinship relations. For instance, the daughter-in-law receives forged identity documents to relate her as a biological daughter with her husband's family. Some of the children, most of them not having been officially declared at birth anyway, take over the identities of children who remain in Romania (many of them being in orphanages). The choice of false identity is based on the legislation, practices and investigation techniques of the destination country. The operated forgeries usually concern the child's name, age, family ties, etc.

Regular movement of children to other countries in Western Europe

The minors used in Paris for mobile phone thefts do not live only in France. During our research, we could also find some of them in Romania. According to the testimonies of the children, they live in different European countries with their parents, families, their husbands' families, or with their uncles and aunts. Other countries of destination are Italy and Spain, where some of these families have been established for a long time. Since 2011, many children have been sent to Germany to practice activities similar to theft. Some children also mentioned having been to Scandinavian countries, but this information could not be verified.

The regular movement of these minors complicates monitoring and investigative work carried out by non-profit associations. The identity documents and the false names used from one country to another are also not always the same, which makes it more difficult to track these children across Europe.

Reasons that lead the minors to seek protection

Unlike other groups using children to commit crimes in France, many *Pletoși* minors were able to receive protection. In the majority of cases, the children themselves are those who approach local educators or the Brigade for the Protection of Minors about their desire to end with the harsh conditions in which they live.

Of the nine cases of foster minors identified during our research, four teenagers are still in the care of child protection services (three girls and a boy), two have been since recovered by their families, one lasted only for a few months, and two fled immediately after their arrival at the children's home.

Although the sample of cases on hand is too narrow to develop a typology, we could however identify the main factors evoked by the minors that pushed them to seek protection:

- Mistreatment
- Low personal benefits (the children are paid very little for the theft, some of them have explained that they are forced to resell the stolen phones themselves, in order to produce some pocket money, without the knowledge of the families)
- The lost contact with their children: daughters-in-law are unable to raise their children, who are most often entrusted to the families in Romania
- The desire to have a “normal adolescence” developed during the search for a partner: many girls who got married very young fell in love some time later with other boys, who then helped them leave their husbands and their families.

There are also multiple stress factors involved such as:

- The large amount of stolen phones that are required from them
- The lack of prospects for upward mobility within the organization or structure to which they belong
- The reduced opportunities for contact and personal relationships that allow the victims to overcome their internal conflicts concerning loyalty.

These factors act as triggering forces that must be taken into account by those initiatives which seek to protect these minors. For investigators, what distinguishes this category of victims from others is the lack of parental affection or affection on the part of their husbands' families towards the exploited minors. Children are perceived only as “providers of funds” without them being associated

with the social prestige given by the financial accumulation which the rest of the family enjoys.

Conclusion

While new forms of exploitation develop from year to year, these adolescents are rarely identified as victims of human trafficking. For the general public as well as for child protection institutions, this exploitation is perceived solely as delinquency. For minors perceived as Roma, their exploitation in the form of the constraint of committing crime serves to validate the racist clichés surrounding this population. The culturalist prism then becomes the only explanation for committing repeated acts.

However, the reoccurrence of these cases speaks in favor of reframing child protection in terms of adapting existing foster care structures to the concrete experiences of the exploited minors; of building street teams with linguistic competencies, and of establishing better cooperation between police, justice services, social workers, and NGOs.

Although such measures have been implemented in the past as part of different projects, there are still underlining structural problems that cause protective measures to fail. The three main obstacles are:

- the absence of recognition of the victim status for minors in most European countries, especially for minors exploited through the constraint of committing crime
- the absence of common EU records of victims and potential victims
- the absence of protection mechanisms adapted to the situation of these minors.

Even in the few countries where victim status is recognized in minors, its impact remains limited because it is not interconnected and generalized to other European countries. This very generalization to all European countries would greatly restrain the exploitation of children. Moreover, specifically concerning child's placement services, professionals working in the field tend to be discouraged by repeated failures of these services due to inappropriate facilities.

Depending on the country of prosecution, magistrates have different options when ruling in cases of minors constrained to commit crimes. They may opt for a non-sanction, in which case the minor continues to be exploited, or for incarceration. This latter ruling is problematic because it goes against the non-punishment principle established by Directive EU/2011/36 and the Convention of the European Council. The issue of protection is therefore essential as the entire struggle against child trafficking depends upon it.

Concrete initiatives in Europe are limited, but most have proven their value: specialized training of educators in secluded centres, appointment of legal guardians for minors up to the age of 18 years, or safe centres at secret addresses. The *Esperanto home for unaccompanied minors*²¹⁵ in Belgium or equivalent structures in the Netherlands have shown that this high level of protection is particularly useful even when few children that have been exploited from an early age are sheltered. Fortunately, the rate of escape and/or recapture of children by the groups that had exploited them has remained very low.

Depending on the profile of the victims, magistrates or protection services should have a larger range of placement solutions at their disposal. Taking into account the state of the victims and the risks of

²¹⁵ A hidden centre for the stabilization of unaccompanied minors in the French community of Belgium related to the non-profit association *Sūrya* in Liège. More information regarding *Sūrya* is available in French at <https://asblsurya.org/fr/> (last accessed on 03.06.2021).

them being recaptured by exploiters, a recovery path becomes possible for the victims, with the goal of ensuring their psychological trauma recovery and reinsertion in society.

Within the EU however, the support for these children is increasingly called into question for financial reasons and because they do not correspond with the image of the human-trafficking victim. This suspicion explains the minimal policy measures that are too weak to provide real protection. The security-focused approach of preventing exploited minors from gaining access to training and, therefore, to a future in Europe only reinforces the hold of the criminal organizations on these young people. This protection should represent a legal and moral duty beyond mere budgetary considerations. This unconditional protection also poses the greatest threat to the exploiters, as demonstrated by the example of Italy in the early 2000s. In that case, victims' testimonies were the best weapon to dismantle the different human-trafficking networks.

Bibliography

Cristina Apetroaie, "Mineurs roumains en délinquance sur le territoire français : un enjeu de politique criminelle participative transnationale", *Archives de politique criminelle*, No. 30, p. 321-344, Paris, 2008.

European Roma Rights Centre (2011): Breaking the Silence. Trafficking in Romani Communities. In: *European Roma Rights Centre Reports Series*. Online verfügbar unter http://www.errc.org/uploads/upload_en/file/breaking-the-silence-19-march-2011.pdf, zuletzt geprüft am 02.11.2021.

H. Asséo *Roms : une destinée européenne*, Gallimard, Paris, 1970.

Manna Adelmo, Cadoppi Alberto, Canestrari Stefano, Papa Michele *I delitti contro l'onore e la libertà individuale* Utet Giuridica, Rome, 2011.

J. Bhabha, *Child Migration & Human Rights in a Global Age*, Princeton University Press, New Jersey, 2014.

Lucian Boia, *La mythologie scientifique du communisme*, Les belles lettres, Paris, 2000.

Mălin Bot, *Mafia Camătarilor*, Humanitas, Bucharest, 2004.

Tosi Cambini, Sabrina, *La zingara rapitrice. Racconti, denunce, sentenze (1986–2007)*, Rome: Centro Informazione Stampa Universitaria (CISU), 2008

Carmel Camillieri (ed.), *Stratégies identitaires*, PUF, Paris, 1990.

M. Conte, A. Rampini, O. Marcu *Cash cash : young Roma and strategies for social prestige*. Conference paper Refugee Studies Centre, University of Oxford, 2010.

Dana Diminescu (ed.) *Visible mais peu nombreux*, Maison des Sciences de l'Homme, Paris, 2003.

Mike Dottridge, *Kids abroad: Ignore them, abuse them or protect them*, Terre des Hommes International Federation, Coligny, 2008.

O. Peyroux, *Fantaisies and Realities Fueling Child trafficking in Europe*, Lambert Academic Publishing, Germany, April 2016.

O. Peyroux, *Les fantômes de l'Europe*, Non-lieu, Paris, September 2020

Antigypsyism and Policymaking in Europe. A Vicious Circle with no End in Sight?

Iulius Rostas

Introduction

In spite of the numerous programs, policies, and projects that have been adopted and implemented by different actors throughout Europe, the situation of most of the Roma in Europe has continued to worsen. The situation of the Roma is paradoxical, as the more attention is paid to it and the more measures targeting Roma are adopted and implemented, the situation only tends to worsen. Instead of becoming more socially integrated in their home countries, the living conditions of Roma are not improving, and many continue to look for a better life abroad, where, in their view, there are more opportunities available to them. In addition, the hatred against Roma is at very high levels - no matter if the country is part of Eastern or Western Europe. This paradox urges us to look for explanations and solutions.

In my book “A Task for Sisyphus: Why Europe’s Roma Policies Fail” (2019) I presented in extenso a range of arguments why the EU Framework for Roma National Integration Strategies has produced such a limited impact on the ground. I combined different arguments from ethnic and racial studies, inspired especially from critical race theory, and from critical policy studies, especially from policy design theory. From the ethnic and racial studies point of view, policies towards Roma fail because of their incapacity to take into consideration the complexity of the Romani identities and to address the issues Roma consider important, including culture and identity representation.

From a policy studies perspective, the measures taken to “socially integrate” Roma disregard sequences of the policy processes and lack some basic constitutive elements, without which one might find oneself in a serious dilemma about whether they could even be called policies. In fact, I called it a policy failure, a term that clearly indicates the institutional performance of the European Union and Member States in addressing consistently the situation of Roma.

Here is an enumeration of the multiple causes for the EU Framework policy failure:

- Failure to adequately define the target group
- Failure to provide reliable information and data
- Failure to establish a mechanism for the effective participation of Roma in the policy- making process
- Failure to allow adequate debate and consultation
- Inadequate problem definition and framing of the Roma situation
- Limited or nonexistent coordination between central and local administrations
- Failure of the regulative framework
- Policy design without monitoring and evaluation

In this article, I will explore some of the multiple causes of this troublesome state of affairs. Specifically, I will focus on the role of antigypsyism in policy making towards Roma. I argue that antigypsyism is so deeply embedded in the European culture, state institutions and the minds of individuals that it has been producing and re-producing inequalities between Roma and the rest of the society for centuries. As such, antigypsyism has permeated the respective policymaking processes and I will analyze how antigypsyism is reflected in policies. Hence, antigypsyism must be the top priority of

the policies towards Roma if change is to be brought upon in our societies.

This article contains three sections. In the first section I define antigypsyism as a concept and its key features. In the second section I analyze some of its manifestations when it comes to policymaking processes. I will conclude in the third section with some lessons learned from policymaking towards Roma.

Antigypsyism

Antigypsyism is not a new concept. In spite of the belief that antigypsyism is a creation of the non-Roma scholars during the 1980's in Germany, the concept was first used in 1920s by Roma activists in the Soviet Union during the ideological relaxation following the death of Lenin. Martin Holler (2015: 84) credits Aleksandr German, a Romani activist and writer who published his works in Russian and Romanian, as the first one to use the term “antitsyganizm”, which is the equivalent version of antigypsyism, in an article from January 1928. In spite of the critique of the concept by those scholars and activists that believe one should not use the pejorative expression “gypsy”, or - even worse - to use the highly pejorative notions of “țigan”, “cigane”, “cygani” and its derivatives (Oprea and Matache 2019), this is a powerful symbolic element for those that support the use of “antigypsyism” as a specific term to describe the racism and oppression of Roma.

Antigypsyism was defined by the European Commission against Racism and Intolerance of the Council of Europe (ECRI) as “a specific form of racism, an ideology founded on racial superiority, a form of dehumanization and institutional racism nurtured by historical discrimination, which is expressed, among others, by violence, hate speech, exploitation, stigmatization and the most blatant kind of discrimination” (ECRI 2011).

The Alliance against Antigypsyism, a coalition of 95 Roma and pro-Roma organizations led by the European Roma Grassroots Organization network, defined antigypsyism as “[...] a historically constructed, persistent complex of customary racism against social groups identified under the stigma ‘gypsy’ or other related terms, and incorporates:

- a homogenizing and essentializing perception and description of these groups
- the attribution of specific characteristics to them
- discriminating social structures and violent practices that emerge against that background, which have a degrading and ostracizing effect and which reproduce structural disadvantages” (Alliance against Antigypsyism 2016).

In its *EU Roma strategic framework for equality, inclusion and participation for 2020 – 2030* the European Commission, which so far used the Council of Europe definition in reference to the concept, adopted its own definition:

“[...] Antigypsyism (a form of racism against Roma) is a historically rooted structural phenomenon that appears at institutional, social and interpersonal levels. It has its origins in how the majority views and treats those considered ‘gypsies’. It is rooted in a process of ‘othering’ that builds on negative as well as positive, exoticizing stereotypes [...]” (European Commission 2020).

The European Council, in its recent recommendation on Roma, has described antigypsyism as an “unusually prevalent form of racism” and placed its origins in “[...] how mainstream society views and treats those considered as ‘gypsies’, underlying its dual features that might

sometimes be unintentional or unconscious [...]” (European Council 2021).²¹⁶

In academia, the number of writings on antigypsyism in the last decade has increased significantly, scholars focusing primarily on antigypsyism and its manifestations, as for instance: Heuss (2000), Wippermann (2005), Bogdal (2011), van Baar (2011), Hancock (2004), Kyuchukov (2012), Acton (2012, 2016) End (2014), Agarin (2014), Selling (2015), Holler (2015), Mirga-Kruszelnicka (2015), Matache (2016), McGarry (2017), Rostas (2017) or Cortes and End (2019).

One of the common elements of the different definitions of antigypsyism whether provided by the international organizations, NGOs or scholars, is that antigypsyism represents a form of racism. Grosfoguel (2016) defines racism as “[...] a global hierarchy of superiority and inferiority along the line of the human that have been politically, culturally and economically produced and reproduced for centuries by the institutions of the ‘capitalist/patriarchal western-centric/Christian-centric modern/colonial world system’ [...]” (ebda.: 10).

This definition, provided by one of the leading scholars in the study of racism, while short and comprehensive, represents at the same time an invitation to analyze those mechanisms that produce and reproduce inequalities and social hierarchies. The multiplicity of these mechanisms combined with the relative lack of reflection and teaching on race and racism in schools and universities are key factors explaining the inability of so many ordinary citizens to link the

²¹⁶ The definition is part of the paragraph 14 of the Recommendation reads: “[...] Antigypsyism is an unusually prevalent form of racism, which has its origins in how mainstream society views and treats those considered as ‘gypsies’ in a process of historical ‘othering’, which builds on stereotypes and negative attitudes that may sometimes be unintentional or unconscious [...]” (European Council 2021).

everyday manifestations of racism with an adequate definition of racism as a social phenomenon.

From this perspective, antigypsyism defined as a form of racism is correct but insufficient for understanding its role in society and, especially, the influence it has on the everyday life of Roma. Thus, the definition must provide details about the mechanism which produces and reproduces inequalities and, ultimately, reinforces existing social hierarchies. Hence, I use the following definition in my work:

“[...] Antigypsyism is a special form of racism directed towards those stigmatized in the public imaginary as ‘gypsies’ that has at its core the assumptions that Roma are an inferior and deviant group [...]” (Rostas 2019: 12).

Other key assumptions of antigypsyism are orientalism, nomadism, rootlessness, and backwardness. Inferiority of Roma is reflected in the widespread belief among the majority population that Roma are less human. Popular sayings and common prejudices against Roma make reference to their supposed animality, wildness and their “animalic” habits. The supposed deviance of Roma, associated with criminality and high rates of incarceration, is often seen by the majority society as a genetic characteristic of Roma, as part of their nature.

Initially used by Said (1978) in his brilliant analysis of the depictions of the Middle East in Western academia, orientalism with regards to Roma refers to the emphasis of their non-European roots, which paves the way for their exclusion from the political community. Nomadism has been seen as a key feature of the way of life of Roma for centuries and authorities have attempted to control Roma by forcibly settling them. These attempts to settle Roma have continued into the present time and references to the so-called “nomadic way of life of Roma” are often made in spite of the factual evidence that the overwhelming majority of Roma was settled decades or even centuries ago.

Rootlessness consists of depicting Roma as lacking a sense of identity, as people incapable of having relations with the land, incapable of

planning their life and resources, with no collective memory and sense of belonging. Backwardness consists of presenting Roma as uncivilized, uneducated, and having a very different way of life from that of the majority society. These assumptions are used to justify the oppression and marginalization of Roma.

An important feature of antigypsyism is the role of the state in producing and reproducing antigypsyism. Historically, state authorities have played an important role in stigmatizing Roma in the public sphere as part of its attempts at strengthening its administration and controlling the population (van Baar 2011). As nation-state building processes advanced, the way territory and political authorities have been conceptualized led to the exclusion of Roma from the body politic as they were not seen as being part of the nation (McGarry 2017).

Romani identities continued to be stigmatized throughout by state authorities, especially by the education system, the police and the social work systems. The exclusion of Roma language, culture and history from the mainstream curricula, the policing style and the disproportionate targeting of Roma communities and individuals, the conceptualization of poverty and social assistance have contributed to and reinforced the portrayal of Roma as uncivilized, criminals, social parasites and work-shy.

Policymaking

Antigypsyism is one of the main causes of policy failure when it comes to policymaking towards Roma. How does this work? Are policymakers intentionally and covertly designing policies that exclude or discriminate Roma? Isn't this an overstatement considering the fact that the Roma minority enjoys special programs, policies, affirmative action? Why are they to be treated so special and how special should they be treated? From a different angle, Roma enjoy all these privileges as a result of their minority status. So, how might one claim that they are discriminated against? These are points of view which, in spite of being seen as radical or not very politically correct, scholars and activists cannot ignore. Thus, this section links the theoretical approach to antigypsyism with policymaking processes.

Antigypsyism is not only prejudice against a group, it is not only a set of beliefs about these people, it is not a fantasy or imagined reality, but a depiction of reality as perceived by the non-Roma. The important element here is that it does not remain a fantasy but has very practical consequences on the lives of those stigmatized by the majority. Moreover, these beliefs, manipulated images and negative depictions of certain groups become norms of behavior in society, are embedded in institutions, which in turn regulate the behavior of the majority population towards minority groups in society. Antigypsyism influences the definition of the problems these policies tackle as well as the implementation structures and policy tools employed to achieve the policy objectives. Antigypsyism is embedded in the policymaking processes. Hence, antigypsyism is not only an output of the policies where one could easily identify different manifestations of antigypsyism.

	Roma		Muslims		Jews
	Unfavorable	Favorable	Unfavorable	Favorable	Unfavorable
Bulgaria	68	28	21	69	18
Czech Republic	66	27	64	23	17
France	44	50	22	72	6
Germany	37	52	24	69	6
Greece	72	25	57	37	38
Hungary	61	25	58	11	18
Italy	83	14	55	41	15
Lithuania	61	30	56	26	26
Netherlands	30	66	28	70	5
Poland	51	41	66	26	31
Russia	52	40	19	76	18
Slovakia	76	21	77	16	30
Spain	40	57	42	54	19
Sweden	29	67	28	68	3
Ukraine	54	39	21	62	11
United Kingdom	23	60	18	78	6

Table 1: Percentages of those who have a favorable/unfavorable opinion on Roma/Muslims/Jews in their country. Source: PEW Research Center.

One of the important consequences of antigypsyism is the limited impact of social inclusion policies targeting Roma. The hatred towards Roma, as measured by researchers all over Europe, makes them the most hated group on the continent. The data presented in table 1 represent just one of the indicators of antigypsyism. Given the levels of hostility towards Roma, any government in Europe would have a constant challenge in designing and implementing policies benefiting Roma. Without the support of the majority populations, any measure or policy which distributes benefits to marginalized groups would not last long and their implementation would be undermined as the measures or policies would be regarded as unjust and unfair, awarding undeserved privileges to minority groups. Hence, the duty of politicians to communicate with the public and explain the aim of such redistributive policies.

In their seminal article, Schneider and Ingram (1993) proposed a framework for understanding how largely held beliefs on certain groups in society might influence policy design towards those groups. Using a two-dimensional variation model of social construction and the political power of different groups, Schneider and Ingram explain the distribution of benefits and burden to groups in society through policymaking (Figure 1).

The resulting four groups of target populations using the two variables are the “Advantaged”, who enjoy a positive image in society and are perceived as powerful, the “Contenders”, who are portrayed negatively but are still regarded as influential, the “Dependents”, who have a positive image but are lacking capacity to organize, and the “Deviants”, who have a negative image in society and lack power. Schneider and Ingram identified patterns of distributing benefits and burdens to the four groups. Thus, the Advantaged will receive benefits and will be publicly acclaimed, the Contenders will negotiate benefits in private, the Dependents will be positively described in public, but they will lack the capacity to negotiate their benefits, while the Deviants will be treated negatively and will receive rather burdens and punishments.

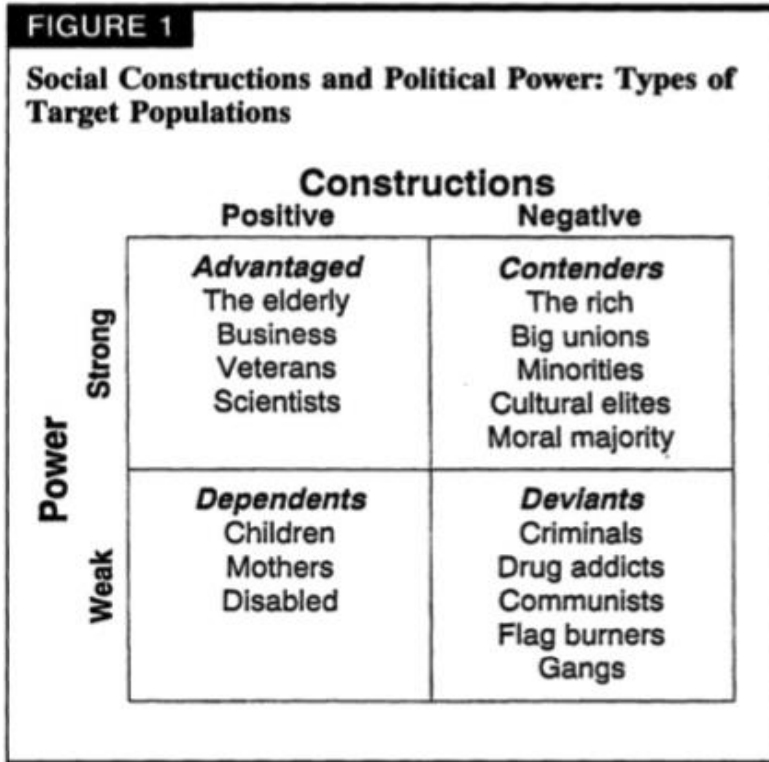


Figure 1, Source: Schneider and Ingram 1993: 336.

This model might explain the policies towards Roma historically. It is quite obvious that Roma are put in the category of Deviants, as they have been and still are portrayed negatively and lack political power. Historically, policies towards Roma were attempts at assimilating them, educating them and integrating them into the labour market. However, the more recent policies in the mid-1990s, and especially the *EU Framework for Roma Inclusion*, were supposed to distribute

benefits rather than burdens to Roma. How can one explain these policies using the above model?

As Schneider and Ingram explained in their later work, the social construction of target populations is a part of the broader policy design theory which underlines the importance of details in policymaking (1997: 2016). Besides the target population and the allocation of burdens and benefits, policy design includes policy tools, including those providing incentives; rules and regulations, for example, rules of eligibility and application; implementation structures at different levels of administration; rationales and narratives around the specific design; and underlying assumptions. The policy elements chosen by policy makers and the variety of them reflect the social construction of target population and the root causes of the problems to be addressed.

An analysis of the Roma policies based on the complexity of policy elements, the variety of policy tools, the implementation structures, and of the rationale and narratives determining the choices in designing these policies reveal the challenges faced by policy makers. The paradigm shift in policymaking towards Roma in Europe from allocation of burdens to allocation of benefits seems to be a long-term process. The pervasive negative image of the Roma and the dominant societal narratives around them could not be switched off immediately and they still played a role in policy design.

As a result, policy makers used a design that limited the allocation of benefits to those considered undeserved within the social imaginary: limited policy tools were employed, the rules and regulation for accessing resources were burdensome for many Roma communities and organizations, implementation structures were either unclear or amounted to a disproportionate delegation of tasks to authorities that lacked resources and which went beyond their areas of intervention. Furthermore, no learning and feedback mechanisms were in play, as monitoring and evaluation were disregarded; and a very limited allocation of resources in comparison to the size of the problems to be

addressed were other main deficiencies in the design of the Roma policies.

The coordination between the different levels of public administration, the distribution of tasks and the overburdening of local authorities due to the lack of adequate opportunities to use a multitude of policy tools further complicated the policymaking process towards Roma. For example, it was convenient to central governments to delegate the construction of social housing for Roma to local authorities. However, if the delegation of tasks is not accompanied by a clear regulatory framework, meaning the legal framework so that local authorities could build social housing, the measure is not going to bring about any changes for the Roma.

The design of the Roma policies and their correlation/integration with the other structures of policy is another weakness in policymaking towards Roma. For example, the *EU Framework for Roma National Integration Strategies 2011 - 2020* set as an objective in education that all Roma children complete at least primary education by the end of the implementation period.

Setting this policy objective creates three major issues. Firstly, it is discriminatory towards Roma to set a standard lower than for the majority population. Secondly, the policy objective does not make any sense as all EU Member States have already higher standards for mandatory education set through national legislation and policies. Thirdly, such a policy objective is not related with other policy objectives from the same policy document such as those on employment.

It is self-evident that having only primary education as a policy objective will not close the gap in the unemployment rate between Roma and the majority population, because primary education in a highly competitive labour market, as is the case of the EU, will rather lead to long-term unemployment and dependence on social assistance. Hence, the lack of correlation with other policies seem to place Roma at a disadvantage instead of providing more benefits and opportunities.

Furthermore, the limited participation of Roma in policymaking was another major factor in policy design. Roma participation and representation takes place mainly through minority representation mechanisms and non-governmental organizations (Rostas and Doghi 2019). Neither of these channels allows for an articulation of the general interests of Roma nor do they ensure the possibility to Roma to express their preferences, define interests and negotiate priorities in relation to other groups and institutions. The policies towards Roma were designed without taking into consideration the voice of the Roma and without making sure that their voice is heard throughout the policy processes.

For example, during the adoption of the *EU Framework for Roma National Integration Strategies 2011 - 2020* by the European Commission, there were only several formal consultations held with selected Roma organizations. Instead of providing for a mechanism through which Roma voices at national and local level could voice their needs and priorities, the European Commission asked member states to comply with EU Framework for Roma by submitting national strategies for Roma within less than 8 months. Thus, it seems normal that member states adopted their strategies without or with very limited consultations with Roma. However, these consultation processes are rather formal and, letting aside the selected actors for participating in these consultations, they do not allow Roma to negotiate priorities.

One of the major challenges of academics, scholars and policy makers alike was their multiple understandings of Roma and their identity. Misrepresentation of Roma in the European public imaginary is a historical fact and documented by some scholars who analyzed instances of misrepresentation of Roma in literature, in visual arts, in textbooks and the media (Glajar and Radulescu 2008; Bogdal 2011). The Roma knowledge production was for centuries and still is the “monopoly” of non-Roma scholars whose works formed the policy design and decisions of the rulers or politicians. In the name of objectivity and science, the humanity of Roma was questioned, Roma

were regarded as an inferior race and Romani culture and language were described as the argot used by thieves and criminals. Hence the form of scientific antigypsyism as opposed to the popular antigypsyism (Acton 2016). Only in the past decade have Roma begun to express their voice in academia and to propose a counter-narrative to balance the (mis)representation of Roma (Mirga-Kruszelnicka 2015; Selling 2018).

While racism/antigypsyism undoubtedly plays a role in policymaking towards Roma, it remains to be researched how exactly racism is translated into policy mechanisms and structures. The times when an overt racist policy against Roma or other groups could be enacted has passed. Racism is not tolerated by the European Union, Council of Europe and the international community. However, this does not mean that racism has disappeared or that it does not influence policy processes. Empirical research conducted by think-tanks, human rights groups and scholars has identified manifestations of antigypsyism in all areas of public life: from culture to science and academia, from housing to education and healthcare, from social services to the economy and politics, from employment to border control (Carrera, Rostas and Vosilyute 2017). Antigypsyism is present within the policymaking processes both as an output of policies and as an input.

The most common manifestations of antigypsyism are:

- Prejudices and stereotypes
- Labelling, hate speech and hate crime
- Discrimination – individual, institutional and structural
- School segregation of Romani children
- Residential segregation
- Forced evictions
- Mass expulsion
- Police and other law enforcement officials' violence targeting Roma
- Forced sedentarization
- Proletarianization

- Forced sterilization of Romani women
- Policies of assimilation (banning the use of language, wearing traditional clothes, placing Roma children in foster families, changing names, etc.)
- Mob violence and skinhead attacks
- Deportations, including ethnic cleansing
- Killings
- Extermination attempts
- Roma Holocaust,²¹⁷ its denial, distortion and misrepresentation
- Passive role of state authorities in protecting the rights of the Roma
- Lack of information about Roma in mainstream curricula
- Denying equal protection of the law to Roma
- Ignoring history of oppression
- Selective implementation of law and policies

When it comes to processes, one has to emphasize the dual active and passive role of state authorities in facilitating or directly producing and reproducing antigypsyism. Assimilation of Roma could be pursued by both enacting policies or taking no action when it comes to school curricula and inclusion of Roma related topics such as history, Romani culture or Romanes. Thus, in analyzing the assimilation of Roma, one must take into consideration both the active and passive role of the state. Equal protection of the law is a basic principle in a democratic state. However, very often Roma do not enjoy equal protection of the law, as it is the case in domestic violence complaints when police refuse to intervene to protect the victims' rights or when social services

²¹⁷ I use the term "Roma Holocaust" to emphasize that Roma were also victims of the Holocaust together with the Jews and other groups such as political opponents, members of the LGBTIQ community, Jehovah's Witnesses and persons with disabilities. The Romani language term I prefer is "Samudaripen", as the term "Porrajmos" is considered inappropriate by Roma scholars and activists due to its potential sexual connotation.

refuse to apply the same standards to cases involving Roma children as in the cases of the non-Roma children (Braga, Neaga and Nica: 2017: 92-115). A common reason for the passivity of police and social services are the “cultural clause”, associating Romani culture with violence.²¹⁸

Selective application of laws and policies by state authorities represents another mechanism for producing and reproducing antigypsyism. Selective application of the law is crucial to understanding how antigypsyism manifests at the grassroots level. Such processes are well documented in the implementation of the policy measures part of the *European Union Framework for the Roma National Integration Strategies* when state authorities are not keen to distribute benefits to target population.

Similarly, during the COVID-19 pandemic and the lockdown measures, state authorities had difficulties in reaching Roma communities for humanitarian aid distribution while when imposing strict limitations of the freedom of movement, police and law enforcement agencies have easily identified Roma communities as potential rule-breakers as a report prepared by a Roma NGOs network documented (ERGO 2020). One of the police abuse cases that was documented by Roma activists, and which received international media attention was the torture of eight Roma men by police officers in Bolintin Vale, Giurgiu County, Romania on April 18, 2020 (Petre 2021). However, the authorities did not react quickly, when it came about distributing social assistance to those in need, as reported by the World Bank (World Bank 2021).

As shown above, policy makers have been reluctant to set up representation mechanism to make sure that the voice to Roma is heard during the policymaking process. In addition, policy makers have used other strategies to silence Roma, especially the critical voices of

²¹⁸ Editors note: See also Nüßer's article, as well as Holzapfel's article in this volume.

dissenters. The most common silencing strategies are cooption, tokenism and creating the illusion of power.

First, critical Roma and those that speak against racism are coopted into the state institutions. Those persons coopted might be knowledgeable and have very good intentions to bring an end to discriminations and inequalities suffered by Roma for generations. They might come with ideas to reform institutions, diversify policy measures, even multiply policy tools, and change specific practices in policy implementation but achieving very little to practically nothing. Their efforts are severely limited by the institutional culture dominating the modus operandi of these institutions. An institutional culture that has shaped the practices of those institutions for years cannot be changed by coopting a few individuals into its structures, even if this takes place at the top of the institution.

Tokenism is another strategy for silencing Roma. Unlike cooption, tokenism consists of recruiting a limited number of Roma so that the institution could claim it is open for reforms. In reality, the Roma are always in minority, and they are consulted without any guarantee that their opinions will be taken into account. The intention is to use the Roma as a façade, while in practice the status quo is being upheld.

Third, creating parallel institutions to the existing power structures provides an illusion of power for those persons who engage with these institutions. Consultative mechanisms, Roma platforms or even minority representation mechanisms would be part of such a strategy. For example, the Minority Self Government in Hungary, or the allocated seat for the Roma minority in Romania, the Government Council for Roma Minority Affairs in the Czech Republic or the Roma Platform at the EU level are examples of such structures. These structures have no decision-making power on issues faced by Roma and no tools to tackle such issues. However, they provide an illusion that their voice is being heard.

Ignoring or downplaying the role of antigypsyism in analyzing the current situation of Roma is instrumental in designing policies without

Roma expressing their preferences. The narrative emphasizes the urgency to deal with important problems for Roma such as poverty, education, employment etc. instead of talking about identity, culture or past injustices. Antigypsyism is regarded as a topic for the Roma elite, those that have already achieved a certain social status and who have lost their connection to the communities. Instead of being regarded as the root cause of Roma exclusion and the fundamental issue to be tackled by policies aiming at improving the situation of Roma, antigypsyism is sidelined as unimportant.

Color-blind policy making and race sensitive policymaking represent a powerful dichotomy in policy studies. When it comes to Roma, the terms of the dichotomy change to mainstreaming versus targeting. In other words: “Should we have policies designed for Roma or just general policies in which Roma are included as part of the general population?”

Thus, the dilemma between the race sensitive or awareness policymaking and the color-blind policymaking was a central point for discussion within the framework of the *Decade of Roma Inclusion 2005 - 2015*. Despite the arguments for a race-/ethnicity-aware policymaking, some states continue to believe that mainstreaming (the term sounds more neutral than “color-blind”) is the path to follow in order to improve the situation of Roma.

For example, as part of the *EU Framework for Roma National Integration Strategies 2012 - 2020*, Germany followed an open color-blind approach by not adopting a national strategy for Roma and Sinti. Hungary tested a slightly different approach, mixing Roma with children in poverty and people facing extreme poverty, but with the same results. Consequently, it is impossible to track down the real impact of these policies on Roma individuals and communities as well as account for the funds spent on these policies.

At this point, it is worth clarifying a distinction that seems rather linguistic, but with important consequences for Roma policy making. I mentioned earlier that in Europe the preferred term for the approach

to policymaking is “mainstreaming” instead of “color-blind”, as used in the US context. This distinction has much to do with Europeans not recognizing the importance of race as valid concept in social sciences and an important analytical tool in assessing the oppression of Roma in Europe. This European bashfulness ignores the everyday reality of many Roma who are primarily profiled and exploited by others based on their skin color. From their very first arrival in Europe centuries ago, their exclusion from the political communities they encountered was based primarily on their skin color and physical appearance. Ignoring the historical experience of Roma in facing exclusion based on skin color and physical appearance – clear indicators of racism – is a form of denial of racism.

On October 7, 2020, the European Commission adopted the *EU Roma strategic framework for equality, inclusion and participation for 2020 – 2030* (see European Commission 2020). The new framework represents a step ahead in the way the European Commission (EC) conceptualizes Roma exclusion and ways to tackle it. The EC recognizes the limited impact of the previous one and emphasizes the need to address inequalities and effective participation of Roma as key ingredients for a successful policy. The EC sets seven objectives, three horizontal objectives in the areas of equality, inclusion and participation, and four sectoral objectives in the areas of education, employment, housing and health. It also sets clearer horizontal objectives and targets in comparison to the previous framework, relying on data collected during the implementation of the previous policy. Thus, preventing and combating antigypsyism and discrimination are a top priority of the new EU Framework while Roma participation and poverty alleviation are meant to complement the proposed measures in the four sectoral areas.

At this stage it is too early to have a fair assessment of the new EU Framework for Roma. The EC set September 2021 as the deadline for the member states to submit their strategies. As one of the lessons learned from the previous framework, the process of designing of the national strategies might be even more important than the content of

the documents. It remains to be seen how members states provide opportunities to Roma to participate in the design of these strategies.

From the Roma participation perspective, the design of the new framework is not necessarily a significant improvement of the European Commission's engagement with Roma. Hopefully, the member states will involve Roma in a more meaningful way in the design of their national strategies. Some other points that remain to be considered in the later assessment of the new EU framework are:

- (1) the ways these measures are integrated in other EU policy documents and funding instruments
- (2) the way Roma participation is shaped as part of the EU and national platforms
- (3) the definition and operationalization of antigypsyism by the European Commission and the member states
- (4) the way Roma national strategies are integrated within mainstream sectoral policies in each member state
- (5) the availability of the European Commission to react to feedback on its policies from the field and to impose restrictions and sanctions on those member states that do not achieve the set objective and targets.

Conclusion

Antigypsyism is an output of policies but it is also an input in these policies as prejudices and stereotypes towards Roma inform the behavior of policymakers and the norms and regulations of the institutions which design policies towards Roma. The implementation structures are permeated with antigypsyism and the bureaucrats have a leverage on the implementation results of these policies. In addition, the high level of hostility towards Roma makes politicians and policy makers reluctant to act decisively to improve the situation of Roma as

distributing resources to Roma communities will make them unpopular with the larger public and might endanger their re-election and hold on power. This vicious circle of hostility, policy making and power results in the continued subordination and treatment of the Roma minority as outlaws, not as citizens.

In my previous work I emphasized the need to contextualize antigypsyism in order to better understand the complex ways in which antigypsyism operates (Rostas 2019). Such a position is consistent with critical social theories, especially with critical race theory, and is also instrumental in considering the internal diversity of Roma and the variety of experiences Roma have in the different countries in which they live. There are varieties of pejorative terms to refer to Roma in different countries and the meaning of the exonyms used might also vary.

For example, the meaning of the exonym “gypsy” in the United Kingdom differs from that of “țigan” (Romanian language), “cigane” (Slovenian language) or “cygani” (Serbo-Croatian language) in Central and Eastern Europe. Based on the different meanings of the exonyms, through contextualization, Roma activists and organizations could choose the equivalent of antigypsyism in the different cultural geographies. Hence, contextualization is key for avoiding the essentialization of Roma, respecting the different voices among Roma and accommodating the different historical experiences of Roma as part of a common history of oppression and struggle for social justice.

Moreover, whereas antigypsyism is not a new field of study, there is a need for archival and innovative research to unveil the wide spectrum of the manifestations and mechanisms contributing to the ongoing production and reproduction of antigypsyism. In this sense, antigypsyism represents an analytical tool that allows scholars to move beyond the inclusion-focused discourse promoted by governments and international organizations which emphasizes equal opportunities and non-discrimination as policy aims. Antigypsyism is

a useful tool in recognizing past and present injustices and in developing counter-narratives.

One of the most relevant examples of this is the debate on the relation between Roma and poverty. Very often in this debate poverty becomes a cultural characteristic of Roma, and it is linked with the supposed unwillingness of Roma to educate themselves or to work hard and overcome their marginal position. Antigypsyism makes it clear that Roma are poor not because their ethnicity does not value education or work, but rather because they were marginalized due of their ethnicity. In addition, poverty has a transgenerational dimension that is too often ignored. Hence, one might say that antigypsyism has a systemic character of oppression of Roma with a cumulative effect of its manifestations in different areas of public life.

Bibliography

Acton, Thomas (2016): Scientific Racism, Popular Racism and the Discourse of the Gypsy Lore Society. *Ethnic and Racial Studies* 39 (7) 1187–1204.

Acton, Thomas (2012): Social and Economic Bases of AntiGypsyism, in: Hristo Kyuchukov (ed) *New Faces of Antigypsyism in Modern Europe*, Prague: Slovo 21.

Agarin, Timofey (2014): *When Stereotype Meets Prejudice: Antiziganism in European Societies*, Stuttgart: Ibidem-Verlag.

Alliance against Antigypsyism (2016): *Antigypsyism – a reference paper*, online available at: http://antigypsyism.eu/?page_id=17

van Baar, Huub (2011): *The European Roma: Minority Representation, Memory and the Limits of Transnational Governmentality*, Amsterdam: Beheer.

Bogdal, Klaus-Michael Bogdal (2011): *Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung*. Berlin: Suhrkamp.

Braga, Andreea; Neaga, Diana; Nica, Gerogiana (2017): „Toată lumea știa!”: violența împotriva femeilor rome și nerome între “normal” și normative. București: Editura Hecate.

Carrera, Sergio; Rostas, Iulius; Vosyliūtė, Lina (2017): Combating Institutional Anti-Gypsyism: Responses and promising practices in the EU and selected Member States, Brussels: Center for European Policy Studies.

Cortes, Ismael & End, Markus (2019): Dimensions of Antigypsyism, Brussels: ENAR.

Council of Europe (2011): ECRI General Policy Recommendation No.13 on Combating Anti-Gypsyism and Discrimination against Roma, adopted on 24 June 2011, Strasbourg

ERGO Network (2020): The effects of Covid-19 on Roma communities in EU Member States and Enlargement and Neighbourhood Countries – ERGO Network, 29 April 2020, available at: https://ergonetwork.org/wp-content/uploads/2020/04/ERGO-input_impact-section-in-specific-MS.pdf last visited on May 17, 2021.

End, Markus (2014): History of Anti-Gypsyism in Europe: the Social Causes, in Jonathan Mack (ed.): Roma Youth Empowerment for Active Citizenship: Empowerment and Challenging Antigypsyism through Non-formal Education, Budapest: Phiren Amenca, p. 23.

European Commission (2020): A Union of Equality: EU Roma strategic framework for equality, inclusion and participation, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, COM(2020) 620, Brussels, 7 October 2020, available at: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/eu_roma_strategic_framework_for_equality_inclusion_and_participation_for_2020_-_2030_0.pdf

European Council (2021): Council Recommendation on Roma equality, inclusion and Participation, Brussels, 2 March 2021.

Glajar, Valentina and Radulescu, Domnica (Eds.) (2008): "Gypsies" in European Literature and Culture. New York: Palgrave Macmillan.

Grosfoguel, Ramon (2016): What is Racism, *Journal of World-System Research*, Vol. 22, Issue 1, 2016.

Ian Hancock (2004) *The Concoctors: Creating Fake Romani Culture*, in Nicholas Saul and Susan Tebbutt (eds.) *The Role of the Romanies: Images and Counter-Images of 'Gypsies'/ Romanies in European Cultures*, Liverpool; Liverpool University Press.

Heuss, Herbert (2000): *Anti-Gypsyism Research: the creation of a new field of study*, in Thomas Acton (ed.) *Scholarship and the Gypsy Struggle*, Hatfield: University of Hertfordshire Press.

Holler, Martin (2015): *Historical Predecessors of the Term "Anti-Gypsyism"*. In Jan Selling and others (eds.): *Antiziganism: What's in a Word?*, Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.

Kyuchukov, Hristo (ed) (2012): *New Faces of Antigypsyism in Modern Europe*, Prague: Slovo 21.

Matache, Magda (2016): *Word, Image and Thought: Creating the Romani Other*, The FXB Center for Health and Human Rights at Harvard University, October 5, 2016.

McGarry, Aidan (2017): *Romaphobia: the Last Acceptable form of Racism*, London: ZED books.

Mirga-Kruszelnicka, Anna (2015): *Romani Studies and Emerging Romani Scholarship*. *Roma Rights* no. 2 (2015) (Nothing About Us Without Us? Roma Participation in Policy-making and Knowledge Production): 39–46.

Oprea, Alexandra; Matache, Magda (2019): *Reclaiming the Narrative: A Critical Assessment of Terminology in the Fight for Roma Rights*. In: Markus End & Ismael Cortéz Gómez, *Dimensions of Antigypsyism in Europe*. Brussels: European Network Against Racism and the Central Council of German Sinti and Roma.

Petre, Andrei (2021): Racism, Police Brutality and Online Hate: Why Romania's Roma Are No Nearer Their Black Lives Matter Moment, Bucharest: BIRN, March 31, 2021, available at: <https://balkaninsight.com/2021/03/31/racism-police-brutality-and-online-hate-why-romaniyas-roma-are-no-nearer-their-black-lives-matter-moment/> last visited May 17, 2021.

PEW Research Center - European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism, October 14, 2019, available at: <https://www.pewresearch.org/global/2019/10/14/minority-groups/>

Rostas, Iulius (2017): Antigypsyism, education and the media: ways forward, *Identities*, Volume 24, 2017 - Issue 6, Pages 760-768 DOI: 10.1080/1070289X.2017.1380267.

Rostas, Iulius (2019): A Task for Sisyphus: Why Europe's Roma Policies Fail, Budapest: CEU Press.

Rostas, Iulius; Doghi, Dan (2019): Roma and Sinti participation in public life, in: William Romans, Iryna Ulasiuk, Anton Thomsen (eds.) *Effective Participation of National Minorities and Conflict Prevention*, Leiden: Brill Nijhoff.

Said, Edward (1978): *Orientalism*. London and Henley: Routledge & Kegan Paul.

Schneider, Ann and Ingram, Helen (1993): The social construction of target populations: Implication for politics and policy. *The American Political Science Review* 87(2): 334-347.

Schneider, Anne and Ingram, Helen (Eds.). (2005): *Deserving and Entitled: Social Constructions and Public Policy*. Albany: State University of New York Press.

Schneider, Anne and Ingram, Helen (1997): *Policy Design for Democracy*. Lawrence: University of Kansas Press.

Selling, Jan (2018): Assessing the Historical Irresponsibility of the Gypsy Lore Society in Light of Romani Subaltern Challenges. *Critical Romani Studies* 1, no. 1: 44–61. <https://doi.org/10.29098/crs.v1i1.15>.

Selling, Jan, Markus End, Hristo Kyuchukov, Pia Laskar, and Bill Templer,(eds.) (2015): *Antiziganism: What's in a Word?*, Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing, 2015.

Wippermann, Wolfgang (2005): What Is Antiziganism? Paper presented at the second international conference on antigypsyism, organised by the University of Hamburg, 8–9 October 2005. Available at: <http://www.ezaf.org/down/IIIAZK18.pdf>.

World Bank (2021): *Roma Experience Can Inform Romania's Post-COVID-19 Successful Recovery*, March 24, 2021, available at: <https://www.worldbank.org/en/news/opinion/2021/03/24/roma-experience-can-inform-romania-s-post-covid-19-successful-recovery> last visited May 17, 2021.

Die Autor*innen

Susanne Blank, geboren 1972, ist die Schwester von Jenny Rasche. Nach einer Ausbildung zur Bürokauffrau absolvierte sie das Fachabitur Wirtschaft und schloss das Studium zur Diplomkauffrau ab. Susanne Blank hat sechs Kinder, regelt den administrativen Teil der Kinderhilfe und ist Schnittpunkt zwischen der Arbeit in Rumänien und den Spender*innen in Deutschland.

E-Mail: susanne@romakinderhilfe.de

Cătălin Buzoianu, M.A., promoviert derzeit in Soziologie am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin zum Thema Beratungsprojekte und Zugang zu Sozialleistungen für prekarierte Menschen aus Rumänien. Er ist Lehrbeauftragter für Sozialpolitik und Migration im Studiengang „Soziale Arbeit“ an der Evangelischen Hochschule Berlin. Nach einem Studium in Soziologie und sozialer Anthropologie in Rumänien, Spanien und Ungarn, hat er in verschiedenen Sphären (internationale Jugendarbeit, Behindertenhilfe, Bewerbungscoaching) des deutschen Sozialbereiches gearbeitet. Zuletzt war er zwei Jahre als Sozialberater für Menschen aus Rumänien in einem Berliner Verein tätig.

E-Mail: catalin.buzoianu@fu-berlin.de

Florin Căpîlnean, M.A., hat Soziale Arbeit und Social Services Management in Cluj-Napoca studiert. Zuerst tätig in der Sozialen Arbeit mit jungen Erwachsenen, die aus der staatlichen Obhut (Kinderheim) entlassen wurden. Danach leitende Tätigkeit beim Sozialamt Mediasch (Kreis Sibiu), wo er viele Familien aus der großen örtlichen Roma-Community unterstützte. Seit 2017 lebt und

arbeitet er in Berlin. Tätigkeit als Sozialarbeiter bei Hilfe für Jungs e.V.; hier ist er täglich mit jungen Roma in Kontakt, welche aktiv in der männlichen Sexarbeit tätig sind. Er kämpft gegen Diskriminierung und Marginalisierung der Zielgruppe und setzt sich durch Vernetzung mit ähnlichen Projekten für zugewanderte Roma in Berlin ein.

E-Mail: florin@subway-berlin.de

Pauline Constantin-Hunstig. Von 2008 bis 2012 Studium der Fächer Französisch und Geschichte im trinationalen Bachelor *cursus intégré* der Universitäten Mainz, Dijon und Sherbrooke. 2015 Abschluss Master of Education in den Fächern Französisch, Geschichte und Latein. Seit 2018 Studienrätin, zunächst an den Sekundarschulen Olsberg-Bestwig und Marsberg, seit 2021 am Mauritius-Gymnasium Büren. Interessensgebiete: Roma, Rumänien, Geschichte des Kommunismus, Sozialprojekte in Rumänien, interkultureller Austausch. Auf lebensgeschichtlichen Interviews basierendes Promotionsprojekt zu Lebenswelten rumänischer Roma im Kommunismus.

E-Mail: p.hunstig@gmail.com

Marian Daragiu, M.A., ist Soziologe, Politiker und Roma-Aktivist; M.A. Community Development and Public Administration. Seit 1. Oktober 2021 ist er Unterstaatssekretär im rumänischen Bildungsministerium. Er ist der erste Rom in der Geschichte des Landes, der dieses Amt ausübt. Er ist außerdem Vizepräsident der Roma-Partei „Pro Europa“ (APRPE) und Gründer sowie leitender Berater der Ruhama-Stiftung, die sich seit 1994 um benachteiligte Roma kümmert. Daragiu engagiert sich in der Erwachsenenbildung und im Roma Empowerment durch Bildung.

E-Mail: marian_daragiu@yahoo.com

Magda Hirschberger, M.A., studierte Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft in Tübingen, München und Bukarest. Ihre Abschlussarbeit beschäftigte sich mit den Motiven Stadt und Traum in der Romantrilogie *Orbitor* des rumänischen Schriftstellers Mircea Cărtărescu. Nach ihrem Abschluss war sie zunächst im Literatur- und Kulturbetrieb tätig, ehe sie 2019 zu MOBI.Berlin+ (Caritasverband Berlin) kam. Im Rahmen dieses EHAP-Projektes war sie für die Beratung zu Themen wie Bildung, Gesundheit, soziale Unterstützungsleistungen und gesellschaftliche Teilhabe in rumänischer Sprache zuständig. Unter dem Eindruck dieser Tätigkeit entschied sie sich 2020 zu einem Studium der Rechtswissenschaft an der FAU Erlangen-Nürnberg.

E-Mail: magda.hirschberger@yahoo.de

Kristina Holzapfel hat Slawistik, Osteuropäische Geschichte und European Studies studiert und arbeitet seit 2010 in verschiedenen Bildungs- und Beratungseinrichtungen in Brandenburg und Berlin. Derzeit erstellt sie im Auftrag des Flüchtlingsrat Berlin e.V. und Pro Asyl einen umfassenden Bericht zur Situation schutzsuchender Rom*nja aus der Republik Moldau in Deutschland und im Herkunftsland.

Anca Georgiana Nica is a Roma activist and feminist. She started to get engaged in the Roma rights issues since the age of 15. She graduated Faculty of Business and Public Administration at University of Bucharest and holds a degree in gender studies. Her work background includes business and NGO sector. Since 2014 she is working for E-Romnja Association. Currently she is leading the

department for Roma Women and Local Participation. In her work she mainly focuses on community development, initiative groups, coordinating local facilitators. She promotes in her work an intersectional approach, gender issues, sexual education, prevention of violence against women, social issues and empowerment.

E-Mail: anca.nica@e-romnja.ro

Johannes Nüßer, B.A., hat nach einem Freiwilligendienst in Timișoara in Regensburg Südosteuropastudien, Geschichte und Politikwissenschaft studiert. Zurzeit studiert er den Elitestudiengang Osteuropastudien mit dem Schwerpunktfach Geschichte Ost- und Südosteuropas und dem Ergänzungsfach Slawistik.

E-Mail: johannes.nuesser@gmx.de

Olivier Peyroux is a sociologist and expert for many national and international organizations. He's also member of the National French coordination against THB and judicial expert. He's an academic, his main focus is on migration, human trafficking, children on the move. He has different collaborations with the University of Harvard and the University of Oxford and founded several NGOs for identification and protection of children victims of trafficking in France. He also works as a judicial expert for the French Ministry of Justice in connection with Eurojust. He has participated in numerous joint investigation teams with Romania, Bulgaria, Bosnia and Herzegovina, North Macedonia regarding THB.

E-Mail: olivier.peyroux@gmail.com

Jenny Rasche, geboren 1983, lebt heute mit ihrer Familie als Sozialarbeiterin in Rumänien und leitet die Projekte des Vereins „Kinderhilfe für Siebenbürgen e.V.“ Nach der Sekundarschule, der Ausbildung zur Landwirtin und dem Fachabitur Soziales in Deutschland studierte sie Sozialarbeit und Diakonie an der Lucian-Blaga-Universität in Sibiu (Rumänien). Jenny Rasche hat sechs leibliche und drei Pflegekinder. 2021 wurde ihr der Award „Women of Europe“ in der Kategorie „Women in Action“ verliehen.

E-Mail: jenny@romakinderhilfe.de

Dr. Iulius Rostas is Visiting Professor at the National University of Political Studies and Public Administration (Bucharest, Romania). Between 2016 and 2019 he served as Chair of Romani Studies and Assistant Professor at Central European University and was Visiting Lecturer at Corvinus University of Budapest (2012-2016). Rostas is the editor of “Ten Years After: A History of Roma School Desegregation in Central and Eastern Europe” (2012); he also published “Social Inclusion or Exclusion: the Rights of Persons Living with HIV in Moldova” (2011). He is the founder Editor-in-Chief of the Critical Romani Studies journal (crs.ceu.edu). His latest book was “A Task for Sisyphus: Why Europe’s Roma Policies Fail” (2019, Romanian translation in 2020).

E-Mail: iuliusrosta@gmail.com

Annette Schymalla, M.A., Dipl. Dolmetscherin für Russisch und Spanisch sowie M.A. European Studies, ist Bezirksbeauftragte des Berliner Caritasverbandes und engagiert sich dort seit 20 Jahren an den Schnittstellen zwischen den Systemen für besonders benachteiligte Zielgruppen und baut dort Projekte und Strukturen auf. Ihr besonderes Interesse gilt den Themen Diversität, Nachwuchsförderung, Theorie-Praxis-Transfer sowie Leiten und

Führen. Von 2014 bis 2018 verantwortete sie den Aufbau der Projekte BildungsWege, Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen und Roma, Krisenintervention Kreuzberg, Entlassungsvorbereitung für Rom*nja aus Südosteuropa, sowie das Projekt TRIA - aufsuchende mehrsprachige Beratung.

E-Mail: annette@schymalla.de

Mona Vintilă, geboren 1983 in Cisnădie, Rumänien, hat Politikwissenschaften und Europa-Studien in Cluj-Napoca und Münster studiert. Seit 2012 arbeitet sie in Berlin als Sozialarbeiterin und Familienhelferin mit zugewanderten rumänischen Familien. Sie ist Referentin für das Bukarester Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Bereich Rechtsextremismus und Jugend und angehende Denkzeit-Trainerin bei der Denkzeit-Gesellschaft Berlin.

E-Mail: mona.vintila.mail@gmail.com

Janka Vogel, M.A., ist Sozialwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Rumänien, Migration, Rom*nja und Soziale Arbeit. Sie arbeitete mehrere Jahre als Sozialarbeiterin in der *Mobilen Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter*innen und Roma* in Berlin, die sie inzwischen leitet. In ihrer Forschung befasst sie sich mit verschiedenen Aspekten der rumänischen Migration und Diaspora in Deutschland. Zuletzt veröffentlichte sie eine Studie zur rumänischen Diaspora in Berlin (2018), für die sie 2018 den *Danubius Young Scientist Award* erhielt. Sie ist Mitglied der Südosteuropagesellschaft (München), sowie Vorstandsmitglied der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft (Berlin). Lehraufträge an den Universitäten Jena (Institut für Romanistik) und Cottbus-Senftenberg (Institut für Soziale Arbeit).

E-Mail: janka.vogel@posteo.de

Eva Ruth Wemme, Übersetzerin für die rumänische Sprache, Autorin, psychosoziale Beraterin, ist seit zehn Jahren als Beraterin in Berlin-Neukölln tätig, langjährige Arbeit im Bereich der Empowerment-Arbeit mit Frauen und Jugendlichen aus Rumänien und der niedrigschwelligen antiziganistischen Aufklärung.

E-Mail: eva@evaruthwemme.de